Hans-Werner Frohn und Frank Wichert (Hrsg.)

Naturschutz:
natürlich sozial, interkulturell und inkludierend?!

BfN-Skripten 514

2018

Naturschutz:
natürlich sozial, interkulturell und inkludierend?!

Ergebnisse der Tagungen
„Naturschutz – natürlich sozial!“ (24. - 25. November 2015),
„Naturschutz – natürlich interkulturell?!“ (22. - 23. November 2016)
und
„Naturschutz – natürlich inklusiv!“ (11. - 12. Oktober 2017)
im Bundesamt für Naturschutz, Bonn

Herausgegeben von
Hans-Werner Frohn
Frank Wichert

Bundesamt
für Naturschutz

Titelbild: Logo der LVR Christophorusschule, Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung, Bonn

Adresse der Herausgeber:

Dr. Hans-Werner Frohn — Stiftung Naturschutzgeschichte
Drachenfelsstr. 118, 53639 Königswinter
E-Mail: frohn@naturschutzgeschichte.de

Dr. Frank Wichert — Bundesamt für Naturschutz
Konstantinstr. 110, 53179 Bonn

Fachbetreuung im BfN:

Dr. Frank Wichert — Fachgebiet I 2.2 „Naturschutz und Gesellschaft“
Beate Job-Hoben — E-Mail: jobb@bfn.de
Prof. Dr. Karl-Heinz Erdmann

Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) im Rahmen des F+E-Vorhabens „Bonner Gespräche zur Zukunft des Naturschutzes – Zukunft hat (auch) Vergangenheit“ (FKZ: 3514 80 0800).

Diese Veröffentlichung wird aufgenommen in die Literaturdatenbank „DNL-online“ (www.dnl-online.de).

BfN-Skripten sind nicht im Buchhandel erhältlich. Eine pdf-Version dieser Ausgabe kann unter http://www.bfn.de/0502_skripten.html heruntergeladen werden.

Institutioneller Herausgeber: Bundesamt für Naturschutz
Konstantinstr. 110
53179 Bonn
URL: www.bfn.de

Der institutionelle Herausgeber übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die in den Beiträgen geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des institutionellen Herausgebers übereinstimmen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des institutionellen Herausgebers unzulässig und strafbar.

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit Genehmigung des BfN.

Druck: Druckerei des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU).

Gedruckt auf 100% Altpapier

ISBN 978-3-89624-251-8

DOI 10.19217/skr514

Bonn - Bad Godesberg 2018

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5

Naturschutz – natürlich sozial, interkulturell und inklusiv?!
Einleitende Bemerkungen
Hans-Werner Frohn 7

„Auch Naturschutz bedeutet Volkswohlfahrt!“ Entwicklungslinien eines sozialpolitischen Naturschutzes in Deutschland 1880 bis 1970
Hans-Werner Frohn 17

Gerechte Teilhabe an Natur: ein gemeinsames Interesse von Naturschutz- und Sozialpolitik
Frank Wichert und Andrea Biendarra 33

Weil wir es wert sind!
Umweltbildung für bildungsferne Jugendliche
Birthe Hesebeck 41

www.wildewaldwelt.de Jugendhilfe erlebt, begreift und packt an!
Hans Scholten und Johannes von Stemm 43

Strategische Allianzen für mehr ökologische und soziale Gerechtigkeit
Helga Inden-Heinrich 45

Projekt Hoffnungsstark
Umweltbildung gegen Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen
Matthias Fischer 47

Naturerlebnis inklusive: das „Mobile Waldlabor“
Beatrix Losem 49

Migration – eine Herausforderung (auch) für den Naturschutz?
Thomas Graner 51

Migration: Bedingungen, Formen und Folgen
Jochen Oltmer 59

Biodiversität im globalen Wandel zwischen Evolution, Migration, Kultur und Religion
Wilhelm Barthlott und M. Daud Rafiqpoor 71

Vielheit, Interkultur und Zusammenarbeit.
Was hat das alles mit Naturschutz zu tun?
Mark Terkessidis 87

Yeşil Çember – ökologisch interkulturell gGmbH
Gülcan Nitsch 101

Mikroprojekte zur Förderung der Arbeit mit Geflüchteten in Umwelt- und Naturschutz
Benjamin Vrucak 103

Perspektive Natur – Berufsorientierung für benachteiligte Jugendliche und Geflüchtete
Karin Siegmund 105

„Der Wald versteht alle Sprachen!“
Natur erleben mit Flüchtlingen im Nationalpark Eifel
Karin Burger 107

Auf dem Weg zu einem inklusiven Miteinander: Natur gemeinsam schützen und erleben
Beate Jessel 109

Naturschutz: natürlich barrierefrei und inklusiv
Wo stehen wir, wohin wollen wir?
Rüdiger Leidner 115

Natur erleben und Inklusion – eine tägliche Herausforderung
Laura Gehlhaar 127

Natur erleben für Alle – der „barrierefreie Nationalpark Eifel“
Michael Lammertz 135

Wald statt Ritalin? Die positiven Wirkungen der Natur auf den Menschen
Michael Lammertz 137

„Ungehindert engagiert im Naturpark Drömling“
Eine Kooperation mit der Lebenshilfe Altmark West GmbH, dem Diakoniewerk Wilhelmshof und dem Kinderhof Merzen im Rahmen von „Ehrensache Natur“
Sabine Wieter 139

Umweltbildung im Team – „ausgezeichnete“ Inklusion bei Naturerlebnisführungen
Christine Wosnitza 143

Vorwort

Naturschutz beruht auf gesellschaftlichen Wertentscheidungen, er steht damit im Kontext gesellschaftlicher Veränderungsprozesse und wird durch diese beeinflusst. Der grundlegende soziale und demographische Wandel, Flüchtlingsbewegungen oder der neue Stellenwert des Themenfeldes Inklusion in der Gesellschaft stellen auch den Naturschutz vor besondere Herausforderungen. Umgekehrt ist aber auch der Naturschutz selbst gefordert, sich stärker für neue Themen und gesellschaftliche Gruppen zu öffnen, etwa indem er deutlich macht, was er zu bedeutenden gesellschaftspolitischen Themen beitragen kann. Will Naturschutz auf der Höhe der Zeit und in der Mitte der Gesellschaft bleiben, muss er die fortlaufenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse bei der Fortentwicklung seiner Konzepte mit berücksichtigen.

Der UN-Weltgipfel entwickelte 1992 in Rio de Janeiro die Leitidee der nachhaltigen Entwicklung, die Ökologie, Ökonomie und Soziales bzw. Kultur konzeptionell vernetzt. Politisch hat die Bundesregierung die in Rio verabschiedete Convention on Biological Diversity (CBD) in die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt übertragen. Soziales, Interkultur und Inklusion sind hier selbstverständlich integriert; Naturschutz wird als eine breit angelegte gesellschaftliche Querschnittsaufgabe verstanden.

Vor dem Hintergrund neuer und fortlaufender gesellschaftlicher Herausforderungen muss sich auch der Naturschutz beständig und unbedingt weiterentwickeln. Allerdings zeigt sich bei genauerem Hinsehen, dass vieles „Neue“ in Wirklichkeit schon älteren Datums ist. Nicht nur der Grundgedanke der Nachhaltigkeit kann auf eine mehr als dreihundertjährige Geschichte zurückblicken, auch im Naturschutz beschäftig(t)en sich bereits seit seinen Ursprüngen vor gut 120 Jahren Theoretikerinnen und Theoretiker sowie Praktikerinnen und Praktiker damit, wie sozial benachteiligten Menschen Naturerfahrungen und -erlebnisse ermöglicht werden können. Solche Traditionen gilt es bewusst zu machen, daran weiter anzuknüpfen und sie unter heutigen Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln, auch und gerade für die alltägliche Arbeit im Naturschutz.

Die Stiftung Naturschutzgeschichte richtete deshalb zusammen mit dem Bundesamt für Naturschutz von 2015 bis 2017 die „Bonner Gespräche zur Zukunft des Naturschutzes – Zukunft hat (auch) Vergangenheit“ aus. Sie waren als Dialogreihe ausgelegt und führten Akteurinnen und Akteure aus den Arbeits- und Forschungsfeldern Naturschutz, Soziales bzw. Sozialpolitik, Interkultur und Inklusion zusammen. Die Veranstaltungsreihe verstand sich als Plattform für einen disziplinenübergreifenden Austausch und als Versuch, dem Naturschutz neue Akteursgruppen zu erschließen, um gemeinsame Schnittstellen auszumachen und neue Ideen für Kooperationen zu entwickeln.

Die Dialogreihe zeigte, dass eine Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse ist. Offenkundig war auch, dass, wie die vielen Praxis-Beispiele verdeutlichten, im Naturschutz auf den Feldern Soziales, Interkultur und Inklusion Naturschutzgruppen und gemeinsame Initiativen bereits sehr Beachtliches leisten. Gleichwohl kann aber auch nicht übersehen werden, dass Naturschützerinnen und Naturschützer noch aufgefordert bleiben, diejenigen, die in den angesprochenen Arbeitsbereichen tätig sind, gezielter anzusprechen und von dem offenkundigen beiderseitigen Interesse zu überzeugen.

Deutlich wurde auch, dass unser Wissen über die konkreten Naturpraktiken und über die Naturbedürfnisse von Menschen aus sozial benachteiligten Milieus, mit Migrationshinter-

grund oder mit Behinderungen noch höchst rudimentär ist. Ein solches Wissen stellt aber die Voraussetzung dafür dar, dass die Akteurinnen und Akteure aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen zielgruppengenaue, möglichst gemeinsam entwickelte Angebote erarbeiten können.

Die hier vorgelegten Ergebnisse der Dialogreihe stellen eine Zwischenbilanz dar. Es bleibt aber noch viel zu tun. Auch künftig wird das Bundesamt für Naturschutz auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Soziales, Interkultur und Inklusion setzen und wird versuchen, etwa über die Vernetzung von Akteuren oder das Initiieren beispielhafter Projekte seinen Arbeitsschwerpunkt Naturschutz und soziale Belange weiter auszubauen.

Prof. Dr. Beate Jessel

Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz

Naturschutz – natürlich sozial, interkulturell und inklusiv?! Einleitende Bemerkungen

Hans-Werner Frohn

In den Jahren 2015 bis 2017 richtete die Stiftung Naturschutzgeschichte in Kooperation mit dem Bundesamt für Naturschutz die dreiteilige Dialogreihe „Bonner Gespräche zur Zukunft des Naturschutzes – Zukunft hat (auch) Vergangenheit“ in Bonn aus. Dieser Band legt die Ergebnisse der drei Dialogveranstaltungen „Naturschutz – natürlich sozial!“ (2015), „Naturschutz – natürlich interkulturell?!“ (2016) und „Naturschutz – natürlich inklusiv!“ (2017) der interessierten Öffentlichkeit vor.

Alle drei Dialogveranstaltungen enthielten das Adjektiv „natürlich“. Im Umweltschutzkontext wirkt die Kombination von „natürlich“ mit den Eigenschaftswörtern sozial, interkulturell und bedingt auch inklusiv wie selbstverständlich. Untersuchungen, wie insbesondere im Kontext des Klimawandels sozial Benachteiligte oder Menschen mit Migrationshintergrund sozial verträgliche Beiträge zur Energieeinsparung leisten können oder wie staatlicherseits in Städten sozial ungleich verteilte Umweltbelastungen minimiert werden können, füllen Bände und bestimmen den Diskurs um die Umweltgerechtigkeit.[1]

Gilt das, was im Umweltschutzkontext sofort evident erscheint, aber auch für den Naturschutz? Sozial, interkulturell und inklusiv wirkender Naturschutz – und dann auch noch „natürlich“ – dies könnte allerdings Irritationen auslösen. Zum Begriff Naturschutz dürften sich bei sehr vielen Menschen eher Assoziationen einstellen wie Naturschutz ist gleichbedeutend mit angewandter Ökologie, mit Arten- und Biotopschutz etc. – aber doch nicht sozial, interkulturell oder inklusiv. Dabei sollte es spätestens seit dem UN-Weltgipfel von Rio de Janeiro 1992 und der dort eingeleiteten Nachhaltigkeitsstrategie eigentlich selbstverständlich im Naturschutz geworden sein. Und tatsächlich listet die 2007 verabschiedete Nationale Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung (NBS) in Kapitel A 4 soziale (und kulturelle) Gründe für die Erhaltung der biologischen Vielfalt auf und fokussiert u. a. darauf, dass „Naturerfahrung und -erlebnis [...] wichtige Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung“ seien (BMU 2007: 13).

Aber kann das Beziehungsgeflecht zwischen dem Naturschutz einerseits und den Bereichen Soziales, Interkultur und Inklusion andererseits wirklich als „natürlich“ gelten? Schaut man sich den (wissenschaftlich ausgerichteten) Naturschutzdiskurs an, dann sind Zweifel angebracht. Einen vorzüglichen Überblick bietet die Literaturdatenbank DNL-online des Bundesamtes für Naturschutz. Gibt man hier die Schlagworte „soziale Aspekte“ bzw. „Armut“ ein, so erhält man beeindruckende 1.235 Treffer (Stand: 5. Januar 2018). Eine genauere Durchsicht zeigt aber, dass diese Kategorien extrem weit gefasst sind und auch

---

[1] Hier seien nur beispielhaft die Beiträge von Emunds & Merkle (2016) und Böhm et al. (2015) genannt. Die gewonnenen Erkenntnisse haben mittlerweile Niederschlag in der Politik des Bundesumweltministeriums (BMU) gefunden; vgl. hierzu Soziale Stadt – Programm der Städtebauförderung für benachteiligte Stadt- und Ortsteile (2015), Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt – Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage (2016), URL: https://www.bmub.bund.de/publikation/soziale-stadt-das-programm-der-staedtebaufoerderung-fuer-benachteiligte-stadt-und-ortsteile/; https://www.bmub.bund.de/publikation/umweltgerechtigkeit-in-der-sozialen-stadt-gute-praxis-an-der-schnittstelle-von-umwelt-gesundheit/ (gesehen am 02.02.2018)

Beiträge zur ländlichen Entwicklung, Land- und Forstwirtschaft, Planung, nachhaltigem Tourismus sowie zur Entwicklungszusammenarbeit enthält.

Engt man „soziale Aspekte“ und „Armut“ auf den Bereich Soziales im Sinne von sozial benachteiligt, Interkultur und Inklusion ein, dann reduziert sich die Trefferquote ganz extrem. Nach dem Sortieren bleiben im Topf Soziales vor allem Werke übrig, die zusätzlich mit dem Begriff „Gerechtigkeit“ verschlagwortet sind. Dieses Schlagwort wirft wiederum 175 Treffer aus. Analysiert man diese, so ergibt sich, dass vor allem Beiträge gelistet sind, die sich mit Geschlechtergerechtigkeit, Klimaschutz und Aspekten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit[2] beschäftigen. Kurzum: Im wissenschaftlichen Naturschutzdiskurs tauchen die Themenfelder soziale Benachteiligung (im nationalen Rahmen), Interkultur und Inklusion bisher nur als extreme Randthemen auf. Vor dem Hintergrund der Geschichte des Naturschutzes irritiert dieser Literaturbefund nur wenig, denn seit seinen Anfängen im ausgehenden 19. Jahrhundert beschäftigte sich Naturschutz zwar über Jahrzehnte mit sozialen bzw. sozialpolitischen Konzepten, doch diese kamen nicht im Mainstream der Bewegung an; vielmehr befasste sich nur eine Randgruppe damit (vgl. auch den Beitrag von Frohn in diesem Band).

Betrachtet man die nach dem Schüttelprozess übrig gebliebenen Beiträge näher, dann kristallisieren sich Arbeiten heraus, die um Fragen der (sozialen) Gerechtigkeit ranken. Als diskursprägend hat sich in diesem Zusammenhang das Gutachten von Eser, Neureuther und Müller „Klugheit, Glück, Gerechtigkeit: ethische Argumentationslinien in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ aus dem Jahr 2011 erwiesen (Eser et al. 2011). Vor dem Hintergrund dieser Arbeit richteten das Bundesumweltministerium und das Bundesamt für Naturschutz seit 2013 mehrere Tagungen bzw. Workshops aus (Münsberg & Damsa-Ard 2013; Eser et al. 2013; Eser et al. 2015; Eser 2017; Biendarra et al. 2017). Die Ergebnisse schlugen sich auch im Handlungsprogramm des Bundesumweltministeriums „Naturschutz-Offensive 2020. Für biologische Vielfalt!“ nieder. Danach ist die „Teilhabe [...] sozial benachteiligter Gruppen an der Natur und am Dialog zur biologischen Vielfalt [...] für das BMUB auch eine Frage der Gerechtigkeit in der Gesellschaft“ (BMUB 2015: 26). In diesem Diskurskontext verorten sich auch die drei Veranstaltungen der „Bonner Gespräche zur Zukunft des Naturschutzes – Zukunft hat (auch) Vergangenheit“.

Das weite Feld der Gerechtigkeitsfragen fächerten Eser und Graumann (2017) in einem Überblicksartikel auf und unterscheiden zwischen sozialer, globaler und ökologischer bzw. Zukunftsgerechtigkeit. Angesichts der nationalen Perspektive, die die „Bonner Gespräche“ verfolgten, bot der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit den Orientierungspunkt. Den Ausgangspunkt für die Konzeption der Reihe bildete das durch viele Studien aufgezeigte Problem, dass Menschen insbesondere aus urbanen, sozial benachteiligten Milieus, aber auch Personen mit Migrationshintergrund oder Behinderungen seltener über direkte Zugänge zur Natur verfügen (Eser & Graumann 2017: 165).

Die Auswertung der Literaturdatenbank DNL zeigt also, dass jenseits der vom Bundesumweltministerium und dem Bundesamt für Naturschutz angestoßenen Tagungen von einem (intellektuellen) Diskurs um einen sozial(politischen), interkulturellen und inklusiven Naturschutz in der Breite zurzeit noch nicht die Rede sein kann.

---

[2] Die NBS subsumiert dies unter „Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit“ (BMU 2007: 101-106).

Diskurse sind aber nicht unbedingt ein Spiegelbild der Praxis. Ein Blick auf die Arbeit im Naturschutz, vor allem auf den ehrenamtlichen und die Natur- und Umweltbildung verdeutlicht, dass dort sehr wohl seit einigen Jahren eine größere Anzahl von Gruppen, Initiativen, aber auch Großschutzgebietsverwaltungen auf diesen Feldern tätig ist – und dass diese den 1992 in Rio mit der Nachhaltigkeit formulierten Anspruch mit Leben füllen. Auf Bundesebene dockte man hier an, indem man beispielsweise im Rahmen der UN-Dekade Biologische Vielfalt 2017 das Sonderthema „Soziale Natur – Natur für alle“ platzierte (Hölting & Todt 2017).

Bei der Konzeptionierung der Tagungsreihe bot es sich an, zusammen mit Akteurinnen und Akteuren, die bereits auf diesem Feld tätig sind, eine erste Bestandsaufnahme vorzunehmen, sie zu einem Erfahrungsaustausch ins Gespräch zu bringen und zu vernetzen. Darüber hinaus galt es, Repräsentantinnen und Repräsentanten aus den angesprochenen Arbeitsfeldern darauf aufmerksam zu machen, dass das Bundesamt für Naturschutz eine intensivere Zusammenarbeit anstrebt. Eine solche Kooperation liege, so die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, Prof. Dr. Beate Jessel, „im beiderseitigen Interesse“ (vgl. das Vorwort von Beate Jessel in diesem Band). Um den Dialogcharakter der Veranstaltungen zu betonen, wurde ein sogenanntes Lunch-to-Lunch-Format gewählt. Nach Vorträgen, die in die jeweiligen Themen einführten und diese in den wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Diskurs einbetteten, boten jeweils eine Podiumsdiskussion und World-Cafés Raum zur Begegnung und Diskussion. Zu Abendvorträgen wurden gezielt Persönlichkeiten eingeladen, die mit dem „Blick von außen“ über die jeweiligen Tagungsthemen reflektierten. Der jeweils zweite Tag der Veranstaltungen stand ganz im Zeichen von Berichten über Best-Practice-Projekte.

Im Folgenden werden kurz die Essentials der jeweiligen Beiträge der drei Tagungen referiert.

„Naturschutz – natürlich sozial!“

Die Auftaktveranstaltung am 24./25. November 2015 steckte den großen sozialpolitischen Rahmen ab. Soziale Krisen und der grundlegende soziale Wandel in den letzten Jahrzehnten stellen auch den Naturschutz vor besondere Herausforderungen. Da Naturschutz letztlich auf gesellschaftlichen Wertentscheidungen basiert, bedarf er, um Akzeptanz zu finden, der gesellschaftlichen Unterstützung. Er muss deshalb gerade in Zeiten des sozialen Wandels seine Konzepte immer wieder anpassen.

Die Anliegen des Naturschutzes sind in einigen bildungsnahen und sozial gehobenen Milieus sehr gut verankert und erfahren aus diesen heraus große Unterstützung. Anders hingegen ist die Situation bei den Angehörigen bildungs- und einkommensbenachteiligter Milieus. Daher stellt sich die Frage, auf welche Weise diese Menschen stärker für den Naturschutz gewonnen werden können, insbesondere vor dem Hintergrund einer in den letzten Jahrzehnten sich immer stärker öffnenden Schere zwischen Arm und Reich. Dabei sind, wie die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, Prof. Dr. Beate Jessel, zum Auftakt der ersten Tagung feststellte, Naturschutz und das Sozialwesen bzw. die Sozialpolitik „Verbündete im beiderseitigen Interesse“ (vgl. das Vorwort von Beate Jessel in diesem Band). Der Zusammenhang von Natur und Lebensqualität sei auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der gesundheitlichen Chancengleichheit. Die Natur stelle viele Güter und Leistungen bereit, die sich der Mensch zunutze mache. Deshalb sei der Zugang zur Natur, seien Angebote zum Naturerlebnis und zur Naturerfahrung zentrale Aufgaben sowohl für den Naturschutz als auch für Menschen aus sozial benachteiligten Milieus.

Eine historische Einordnung des Tagungsthemas gab Dr. Hans-Werner Frohn (Stiftung Naturschutzgeschichte). Naturschutz sei ein Kind der Reformbewegungen, die um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Deutschland wie Pilze aus dem Boden geschossen seien. Wie in vielen anderen Reformgruppierungen habe es auch im Naturschutz maßgebliche Akteure gegeben, die ihre Schutzforderungen stets auch als sozial- und gesundheitspolitische Maßnahmen verstanden hätten. Immer wieder hätten in den letzten über 100 Jahren Naturschutzakteure Konzepte entwickelt, die sowohl naturschützerische als auch soziale Ziele verfolgten. Diese Konzepte seien aber nicht wirklich im Mainstream des Naturschutzes angekommen, hätten vielmehr ein Nischendasein gefristet. Sowohl die historischen Erfahrungen, als auch aktuelle repräsentative Erhebungen zeigten, dass die Angebote in den bildungs- und einkommensbenachteiligten Milieus nur suboptimal wahrgenommen und nachgefragt würden. Dies werfe die Frage nach der angemessenen Strategie auf. Paternalistische Ansätze hätten sich nicht nur historisch gesehen als unzureichend erfolgreich erwiesen.

Der Soziologe Prof. Dr. Stefan Hradil (Universität Mainz)[3], der den Naturschutz angesichts einer immer stärker „auseinanderrückenden Gesellschaft“ vor großen Herausforderungen sieht, entwickelte zwei Möglichkeiten, wie der Naturschutz auf die verstärkt auftretenden sozialpolitischen Herausforderungen reagieren könne. Eine Vorbildstrategie setze bei den besonders naturbewussten sozialen Milieus an und basiere auf der Annahme, dass vorbildhaftes Naturbewusstsein von den sozial gehobenen Milieus nach „unten“ in die übrigen diffundiere. Der Erfolg dieses Ansatzes hielte sich aber bislang in Grenzen. Eine Kompensationsstrategie setze dagegen im Schichtgefüge „unten“ bei den weniger naturbewussten Milieus an. Da sich beide nicht ausschlössen, empfahl Hradil eine Doppelstrategie.

Im Rahmen eines Abendvortrags präsentierte Birthe Hesebeck (OroVerde) die Ergebnisse des Projekts „Weil wir es wert sind!“.[4] Ziel war es, Jugendliche für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und den Schutz des Regenwaldes zu begeistern, sie aber gleichzeitig in ihrem Selbstwertgefühl und in wichtigen beruflichen Kompetenzen zu fördern. Verschiedene Praxisprojekte knüpften an den Interessen der Jugendlichen an, um ihnen so den Zugang zum Thema Umwelt zu erleichtern. Jedes der Teilprojekte verfügte über ein eigenes Medium: Die Jugendlichen entwickelten zur Regenwaldproblematik z. B. Graffitis oder Comics, gaben Hip-Hop- oder Rap-Konzerte bzw. richteten ein Sportevent aus.

Die Präsentation verschiedener, z. T. auch prämierter Projekte zeigte, dass die „Verbündeten im beiderseitigen Interesse“ bereits exzellente Arbeit leisten.

Hans Scholten (Jugendhilfezentrum Raphaelhaus, Dormagen) und Johannes von Stemm (Forstamt Betriebszelle Schwarzwald) präsentierten das im November 2011 vom Bundesamt für Naturschutz mit dem Deutschen Naturschutzpreis ausgezeichnete Jugendhilfeprojekt „www.wildewaldwelt.de – Jugendhilfe erlebt, begreift und packt an!“. Vertreterinnen und Vertreter der Jugendhilfe, der Forstverwaltung und des Naturschutzes hatten sich gemeinsam auf ein erlebnispädagogisches Projekt verständigt. Die Jury betonte den Pioniercharakter und die Vorbildfunktion des Projektkonzepts.

---

[3] Der Vortrag liegt leider nicht in einer schriftlichen Fassung vor.

[4] Der Vortrag lebte maßgeblich von Filmvorführungen. Dieser Dokumentationsband enthält die Kurzfassung der Präsentation.

Helga Inden-Heinrich (Deutscher Naturschutzring) thematisierte das Beziehungsgeflecht zwischen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit. Der Schutz von Natur und Umwelt stelle auch immer einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit dar. Sie plädierte dafür, dass Organisationen bzw. Akteurinnen und Akteure aus dem Umwelt- und Naturschutz einerseits und Kirchen, Sozialverbände, Sport, Kultur oder Gewerkschaften andererseits auf strategische Partnerschaften setzen sollten.

Matthias Fischer stellte zwei Projekte des Zentrums für Umwelt und Kultur Benediktbeuern e. V. (ZUK) vor, die zunächst von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), später von der Allianz-Umweltstiftung gefördert wurden. „Draußen stark!“ zielt darauf, die Persönlichkeitsbildung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen durch Naturerfahrung zu fördern. Im Rahmen des Projektes „Tagwerk“ leisten straffällig gewordene junge Männer Beiträge zur Landschaftspflege. Sie sollen sich dabei ihrer Selbstwirksamkeit bewusst werden und gleichzeitig ihre Persönlichkeit weiterentwickeln.

Beatrix Losem (Verband Deutscher Naturparke) stellte ein „Mobiles Waldlabor“ vor. Es soll rollstuhlfahrenden Schülerinnern und Schülern ein inklusives Walderlebnis ermöglichen. Denn während für nicht behinderte Kinder und Jugendliche eine Entdecker-Tour im Wald immer etwas Besonderes im Schulalltag ist, bleibt diesen oft nur das Zuschauen von den Waldwegen aus oder sie brauchen Hilfe, um den Wald aus unmittelbarer Nähe zu entdecken.

Die beiden folgenden Tagungen 2016 und 2017 nahmen aus dem weiten Feld des „Sozialen“ zwei Bereiche in den Fokus, denen sich Naturschutz-Akteure im letzten Jahrzehnt vermehrt widmeten.

„Naturschutz – natürlich interkulturell?!“

Die Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte stellen auch den Naturschutz vor große und neue Herausforderungen. Historisch gesehen nahm der deutsche Naturschutz Menschen mit Migrationshintergrund und interkulturelle Aspekte erst spät in den Blick. Dies hat sich allerdings in den letzten Jahren geändert. So verfolgte die zweite Tagung, die am 22./23. November 2016 stattfand, das Ziel, Akteurinnen und Akteure aus den Arbeitsfeldern Migration, Interkulturalität und Naturschutz stärker zu vernetzen.

Thomas Graner (BfN) verwies zu Beginn darauf, dass im aktiven Naturschutz Menschen mit Migrationshintergrund – verglichen mit ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung – unterdurchschnittlich vertreten seien. Er plädierte für eine verstärkte interkulturelle Öffnung und einen partnerschaftlichen Austausch mit den auf Migration bezogenen Selbstvertretungsorganisationen und darauf aufbauend für „Partnerschaften für das Soziale im Naturschutz“. Dabei stehe für das BfN nicht die Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund für den Naturschutz im Vordergrund, sondern das Schaffen von Zugängen, die Ermöglichung von Teilhabe und die Förderung der Integration. Durch Naturschutzmaßnahmen gelte es, zu einem höheren Maß an sozialer Gerechtigkeit beizutragen.

Der Migrationsforscher Prof. Dr. Jochen Oltmer (Universität Osnabrück) widerlegte die Auffassung, dass der Umfang der Migrationsbewegungen in den vergangenen Jahren weltweit vor dem Hintergrund der Globalisierung deutlich angestiegen sei. Integration sei weder für die Zuwanderer noch für die Mehrheitsbevölkerung e i n Globalereignis der Anpassung an e i n e Gesellschaft gewesen. Sie bedeute vielmehr das langwährende, durch Kooperation und Konflikt geprägte Aushandeln von Chancen der ökonomischen, politischen, religiösen oder rechtlichen Teilhabe.

Der Biodiversitäts-Forscher Prof. Dr. Wilhelm Barthlott (Universität Bonn) fokussierte auf die Bedeutung der Religionen. Allein fünf Milliarden Menschen orientierten sich an der Bibel bzw. dem Koran. Eine besondere Gemeinsamkeit stelle hier die Geschichte von Noah (Bibel) oder Nuh (Koran) dar, die zur Bewahrung der Schöpfung und damit auch der biologischen Vielfalt aufrufe. Hier böten sich mögliche Allianzen an, die bisher jedoch nur ungenügend realisiert worden seien.

Der Psychologe und Migrationsforscher Dr. Mark Terkessidis warf in seinem Abendvortrag „Vielheit, Interkultur und Zusammenarbeit. Was hat das alles mit Naturschutz zu tun?“ die Frage auf, ob Naturschutz nicht, wie viele andere gesellschaftliche Gruppen, bezüglich der Interkultur von einer falschen Problemdefinition ausgehe. In vom Bildungsbürgertum dominierten Gruppierungen sei ein „Gleichgültigkeitsliberalismus“ verbreitet. Man unterbreite Angebote, die dann aber „die Anderen“ nicht wahrnähmen. Im Gegensatz zu vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen habe der Naturschutz allerdings bereits viele Projekte angestoßen sowie Evaluationen und Bestandsaufnahmen vorgelegt, die bei weitem nicht nur Erfolge aufzeigten. Nun könnten Naturschutzorganisationen nicht innerhalb kürzester Zeit die Probleme lösen, die Jahrzehnte „kontrafaktischer Einwanderungspolitik“ hinterlassen hätten. Er schlug die Entwicklung eines „Vielheitsplan[s] für den Naturschutz“ vor. Neue Offerten müssten auf die Vielheit der Gesellschaft ausgerichtet werden, was einen grundlegenden Perspektivwechsel erfordere.

Vorgestellte Projekte zur interkulturellen Arbeit im Naturschutz, aber auch aus dem Bereich Flüchtlingshilfe zeigten, dass zumindest einige der Anregungen von Mark Terkessidis bereits antizipiert worden waren. Sie belegten, dass auf dem Feld Naturschutz – Interkulturalität – Interreligiosität durch niedrigschwellige Angebote schon Erstaunliches geleistet wird.

Gülcan Nitsch präsentierte die Aktivitäten der von ihr gegründeten Gesellschaft „Yeşil Çember“. Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht, in Deutschland lebende türkischsprachige Menschen für Umwelt- und Naturschutzbelange zu sensibilisieren, indem sie u. a. in Zusammenarbeit mit Migranten- und Umweltorganisationen Türkisch-Deutsche Umwelttage ausrichtet, Baumpflanzungen vornimmt oder die Gründung von Gemüsegärten initiiert.

Karin Siegmund (Stiftung WaldWelten Eberswalde) zufolge eröffnet das von ihrer Stiftung ausgerichtete Projekt „Perspektive Natur“ sowohl benachteiligten Jugendlichen aus Deutschland als auch Flüchtlingen berufliche Perspektiven mit Bezug auf den Lebens- und Arbeitsraum Wald. Es verbindet praktische Naturschutzarbeiten mit Umweltbildung, aber auch sozialem, persönlichkeitsorientiertem, handwerklichem Lernen.

Benjamin Vrucak (NABU) berichtete über das von der DBU geförderte NABU-Schwerpunktprogramm „Umwelt und Flüchtlinge“. In 15 Mikroprojekten vermittelten Ehrenamtliche den 2015/2016 nach Deutschland Geflüchteten den gesellschaftlichen Stellenwert von Natur- und Umweltschutz und arbeiteten gemeinsam im praktischen Naturschutz. Dabei reichte die Bandbreite von Projekten zur Müllvermeidung bis hin zu aktiven Landschaftspflegeprogrammen. Sämtliche Projekte fanden in Kooperation mit einem Sozialverband statt.

Karin Burger (Nationalpark Eifel) gab Einblicke in die Bemühungen der Nationalparkverwaltung, darauf zu reagieren, dass das Land Nordrhein-Westfalen 2015 in einem früheren Schullandheim bei Schleiden-Gmünd und damit am Rande des Nationalparks die „Zentrale Unterbringungseinrichtung Schleiden I“ eingerichtet hatte. Die hier lebenden Flüchtlinge konnten schon aufgrund der Abgelegenheit zum Ort kaum Aktivitäten entwickeln. So bot das Fachgebiet „Umweltbildung für Kinder und Jugendliche“ regelmäßig „Sonntags-

Ausflüge“ und „Natur-Nachmittage“ an. Die niedrigschwelligen Angebote waren so ausgelegt, dass es kaum der Sprache bedurfte; vielmehr wurden ohne Worte alle Sinne angesprochen.

„Naturschutz – natürlich inklusiv!“

Den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen schenkte der Naturschutz in Deutschland historisch gesehen erst spät Aufmerksamkeit. In den letzten zehn Jahren hat sich dies grundlegend geändert. Dieses Arbeitsfeld erfährt nun verstärkt Beachtung. In der Verbindung von Inklusion und Naturschutz liegen neben den Herausforderungen auch Möglichkeiten für beide Handlungsfelder. Dies sollte die Tagung am 11./12. Oktober 2017 aufzeigen.

Prof. Dr. Beate Jessel (BfN) verwies in ihrem Auftaktvortrag darauf, dass Naturschutz in vielen Bereichen einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung eines guten Lebens leiste. Es sei eine Frage der Gerechtigkeit, dass sich der Naturschutz umfassend für Menschen mit Behinderungen öffne. Mit Bezug auf die Arbeiten von Martha Nussbaum verwies sie darauf, dass vermeintlich natürliche Hindernisse häufig sozial bedingt seien, d. h. es gebe nicht nur natürliche, sondern auch soziale und gedankliche Barrieren. Ein gerecht gestalteter Zugang zu den Leistungen der Natur sei letztlich im beiderseitigen Interesse – sowohl für Akteure im Naturschutz- als auch im Inklusionsbereich. Wünschenswert sei es auch, wenn Menschen mit Behinderung sich selbst ehrenamtlich im Naturschutz engagierten. Das Engagement eröffne Chancen, die eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen einzubringen und diese weiterzuentwickeln. Das BfN fördere aber nicht nur Vorhaben zur Inklusion im Naturschutz, sondern richte darüber hinaus den Blick auf sich selbst, sowohl in Bezug auf die Entwicklung hin zu einem inklusiven Arbeitsumfeld als auch bei der barrierefreien Kommunikation nach außen.

In die Grundproblematik des Themas Inklusion führte Prof. Dr. Anne Waldschmidt[5] (Universität Köln, Institut für Soziologie und Politik der Rehabilitation) ein. Dabei ging es vor allem darum, in welchem Verhältnis Inklusion, Barrierefreiheit und Normalität zueinander stehen. Hier gelte es, Denkanstöße der Disability Studies auch auf den Naturschutz zu beziehen.

Dr. Jürgen Leidner (Nationale Koordinationsstelle Tourismus für Alle e. V. (NatKo)) stellte das im Aufbau befindliche bundeseinheitliche Informations- und Kennzeichnungssystem „Reisen für Alle“ vor. Es existierten zwar etliche Initiativen, um Naturlandschaften barrierefreier zu gestalten, eine objektive Bewertung bzw. ein Vergleich sei jedoch weder international noch in Deutschland möglich, da es kaum objektiv überprüfte Informationen über Barrierefreiheit gebe. Zudem fehlten geeignete Bewertungskriterien. Solche Informationen könnten in Zukunft durch das neue Informations- und Kennzeichnungssystem bereitgestellt werden.

Indirekt knüpfte die Autorin und Bloggerin Laura Gehlhaar in ihrem persönlich gehaltenen Abendvortrag „Natur erleben und Inklusion – eine tägliche Herausforderung“ an das Konzept Martha Nussbaums an und stellte ein von ihr so tituliertes „soziales Modell“ in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen zum Verhältnis von Naturschutz und Inklusion. Ihr ging es darum, ihren individuellen Aushandlungsprozess der Norm vorzustellen, wie viel Eingriffe auf Kosten der Natur sie als Mensch mit einer Behinderung zugunsten ihres persönlichen Erlebnisgewinns in Kauf nehme. Am Beispiel u. a. von barrierefreien Wald- und Wildnisbe-

[5] Der Beitrag liegt leider nicht in schriftlicher Form vor.

dürfnissen entwickelte sie – zurückhaltende – Anforderungen, wobei sie sich bei ihren Überlegungen an dem in den USA entwickelten „Leave No Trace“-Konzept orientierte.

Der darauffolgende Tag stand ganz im Zeichen der Praxisbeispiele.

Michael Lammertz (Nationalparkverwaltung Eifel) erläuterte, dass sich die Verwaltung des Nationalparks Eifel schon bei ihrer Gründung selbst die Aufgabe stellte, das neue Großschutzgebiet für alle Menschen und damit inklusiv erlebbar zu machen. Das Thema Barrierefreiheit sei in der Verwaltung als Querschnittsaufgabe verankert. Das Ziel habe man dadurch angegangen, dass man zum einen kommunikative und zum anderen bauliche Barrieren abgebaut und konkrete Naturerlebnisangebote geschaffen habe.

Dr. Gertrud Hein (Natur- und Umweltakademie des Landes NRW, NUA) stellte das 2010 in Bochum gestartete Projekt „Wald statt Ritalin“ vor. Unter dem „Aufmerksamkeitsdefizit- und Hyperaktivitätssyndrom“ (ADHS) leidende Kinder erführen durch die Teilnahme an gezielten waldpädagogischen Maßnahmen ein deutlich verbessertes Sozialverhalten. Unter besonderen Umständen könne die Einnahme von Ritalin, einem Medikament zur Behandlung spezifischer Symptome von ADHS, reduziert werden. Nach 2013 habe die NUA mehrtägige Waldpädagogik-Lehrgänge für Klinikmitarbeiter und -mitarbeiterinnen der LWL-Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Marl angeboten. In der inmitten eines ausgedehnten Waldgebietes liegenden Klinik zählten seitdem waldpädagogische Aktionen zum festen Therapieangebot.

Sabine Wieter (Naturpark Drömling) berichtete von Angeboten des von ihr vertretenen Naturparks für Menschen mit geistiger Behinderung, die, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Junior-Rangern und Freiwilligen vermittelt, die dortige Tier- und Pflanzenwelt und deren Lebensräume kennenlernten und sich dann an Schutzmaßnahmen beteiligten. Die Maßnahmen dienten auch der Förderung der Rehabilitation und der Vorbereitung auf den ersten Arbeitsmarkt.

Christine Wosnitza (Biologische Station Oberberg) stellte zusammen mit sieben von ihr ausgebildeten Umweltassistentinnen und -assistenten die Ergebnisse des Projektes „Umweltbildung für Menschen mit Beeinträchtigungen – Zur Nachahmung empfohlen“ vor. Die hier Ausgebildeten führten mit geringer Unterstützung andere Gruppen von Menschen mit Behinderungen durch den Lebensraum Wald und vermittelten in anschaulicher Weise und für die Zuhörer gut verständlich ausgewählte Themen. Diese Arbeit und zusätzliche Einsätze im Rahmen ehrenamtlich vorgenommener Landschaftspflegemaßnahmen mache den neuen Fachkräften erkennbar Spaß, sie fördere zudem ihr Selbstbewusstsein und biete eine gute Abwechslung zu der Arbeit in den Werkstätten.

* * * * * * * * *

Die Zwischenbilanz nach der dreiteiligen Tagungsreihe zeigt, dass im Naturschutz schon Beachtliches auf den Feldern Soziales, Interkultur und Inklusion geleistet wird bzw. angestoßen wurde. Dies wird aber offensichtlich in der Breite des Naturschutzes nur am Rande, in der breiten Öffentlichkeit sogar nur höchst rudimentär wahrgenommen. Dabei gehören Gerechtigkeitsfragen zu den zentralen sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Trotz der eindringlichen Praxisbeispiele und der bisher entwickelten Strategien steht die Auseinandersetzung hiermit im Naturschutz noch in ihren Anfängen. Zwar zeigt sich intellektuell ganz offensichtlich, dass die Zusammenarbeit „im beiderseitigen Interesse“ (Beate Jessel) liegt, doch es wird noch ein weiter Weg zurückzulegen sein, bis „Partner-

schaften für das Soziale im Naturschutz“ (Thomas Graner) zustande kommen und vor allem gelebt werden.

Das Ziel der Tagungsreihe, Kooperationen zwischen den Arbeitsfeldern anzubahnen, konnte, nimmt man die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die genuin in den Arbeitsfeldern Soziales, Interkultur und Inklusion wirken, als Maßstab, nur bedingt erreicht werden. Mit der Tagungsreihe bekundete der Naturschutz nach außen seine Bereitschaft, mit den Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Soziales, Sozialpolitik, Interkultur und Inklusion gerne zusammenarbeiten zu wollen. Bei seinen potenziellen Kooperationspartnern lief er allerdings keine offenen Türen ein. Zum einen erschloss sich den dort agierenden Akteurinnen und Akteuren das „beiderseitige Interesse“ nicht sofort, jedenfalls dann nicht, wenn keine direkte und intensive Ansprache erfolgte. Zum anderen bestand die Reaktion auch in einer tendenziellen Abwehr, neben den schon bestehenden vielfältigen Aktivitäten noch ein weiteres Arbeitsfeld „beackern“ zu sollen. Das aus der Sicht des Naturschutzes vorhandene Potenzial gemeinsamer Ziele muss noch stärker herausarbeitet werden.

Auch der (wissenschaftliche, gesellschaftliche und politische) Diskurs erweist sich als sehr ausbaufähig. Das Schwerpunktheft „Naturschutz und soziale Fragen“ der Zeitschrift Natur und Landschaft vom April 2017 verfolgte u. a. das Ziel, diesen Diskurs zu intensivieren. Bei Vielem stochern Naturschutzakteurinnen und -akteure noch gleichsam im Nebel. Es fehlt jedoch noch an gesichertem Wissen, welche konkreten Naturpraktiken Menschen aus sozial benachteiligten Milieus ausüben, welche konkreten Bedürfnisse nach Naturerfahrung und Naturerleben sie haben, wie sie Naturschutz bzw. Naturschützerinnen und Naturschützer wahrnehmen, und vieles andere mehr. Gleiches gilt für Menschen mit Behinderungen oder mit Migrationshintergrund. Es bleibt noch viel zu tun.

Literatur

Biendarra, A.; Hein, Gertrud; Hövelmann, T.; Linnemann, B.; Menke, N. & Wiersbinski, N. (Hrsg.) (2017): Naturschutz: einladend – sozial – integrativ. Angebote für Menschen mit Einschränkungen. BfN-Skripten 474. Bonn (Selbstverlag).

BMU (2007): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt vom Bundeskabinett am 7. November 2007 beschlossen. Bonn (Selbstverlag).

BMUB (2015): Naturschutz-Offensive 2020. Für biologische Vielfalt! Bonn (Selbstverlag).

Böhme, C.; Preuß, T. & Bunzel, A. (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen. Dessau (Selbstverlag).

Emunds, B. &. Merkle, I. (Hrsg.) (2016): Umweltgerechtigkeit: von den sozialen Herausforderungen der großen ökologischen Transformation. Marburg (Metropolis).

Eser, U. (Hrsg.) (2017): Naturschutz und soziale Gerechtigkeit. Dokumentation des Expertengesprächs am 1. und 2. Februar 2017 in Bonn. BfN-Skripten 469. Bonn (Selbstverlag).

Eser, U.; Benzing, B. & Müller, A. (2013): Gerechtigkeitsfragen im Naturschutz. Was sie bedeuten und warum sie wichtig sind. Naturschutz und Biologische Vielfalt 130. Bonn (Landwirtschaftsverlag).

Eser, U. & Graumann, S. (2017): Naturschutz als Frage der Gerechtigkeit: Bedeutung und praktische Relevanz. – In: Natur und Landschaft 92 (4): 163-169.

Eser, U.; Neureuther, A.-K. &. Müller, A. (2011): Klugheit, Glück, Gerechtigkeit: ethische Argumentationslinien in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Naturschutz und Biologische Vielfalt 107. Münster (Landwirtschaftsverlag).

Eser, U.; Wegerer, R.; Seyfang, H. & Müller, A. (Hrsg.) (2015): Klugheit, Glück, Gerechtigkeit – Warum Ethik für die konkrete Naturschutzarbeit wichtig ist. Dokumentation der gleichnamigen Fortbildungsreihe in der Internationalen Naturschutzakademie der Insel Vilm 2012-2015. BfN-Skripten 414. Bonn (Selbstverlag).

Hölting, M. & Todt, A. (2017): UN-Dekade Biologische Vielfalt mit Sonderthema „Soziale Natur – Natur für alle“ gestartet. – In: Natur und Landschaft 92 (6): 277f.

Münsberg, V. & Damsa-Ard, R. (Hrsg.) (2013): Naturschutz heute – eine Frage der Gerechtigkeit. BfN-Skripten 355. Bonn (Selbstverlag).

„Auch Naturschutz bedeutet Volkswohlfahrt!“ Entwicklungslinien eines sozialpolitischen Naturschutzes in Deutschland 1880 bis 1970

Hans-Werner Frohn

1 Einleitung

Die deutsche Geschichte ist seit der industriellen Revolution stets auch durch soziale Krisen geprägt. Diese stellen immer wieder große Herausforderungen für den Staat und die Zivilgesellschaft dar – aber auch Herausforderungen für den Naturschutz. Da Naturschutz letztlich auf gesellschaftlichen Wertentscheidungen beruht, muss er deshalb in Zeiten des sozialen Wandels seine Konzepte immer wieder anpassen und diese bezüglich ihrer Akzeptanz in der Gesellschaft überprüfen. Der Haupttitel dieses Beitrags – „Auch Naturschutz bedeutet Volkswohlfahrt!“ (W. 1923: 73)[1] – stammt aus einer Zeit extremer sozialer Krisen. Die Weimarer Republik sah sich nach 1919 wirtschaftlich nicht in der Lage, die Kriegsschulden ausreichend zu bedienen und die Mittel für Reparationszahlungen, die der Versailler Vertrag dem Land auferlegt hatte, aufzubringen. 1922 setzte eine rasante Inflation ein, die 1923 ihren Höhepunkt in der Hyperinflation erreichte. Die Reallöhne sanken, die Konjunktur brach ein, die Arbeitslosigkeit stieg rasant. Durch die inflationäre Geldentwertung wurden die ökonomischen und sozialen Lasten des verlorenen Krieges auf die Masse der abhängig Beschäftigten abgewälzt.

Auf dem Höhepunkt der Hyperinflation verständigten sich die Wohlfahrtsverbände auf eine programmatische Erklärung, damals „Kundgebung“ genannt. Sie hatten sich im Vorfeld um einen großen Unterstützerkreis bemüht. Aber auf eine Idee waren sie einfach nicht gekommen: die damals schon seit zwei Jahrzehnten agierenden Naturschutzverbände einzuladen. Historisch verwundert dies nicht. Denn der Mainstream des Naturschutzes hatte sich bis dahin nicht mit den – eigentlich auf der Hand liegenden – Schnittmengen zwischen Naturschutz und Sozialem beschäftigt. Aber: Im Randbereich des bürgerlichen Naturschutzes agierten sehr wohl Menschen, die sich genau um diesen Bereich kümmerten und hierfür auch erste Konzepte entwickelten und Strukturen schufen.

Nach 1923 sollten noch eine Vielzahl sozialer Krisen, aber auch grundlegender sozialer Wandelprozesse folgen. Für die letzten Jahrzehnte seien hier nur schlagwortartig der demografische Wandel, Prekarisierungen, Entvölkerung von Regionen, Migrationswellen etc. genannt. Naturschutz steht also auch aktuell vor großen Herausforderungen. Naturschutz wird gerade in Zeiten des grundlegenden Wandels seine Konzepte auf den Prüfstand stellen müssen, will er weiterhin politische und gesellschaftliche Akzeptanz für seine Anliegen finden.

Seine Anliegen sind nach den Ergebnissen der Naturbewusstseinsstudien des Bundesumweltministeriums (BMU) bzw. des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in den bildungs- und einkommensbenachteiligten Milieus bislang nur schwach verankert (BfN 2016). Daher stellt sich die Frage, auf welche Weise diese Menschen stärker durch den Naturschutz erreicht werden können, zumal vor dem Hintergrund einer in den letzten Jahrzehnten sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich (BMAS 2016). Der Blick in die Historie zeigt einerseits eine Reihe von grundlegenden Fehlern im Umgang mit Menschen

[1] Der Artikel ist, dem damaligen Geist der Zeit entsprechend, nicht frei von kulturpessimistischen und nationalistischen Wendungen.

aus urbanen, sozial benachteiligten Milieus. In deren Wahrnehmung war der Naturschutz eine auf soziale Exklusion setzende Bewegung. Andererseits bietet die Geschichte aber auch einen Steinbruch an positiven Konzepten, die den aktuellen sozialpolitischen Diskurs im Naturschutz sehr bereichern können.

Dieser Beitrag skizziert mit groben Strichen Entwicklungslinien eines sozialpolitisch ausgerichteten bürgerlichen Naturschutzes.

2 Naturschutz – eine von vielen Reformbewegungen des ausgehenden Kaiserreichs

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert schossen in Deutschland Reformbewegungen wie Pilze aus dem Boden. Genannt seien hier nur die Jugendbewegung oder sozialreformerische Bewegungen wie die Bodenreform-, die Genossenschafts-, die Gartenstadtbewegung etc. Sie alle rieben sich an der Moderne bzw. deren Folgen (Kerbs & Reulecke 1998). Die Entstehung der Naturschutzbewegung ist in diesem Kontext zu sehen. Und so wie die Reformbewegungen ein breites politisches Spektrum abdeckten, so tat es auch der vom Bürgertum getragene Naturschutz – und so unterschiedlich positionierte er sich auch zu sozialen Fragen.

Die weit überwiegende Mehrheit der Naturschützer in der Gründungsphase dürfte politisch zum Spektrum rechts der Mitte gezählt haben und zeichnete sich durch eine starke Zivilisationskritik sowie durch einen ausgeprägten Kulturpessimismus aus. Sozialpolitisch findet man hier sehr konservative bis reaktionäre Vorstellungen (Frohn 2009: 41ff.).

Eine Minderheit im bürgerlichen Naturschutz dagegen kann politisch dem (links-)liberalen und linken Lager zugeordnet werden. 1898 forderte der Linksliberale Wilhelm Wetekamp im preußischen Landtag die Errichtung von „Staatsparken“ zum Schutz der Natur und dass der Staat den Naturschutz in den Katalog der staatlichen Daseinsvorsorge aufnehmen müsse. Er tat dies bemerkenswerterweise mit dem Hinweis darauf, dass Naturschutz aus sozialpolitischen Gründen betrieben werden müsse (Frohn 2009: 43f.).

Wetekamp war eng verbandelt mit dem sozial ausgerichteten Teil der bürgerlichen Reformbewegung. Er zählte zu den maßgeblichen Initiatoren der Berliner Waldschutztage der Jahre 1908 und 1909, die sich gegen die Bestrebungen des preußischen Staates wandten, den für die Erholung der Berliner Arbeiterschaft so wichtigen Waldgürtel um Berlin zu privatisieren. Ein Blick auf den Unterstützerkreis zeigt, dass hier das Who’s Who der sozialen Kräfte der deutschen Reformbewegung versammelt war: Bureau für Socialpolitik, Gesellschaft für soziale Reform, Bund Deutscher Bodenreformer, Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft, um nur einige zu nennen. Die Initiative hatte Erfolg. Ein 1912 gegründeter Zweckverband kaufte dem preußischen Fiskus ca. 10.000 ha Waldflächen ab und sicherte durch einen Dauerwaldvertrag einen großflächigen Grüngürtel um Berlin herum (Auster 2006; Frohn 2009: 51f.).

3 Widerstreitende sozialpolitische Ansätze im Preußischen Landtag

Träger der bisher genannten sozialreformerischen Bewegungen war in der Regel das Bürgertum. Dessen Ansatz war im Kern sozialpaternalistisch, und dieser stieß in der organisierten Arbeiterbewegung auf wenig Begeisterung. Dies zeigte sich während einer Debatte im Preußischen Landtag 1911. Fünf Jahre zuvor, 1906, hatte der preußische Staat die Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege eingerichtet. Der Gründungskompromiss hatte gelautet: staatlicher Naturschutz ja, aber er darf nichts kosten, er erhält kein Personal und

er wird nicht mit Rechten ausgestattet (Frohn 2006: 94-112). Die zahlenmäßig kleine Fraktion der Linksliberalen im Preußischen Landtag sah dies anders und forderte 1911, dass die Regierung ein Naturschutzgesetz vorlegen solle. Während die Parteien der Mitte und des rechten Spektrums dieses Begehren mit dem Hinweis darauf ablehnten, Naturschutz solle im Kern zivilgesellschaftlich organisiert werden und habe das Eigentum zu achten, fand der Antrag die grundsätzliche Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion (Frohn 2006: 100-105).

Ihr Redner Karl Liebknecht ging aber mit den bürgerlichen Naturschützern hart ins Gericht und griff die vorherrschenden zivilisationskritischen und kulturpessimistischen Naturschutzvorstellungen frontal an: Natur dürfe nicht vor den Menschen geschützt werden: „[E]s müssen vor allen Dingen die Naturdenkmäler den Menschen zugänglich gemacht werden; nur dann können sie auch geschützt werden, weil nur dann die nötige Fühlung, das nötige Verständnis für die Naturdenkmäler in der Menschheit erzeugt und erhalten werden kann." Bürgerliche Naturschützer kritisierten Verhaltensweisen von Arbeiterinnen und Arbeitern, die sie als „Natur-Vandalismus" bezeichneten. Liebknecht sah dies diametral anders: Die Arbeiterschaft verspüre „einen leidenschaftlichen Drang, eine solche Neugierde, ein solches inneres Bedürfnis, [...] sich mit der Natur in Verbindung zu setzen und die ihr vollkommen entfremdete Natur kennen zu lernen". Viele der sich aus diesem Drang ergebenden Verhaltensweisen seien „ganz natürlich und nicht Ausfluß irgendeines Vandalismus". Er verlangte, „daß jede Maßregel, die auf den Schutz der Natur gegen menschliche Eingriffe und Zerstörung hinwirkt, notwendig ein Korrelat haben" müsse, nämlich „Maßregeln, die die Natur dem Volke näher bringen und dem Volke Gelegenheit geben, sich mit der Natur in diejenige Verbindung zu setzen, die notwendig ist zum geistigen, moralischen, körperlichen Gedeihen" (zit. nach Frohn 2009: 48f.).

Mit anderen Worten, kurzfristige Beeinträchtigungen der Natur hätten mittelfristig eine gesteigerte Akzeptanz zur Folge. Hier lässt sich eine direkte argumentative Linie von Karl Liebknecht zu Wolfgang Haber heute ziehen. Haber weist seit einigen Jahren immer wieder eindringlich darauf hin, dass das Klagen darüber, dass Kinder in den letzten Jahrzehnten keine unmittelbaren Naturerfahrungen mehr machen könnten, ins Mark des Naturschutzes selbst träfe. Eine Ursache liege nämlich darin, dass heutige Artenschutzverordnungen ihnen früher übliche Zugangswege zur Natur verstellt hätten (Haber 2006: 23).

4 Sozialpolitische Konzepte des bürgerlichen Naturschutzes in der Weimarer Republik

Grundlegende sozialpolitische Konzepte des bürgerlichen Naturschutzes entwickelte in der Weimarer Republik Hans Klose (1880-1963)[2]. Er stammte aus dem Ruhrgebiet, aus Gel-

[2] An der historischen Figur Kloses, der den Naturschutz von 1922 bis 1954 entscheidend prägte, scheiden sich die Geister. Aus Sicht des Autors war er in der Weimarer Republik einer der konzeptionell innovativsten Köpfe im deutschen Naturschutz, zeichnete sich dann aber im „Dritten Reich" durch einen ausgeprägten Opportunismus aus (1935 wechselte er ins Reichsforstamt, entwarf das Reichsnaturschutzgesetz und leitete ab Ende 1938 die Reichsstelle für Naturschutz). Er trat nie der NSDAP bei und konnte deshalb nach 1945 aus einer politisch privilegierten Stellung agieren. Diese nutzte er dazu, in hoher Zahl Entlastungsbriefe („Persilscheine") für NS-belastete Naturschützer zu verfassen. Eine systematische Entnazifizierung des Naturschutzes lehnte er mit dem damals verbreiteten Argument ab, dass es ansonsten an ausreichend qualifiziertem Personal für die unabdingbaren Arbeiten gefehlt hätte. Vgl. auch die Kontroverse in Natur und Landschaft 92/2017: 522-524; Frohn 2017: 134f., 141-143.

senkirchen (Schalke) und kannte aus eigenem Erleben sozial- und umweltpolitische Brennpunkte.

1919 erschien seine Publikation „Das westfälische Industriegebiet und die Erhaltung der Natur“ (Klose 1919).[3] In ihr stellte er Überlegungen an, die sich dezidiert auf die Arbeiterbevölkerung bezogen. Naturschutzgebiete müssten am Rande des Ballungsraumes nicht zuletzt auch aus „sozialen Gründen“ geschaffen werden. Und er entwickelte ganz praktische Vorschläge. Da das Eisenbahnsystem im Ruhrgebiet ganz überwiegend auf Ost-West-Trassen verliefe, sollten Straßenbahnen in Nord-Süd-Richtung gebaut werden, damit die Arbeiter überhaupt in die Natur im Norden und Süden des Reviers kommen könnten.

Nach der Novemberrevolution verlegte er seinen Lebensmittelpunkt nach Berlin. Die Sozialdemokraten und freien Gewerkschaften hatten durchgesetzt, dass die früheren Fortbildungsschulen der Arbeiterbewegung in den neuen Volkshochschulen aufgingen. Klose nahm 1919 bewusst an der Berliner Volkshochschule eine nebenamtliche Tätigkeit auf, um bei Exkursionen Kontakt zu Arbeitern aufnehmen zu können.

1922 war Klose maßgeblich an der Gründung des Volksbundes Naturschutz beteiligt. Dessen Parole lautete: „Naturschutz [ist] Volkssache“. Ziel war es also, nomen est omen, den Naturschutz breiter aufzustellen. Der Aufruf mutet allerdings hinsichtlich seiner Affinität zur Demokratie der Weimarer Republik bzw. zum Pluralismus gespalten an. Danach verortet der neue Verein den Naturschutz als – unterstelltes – Konsensanliegen zunächst oberhalb der zivilgesellschaftlichen bzw. politischen Konfliktlinien: „Naturschutz darf nicht einzelnen Kreisen überlassen werden, nicht sich auf wenige einsichtsvolle Köpfe beschränken, sondern muß Teil des Volkswillens, stärksten Volkswillens werden“ (Volksbund Naturschutz 1922: 85). Folglich wandte sich der Aufruf auch an „Wanderer, Turner, Sportler, […] in den Städten zusammengepferchte Bürger, […] in harter Fabrikarbeit die Wochentage verbringende Arbeiter, […] Beamte und Angestellte, Professoren und Studenten, Lehrer und Schüler“ (Volksbund Naturschutz 1922: 86). Gleichzeitig positionierte sich der Volksbund dezidiert antikapitalistisch: „Nicht der Reiche ist in erster Linie an der Erhaltung der Natur interessiert; gerade die große Masse bedarf ihrer. Somit ist die Natur der Heimat Nationalgut wie die Muttersprache, und jeder muß teilhaben können an ihr. Der Volkswille darf nicht zulassen, daß gewinnsüchtige, kaltherzige Einzelne mit diesem Nationalbesitz Schindluder treiben und rücksichtslos vernichten, was die Natur schuf“ (Volksbund Naturschutz 1922: 85). Der Bund verortete sich 1922 noch unpolitisch: „Die Heimatnatur ist weder bürgerlich noch sozialistisch, weder katholisch noch protestantisch“ (Volksbund Naturschutz 1922: 87).

Doch bald merkte Klose, dass, wenn man politische Erfolge einfahren wollte, man die in Weimar festzementierten Grenzen zwischen den politischen Lagern überspringen muss. Jenseits des Bürgertums agierte im linken Lager partiell im Sinne des Naturschutzes der vorwiegend sozialdemokratisch ausgerichtete „Touristenverein ‚Die Naturfreunde‘“ (TvNF)

---

[3] Den Text hatte er bereits im Mai 1918 verfasst, d. h. zu einem Zeitpunkt, als der Stellungskrieg um Verdun sich bereits im vierten Jahr befand. Entsprechend enthält er auch nationalistische Wendungen. Seine auch damals schon erkennbare opportunistische Ausrichtung gegenüber denjenigen, die über die politische Macht verfügten, zeigte sich u. a. auch darin, dass er vor dem Hintergrund des selbst aus der Perspektive von Zeitgenossen nicht mehr gewinnbaren Krieges sozialpolitische Naturschutzmaßnahmen der Wehrverwaltung als „Erhaltung und Stärkung der Volkskraft im Hinblick auf die Wehrhaftigkeit“ andiente (Klose 1919: 107).

(vgl. u. a. Linse 1986; Denecke 1991; Zimmer & Erdmann 1995). Versuche Kloses, mit den Naturfreunden zu kooperieren, scheiterten zunächst noch am innerbürgerlichen Widerstand[4] (Frohn 2017: 126). Ein immer größer werdendes Problem sorgte aber für den notwendigen Druck zur Zusammenarbeit.

Das 1922 von der (M)SPD initiierte und von der großen Koalition verabschiedete preußische Wald- und Seeuferschutzgesetz ermöglichte es, u. a. in Ballungsgebieten Flächen „aus Rücksicht auf die Volksgesundheit oder als Erholungsstätten der Bevölkerung“ sowie entlang der Uferwege bzw. an den Seen Wanderstrecken unter Schutz zu stellen (zit. nach Frohn 2017: 128). Im Zuge der Suburbanisierung Berlins hatte sich das Gesetz als weitgehend wirkungslos gezeigt; es lag offenkundig ein Vollzugsdefizit vor (Frohn 2009: 72f.). Sowohl der Volksbund als auch der TvNF thematisierten dies unabhängig voneinander immer wieder. Schließlich riefen beide 1929 gemeinsam zu einer so genannten Seeuferschutzkundgebung auf. Beide Richtungen protestierten dagegen, dass großen Bevölkerungskreisen insbesondere der Zugang zu den Seeufern wegen Sperren, die private Besitzer errichtet hatten, verwehrt werde (Frohn 2009: 75).

10 Gebote für Naturfreunde!

1. Schädige nicht die Natur, die dich durch ihre Schönheit erfreut.
2. Störe ihren Frieden nicht durch Lärmen oder Radaumusik.
3. Papier, Glasscherben, Eierschalen, Blechdosen usw. sind nicht auf Wiesen, im Walde oder am Rastplatz wegzuwerfen. Sammle, verbrenne oder vergrabe Abfälle (Vorsicht beim Verbrennen).
4. Reiße nicht unnötig Pflanzen aus.
5. Abbrechen oder Abreißen von Zweigen schädigt das Wachstum der Bäume und Sträucher. Brich keine blühenden Zweige ab, auch andere Menschen wollen sich am Blütenschmuck erfreuen. (Wer Blüten- und Fruchtzweige von Obstbäumen abbricht, wird gesetzlich bestraft.)
6. Benutze nicht jeden Felsen oder Baum als Stammbuch oder Visitenkarte, um dich deinen Mitmenschen als Naturschänder vorzustellen.
7. Von Blumen nimm nur soviel, als sich ziemt. Bedenke, auch andere wollen sich ihrer Schönheit freuen; auch welken Blumen leicht.
8. Lege keine Sammlung von Pflanzen, Insekten oder anderen Naturkörpern aus Spielerei an; nur ernstlich wissenschaftlich tätige Menschen haben hierzu Berechtigung. Vogeleier darfst du überhaupt nicht nehmen.
9. Das Töten oder Quälen von Tieren aller Art aus Mutwillen ist grausam. Stellt jeden zur Rede, der z. B. Frösche ihrer Schenkel beraubt oder Fallen für Singvögel stellt.
10. Nur Kinder und unverständige Erwachsene begehen solche Ungehörigkeiten. Ermahne diese zum Schutz und zur Schonung der Natur. Sei Naturfreund!

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“

Ortsgruppe Breslau E. V.

Abb. 1: „10 Gebote für Naturfreunde!“ der Ortsgruppe Breslau des Touristenvereins ‚Die Naturfreunde‘“, 1927 (Quelle: Klose 1927: 223).

[4] Zur Zusammenarbeit des bürgerlichen Naturschutzes mit den proletarischen „Naturfreunden“ vgl. Lukaßen 2010. Die ‚Furcht‘ bürgerlicher Kreise erscheint durchaus nachvollziehbar, denn der TvNF lieferte sich damals in der Region heftigste Richtungskämpfe. Die KPD hatte den Regionalverband ‚unterwandert‘ und dort eine Mehrheit errungen; Kersten 2007: 76-88; Lukaßen 2010: 64ff.

Ein Wort noch zu den Naturfreunden: Sie unterschieden sich, dies zeigen neuere Untersuchungen, zwar ideologisch vom bürgerlichen Naturschutz. U. a. von der Breslauer Gruppe der Naturfreunde überlieferte Verhaltensregeln, wie man sich in der Natur zu verhalten habe, glichen im Kern aber den Vorstellungen des bürgerlichen Naturschutzes und wurden deshalb auch prompt in den bürgerlichen Naturschutzorganen als vorbildlich gepriesen (Klose 1927: 223; Abb. 1). Aber trotz innovativer Ansätze wie dem „sozialen Wandern“ glich die konkrete Naturschutzarbeit dieser Organisation nahezu der des bürgerlichen Naturschutzes (vgl. u. a. Lukaßen 2010).

5 Kulturelle Hegemonialforderungen des amtlichen Naturschutzes

Während der Volksbund eine große Anzahl von Veranstaltungen und Exkursionen anbot, die sich auch an Arbeiterkreise richteten (Frohn 2009: 72-77), konterkarierte der seit Ende 1922 amtierende neue Direktor der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen, Walther Schoenichen, diese Öffnungspolitik, indem er den „Kampf gegen die Wanderunsitten!“ ausrief. Während Klose und Volksbund zusammen mit dem TvNF sich mit einem Informationsstand an der Berliner Freizeitmesse „Wochenende“ – einer Vorgängerin der heutigen Internationalen Tourismusmesse – beteiligte (vgl. hierzu Frohn 2009: 81f.), positionierte Schoenichen den amtlichen Naturschutz in Opposition zur sich damals ausbildenden Massenfreizeitkultur, der er das Exklusions-Konzept einer auf reine Kontemplation setzenden Naturerfahrung entgegensetzte. In einer großen Zahl publizierte er in den offiziösen Organen des Naturschutzes immer wieder Angriffe gegen – aus seiner Sicht – unbotmäßige Verhaltensformen von Stadtbewohnerinnen und -bewohnern in der Natur (Abb. 2). Ein zentraler Vorwurf lautete, dass Großstädter „Lärm“ in die Natur brächten. Biologische Begründungen (Fluchtdistanzen) sucht man hier vergeblich – Schoenichen setzte auf kulturelle Hegemonie bzw. Exklusion (Frohn 2009: 80ff., 111).

Abb. 2: Werbepostkarte gegen „Wander-Unsitten“, o. D. (Quelle: Archiv der Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter).

6 Sozialpaternalismus – nein danke!

Seit 1925 treffen sich alle zwei Jahre Naturschützer und (historisch gesehen lange Zeit nur wenige) Naturschützerinnen aus ganz Deutschland zu den so genannten Naturschutztagen – von 1925 bis 1931 unter dem Signet Reichsnaturschutztage, seit 1957 Deutsche Naturschutztage. Alles, was im Naturschutz Rang und Namen hat, versammelt sich hier.

1927 tagte in Kassel der 2. Reichsnaturschutztag. Hier hielt Klose den Vortrag „Die sozialpädagogische Bedeutung des Naturschutzes“ und konfrontierte die Vertreter des zivilisationskritischen und kulturpessimistischen Naturschutzes mit der sozialen Wirklichkeit. Klose begann mit der Feststellung, dass die „Masse der Großstadt- und Industriebevölkerung“ dem Naturschutz noch immer teilnahmslos gegenüberstehe (Klose 1929: 393). Im Naturschutz herrsche ein eklatanter Mangel an Menschen mit ausreichender sozialpädagogischer Ausbildung und Begabung (Klose 1929: 397). Seine Rede zielte im Kern auf einen Paradigmenwechsel weg von einem sozialpaternalistischen Ansatz. Wenn er sich anschaue, welches Verhalten man bisher im bürgerlichen Naturschutz Arbeitern gegenüber an den Tag gelegt habe, dann könne er nur konstatieren, dass „alles aufdringliche Moralisieren vom [!] Übel“ sei. Ziel müsse zunächst die „Überwindung des Mißtrauens“ innerhalb der organisierten Arbeiterschaft sein. „Ein falsches Wort, eine taktliche Ungeschicklichkeit können mitunter das Vertrauen stören oder vernichten“ (Klose 1929: 400).

Dem paternalistisch geprägten Verhalten der bürgerlichen Naturschützer wohne stets die „Belehrung“ inne. Dass eine „Belehrung“ durchaus nicht nur einseitig vom Naturschutz zu den Arbeitern verlaufen könne, schilderte er am Beispiel einer von ihm durchgeführten Exkursion. Er habe einen Arbeiter zur Rede gestellt, der Eierschalen vergrub, statt sie in Butterbrotpapier zu wickeln und später in Berlin zu entsorgen. Doch der selbstwusste Proletarier habe ihm widersprochen. In der nährstoffarmen Märkischen Heidelandschaft bräuchten die Vögel den Kalk zur neuen Eierbildung. Klose folgerte daraus, dass Naturschützer sehr wohl auch von Arbeitern lernen und sich von diesen ‚belehren‘ lassen könnten: „Der Mann war ein besserer Naturschützer als ich!“ (Klose 1929: 405).

Aus Kloses Sicht war außerdem ganz wichtig, dass man die Käseglocke über dem Naturschutz lüften und kreativ denken bzw. formulieren müsse: „Ein Thema ‚Märkischer Frühling!‘ zieht mehr und ist darum einem anderen ‚Geschützte Pflanzen‘ [...] vorzuziehen“ (Klose 1929: 400).

Bis 1932 gelang es allerdings nicht, den Volksbund über den Großraum Berlin-Brandenburg hinaus zu erweitern. Hier konnte er maximal nur ca. 2.000 Menschen organisieren. Viele Fotografien aus der Praxis der vom Volksbund durchgeführten Wanderungen zeigen, dass letztlich das Bürgertum dann doch unter sich blieb (Abb. 3).

Auch im Touristenverein „Die Naturfreunde“ kümmerten sich nur sehr wenige Milieuangehörige um diese Agenda – nimmt man die Mitglieder in den Arbeitskreisen Naturschutz zum Maßstab. Beide Lager konnten die Grenzen eben doch nur aktionsgerichtet und damit temporär überwinden.

Klose zeigte sich in der Weimarer Republik zwar konzeptionell sehr innovativ, doch blieb er letztlich mehr oder weniger ein Einzelkämpfer. Jedenfalls scheiterten in der Weimarer Republik alle sozialpolitischen Ansätze im bürgerlichen Naturschutz (Frohn 2009: 85).

Abb. 3: Pfingstfahrt des Volksbundes Naturschutz nach Bellinchen/Oder; 1926 (Quelle: Naturschutz 7/1926: 242).

7 Missglückte Weichenstellung im „Dritten Reich“

Ungeachtet seiner Erfolglosigkeit in der Weimarer Republik ließ Klose nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten zunächst hinsichtlich seiner sozialpolitischen Ansätze nicht locker. 1934 suchte er die Konfrontation mit dem NS-Regime. 1924 hatten der Volksbund und der Bund für Vogelschutz einen Teil des Golmer Luchs abgekauft, um dieses Feuchtgebiet mit einem hohen ornithologischen Reichtum davor zu bewahren, dass die Berliner Senatsverwaltung hier Müll abladen konnte. Der Volksbund hatte sich nicht zuletzt aus sozialpolitischen Gründen hier engagiert, konnte die Berliner Arbeiterbevölkerung dieses Gebiet doch relativ problemlos mit dem ÖPNV erreichen. Seit 1927 besaß es den Status eines Naturschutzgebietes (Frohn 2009: 86f.). 1933 griff die Berliner Verwaltung ihre Pläne wieder auf; auf der geplanten Mülldeponie sollte perspektivisch Bauland ausgewiesen werden. Der Unterstützung durch das NS-Regime konnte sie sich sicher sein, zählte doch die Schaffung neuen Siedlungslandes für die städtische Arbeiterbevölkerung zu den erklärten Zielen des Regimes. Klose fand aber in Schriften oder Reden nationalsozialistischer Parteigrößen auch naturschutzfreundliche Passagen, die er im Sinne eines blanken Opportunismus in der Auseinandersetzung ins Feld führte. In einem Flugblatt warf er die Frage auf, „ob der deutsche Naturschutz eine Bagatelle [sei], die in jedem Falle der Wirtschaft hintanzustehen [habe], oder ob er aus nationalen, heimatlichen, wissenschaftlichen, ethischen Gründen, als eine für Volkstum und Heimat unentbehrliche Angelegenheit mit Nachdruck und Entschiedenheit zu fördern und in besonderen Fällen dem materiellen Nutzen voranzustellen“ sei. In der Auseinandersetzung zog Klose die soziale Karte. Er verweigerte die Zustimmung zu Kompensationsflächen mit dem Argument, dass die Berliner Arbeiterbevölkerung diese, anders als das Golmer Luch, nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln preis-

günstig erreichen könne (Klose 1934). Klose und der bürgerliche Naturschutz erlitten eine krachende Niederlage, indem das NS-Regime die aufgeworfene Frage eindeutig beantwortete: Es hob die Unterschutzstellung am 3. September 1934 auf – Naturschutz, gerade ein sozialpolitisch ausgerichteter, gehörte also in die Kategorie „Bagatelle“ (Frohn 2009: 86f.).

Eine für das Verhältnis von Naturschutz und Sozialpolitik vor allem langfristig folgenreiche Entscheidung fiel im „Dritten Reich“ 1935 mit der Verabschiedung des Reichsnaturschutzgesetzes. Ein weitestgehend ausformulierter Entwurf lag seit den späten 1920er-Jahren in den Schubladen des preußischen Kultusministeriums. Pläne für eine Kommunalverfassungsreform verhinderten 1931 die Einspeisung des Entwurfs in den parlamentarischen Prozess (Frohn 2006: 146ff.). 1935 erteilte Hermann Göring den Auftrag, ein Reichsnaturschutzgesetz vorzulegen. Die inhaltliche Federführung lag bei Klose. Sein Entwurf basierte im Kern auf dem Entwurf der 1920er-Jahre. Allerdings ergänzte er ihn nach seinen in der Weimarer Republik gemachten Erfahrungen um die Freiraumplanung, die zum integrativen Bestandteil des Naturschutzes werden sollte. Ressortegoismus führte dann aber unmittelbar vor der Verabschiedung des Gesetzes im Reichskabinett dazu, dass auf Drängen des Reichswohlfahrtsministeriums dieser Passus gestrichen wurde. Naturschutz und sozialpolitische Freiraumplanung gingen nun ressortmäßig getrennte Wege (Frohn 2006: 164-169) – mit Folgen, die bis heute spürbar sind.

8 Natur(schutz)parke (BRD) und Erholungsgebiete (DDR) als sozialpolitische Konzepte

Anfang bzw. Mitte der 1950er-Jahre bestand in der BRD eine der wesentlichen Aufgaben der Politik darin, Millionen von Ost-Vertriebenen und Flüchtlingen aus der DDR zu integrieren. Da viele von ihnen aus dem ländlichen Raum kamen und sich nach neuen Landparzellen im Westen sehnten, setzte eine intensive Kultivierungswelle ein, so dass auch letzte naturnahe Räume in der BRD unter Druck gerieten. Vor diesem Hintergrund initiierte der Vorsitzende des Vereins Naturschutzpark, Alfred Toepfer, 1956 ein großangelegtes Naturschutzparkprogramm. So sollten zum einen letzte naturnahe, in der Umgebung der Ballungsräume liegende Landschaften geschützt werden. Zum anderen sollten sich in diesen Landschaften aber auch die Bewohnerinnen und Bewohner eben dieser Ballungsräume erholen können (Abb. 4). Das Konzept griff die damals hochaktuellen Diskurse in der Medizin, Psychologie bzw. in der Sozialpolitik auf (Bekämpfung der zivilisationsbedingten Herz-Kreislauf-Krankheiten, stressbedingte psychische Erkrankungen etc.). Allerdings zeigte sich hier unverkennbar wieder ein Sozialpaternalismus, denn der Vereinsvorsitzende Alfred Toepfer und seine konzeptionellen Mitstreiter kombinierten die im Mainstream des deutschen Naturschutzes verbreitete kulturpessimistisch grundierte Zivilisationskritik mit den genannten neuen Forschungen. Das zeigte sich beispielsweise darin, dass sie meinten, Vorgaben über das „Wie“, d. h. über die Art und Weise der Erholung geben zu müssen. Naturerholung konnten sie sich nur kontemplativ vorstellen. So beherrschten Schlagworte wie „Oasen der Ruhe“ bzw. „Oasen der Stille“ den frühen Naturschutzparkdiskurs (Engels 2006: 105ff.; Frohn 2009: 102-110).

Auch in der DDR bestellten Naturschutzvertreter das sozialpolitische Feld. Die erste zentrale Tagung für Naturschutz im September 1953 erhob die Forderung, landesweit Erholungsgebiete auszuweisen. Die weitere Diskussion glich nicht unwesentlich derjenigen, die Toepfer um die Errichtung von Naturschutzparks in der BRD führte (Frohn 2016: 156).

Zeichnung: G. Wustmann

In den gekennzeichneten Gebieten wünschen wir große Naturschutzparke nach dem Vorbild des Heideparks zum Wohle der Ruhe und Erholung Suchenden, zum Besten wanderfroher Jugend und zum Nutzen von Forschung und Wissenschaft

Beilage zu Naturschutzparke, Heft 6/Mai 1956 Verlag des Vereins Naturschutzpark e. V.

Abb. 4: Vorschläge des Vereins Naturschutzpark zur Errichtung von Naturschutzparks, 1956 (Quelle: Beilage zu Heft 6 (1956) der Zeitschrift Naturschutzparke).

9 Auf dem Weg ins Hier und Jetzt

1958 adaptierte die Bundesregierung das Toepfersche Konzept, indem sie das Naturparkprogramm ins Leben rief. Neben Naturschutzaspekten diente es auch und gerade der Regionalförderung. 1961 setzte die „Grüne Charta von der Mainau“ der im Naturschutz verbreiteten Zivilisationskritik, die stets in Kombination mit Kulturpessimismus einherging, ein Ende. Die Charta berief sich dezidiert auf das Grundgesetz, insbesondere auf die Artikel 1 und 2 (universelle Menschenrechte, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit) sowie 14, Abs. 2 (Sozialpflichtigkeit des Eigentums), und kam damit sowohl in der Moderne als auch in der pluralistischen Demokratie an. Die Charta leitete daraus ein „Recht auf ein gesundes und menschenwürdiges Leben in Stadt und Land“ ab. In ihrem Forderungskatalog verlangte sie u. a. „ausreichende[n] Erholungsraum durch Bereitstellung von Gartenland, freien Zugang zu Wäldern, Bergen, Seen und Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten, stadtinnere[n] Freiraum in Wohnungsnähe für die tägliche Erholung, stadtnahe[n] Erholungsraum für das Wochenende und stadtferne[n] Erholungsraum für die Ferien“ (Frohn et al. 2016). In diesem Dokument finden sich also viele der bereits in der Weimarer Republik vertretenen sozialpolitischen Ansätze wieder.

Insgesamt ließen nach der Ökologisierung des Naturschutzes ab der Mitte der 1960er-Jahre jenseits des Engagements im Kontext der Naturparke sozialpolitische Aktivitäten stark nach. Erst in den letzten gut zehn Jahren zeigt sich wieder nennenswertes sozialpolitisches Engagement im Naturschutz. Wie wichtig diese Ansätze sind, zeigen die Ergebnisse der Naturbewusstseinsstudien.

10 Schlechte Verankerung des Naturschutzes in sozial benachteiligten Milieus

Naturschutz kann auf eine lange, wenn auch schwach ausgeprägte Entwicklungslinie sozialpolitischer Ansätze zurückblicken. Das sozial begründete Recht auf die Teilhabe an Natur und Landschaft gehört seit der Entstehung des Naturschutzes vor ca. 120 Jahren zum Repertoire naturschutzpolitischer Begründungen. Quantitativ ließ sich aber bisher nicht messen, wie erfolgreich sozialpolitische Ansätze waren. Seit 2009 lassen das BMU und das BfN repräsentative Erhebungen zum Naturbewusstsein durchführen. Diese Studien erlauben nun auch Einblicke bis in die spezifischen gesellschaftlichen Milieus hinein. Ein immer wieder erhobener Indikator erfragt das „Bewusstsein für biologische Vielfalt“. Eine milieuspezifische Auswertung ergab, dass der Wert für das „liberal-intellektuelle Milieu“ bei 45 %, für das „sozialökologische Milieu“ bei 37 %, für das „expeditive Milieu“ bei 35 % und das „konservativ-etablierte Milieu“ bei 32 % liegt. Dagegen betrugen die Quoten für das prekäre und das traditionelle Milieu jeweils 14 % und für das hedonistische 15 % (BfN 2016: 9). Signifikante Veränderungen der Werte der drei letztgenannten Milieus ließen sich in den letzten Jahren nicht feststellen (BfN 2016: 6).[5]

Lange setzte die Naturschutzpolitik auf eine gesellschaftliche Vorbildstrategie, wonach wünschenswerte Vorstellungen zum Naturschutz durch einen nach dem ‚Top-down-Prinzip‘ ablaufenden „‚schleichende[n]‘ Prozess, der am Anfang durch kleine, aber strategisch wichtige Gruppen angeschoben“ werde, in die Milieus der sozial Benachteiligten einsickern sollten (BMUB & BfN 2015: 12). Doch die Daten der Naturbewusstseinsstudien zeigen, dass

[5] Bei den genannten Milieus handelt es sich um Bezeichnungen, die das Sinus-Institut für Gesellschafts- und Zielgruppenmodelle entwickelt hat.

zumindest für den Erhebungsraum 2009 bis 2015 der angenommene Sickerprozess gemäß der Vorbildstrategie zu keinen signifikanten Veränderungen im Bereich der sozial benachteiligten Milieus geführt hat. Sicherlich wird man die historischen Befunde, die sich auf eine unspezifisch bleibende „Arbeiterschaft“ beziehen, nicht im Sinne eines Analogieschlusses mit einigen Sinus-Milieus der Naturbewusstseinsstudien gleichsetzen können. Betrachtet man die 2009 bis 2015 gewonnenen Daten aber vor dem Hintergrund der Geschichte des Naturschutzes, dann zeigt sich, dass die bisherigen, seit nunmehr einem Jahrhundert unterbreiteten Angebote des Naturschutzes offenbar zu großen Teilen an den Bedürfnissen der Menschen aus sozial benachteiligten Milieus vorbeigingen bzw. -gehen, diese sie jedenfalls nicht nachhaltig ansprechen.

Wo liegt aber der Grund für die sich nicht einstellenden Erfolge? Er ist wohl auch und besonders im Naturschutz selbst zu suchen. 1923 protestierten die historischen Naturschützer mit dem Hinweis „Auch Naturschutz bedeutet Volkswohlfahrt!“ dagegen, dass die damaligen Sozialverbände sie nicht in den Protest gegen grundlegende sozialpolitische Probleme einbezogen hatten. Aber wie sähe dies heute aus? Kämen die heutigen Wohlfahrtsverbände, wenn sie sich auf grundlegende Stellungnahmen gegen soziale Kürzungen an die Öffentlichkeit wenden, auf die Idee, die großen Naturschutzverbände im Vorfeld einzubeziehen? Oder würden die Naturschutzverbandsvorsitzenden dagegen protestieren, nicht gefragt worden zu sein? Skepsis ist angesagt. Aber erste Veränderungen bahnen sich an. Der Bundesverband des Naturschutzbundes Deutschland kooperiert seit einiger Zeit mit der Arbeiterwohlfahrt. Der Deutsche Naturschutzring war neben der Arbeiterwohlfahrt, der Diakonie Deutschland, dem Paritätischen Gesamtverband, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und anderen Organisationen Träger der Konferenz „Alle mitnehmen – soziale Ungleichheit überwinden!“, die am 26. September 2016 in Berlin stattfand (vgl. https://www.awo.org/alle-mitnehmen-soziale-ungleichheit-ueberwinden; 02.01.2018).

11 Zeit für einen sozialpolitischen Neuanfang im Naturschutz

Der historische Rückblick verdeutlicht zwar, dass der bürgerliche Naturschutz auf eine lang zurückreichende sozialpolitische Entwicklungslinie zurückblicken kann. Aber es zeigt sich auch eine alte Krux. Früher dominierten zivilisationskritisch-kulturpessimistische Akteure das Außenbild des Naturschutzes – und die wenigen sozialpolitischen Ansätze verschwanden fast dahinter. Heute wird Naturschutz oftmals als reine Biodiversitätsschutzbewegung wahrgenommen. Offenbar sollten die Vertreterinnen und Vertreter eines sozialpolitisch ausgerichteten Naturschutzes lautstärker und vor allem öffentlichkeitswirksamer agieren.

Der Blick zurück zeigt aber auch, dass die wenigen Orte, an denen der Naturschutz historisch Kontakte zu Angehörigen der sozial Benachteiligten knüpfen konnte, heute nicht mehr tragen. Volkshochschulen agierten nach ihrer Gründung zu Beginn der Weimarer Republik vor allem als Arbeiterfortbildungsinstitutionen. Heute unterbreiten sie ganz stark bildungsbürgerliche Angebote, die Menschen aus sozial benachteiligten Milieus nicht nachfragen. Kloses Fragen von 1927 – „Wie in diese Massen eindringen? Wie dort Fuß fassen? Sich einnisten?“ (Klose 1929: 397) – stehen weiterhin noch unbeantwortet im Raum.

Der Blick zurück zeigt vor allem, dass sozialpaternalistische Ansätze kontraproduktiv sind. Im amtlichen, aber auch im ehrenamtlichen Naturschutz lassen sich in den letzten Jahren überall neue Ansätze feststellen, die darauf dringen, die soziale Teilhabe an der Natur wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Einige der neueren Angebote sprechen durchaus Menschen aus den sozial benachteiligten Milieus an – etliche aber auch leider nicht. Hier

lohnt noch einmal der Blick zurück. Klose drehte 1927 auf dem Naturschutztag den Spieß in der Rollenerwartung einfach um: Nicht die Arbeiterschaft und die Erholung Suchenden müssten sich an den Naturschutz wenden, sondern der Naturschutz müsse sich Zugang zu den Arbeitern und Erholung Suchenden verschaffen. Eines lässt sich aus dem Reservoir des historischen sozialpolitischen Naturschutzes aufgreifen, ja fast 1:1 ‚abschreiben': Die Käseglocke über dem Naturschutz sollte dringend gehoben werden und Naturschutzangebote sollten gleichsam milieuspezifisch übersetzt werden. Die Sprache, mit der sich der Naturschutz an Menschen jenseits der eigenen Klientel wendet, muss sich dringend ändern.

Die bisherigen Angebote wurden und werden von Naturschützerinnen und Naturschützern unterbreitet, die in aller Regel bürgerlichen Milieus angehören. Diese „Angebotsperspektive" war und ist aber geprägt durch den Erfahrungshorizont der maßgeblichen Trägerschicht des Naturschutzes, also zumeist von Angehörigen des humanistisch oder naturwissenschaftlich gebildeten Bürgertums. Die Zielklientel wurde und wird auf diese Weise als Objekt, nämlich als Objekt von Angeboten, wahrgenommen, deren Zuschnitte oft auf Vermutungen oder Projektionen basierten und basieren.

Es ist Zeit für einen Neuanfang, und hier tut ein Perspektivenwechsel not: ein Wechsel von der bisherigen Angebots- zu einer Nachfrageperspektive, die unmittelbar bei den betroffenen Menschen ansetzt und diese nicht als Objekte sieht, denen Angebote unterbreitet werden, sondern die sie als Subjekte ernst- und wahrnimmt. Um einen solchen Perspektivenwechsel realisieren zu können, müssten aber zuerst einmal grundlegende qualitative Daten zu den Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen der Menschen aus sozial benachteiligten Milieus generiert werden, um darauf aufbauend, zielgruppenspezifische Angebote entwickeln zu können. Seit September 2013 widmet sich die Stiftung Naturschutzgeschichte im Rahmen eines vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojektes dieser Problematik. Die Ergebnisse werden Ende 2019 vorliegen.

Literatur

Auster, R. (2006): Schutz den Wäldern und Seen! Die Anfänge des sozialpolitischen Naturschutzes in Berlin und Brandenburg. – In: Gröning, G. & Wolschke-Bulmahn, J. (Hrsg.): Naturschutz und Demokratie!? München (Martin Meidenbauer): 155-167.

BfN (Bundesamt für Naturschutz) (Hrsg.) (2016): Gesellschaftliches Bewusstsein für biologische Vielfalt 2015. Wissen, Einstellung und Verhaltensbereitschaft. Bonn (Selbstverlag).

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (2016): Armuts- und Reichtumsbericht 2016; URL: http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Bericht/Der-fuenfte-Bericht/fuenfter-bericht.html (gesehen am: 02.01.2018).

BMUB & BfN (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit & Bundesamt für Naturschutz) (Hrsg.) (2015): Gesellschaftliches Bewusstsein für biologische Vielfalt 2013. Wissen, Einstellungen und Verhaltensbereitschaft. O.O. (Selbstverlag)

Denecke, V. (1991): Der Touristenverein „Die Naturfreunde". – In: Walter, F.; Denecke, V. & Regin, C.: Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände. Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik 2. Bonn (J. H. W. Dietz Nachf.): 241-292.

Engels, J. I. (2006): Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950-1980. Paderborn (Schöningh).

Frohn, H.-W. (2006): Naturschutz macht Staat – Staat macht Naturschutz. – In: Frohn, H.-W. & Schmoll, F. (Bearb.): Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906-2006. Naturschutz und Biologische Vielfalt 35. Bonn (Landwirtschaftsverlag): 85-313.

Frohn, H.-W. (2009): Das Stiefkind der Bewegung: Sozialpolitischer Naturschutz und die Bemühungen um Erholungsvorsorge 1880 bis 1969. – In: Frohn, H.-W., Rosebrock, J. & Schmoll, F. (Hrsg.): „Wenn sich alle in der Natur erholen, wo erholt sich dann die Natur?“ Naturschutz, Freizeitnutzung, Erholungsvorsorge und Sport – gestern, heute, morgen. Naturschutz und Biologische Vielfalt 75. Bonn (Landwirtschaftsverlag): 39-124.

Frohn, H.-W. (2016): Das Nationalparkprogramm der DDR. – In: Frohn, H.-W., Küster, H. & Ziemek, H.-P. (Bearb.): Ausweisungen von Nationalparks in Deutschland – Akzeptanz und Widerstand. Naturschutz und Biologische Vielfalt 148. Bonn (Landwirtschaftsverlag): 145-200.

Frohn, H.-W. (2017): „Naturschutz ist Volkssache! Spurensuche nach demokratischen, sozialpartizipatorischen bzw. -emanzipatorischen Konzepten des bürgerlichen Naturschutzes 1898-1980. – In: Frohn, H.-W. & Rosebrock, J. (Hrsg.): Spurensuche. Lina Hähnle und die demokratischen Wurzeln des Naturschutzes. Essen (Klartext): 113-146.

Frohn, H.-W.; Potthast, T. & Rosebrock, J. (2016): Die Entstehung der „Grünen Charta von der Mainau”. Zum Einfluss der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA) auf einen Meilenstein der Umweltgeschichte in Deutschland. – In: Frohn, H.-W.; Küster, H. & Scheuren, E. (Hrsg.): Jenseits der scheinbaren Gewissheiten. Mensch – Kultur – Natur 2. Essen (Klartext): 163-185.

Haber, W. (2006): Kulturlandschaften und die Paradigmen des Naturschutzes. – In: Stadt+Grün 12: 20-25.

Jessel, B. (2015): Naturschutz und soziale Fragen – Verbündete im beiderseitigen Interesse. – URL: http://www.naturschutzgeschichte.de/4_forum_wissenschaft/_pdf/Tagungsreader_Bonner_Gespraeche_I.pdf (gesehen am: 12.08.2016).

Kerbs, D. & Reulecke, J. (Hrsg.) (1998): Handbuch der Reformbewegungen 1880-1933. Wuppertal (Hammer).

Kersten, O. (2007): Die Naturfreundebewegung in der Region Berlin-Brandenburg 1908-1989/90. Kontinuitäten und Brüche. Berlin (Naturfreunde-Verlag Freizeit und Wandern).

Klose, H. (1919): Das westfälische Industriegebiet und die Erhaltung der Natur. – Berlin (Neudamm).

Klose, H. (1927): Ein Beitrag zum Volksnaturschutz. – In: Naturschutz 8: 223f.

Klose, H. (1929): Die sozialpädagogische Bedeutung des Naturschutzes. – In: Beiträge zur Naturdenkmalpflege 12: 390-412. Wiederabgedruckt – In: Natur und Landschaft 33: 88-93.

Klose, H. (1934): Naturschutzgebiet Golmer Luch und Presse. – In: Beilage zu Naturschutz und Naturdenkmalpflege in Berlin und Brandenburg H. 20, April 1934.

Linse, U. (1986): Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegungen in Deutschland. München (dtv).

Lukaßen, D. (2010): Grüne Koalitionen. Naturschutzkonzepte und Naturschutzpraxis in der Weimarer Republik. Siegburg (Rheinlandia).

Volksbund Naturschutz (1922): Aufruf: Volksnaturschutz. – In: Naturschutz 3: 84-89.

W., J. K. (1923): Einfach, rein, deutsch! – In: Naturschutz 4: 72f.

Zimmer, J. & Erdmann, W. (Hrsg.) (1995): Hundert Jahre Kampf um die freie Natur. Illustrierte Geschichte der Naturfreunde. Essen (Klartext).

Gerechte Teilhabe an Natur: ein gemeinsames Interesse von Naturschutz- und Sozialpolitik

Frank Wichert und Andrea Biendarra

Der Verlust der biologischen Vielfalt, die Folgen des Klimawandels und die Notwendigkeit der Energiewende stellen wesentliche sozioökonomische Aufgaben dar, die die Gesellschaft gegenwärtig zu bewältigen hat. Hinzu kommen die bekannten sozialpolitischen Entwicklungen, die sich unter anderem aus dem demografischen Wandel, einer ausgeprägten Pluralität von Lebensstilen und einem starken Armutsgefälle ergeben. In zunehmendem Maße nimmt der Naturschutz hier eine gesamtgesellschaftliche Perspektive ein und wirkt vermehrt an Prozessen des sozialen und wirtschaftlichen Wandels mit. Die Zusammenhänge zwischen ökologischen und sozialen Faktoren sind dabei nicht zu übersehen, wie unter anderem die Ergebnisse der Studie „Naturkapital Deutschland – TEEB DE“ (2016) zu den Leistungen – insbesondere den Erholungsleistungen – der Natur zeigen. Damit Naturschutzkonzepte dem hohen Anspruch der genannten Veränderungsprozesse gerecht werden können, sollte das Verhältnis von Naturschutz und Sozialpolitik bzw. Sozialwesen genauer betrachtet werden.

Ansätze zur Verbindung von Sozial- und Naturschutzpolitik gab es bereits in Preußen mit der Forderung aus den Reihen des bürgerlichen Naturschutzes nach einer Einrichtung von „Staatsparken“ und verstärkt danach in der Weimarer Republik (Frohn 2017). Schon damals wurde die sozialpolitische Bedeutung des Naturschutzes erkannt. Im Rahmen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro und dem dort neben der Agenda 21 ebenfalls verhandelten Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) wurde die soziale Dimension erneut aufgegriffen und fand später in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (BMU 2007) Beachtung. Begriffe wie Generationengerechtigkeit, Wertschätzung und Identifikation betonen darin ausdrücklich die Bedeutung der biologischen Vielfalt aus einer ethischen und sozial orientierten Perspektive. Viele Naturschutzakteure befassen sich ebenfalls mit dem Themenfeld und beleuchten zunehmend die sozialen Bezüge zum Bewusstsein für Natur und biologische Vielfalt.

1 Bewusstsein für biologische Vielfalt

Seit 2009 erhebt das Bundesamt für Naturschutz (BfN) im zweijährlichen Rhythmus in repräsentativen Naturbewusstseinsstudien die Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Natur und zu ausgewählten naturschutzpolitischen Schwerpunkten. Gegenstand der Befragung ist auch ein Gesamtindikator für das Bewusstsein über die biologische Vielfalt. Dieser berücksichtigt drei Teilkomponenten (BMU & BfN 2018: 44-46):

- das Wissen, also die Bekanntheit des Begriffs „biologische Vielfalt“,
- die Einstellung in Bezug auf den Erhalt der biologischen Vielfalt und
- die Bereitschaft, den Schutz der biologischen Vielfalt im eigenen Handeln zu berücksichtigen.

Aus diesen Studien wird unter anderem erkennbar, dass der Bezug zur Natur von der durch sozioökonomische Faktoren und individuelle Werthaltungen bestimmten sozialen Position eines Menschen in der Gesellschaft abhängt. Bei differenzierter Analyse der Ergebnisse auf Grundlage der Sinus-Milieus (SINUS 2015) lassen sich bei der erwachsenen

deutschsprachigen Wohnbevölkerung milieuspezifisch erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Bewusstseins für biologische Vielfalt feststellen. In den bildungsnahen, sozial gehobenen Milieus ist insgesamt erwartungsgemäß ein deutlich größeres Bewusstsein für biologische Vielfalt anzutreffen als in den einkommens- und bildungsbenachteiligten Milieus.

Vergleichsweise schwach ausgeprägt ist die Naturverbundenheit vor allem im sogenannten prekären Milieu (s. Abb. 1). Das prekäre Milieu bezeichnet in der Sozialforschung die nach gesellschaftlicher Teilhabe und Orientierung suchende, durch Zukunftsängste geprägte soziale Unterschicht (SINUS 2015: 16). Die Themen Natur und Naturschutz besitzen im Alltag dieses Milieus einen untergeordneten Stellenwert. Im Fokus stehen eher die eigene Identität und Fragen der persönlichen Lebensbewältigung. Ferner fallen die Erwartungen gegenüber Naturschutzakteuren relativ gering aus (Christ 2014: 29).

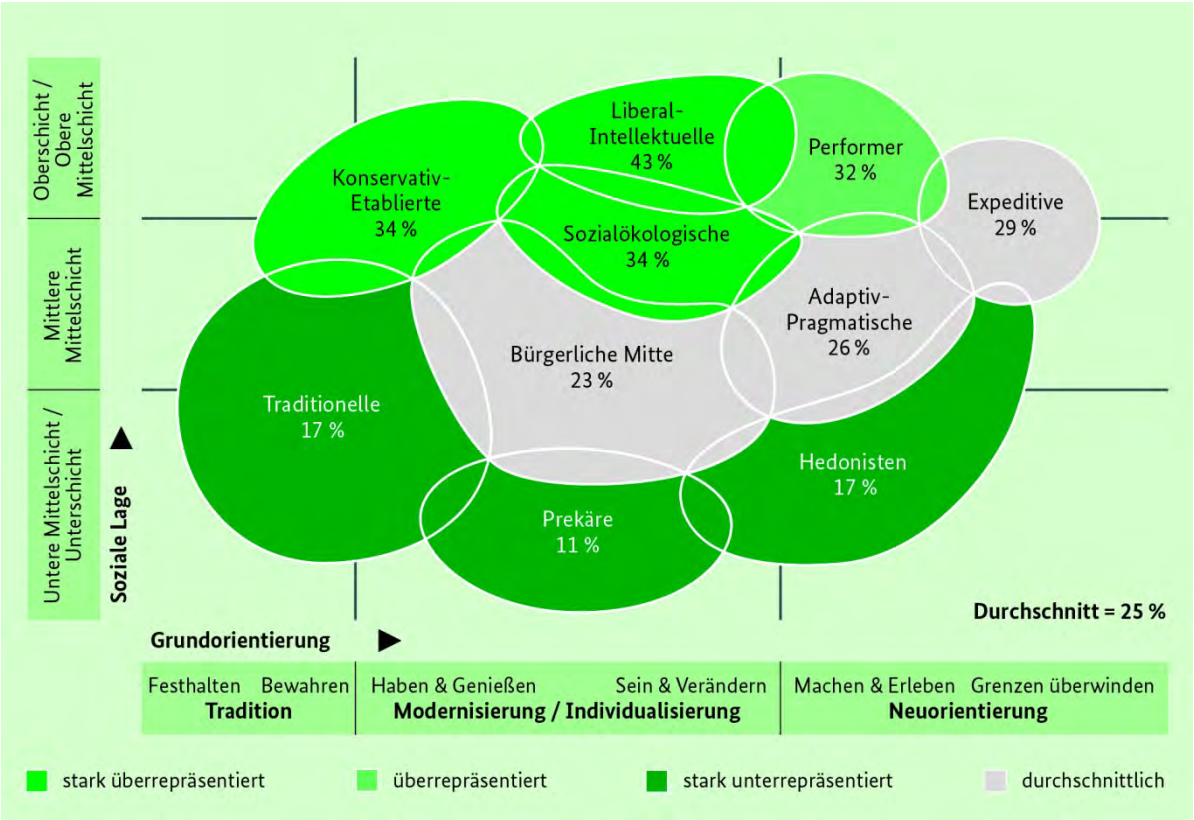

Abb. 1: Gesamtindikator „Bewusstsein für biologische Vielfalt“ nach Sinus-Milieus (BMU & BfN 2018: 45).

Von der individuellen sozialen Verortung ist jedoch nicht nur die persönliche Haltung gegenüber Natur und Naturschutz abhängig, sondern auch der tatsächliche Zugang zu Naturräumen (SenStadtUm 2015). In beiden Formen zeigt sich die Bedeutung der sozialen Dimension des Naturschutzes (s. auch Wichert, Biendarra & Erdmann 2017).

2 Ethische Argumente im aktuellen Naturschutzdiskurs

Für die Erhaltung der Natur gibt es vielfältige ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Gründe, die alle gleichzeitig immer auch ethische Facetten enthalten. Im Rahmen einer Studie hat das BfN beispielhaft die ethischen Argumentationslinien aus der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt herausarbeiten lassen (Eser, Neureuther & Müller 2011):

1. Demnach ist der Schutz der Natur zunächst schlichtweg klug, denn sie ist die existenzielle Grundlage menschlichen Lebens. Wirtschaft und Gesellschaft können ohne diesen Schutz als Grundlage jeder Nutzung von Natur und Landschaft nicht erfolgreich bestehen.
2. Des Weiteren lässt sich mit dem Ziel des „guten Lebens“ bzw. des Glücks argumentieren. Naturnahe Erfahrungen steigern die Lebensqualität und sind für die Persönlichkeitsentwicklung prägend. Soziale Aspekte des Naturerlebens wie Ästhetik, Freizeitgestaltung, Heimatgefühl und Lebensqualität des Wohnumfelds sprechen für die dauerhafte Sicherung der natürlichen Umwelt.
3. Die dritte Argumentationslinie ist der Gerechtigkeit gewidmet: Mit der Verpflichtung z. B. gegenüber kommenden Generationen sowie im internationalen Kontext sind die moralische Urteilskraft und die Handlungsfähigkeit jedes Einzelnen angesprochen. Damit werden, wenn auch nur implizit, Grundlagen der Gerechtigkeit thematisiert.

Die Lebensbedingungen einkommensschwacher Gruppen in Deutschland sind nicht nur durch negative sozioökonomische Bedingungen geprägt, sondern ebenso durch eine im schichtspezifischen Vergleich höhere Umweltbelastung (UBA 2015). Leistungen der Natur stehen in einer engen Beziehung zu Lebensqualität, sozialer Gerechtigkeit und gesundheitlicher Chancengleichheit. Naturparke, Wälder, Parkanlagen und Gewässer sind vor allem für Menschen aus städtischen Wohngebieten zur Erholung und Entspannung außerordentlich wichtig. Darüber hinaus bieten Naturräume Gelegenheit, sich ausgiebig im Freien zu bewegen. Neben der Funktion zur Gesunderhaltung der Bevölkerung prägen naturnahe Freiräume das unmittelbare Lebensumfeld von Menschen und bieten Möglichkeiten für zwischenmenschliche Kontakte, die sich positiv auf das soziale Klima im Wohnumfeld auswirken. Auch sind diese Naturräume wegen ihrer ökologischen Leistungen und weil sie auf emotionaler Ebene einen Zugang zur Natur ermöglichen von Relevanz. Eine der Kernempfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) im Kontext der Großen Transformation zur Nachhaltigkeit bezogen auf Städte ist deshalb die „Schaffung und Sicherung von Räumen für Erholung, Aktivität und soziale Interaktion“ (WBGU 2016: 437). Gerade im Hinblick auf konkrete Naturzugänge für sozioökonomisch Benachteiligte ist die Verfügbarkeit von Stadtnatur relevant.

Kosten wie Nutzen von Naturschutzmaßnahmen sollten innerhalb der Gesellschaft gerecht verteilt werden und nicht zu Lasten bereits benachteiligter Schichten und Gruppen gehen. Der Naturschutz kann hier Menschen aus dem prekären Milieu Zugänge zur Natur eröffnen, um individuelle Lebensbedingungen zu verbessern. Hierfür wären umfassende Kooperationen mit den Sozialverbänden zielführend. Es ist sowohl im Sinne des Naturschutzes als auch der Sozialpolitik, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen gerecht gestalteten Zugang zu den praktischen wie ideellen Leistungen der Natur haben.

Dabei stellt sich die Frage, welcher Zugang bzw. welche Verteilung überhaupt gerecht ist. Dies ist nicht leicht zu beantworten. Ein möglicher Ansatz ist der Capability Approach von Martha Nussbaum, die sich unter anderem intensiv mit Fragen der globalen Gerechtigkeit befasst hat. Der Ansatz fokussiert nicht auf Gleichverteilung, sondern auf die Möglichkeit zur Verwirklichung eines guten Lebens. Um dieses zu erreichen, seien Staat und Gesellschaft verpflichtet, jedes Individuum gleichermaßen zu befähigen sowie Güter und Dienstleistungen in entsprechendem Maße zur Verfügung zu stellen. Erst durch die von Bildung, sozialen Normen und anderen Faktoren abhängende, individuelle Umwandlung entstehe ein „Capability Set“ wie etwa die „Fähigkeit, in Verbundenheit mit Tieren, Pflanzen und der

ganzen Natur zu leben und pfleglich mit ihnen umzugehen“ (Nussbaum 1999: 57f.). Inwieweit diese Fähigkeit in einen tatsächlich gelebten Zustand mündet, ist dann eine individuelle Entscheidung.

Während es bei der zuvor angesprochenen Verteilungsgerechtigkeit um das Recht Einzelner auf gemeinschaftliche Güter geht, behandelt die ausgleichende Gerechtigkeit das Verhältnis der Beteiligten zueinander. Zwischen Naturschutzmaßnahmen und anderen Nutzungen treten immer wieder Interessenkonflikte auf. So kann zum Beispiel die Einrichtung eines Nationalparks die lokal ansässige Holzwirtschaft beeinträchtigen. Ausgleichende Gerechtigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang, dass über Maßnahmen wie Vorteilsausgleich, Ausgleichszahlungen und Ausgleichsmaßnahmen Ungleichverteilungen kompensiert werden. Der Eingriff in traditionelle Lebensweisen lässt sich damit jedoch nicht ausgleichen. Würde man versuchen, diesen Eingriff durch eine Aufteilung des Nationalparkgebietes in viele kleine Areale zu minimieren, so hätte dies wiederum Einschränkungen für den Artenschutz oder die Einrichtung von Wildnisgebieten zur Folge.

Zu einer gerechten sozialen Teilhabe gehört auch die Möglichkeit einer gleichberechtigten Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen an Entscheidungsprozessen. An diesem Gedanken setzt die Verfahrensgerechtigkeit an (Eser, Benzing & Müller 2013). Die von einer anstehenden Planungsentscheidung betroffenen Menschen oder Interessengruppen müssen ein Recht zur Mitsprache haben. Wer zum Kreis der Betroffenen gehört, ist dabei nicht einfach zu bestimmen. Ferner sollte man im Blick haben, wer tatsächlich an der Entscheidungsfindung teilnehmen kann bzw. im Sinne des Capability Approaches dazu befähigt ist. In jedem Fall sind Transparenz und ein frühzeitiger Zugang zu Informationen ausschlaggebend für den Erfolg der demokratischen Entscheidungsfindung. Basierend auf formell festzuhaltenden Beteiligungsrechten sollen die Beteiligten eine Gleichbehandlung erfahren und bereits zu Beginn wissen, inwieweit ihre Stimme Einfluss auf die Entscheidung haben wird.

Wenn es gelingt, die Betroffenen stärker in der Planung von Maßnahmen vor Ort zu beteiligen, kann auf diese Weise ein Beitrag zur sozialen Integration und zu gesellschaftlicher Teilhabe geleistet werden.

3 Aktivitäten des BfN

Mit dem Auftakt der „Bonner Gespräche: Naturschutz – natürlich sozial!“ sollten gemeinsam mit der Stiftung Naturschutzgeschichte eine Debatte über Möglichkeiten der verstärkten Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Sozialpolitik bzw. Sozialwesen eingeleitet sowie gemeinsame Schnittmengen und erfolgreiche Lösungsansätze aufgezeigt werden. Dabei ging es insbesondere darum, die sozioökonomisch benachteiligten Bürgerinnen und Bürger, die vom Naturschutz bisher nur eingeschränkt erreicht wurden, in den Mittelpunkt zu rücken.

Gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft und Praxis führt das BfN deshalb auch verschiedene Vorhaben an der Schnittstelle „Naturschutz und Soziales” durch (s. Tab. 1). Die zunehmende Bedeutung der sozialen Thematik innerhalb des Bundesamtes spiegelt sich ferner in der wachsenden Zahl an Gutachten und Veranstaltungen zu Gerechtigkeitsfragen im Naturschutz wider. Bisher wurden insbesondere Empfehlungen herausgearbeitet, wo konkret Gerechtigkeitsaspekte im Naturschutz verortet sind und wie eine Kommunikation über Gerechtigkeit im Kontext des Naturschutzes aussehen kann (Eser et al. 2013; Eser

et al. 2011). Anschlussfähigkeit für weitere Aktivitäten ist auch im Rahmen des BMU-Handlungsprogramms „Naturschutz-Offensive 2020 – Für biologische Vielfalt!“ gegeben (BMUB 2015).

Tab. 1: Sozioökonomisch ausgerichtete Vorhaben des Bundesamtes für Naturschutz

Titel	**Projektträger**	**Laufzeit**	**Ziele**
Naturerfahrungsräume in Großstädten am Beispiel Berlin (EuE)	Stiftung Naturschutz Berlin; Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, FB Landschaftsnutzung und Naturschutz	2011-2020	naturschutzgerechte Entwicklung urbaner Räume durch die Schaffung naturnaher Grünflächen für Kinder und Jugendliche im besiedelten Bereich
Perspektivwechsel: die Bedeutung der biologischen Vielfalt für prekäre urbane Milieus und deren Lebensqualität (FuE)	Stiftung Naturschutzgeschichte	2016-2019	Gewinnung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse über das Bewusstsein für Biodiversität bei bildungsfernen und durch geringe soziale Teilhabe gekennzeichneten gesellschaftlichen Milieus
Reflektierte Naturerfahrungen für benachteiligte Kinder und Jugendliche (FuE)	Universität Hamburg	2016-2019	Entwicklung eines übertragbaren umweltpädagogischen Modells zur angeleiteten und reflektierten Erfahrung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsbenachteiligten und naturfernen Familien
Wald verstehen / Natur erleben (Verbändeförderung)	Stiftung Deutscher Wald	2015-2017 / 2017-2019	erlebnisbezogene Heranführung bildungsferner Kinder und Jugendlicher an den Lebensraum Wald
Ökologische Stadterneuerung durch Anlage urbaner Waldflächen auf innerstädtischen Flächen im Nutzungswandel – ein Beitrag zur ökologischen Stadtentwicklung (EuE)	Stadt Leipzig, Dezernat Stadtentwicklung und Bau; TU Dresden, Institut für Landschaftsarchitektur	2007-2019	Stärkung der ökologischen Stadterneuerung unter Berücksichtigung sozialer Aspekte
Natur erleben verbindet – Naturerlebnis- und Mitmachangebote für Menschen aus sozial benachteiligten Schichten, Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete (Verbändeförderung)	Verband Deutscher Naturparke	2017-2018	Schaffung entsprechender Erlebnisangebote und Veranstaltungen in Naturparken für einen besseren individuellen Zugang zur Natur und ein vertieftes Verständnis von Naturschutzfragen
Tagungsreihe „Bonner Gespräche zur Zukunft des Naturschutzes“ (FuE)	Stiftung Naturschutzgeschichte	2014-2018	Vernetzung von Entscheidern bzw. Mittlern aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft durch den Diskurs über Naturschutzfragen vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen
Expertengespräch zu Naturschutz und sozialer Gerechtigkeit (FuE)	Büro für Umweltethik	2016-2017	interdisziplinärer Austausch und Erweiterung der wissenschaftlichen Expertise im BfN zu den Herausforderungen bzw. Handlungsmöglichkeiten für den Naturschutz im Kontext sozialer Gerechtigkeit
Dialogforum 2017 „Ehrensache Natur“ (Tagungstitel)	EUROPARC	2016-2017	stärkere Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen und sozial benachteiligten Gruppen in das Ehrenamt

EuE: Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben, FuE: Forschungs- und Entwicklungsvorhaben

4 Naturschutz und Soziales vereint denken

Fragen des Naturschutzes stellen sich vor dem Hintergrund der jeweils aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen, da Naturschutz mit seinen Akteuren und Prozessen in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung eingebettet ist. Um durch und mit Naturschutz für mehr ökologische und soziale Gerechtigkeit zu sorgen, bedarf es weiterhin geeigneter Strategien. Hierbei dienen das Sozialstaatsprinzip und der Grundsatz der Chancengleichheit als grundlegende Orientierungsmaßstäbe, denn die Möglichkeit zur Teilhabe an der Natur ist vor allem eine Gerechtigkeitsfrage.

Die Nutzung von Vorstellungen über Gerechtigkeit als Entscheidungs- und Handlungsgrundlage gehört zu dem im Rahmen der Gestaltungskompetenz in der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zu Vermittelnden, wodurch sich entsprechende Schnittstellen zum Themenfeld BNE ergeben. Für einen über sozioökonomische Fragen hinaus an gesellschaftlicher Diversität orientierten Naturschutz sind zudem die Reflexion eigener Leitbilder, Perspektivübernahme und Empathie zentrale Teilkompetenzen der BNE (vgl. de Haan et al. 2008: 188). Hier bestehen Parallelen, die bislang noch wenig Berücksichtigung im Naturschutz finden.

Auf der Ebene der praktischen Umsetzung erweist sich die enge Zusammenarbeit von Naturschutzverbänden und -initiativen mit Akteuren sozialer und kultureller Einrichtungen häufig als zweckmäßig für eine erfolgreiche Realisierung von Projekten, die sowohl den Naturschutz als auch die soziale Arbeit betreffen. Für Akteure im Naturschutz wird es aus diesem Grunde ein Gewinn sein, sich den Fragen und Methoden aus dem sozialen Arbeitsfeld noch bewusster und umfassender als bisher zu öffnen.

Literatur

BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (Hrsg.) (2007): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Berlin (Selbstverlag).

BMU & BfN (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit & Bundesamt für Naturschutz) (Hrsg.) (2018): Naturbewusstsein 2017: Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Berlin (Selbstverlag).

BMUB (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) (Hrsg.) (2015): Naturschutz-Offensive 2020: Für biologische Vielfalt! Berlin (Selbstverlag).

Christ, T. (2014): Naturbewusstsein in den Sinus-Milieus. – In: Lucker, T. & Kölsch, O. (Hrsg.): Workshopreihe Naturbewusstsein und Kommunikation in Deutschland: Fokus Mensch, Energiewende, Nachhaltiger Konsum, Bürgerschaftliches Engagement. Bonn (Bundesamt für Naturschutz): 20-32.

de Haan, G.; Kamp, G.; Lerch, A.; Martignon, L.; Müller-Christ, G. & Nutzinger, H.-G. (2008): Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit: Grundlagen und schulpraktische Konsequenzen. Berlin (Springer).

Eser, U.; Benzing, B. & Müller, A. (2013): Gerechtigkeitsfragen im Naturschutz: was sie bedeuten und warum sie wichtig sind. (Naturschutz und Biologische Vielfalt; Bd. 130). Bonn (Bundesamt für Naturschutz).

Eser, U.; Neureuther, A.-K. & Müller, A. (2011): Klugheit, Glück, Gerechtigkeit: ethische Argumentationslinien in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (Naturschutz und Biologische Vielfalt; Bd. 107). Bonn (Bundesamt für Naturschutz).

Frohn, H.-W. (2017): Sozialpolitische Entwicklungslinien des bürgerlichen Naturschutzes in Deutschland – Zeit für einen Neuanfang. – In: Natur und Landschaft 92: 150-156.

Naturkapital Deutschland – TEEB DE (2016): Ökosystemleistungen in der Stadt: Gesundheit schützen und Lebensqualität erhöhen. Berlin (Technische Universität Berlin, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ).

Nussbaum, M. C. (1999): Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt a. M. (Suhrkamp).

SenStadtUm (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt) (2015): Umweltatlas Berlin: 09.01 Umweltgerechtigkeit. URL: https://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/e_text/k901.pdf (gesehen am 17.07.2018).

SINUS Markt- und Sozialforschung (2015): Informationen zu den Sinus-Milieus 2015. Heidelberg. URL: https://www.sinus-institut.de/fileadmin/user_data/sinus-institut/downloadcenter/informationen_zu_den_sinus-milieus.pdf (gesehen am 17.07.2018).

UBA (Umweltbundesamt) (Hrsg.) (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen. Dessau-Roßlau (Selbstverlag).

WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen). (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Berlin (Selbstverlag).

Wichert, F.; Biendarra, A. & Erdmann, K.-H. (2017): Die sozial- und integrationspolitische Dimension des Naturschutzes. – In: Natur und Landschaft 92: 157-162.

Weil wir es wert sind!
Umweltbildung für bildungsferne Jugendliche

Birthe Hesebeck, OroVerde

Nachhaltige Entwicklung muss auch Jugendliche aus benachteiligten Milieus erreichen, denn zu dieser Gruppe gehören laut der SINUS-Milieustudie U27 rund ein Viertel aller Jugendlichen. Will die Bildung für Nachhaltige Entwicklung den Nachhaltigkeitsgedanken in der gesamten Gesellschaft verankern, kann sie die bildungsferneren Strömungen nicht länger vernachlässigen. Im Gegenteil: Die Umweltbildung muss Wege finden, auch benachteiligte Jugendliche zu erreichen, um in Zukunft einen breiten Rückhalt in der Gesellschaft zu finden.

Das Projekt „Weil wir es wert sind!“ hatte zum Ziel, Jugendliche für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Regenwald zu begeistern sowie sie gleichzeitig in ihrem Selbstwertgefühl und in wichtigen beruflichen Kompetenzen zu fördern. Um dies zu erreichen, entwickelte OroVerde sieben verschiedene Praxisprojekte. Die Idee: die Jugendlichen über ihre Interessen zu erreichen und ihnen so den Zugang zum Thema Umwelt zu erleichtern. Jedes Praxisprojekt hat einen eigenen Schwerpunkt, ein eigenes Medium, mit dem es das Thema umsetzt. Warum nicht mal mit einem Graffiti-, Hip-Hop- oder Comicprojekt, durch einen Sportevent oder ein Rap-Konzert in das Thema Regenwald eintauchen?

Die Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit bringen die wenigsten mit harten Hip-Hop-Beats, bunten Graffitis oder selbst gekochten Menüs in Verbindung. Doch gerade dieses Zusammenspiel sensibilisiert Jugendliche aus sozialen Brennpunkten für wichtige Inhalte, die ihrer Lebenswelt häufig fern sind. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der Praxis entwickelten sie im Rahmen des Projektes kreative Kampagnen an ihren Schulen oder in Jugendzentren. Zahlreiche Schüler wurden so bereits dazu ermuntert, sich für ein wichtiges gesellschaftliches Thema zu engagieren.

Abb. 1: Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projektes „Weil wir es wert sind!“; Foto: N. Rave; © OroVerde – Die Tropenwaldstiftung.

Rap 4 rainforest: Eine echte Herausforderung für die Jugendlichen! Wie, um Himmels Willen, soll man über den Regenwald rappen?! Doch die Jugendlichen bewiesen, dass es geht. Sie diskutierten so intensiv wie sonst nie. Denn wer Texte schreibt und sie auf der Bühne präsentiert, muss zu ihnen stehen. Er oder sie bezieht Stellung!

Dance 4 rainforest: Das Tanzen hat die Jugendlichen echt begeistert. Ob 40 °C in der Turnhalle oder hitzefrei – sie waren immer da und bewiesen Durchhaltevermögen und Disziplin. Und sie zeigten nach und nach auch immer mehr Interesse für das Thema Regenwald – und für das Ziel des Projektes: eine Benefiz-Show.

Run 4 rainforest: Wirklich sportlich war kaum einer unserer Jugendlichen bei diesem Projekt.

Und dennoch ließen sie sich begeistern – und steckten ihre ganze Schule an! Dazu knieten sie sich intensiv in das Thema hinein und hielten einen Informationstag in der Schule ab, der die Mitschülerinnen und Mitschüler mitriss – ganz abgesehen von dem überwältigenden Spendenergebnis beim Lauf!

Build 4 rainforest: Da kommen wir mit dem Thema Tropenholz – und merken schnell, dass wir erst einmal bei den heimischen Hölzern anfangen sollten. Also ging es erst einmal in den Wald … Doch tatsächlich: Werken ist eine sehr praxisnahe Möglichkeit, um für die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu sensibilisieren. Schließlich hat man eines der Themen ständig direkt in der Hand: Holz.

Cook 4 rainforest: Kein Thema ist so alltagsnah wie Kochen! Es interessiert Mädchen und Jungen gleichermaßen! Das Projekt führte die Jugendlichen bis in den Einkaufsladen – und erreichte intensive Diskussionen. So ist Unterrichten einfach, praxisbezogen und macht Spaß! Wirklich sehr empfehlenswert!

Comic 4 rainforest: Ein guter Comic vermittelt Inhalte über Bilder – wie ein Kino im Kopf. Sie sind ein universelles Kommunikationsmittel, das man in jeder Kultur versteht. Was wir erleben durften: Es braucht kein großes Zeichentalent, wenn man mit einer Kombination aus Zeichnen und Fotografie arbeitet!

Graffiti 4 rainforest: Erste Wahl der Jugendlichen! Es hat wirklich Spaß gemacht! Die schrittweise Entwicklung des Kunstwerkes ermöglichte zudem ein schrittweises Vertiefen des Verständnisses des komplexen Inhalts. Und das Graffito wirbt jetzt an prominenter Stelle langfristig für den Schutz der Regenwälder.

Weitere Informationen: im Projektbereich unter: http://www.regenwald-schuetzen.org

www.wildewaldwelt.de
Jugendhilfe erlebt, begreift und packt an!

Hans Scholten (Jugendhilfezentrum Raphaelshaus, Dormagen) und
Johannes von Stemm (Forstamt Betriebszelle Schwarzwald)

Im November 2011 zeichnete das Bundesamt für Naturschutz das Jugendhilfeprojekt „www.wildewaldwelt.de – Jugendhilfe erlebt, begreift und packt an!“ mit dem Deutschen Naturschutzpreis 2011 aus. Mit der Auszeichnung würdigte die Jury den Pioniercharakter und die Vorbildfunktion des Projektkonzepts. Es verfolgt einen erlebnispädagogischen Ansatz und stellt eine neuartige Kooperation zwischen Jugendhilfe, Forst und Naturschutz dar.

Schon bei der Planung arbeiteten Fachleute aus der Jugendhilfe des Bundesverbandes der katholischen Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen (BVkE e.V.) eng mit ForstBW Kreisforstamt Schwarzwald-Baar-Kreis und dem Naturschutz zusammen. Die Vision war, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der erlebnispädagogischen Arbeit Naturzusammenhänge nicht nur erfahrbar zu machen, sondern auch aktives Mitwirken bei Naturschutzvorhaben, eigene Erfahrungshorizonte und Leistungen für die Gesellschaft zu ermöglichen. Das Projekt verknüpfte damit erstmals ökologische und soziale Anliegen im Bereich der Jugendhilfe miteinander. Mit dem Preisgeld, gestiftet von Jack Wolfskin, konnte das Projekt realisiert werden.

Projektstandort war das Rohrhardsberggebiet im mittleren Schwarzwald. Dieses verfügt über eine reiche Ausstattung an vielfältigen Biotopkomplexen und zählt zu den Naturschutz-Vorranggebieten. Durch seine Vielfältigkeit bietet dieser Naturraum gute Möglichkeiten, den Jugendlichen den Wald und die verschiedenen Interessen- und Zielkonflikte näherzubringen.

Als Herzstück des Projekts wurden vom Sommer 2012 bis Herbst 2014 über 19 Waldprojektwochen durchgeführt. In diesen Wochen fanden unter Anleitung und fachlicher Begleitung des Forstamtes gemeinsam konkrete Forst- und Waldnaturschutzmaßnahmen in den FFH- und Naturschutzgebieten im Projektgebiet statt. Teil des Konzeptes ist das Leben in der Natur unter einfachen Bedingungen. Es wurden Moorflächen wiedervernässt, Bäche naturnäher gestaltet, Lebensräume für das Auerwild geschaffen, Biotopflächen offengehalten und vieles mehr.

Rückblickend haben 180 Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe von Bremen bis zum Bodensee rund 4.600 ehrenamtliche Arbeitsstunden für Forst und Naturschutz geleistet.

Weitere Projektbausteine waren eine erlebnispädagogische Eröffnungsveranstaltung mit 150 Jugendlichen, eine mehrtägige Fortbildung für Pädagoginnen und Pädagogen sowie Försterinnen und Förster, eine Evaluation und die Erstellung einer Handreichung, die als Leitfaden für die Durchführung von Wald-/Naturschutzmaßnahmen in Kooperation von Jugendhilfe und Forst dient.

Das Projekt wurde durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet und fand regional und überregional Beachtung und Anerkennung. Mittlerweile sind natur- und waldpädagogische Ziele in die verschiedenen Wettbewerbsveranstaltungen für Kinder- und Jugendliche der Mitgliedseinrichtungen des BVkE integriert. Auf der Grundlage der Erfahrungen ist die Implementierung des verantwortlichen und nachhaltigen Umgangs mit der Schöpfung und aktiver Naturschutz in die pädagogische Zielsetzung des Erziehungshilfeverbandes BVkE geplant.

Abb. 1: Gemeinsam aktiv für die Natur; © Forstamt Betriebszelle Schwarzwald.

Unbedingt benötigt man für ein solches Projekt Förster und Försterinnen, die glauben, dass es sich lohnt, Kinder und Jugendliche für Wald und Naturschutz zu begeistern. Genauso unabdingbar sind engagierte Fachkräfte der Jugendhilfe, die gerne mit den ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen draußen sind und gemeinsam mit ihnen für den Wald und im Naturschutz anpacken wollen.

Der BVkE ist ein anerkannter Fachverband des Deutschen Caritasverbandes und das Netzwerk der katholischen Erziehungshilfe mit über 460 Einrichtungen und Diensten in Deutschland.

Das Kreisforstamt Schwarzwald-Baar-Kreis verfügt über langjährige und vielfältige Erfahrungen im Bereich Waldpädagogik und Naturschutz und wurde hierfür 2015 und wieder 2017 als offizielles Projekt der „UN-Dekade für biologische Vielfalt“ ausgezeichnet.

Internet-Link: http://wildewaldwelt.de
http://www.bvke.de

Strategische Allianzen für mehr ökologische und soziale Gerechtigkeit

Helga Inden-Heinrich, Deutscher Naturschutzring

Fragen der sozialen Gerechtigkeit waren und sind den Natur- und Umweltschutzverbänden stets ein wichtiges Thema und stellen für sie zugleich eine Herausforderung dar, auch für den Deutschen Naturschutzring (DNR), den Dachverband der deutschen Natur-,Tier- und Umweltschutzorganisationen.

Der DNR begleitete die Debatte um die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie intensiv. Er setzte sich über viele Jahre für die Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Aspekten ein. Mit großem Engagement führte er mehrere Projekte zu den Themen Gender, ökologische Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung durch. Die Projekte zielten auf einen sehr umfassenden Ansatz für Veränderungen im Sinne der Nachhaltigkeit, d. h. auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur und die allgemeine Vision global ressourcenschonender Gesellschaftsformen und -aktivitäten. Ökologische Gerechtigkeit setzt folglich an den Auswirkungen und der Verteilung von Umweltbelastungen an, vor allem aber am Verursachungsprozess selbst!

Die zentrale Forderung der ökologischen Gerechtigkeit ist es, zu unterbinden, dass ökologische (und soziale) Kosten und die Verantwortung des Einzelnen auf die Gemeinschaft abgewälzt werden. Externalisierungen interner Kosten gehen immer zulasten von Unbeteiligten – anderen Regionen, der natürlichen Umwelt, künftigen Generationen. Deshalb sollen Menschen befähigt werden, sich mit den sie betreffenden Ungerechtigkeiten auseinanderzusetzen, diese zu monieren und darüber zu informieren sowie ökologische und soziale Gerechtigkeit stets einzufordern.

Verbindung von ökologischer und sozialer Frage

Umweltpolitik wird oft vorgeworfen, sie benachteilige mittelbar sozial Schwache und treibe Kosten in die Höhe. Ungerecht ist es dagegen, wenn Umweltbelastungen ungleichmäßig verteilt sind oder wenn Teilen der Gesellschaft, insbesondere den sozial Schwächeren (Geringverdienende, Migrantinnen und Migranten etc.) der Zugang zu Umweltgütern erschwert wird. Hier sind nicht nur Geringverdienende oder Hartz-IV-Empfänger gemeint, sondern auch Steuerzahlende mit geringem Einkommen – also diejenigen, die noch nicht staatlich unterstützt werden, aber an der Armutsgrenze leben. In Politik und Zivilgesellschaft wird dabei übersehen: Der Schutz von Natur und Umwelt ist ein wichtiger Beitrag und Baustein auch zur sozialen Gerechtigkeit.

Die Projekte des DNR wollen im Sinne der ökologischen Gerechtigkeit auf die oben genannten Zusammenhänge hinweisen. Themen wie Klimawandel, Biodiversität, Ernährungssicherheit, Verkehr, Erholung, mehr Grün in der Stadt etc. sind immer auch soziale Themen!

Aufbauend auf den bisher gemachten Erfahrungen zu den Themen Generationengerechtigkeit, ökologische Gerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation hat das Projekt „Lust auf Zukunft – Transformationen und Gerechtigkeit“ die DNR-Verbände zur Auseinandersetzung mit dem gesamtgesellschaftlichen Wandel angeregt.

Klimakatastrophen, Finanz-, Wirtschafts- und Flüchtlingskrise machen einen grundlegenden Wandel unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen absolut notwendig. Anstatt wie bisher auf ein bloßes Wirtschaftswachstum zu setzen, müssen konkrete Vorstellungen für eine

zukunftsfähige und gerechte Gesellschaft entwickelt werden. Da derartige Veränderungen nur mit einer umfassenden gesellschaftlichen Strategie realisiert werden können, ist eine weitreichendere Vernetzung mit anderen (allen) Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft notwendig.

Von Verbandsseite kann hier dadurch Unterstützung geleistet werden, dass

- die Akteure der unterschiedlichsten aktuellen Verbändeprojekte hierfür physisch zusammengebracht werden, um sich über die eigenen Projekte, über transformative Arbeitsansätze, Lebensformen und Bildungskonzepte, aber auch um sich über Visionen für die eigenen Verbände und mögliche politische Forderungen austauschen zu können,
- die beratende Mitarbeit in externen Netzwerken, Projekten und Gremien für die nötige wechselseitige Befruchtung und zur Bildung neuer strategischer Allianzen führt, also zu Kooperationen mit anderen am Gemeinwohl interessierten Akteurinnen und Akteuren, z. B. Kirchen, Sozialverbände, Sport, Kultur, Gewerkschaften etc., wo bisher die Gemeinsamkeiten und Schnittmengen noch nicht so erkannt wurden. Diese sind auf allen politischen Ebenen möglich. Die Jugendverbände und -initiativen sind hier auf einem aussichtsreichen und erfolgversprechenden Weg.

Projekt Hoffnungsstark
Umweltbildung gegen Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen

Matthias Fischer, Zentrum für Umwelt und Kultur Benediktbeuern e. V.

Im Jahr 2007 beschloss das Zentrum für Umwelt und Kultur Benediktbeuern e. V. (ZUK) mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), sozial benachteiligten jungen Menschen die Teilnahme an Umweltbildung zu ermöglichen. Dies geschah auf Grundlage der These, dass Naturerfahrung heilsam wirken kann und dieser Zielgruppe im Besonderen fehlt. In der Konzeption wie auch in der Umsetzung fungiert die Brücke Oberland e. V. als freier Träger der Jugendhilfe als Kooperationspartner. Mittlerweile hat die Allianz Umweltstiftung die finanzielle Förderung übernommen.

In der Planung des Projektes kristallisierten sich zwei Gruppen heraus, derer sich das ZUK besonders annehmen wollte. Die Teilnehmer stammen jeweils aus der Region, d. h. dem Landkreis Bad Tölz und angrenzenden Landkreisen.

Draußen stark

Für persönlich und sozial benachteiligte männliche Kinder zwischen neun und zwölf Jahren, die in der heutigen Zeit ein Defizit an Naturerfahrung haben und umso mehr mit ihrem Smartphone beschäftigt sind, konzipierte das ZUK das Projekt „Draußen Stark“ mit einem Einstiegstreff und sechs Wochenenden im Schuljahr. Die Eltern bzw. Sorgeberechtigten werden über intensive Gespräche in den Prozess der Entwicklung des Kindes in systemischer Arbeit professionell eingebunden. Die Teilnahme ist kostenlos.

Während des Projektes kommunizieren die Kooperationspartner Brücke Oberland e. V., das Amt für Jugend und Familie Bad Tölz-Wolfratshausen sowie weitere soziale Einrichtungen und betreuende Personen wie Jugendsozialarbeiter bzw. -arbeiterinnen an Schulen, Jugendhäuser, Heime etc. kontinuierlich über die Entwicklung der Teilnehmer. Das Programm umfasst das Kennenlernen der Lebensräume Moor, Berg und Fluss mit Schlittenbau, Floßbau, Klettern, Survival und Hüttenübernachtungen etc. Ziel ist es, jedes Kind individuell so zu fördern, wie es seine Defizite in der individuellen, sozialen und sozioökologischen Entwicklung erfordern und wie es seine Potenziale ermöglichen. Die Gruppe besteht aus acht Kindern.

Tagwerk

Das Projekt Tagwerk nimmt straffällig gewordene junge Männer zwischen 14 und 21 Jahren ins Visier, denen im Normalfall nach Art einer Weisung nach Jugendgerichtsgesetz § 10 die Teilnahme am Projekt auferlegt wird. Ungefähr fünf Jugendliche nehmen pro Durchgang teil.

Bei einem Einstiegsabend, zu dem bei Minderjährigen auch die Sorgeberechtigten eingeladen sind, müssen die Klienten nach einer Vorstellung des Projektes in die motivierte Teilnahme daran einwilligen. Bei einem Kick-off lernen sich die Teilnehmer und Trainer untereinander kennen und betrachten mit Hilfe von Methoden der systemischen Therapie die bisherige Entwicklung der Teilnehmer.

Bei den folgenden fünf Projekttagen werden Landschaftspflegemaßnahmen durchgeführt, zum Teil angeleitet von Fachkräften, immer begleitet von den Trainern. Dabei ist die Entwicklung der Teilnehmer wichtiger als das perfekte handwerkliche Tun. Konkret werden in diesen Projekttagen gemeinnützige Tätigkeiten verrichtet, wie die Wiedervernässung der

Abb. 1: Umweltbildung gegen Ausgrenzung: Projekt „Daußen stark"; © Zentrum für Umwelt und Kultur Benediktbeuern.

Moore um Benediktbeuern und angrenzender Landkreise oder die Anlage oder Restaurierung von Naturerlebnispfaden. Ziel ist zum einen, dass die Teilnehmer eingebunden werden in ihre gesellschaftliche Verantwortung, also in den Prozess der Wiedergutmachung. Zum anderen sollen sie erfahren, dass ein geregelter Tagesablauf und Arbeiten physisch und psychisch gut tun. Ein zentrales Anliegen ist dabei, dass die Teilnehmer durch die Annahme von Seiten der Trainer und die Erfahrung positiver Selbstwirksamkeit verinnerlichen, dass sie als Personen einen hohen Wert besitzen. Überdies erfahren die Teilnehmer vieles über die Natur und ihre persönliche ökologische und gesellschaftliche Verantwortung.

In den folgenden Monaten werden mit den Teilnehmern in Gesprächsrunden mit kollegialer Beratung persönliche Entwicklungsziele erarbeitet. Ziel eines Tagwerk-Durchganges ist es, dass ein jeder Teilnehmer einen Schritt in seiner persönlichen Entwicklung weiterkommt, d. h. dass eines der Ziele während des Tagwerk-Durchganges erreicht wird. Ein solcher Schritt kann beispielsweise sein, dass eine Lehrstelle gefunden, dass ein Schulabschluss gemeistert oder eine Sucht-Therapie begonnen wird.

Weitere Informationen: http://www.zuk-bb.de/zuk/aktuelles/projekte/

Naturerlebnis inklusive: das „Mobile Waldlabor“

Beatrix Losem, Verband Deutscher Naturparke e. V.

Eine Entdecker-Tour im Wald ist immer etwas Besonderes im Schulalltag. Doch während die anderen Schülerinnen und Schüler ausschwärmen und unter Blättern und Ästen den Waldbewohnern auf die Spur kommen, können Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer oft nur zusehen oder brauchen Hilfe, um den Wald aus unmittelbarer Nähe zu entdecken.

Gemeinsam mit dem Naturpark Rheinland und dem „Haus der Natur“ im Bonner Kottenforst hat der Verband Deutscher Naturparke e. V. (VDN) das Konzept für ein „Mobiles Waldlabor“ entwickelt – einer Mischung aus Schubladenschrank und Bollerwagen. Damit das Gedachte im Einsatz in der Natur auch funktioniert, wurde das „Mobile Waldlabor“ in der Entwicklungsphase durch Schülerinnen und Schüler der Christophorusschule des Landschaftsverbandes Rheinland – einer Förderschule mit einem Förderschwerpunkt auf körperliche und motorische Entwicklung – immer wieder getestet.

Beim „Mobilen Waldlabor“ handelt es sich um einen geländegängigen Wagen auf vier Rädern, der an einer Deichsel gezogen und gelenkt werden kann. In den Schubladen und Staufächern sind Becherlupen, Kompasse, Pinzetten, Bestimmungshilfen etc. untergebracht, also alles, was junge Forscherinnen und Forscher im Wald brauchen. Je nach Forschertour kann das „Mobile Waldlabor“ individuell bestückt werden.

Die aufklappbaren Seitenflächen machen aus dem Waldlabor einen großen Tisch, an dem die Rollstuhlfahrerinnen bzw. Rollstuhlfahrer Platz nehmen können, um z. B. ausgelegte Stücke von Baumrinde und Pflanzen auf Augenhöhe eigenständig untersuchen oder kleine Tiere aus nächster Nähe beobachten zu können. Daneben ist das „Mobile Waldlabor“ auch für Kinder und Jugendliche mit Sinneswahrnehmungsstörungen ein idealer Sammelpunkt und Rückfindeort.

Abb. 1: Das mobile Waldlabor im Einsatz; Foto und © Jörg Liesen.

Zum „Mobilen Waldlabor“ gibt es auch einen Aktionsleitfaden, in dem Aktivitäten beschrieben werden, die mit dem Material des „Mobilen Waldlabors“ durchgeführt werden können.

Das erste „Mobile Waldlabor“ ist im „Haus der Natur“ in Bonn stationiert und seither im Bonner Raum im Dauereinsatz. Finanziert wurden die Entwicklung der Idee und der Bau des Prototypen vom Bonner Spendenparlament.

Im Sommer 2015 hat der Verband Deutscher Naturparke aufgrund der erfolgreichen Erprobung in der Praxis beschlossen, das „Mobile Waldlabor“ „in Serie“ zu produzieren und bietet es inklusive Aktionsleitfaden Interessierten zum Preis von 2.000 € inklusive Lieferung zum Kauf an.

Und auch das ist einzigartig: Für den Nachbau hat der VDN einen Kooperationsvertrag mit der impuls Tischlerei in Hamburg abgeschlossen, die Men-

schen mit einer psychischen Erkrankung Angebote zur beruflichen Wiedereingliederung im handwerklichen Bereich bietet. Hier wurde bereits der Prototyp des „Mobilen Waldlabors“ im Rahmen eines Projektes mit Jugendlichen eines Hamburger Problemviertels gebaut.

Weitere Informationen: www.naturparke.de/aufgaben-ziele/bildung/mobiles-waldlabor.html

Migration – eine Herausforderung (auch) für den Naturschutz?

Thomas Graner

Die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist eine der größten Herausforderungen des Naturschutzes. Die darauf zielenden Maßnahmen des Naturschutzes sind eingebettet in einen sozialpolitischen Kontext, zu dem auch Fragen des interkulturellen Zusammenlebens gehören. Vonseiten des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) wird deshalb eine Naturschutzperspektive unterstützt, die wechselseitige Beziehungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen bewusst im Blick hat.

1 Zugang und Beteiligung

Ungefähr jeder fünfte Mensch in Deutschland hat einen Migrationshintergrund (BAMF 2016: 142); im aktiven Naturschutz spiegelt sich dieses Verhältnis so nicht wider (Sauer 2013: 377). Dabei bezieht sich Teilhabe am Naturschutz nicht nur auf freiwilliges Engagement, sondern vielmehr auch auf Naturzugänge und deren Bedeutung für die Lebensqualität. Dass hieran selbstverständlich Migrantinnen und Migranten teilhaben sollten, lässt sich aus der Naturschutz-Offensive 2020 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) ableiten, die sich auf die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) bezieht. So ist eines der dort genannten, priorisierten Ziele die „Förderung der angemessenen Teilhabe und Mitwirkung von Migranten und Migrantinnen an Innovationen, Wissen und Dialog zur Erhaltung der biologischen Vielfalt“ (BMU 2007; fast wortgleich in BMUB 2015: 26). Die gemeinsame Beschäftigung mit Natur und Naturschutz schafft Verbindungen über kulturelle Grenzen hinweg.

Mit dem ethnischen Hintergrund von Menschen sind unterschiedliche Naturzugänge verbunden. Welches Verständnis von Natur und Naturschutz liegt überhaupt vor? Inwieweit besteht beispielsweise die Sicht, dass man sich vor der Natur (in Form von Hitze, Hochwasser etc.) eher schützen muss? Der Schutz der Natur läge dann eher fern. Das in Deutschland so beliebte Wandern stößt bei manchen anderen Kulturen eher auf Verwunderung.

Kleingärten, also die klassischen Schrebergärten, – als soziale Orte mit Naturbezug – werden von Menschen mit Migrationshintergrund dagegen gerne genutzt: „Kleingärten finden mehr und mehr Anklang auch bei Menschen mit Migrationshintergrund. 7 % der Kleingärtnerhaushalte, die sich an [einer entsprechenden] […] Befragung beteiligten, sind Migranten. Nach Angabe der Vereine sind sogar ca. 10 % der Gärten an Migranten verpachtet. Ihr Anteil unter den Neuverpachtungen der letzten fünf Jahre liegt bereits bei 12 %“ (BMVBS & BBR 2008: 5). Das heißt: Das Interesse steigt.

Insgesamt genießen Natur- und Umweltthemen zum Beispiel unter türkisch- und russischstämmigen Menschen in Deutschland einen ähnlichen Stellenwert wie in der gesamten Bevölkerung (u. a. Kizilocak & Sauer 2003). Gleichzeitig lassen sich „[b]ei jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund […] Prägungen durch das Herkunftsland und die Herkunftskultur feststellen“ (Kleinhückelkotten & Neitzke 2012: 90). Dies ließ bereits eine Fokusstudie im Rahmen der vom BfN durchgeführten Naturbewusstseinsstudie 2011 erkennen. Dabei wurden in Experteninterviews und Diskussionen Erkenntnisse zum Naturbewusstsein von jungen Erwachsenen mit und ohne Migrationshintergrund herausgearbeitet. Die hohe emotionale Bedeutung der Herkunftsregion ist übrigens auch in Familien ohne Migrationshintergrund zu beobachten, die innerhalb Deutschlands von einer Region in eine

andere gezogen sind. Deutlich wurde: „Das Naturbild ist stark geprägt durch Naturerfahrungen in der Kindheit – im Herkunftsland oder in Deutschland. Bei Personen, die ihre Kindheit in Deutschland verbracht haben, wird das hier gewonnene Naturbild oft überlagert durch kollektive Erinnerungen an die (idealisierte) Natur am Herkunftsort der Familie“ (ebd.: 86). Es liegt also ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren vor.

Zielgruppen – wie die der Menschen mit Migrationshintergrund – sind als Hilfsmittel zur Bedarfsermittlung hinsichtlich Aktivitäten durchaus sinnvoll. Zugleich erscheint das Definieren von Zielgruppen jedoch problematisch, da es die Gefahr der Stigmatisierung beinhaltet. Migranten sind eine völlig heterogene Gruppe mit unterschiedlichsten Bedürfnissen, Erwartungen und Einstellungen und mit jeweils persönlichen Hintergründen und Voraussetzungen. Deshalb lassen sich allgemeine Aussagen über das Naturbewusstsein von Menschen mit Migrationshintergrund kaum formulieren. „Migrationshintergrund“ ist immer nur ein Faktor von vielen, der Einfluss auf Menschen und ihr Verhalten haben kann. Er wird überlagert durch den sozialen Status, den Grad formeller Bildung und andere sozio-ökonomische Faktoren (Jay & Schraml 2014: 43ff.). Dennoch stoßen Menschen, wie in verschiedensten Bereichen der deutschen Gesellschaft, auch in den Strukturen des Naturschutzes alleine aufgrund ihres Migrationshintergrundes auf Barrieren (Katz 2010: 5ff.). Mit einer verstärkten interkulturellen Öffnung und dem partnerschaftlichen Austausch mit den auf Migration bezogenen Selbstvertretungsorganisationen ließe sich dem begegnen.

Ziel sollte es sein, durch Naturschutzmaßnahmen zu einem höheren Maß an sozialer Gerechtigkeit beizutragen. Im Vordergrund steht für das BfN in diesem Zusammenhang nicht die Gewinnung von Menschen für den Naturschutz, sondern das Schaffen von Zugängen, die Ermöglichung von Teilhabe und die Förderung der Integration. Die damit verbundenen Gerechtigkeitsfragen gehören heute zu den zentralen sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen.

2 Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit, Einbindung in Entscheidungsprozesse

Naturschutz leistet in vielen Bereichen einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung eines guten Lebens. Vor allem geht es um die Verbindung von Natur zu Lebensqualität, sozialer Gerechtigkeit und gesundheitsbezogener Chancengleichheit.

Eine gerechte Verteilung ist gekoppelt an entsprechende Zugänge für Menschen mit unterschiedlichsten kulturellen Hintergründen. Gerade für Bewohnerinnen und Bewohner von Städten und Ballungsgebieten ist der Zugang zu Naturparken, Wäldern und anderen grünen Arealen als Orte des Ausgleichs – zum ruhigen Entspannen oder zum ausgiebigen Bewegen – wichtig. Die Erhaltung und Schaffung solcher Orte, die auch gut erreichbar sein müssen, ist deshalb ebenso wünschenswert wie die Berücksichtigung natürlicher Räume in der Stadtplanung.

Naturnahe Freiräume sind nicht nur aus gesundheitlichen Gründen und aufgrund der ökologischen Leistungen positiv zu bewerten, sondern auch im Hinblick auf kulturübergreifende soziale Kontakte und die Prägung des Wohnumfeldes. Neben dem rein physischen Zugang ist dabei auch der emotionale Zugang zu Natur mitgedacht.

Naturschutz, Sozialpolitik und Akteure des Interkulturellen haben ein gemeinsames Interesse daran, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen gerecht gestalteten Zugang zu diesen Naturleistungen haben.

Soziale Teilhabe ist jedoch nicht begrenzt auf den Zugang zu bestimmten Leistungen, sondern umfasst auch die Möglichkeit einer gleichberechtigten Beteiligung der jeweils betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und Personen an Entscheidungsprozessen. Damit ist das Problem der Verfahrensgerechtigkeit angesprochen.

Wer von einer anstehenden Planungsentscheidung betroffenen ist, soll ein Recht zur Mitsprache haben. Die Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass möglichst viele davon auch tatsächlich Gebrauch machen können. Wichtig ist hierbei, dass Informationen frühzeitig bereitstehen. Die konkreten Beteiligungsrechte sind formell festzuschreiben und die am Entscheidungsprozess Beteiligten nach dem Prinzip der Gleichbehandlung einzubinden. Auch muss von Anfang an transparent sein, inwieweit der Einzelne auf die Entscheidung Einfluss nehmen kann. Der gesamte Beteiligungsprozess sollte im Hinblick auf die Form der Interaktion zudem in einem fairen und respektvollen Klima geschehen. All diese Faktoren zusammen werden auch als relevant für die Akzeptanz von umweltpolitischen Entscheidungen und konkreten Naturschutzmaßnahmen gesehen.

Als gelungenes Beispiel einer solchen Einbindung kann der Consol-Park gelten, der Gelsenkirchen seit 2003 bereichert (Abb. 1). Auf dem Gelände eines ehemaligen Steinkohlen-Bergwerks entstand ein neuer Quartierspark. Bei der Planung und Umsetzung wurde die deutsche und nicht-deutsche Bevölkerung beteiligt (Naturkapital Deutschland – TEEB DE 2016: 166f.). Es wurde somit bewusst darauf geachtet, dass auch die Bedürfnisse der türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten, die in der Nähe wohnen, abgedeckt werden.

Abb. 1: Consol-Park in Gelsenkirchen (Foto: Frank Vincentz, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gelsenkirchen_-_Zeche_Consol_349_-_Consol-Park_21_ies.jpg, CC BY-SA 3.0 https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deen.en via Wikimedia Commons).

Da Industriebrachen häufig in Stadtquartieren mit relativ hohem Anteil an Anwohnern und Anwohnerinnen mit Migrationshintergrund liegen, ist die Nutzung dieser Flächen als Räume

für Stadtnatur besonders im Hinblick auf die soziale und interkulturelle Dimension von Naturschutz interessant.

3 BfN-Arbeitsschwerpunkt „Naturschutz und soziale Fragen“

Das BfN hat auf die Notwendigkeit, die soziale Dimension des Naturschutzes hinreichend zu berücksichtigen, reagiert und 2015 einen neuen Arbeitsschwerpunkt „Naturschutz und soziale Fragen“ eingerichtet. Ziel dieses Schwerpunktes ist es,

- auf wissenschaftlicher Basis soziale und sozialpolitische Fragen im Naturschutzkontext zu identifizieren,
- darauf aufbauend neue Forschungs- und Modellprojekte zu kreieren und umzusetzen sowie
- mögliche Partnerschaften mit bislang nicht oder kaum erreichten gesellschaftlichen Akteuren aufzubauen.

Im Fokus der laufenden und geplanten Vorhaben stehen auch Menschen mit Migrationshintergrund. Das BfN interessieren dabei die integrativen Potenziale des Naturschutzes für die Gesellschaft. Dabei geht es im Kern um Teilhabe und Gerechtigkeit.

Die angesprochenen Gerechtigkeitsüberlegungen sind ein kleiner Ausschnitt dessen, worauf sich das BfN stützt, wenn es sich mit sozialen Fragen des Naturschutzes auseinandersetzt. Bei den laufenden und zukünftigen Aktivitäten in diesem Feld geht es insbesondere darum, den Blick verstärkt denjenigen zuzuwenden, die zum Naturschutz bisher nur wenig Bezug haben. Wir führen deshalb gemeinsam mit kompetenten Partnern verschiedene Vorhaben durch, die sich teils unmittelbar, teils in einem größeren Kontext der Verbindung zwischen Naturschutz und Migration widmen[1]:

- Als wissenschaftliche Grundlage sind vor allem die vom BfN beauftragten Gutachten und Fachveranstaltungen zu Gerechtigkeitsfragen im Naturschutz relevant. Die daraus entwickelten Empfehlungen zeigen auf, wie Gerechtigkeitsaspekte mit Fragen des Naturschutzes verknüpft sind und worauf bei einer gerechtigkeitsbezogenen Naturschutzkommunikation zu achten ist.
- Im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsvorhabens (FuE) fand 2017 ein interdisziplinäres Expertengespräch „Naturschutz und soziale Gerechtigkeit“ zum fachlichen Austausch in Bonn statt. Der Schwerpunkt dieses Experten-Gesprächs lag dabei auf dem aktuellen politik- und sozialwissenschaftlichen Diskurs im Kontext sozialer Gerechtigkeit und den Herausforderungen bzw. Handlungsmöglichkeiten für den Naturschutz.
- Der Dialogprozess zwischen Akteurinnen und Akteuren der Religionsgemeinschaften und des Naturschutzes in Deutschland wird fortgeführt und zu einem interreligiösen und interkulturellen Akteursbündnis für die biologische Vielfalt erweitert[2]. Das Vorhaben schließt direkt an das BfN-geförderte Vorläuferprojekt „Dialogforum Religionsgemeinschaften und Naturschutz“ an.

---

[1] s. auch https://www.bfn.de/themen/gesellschaft/soziale-fragen.html

[2] Laufzeit 03/2016–08/2020

- Auf der Insel Vilm fand 2017 in der Internationalen Naturschutzakademie (INA) die Tagung „Naturschutz: einladend – sozial – integrativ“ statt, die sich mit der Frage beschäftigte, wie die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Angebote des Naturschutzes gelingen kann.
- Im Vorhaben „Natur erleben verbindet – Naturerlebnis- und Mitmachangebote für Menschen aus sozial benachteiligten Schichten, Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete" des Verbandes Deutscher Naturparke entwickeln die Naturparke entsprechende Erlebnisangebote und Veranstaltungen für einen besseren individuellen Zugang zur Natur und ein vertieftes Verständnis von Naturschutzfragen.[3]

Ferner werden Verbändevorhaben wie das Projekt „Wald verstehen“ und das Nachfolgeprojekt „Natur erleben“ der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald gefördert.[4] Deren Zielsetzung ist es, bildungsferne Kinder und Jugendliche aus großstädtischem Milieu, von denen viele einen Migrationshintergrund haben, mit dem Wald vertraut zu machen. Die Teilnehmenden erhalten über Führungen und experimentelle Programme im Wälderhaus in Hamburg-Wilhelmsburg einen Zugang zum Naturschutz und hier vor allem zum Schutz des Waldes. Dabei sollen besonders diejenigen gefördert werden, die aufgrund ihres kulturellen Hintergrundes kaum mit dem Thema vertraut sind. Die bisher zum Thema „Naturschutz und Migration“ existierende Forschung lässt noch viele Fragen offen. Sowohl seitens des BfN als auch darüber hinaus besteht also noch erheblicher Bedarf an entsprechenden Arbeiten.

4 Das DBU-Sonderprogramm „Umwelt und Flüchtlinge“ und Projekte der Zivilgesellschaft

Durch das Sonderprogramm „Umwelt und Flüchtlinge“ der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), einem Rahmenprogramm für kleinere Projekte der Umweltbildung, werden verschiedenste Einzelaktivitäten gefördert. Zu den Aktivitäten zählen beispielsweise die

- „Integration geflüchteter Menschen durch Umweltbildung – Qualifizierung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit für außerschulische Bildungsanbieter“. Träger ist die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung – Bundesverband e. V. (ANU).[5] Projektschwerpunkte sind unter anderem die Zusammenarbeit mit den neuen Kooperationspartnern, deren Experten bzw. Expertinnen für Flüchtlingsarbeit beratend zur Seite stehen und ein Maßnahmenbündel zur Qualifizierung und Neugewinnung von Akteuren bzw. Akteurinnen mit Workshops, Tagungen, Beratung und Modellprojekten.
- „Vermittlung von Naturschutzbildung an Flüchtlinge durch Natura Trails“, also durch Wanderwege in Natura-2000-Gebieten, die für eine sanfte touristische Nutzung besonders geeignet sind. Verantwortlich für dieses Projekt ist der Verband NaturFreunde Deutschlands e. V.[6]
- „Integration von jugendlichen Flüchtlingen über Angebote des Natur- und Umweltschutzes“, Flüchtlingshilfe Rheine e. V.[7]

---

[3] Laufzeit 05/2017–11/2018

[4] Laufzeiten 04/2015–03/2017 und 04/2017–09/2018

[5] Laufzeit 05/2016–01/2018

[6] Laufzeit 09/2016–01/2018

[7] Laufzeit 08/2016–02/2017

In strukturschwachen Stadtvierteln wohnen oft überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund. Lebensqualität und Umweltgerechtigkeit fallen in diesen sozial und wirtschaftlich benachteiligten Vierteln niedriger aus als in anderen Teilen der Stadt. Die Deutsche Umwelthilfe führte deshalb in diesen Gebieten das Projekt „Grünflächen in der Sozialen Stadt“[8] durch, das Expertenworkshops und darauf aufbauende Trainings beinhaltete. Dabei war die Partizipation der Anwohnerinnen und Anwohner an der Entwicklung im eigenen Quartier ein wesentliches Ziel. Grundlage für viele der Praxisbeispiele im Projekt ist die Förderung durch das Bund-Länder-Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“.

Auch in Interkulturellen Gärten begegnen sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Seit Anfang der 1990er-Jahre bereichert eine zunehmende Zahl an Interkulturellen Gärten viele Städte Deutschlands. Dies ist gerade in Großstädten und Ballungsgebieten von nicht zu unterschätzendem Wert, denn neben dem Beitrag für die Artenvielfalt im urbanen Raum ist durch das gemeinsame Gärtnern ein Ort für den Austausch zu naturbezogenen Fragen gegeben. Soziale und ökologische Aspekte werden mit unmittelbarem Praxisbezug miteinander verbunden.

Viele umweltbezogene Aktivitäten für Menschen mit Migrationshintergrund konzentrieren sich bislang auf Fragen des Klimaschutzes, der Abfallvermeidung und des Energiesparens. An Naturschutzaktivitäten im engeren Sinne besteht weiterhin großer Bedarf.

5 Partnerschaften für das Soziale im Naturschutz

Sowohl im Rahmen des neuen Schwerpunktes als auch darüber hinaus arbeitet das BfN erfolgreich mit vielen Partnern zu sozialen Themen im Naturschutz zusammen. Zu nennen sind hier insbesondere die gemeinsamen Aktivitäten mit

- dem Umweltbundesamt und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung,
- der Stiftung Naturschutzgeschichte und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt,
- dem Deutschen Naturschutzring,
- der Deutschen Umwelthilfe sowie weiteren Verbänden wie Europarc und der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung
- oder auch die DACH-Kooperation des BfN mit dem Umweltbundesamt Österreichs und dem Bundesamt für Umwelt in der Schweiz.

Dieser Austausch wird für das BfN auch zukünftig wichtig für die inhaltliche Auseinandersetzung mit sozialen Naturschutzaspekten sein. Eine Stärkung der Verbindung zum sozialpolitischen Bereich kann ferner über

- die Sozialverbände wie Arbeiterwohlfahrt, Sozialverband VdK oder Sozialverband Deutschland,
- kirchliche Verbände,
- Praxisakteure der Sozialarbeit sowie

[8] http://www.duh.de/gruensozial.html, gefördert durch BMUB und Umweltbundesamt, Abschluss 2017.

- interkulturelle Einrichtungen

gelingen. Dieses Netzwerk will das BfN verstärkt aufbauen.

Darüber hinaus sind sowohl im Naturschutz als auch in sozialen Projekten unzählige Stiftungen bundesweit aktiv. Auch sie sind potenzielle Partner für sozial ausgerichtete Vorhaben des BfN.

Für Akteurinnen und Akteure im Naturschutz ist es ein Gewinn, sich den Fragen und Methoden aus dem sozialen Arbeitsfeld noch bewusster und umfassender als bisher zu öffnen. Denn immer häufiger sehen wir, dass die enge Zusammenarbeit von Naturschutzverbänden und -initiativen mit Akteurinnen und Akteuren sozialer und interkultureller Einrichtungen zielführend für eine erfolgreiche Realisierung von Projekten ist, die beide Themenkomplexe betreffen.

Literatur

BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2016): Migrationsbericht 2014. Nürnberg (Selbstverlag).

BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (2007): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Berlin (Selbstverlag).

BMUB (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) (2015): Naturschutz-Offensive 2020: Für biologische Vielfalt! Berlin (Selbstverlag).

BMVBS & BBR (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung & Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (Hrsg.) (2008): Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens. Berlin (Selbstverlag).

Jay, M. & Schraml, U. (2014): Diversity in mind: Towards a differentiated understanding of migrants' recreational practices in urban forests. – In: Urban Forestry & Urban Greening 13 (1): 38-47.

Katz, C. (2010): Ethnicity – a factor? Vortrag gehalten auf der Berlin Conference on Human Dimensions of Global Environmental Change, Berlin. URL: http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCS_derivate_000000001308/Katz-Ethnicity_in_environmental_planning-441.pdf (gesehen am 28.12.2017)

Kizilocak, G. & Sauer, M. (2003): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der türkischen Migranten in Deutschland. Berlin: UNESCO / Verbindungsstelle für Umwelterziehung im Umweltbundesamt. Berlin.

Kleinhückelkotten, S. & Neitzke, H.-P. (2012): Naturbewusstseinsstudie 2011: Abschlussbericht. Hannover (Selbstverlag).

Naturkapital Deutschland – TEEB DE (2016): Ökosystemleistungen in der Stadt: Gesundheit schützen und Lebensqualität erhöhen. Berlin: Technische Universität Berlin, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ. URL: http://www.naturkapitalteeb.de/publikationen/projekteigene-publikationen/bericht-3.html (gesehen am 28.12.2017)

Sauer, M. (2013): Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von MigrantInnen in Deutschland. – In: Brinkmann, H. U. & Uslucan, H. H. (Hrsg.): Dabeisein und Dazugehören. Wiesbaden (Springer): 365-382.

Migration: Bedingungen, Formen und Folgen

Jochen Oltmer

Migration ist grundsätzlich weder gut noch schlecht. Dennoch beherrschen einseitige Positionierungen und Polarisierungen das Reden und Schreiben über das soziale Phänomen: Die einen verstehen Migration als Ergebnis von Krisen, Katastrophen und Defiziten – und ihre Folgen als Gefahr für Sicherheit, Wohlstand, gesellschaftliche und kulturelle Homogenität. Migration erscheint damit als Risiko, das dringend der intensiven politischen Vor- und Nachsorge bedarf. Die anderen wiederum sehen vornehmlich Potenziale für die Entwicklung des Arbeitsmarkts sowie Perspektiven für ökonomische, soziale und kulturelle Innovationen – im Zielland wie im Herkunftsland der Bewegungen.

Nichts daran ist falsch: Wie für jedes soziale Phänomen können die Folgen und Effekte von Migration sehr unterschiedlich wahrgenommen und eingeschätzt werden. Migration vermag dann zur gesellschaftlichen Obsession zu werden, wenn die Zugehörigkeit der Eingewanderten zum Kreis der Gleichberechtigten auf längere Sicht oder auf Dauer in Frage gestellt wird und Möglichkeiten der Teilhabe im ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Bereich verwehrt werden. Begrenzte Teilhabe und dadurch eingeschränkte Handlungsmacht von Einzelnen führen oft zu Diskriminierung, Marginalisierung und Ausbeutung; effektiver Schutz durch (staatliche) Institutionen oder Gerichte bleibt aus.

Die deutschen, europäischen und globalen Migrationsverhältnisse, ihre Dimensionen, Muster und Ausprägungen, aber auch die mit den räumlichen Bewegungen verbundenen Chancen und Risiken werden insbesondere seit der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert breit diskutiert. Vornehmlich die intensiven Debatten der Jahre 2015 bis 2017 um die globale Flüchtlingsfrage und deren Gewicht für die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland haben die Aufmerksamkeit gegenüber dem sozialen Phänomen Migration weiter wachsen lassen. Im Folgenden werden im knappen Aufriss zum einen Grundlinien des Wandels globaler Wanderungsverhältnisse in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten diskutiert, bevor zum anderen einige Aspekte der Initiierung und Durchsetzung von räumlichen Bevölkerungsbewegungen durch Gewalt untersucht werden. Fokussiert wird hierbei auf die Frage, warum Europa und die Bundesrepublik Deutschland 2015/16 zum Ziel umfangreicher Bewegungen von Schutzsuchenden geworden sind.

1 Grundmuster

Migrationen sind räumliche Bewegungen von Menschen. Jedoch wird keineswegs jede dieser Bewegungen als Migration verstanden: Touristische Unternehmungen, Reisen oder das tägliche Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort etwa zählen nicht dazu. Gemeint sind vielmehr jene Formen regionaler Mobilität, die weitreichende Konsequenzen für die Lebensverläufe der Wandernden haben und aus denen sozialer Wandel resultiert. Migration kann das Überschreiten politisch-territorialer Grenzen bedeuten. Aber auch räumliche Bewegungen innerhalb eines staatlichen Gebildes lassen sich als Migration fassen; denn selbst sie können es erfordern, dass Migrantinnen und Migranten sich mit wirtschaftlichen Gegebenheiten und Ordnungen, kulturellen Mustern sowie gesellschaftlichen Normen und Strukturen auseinandersetzen, die sich zum Teil erheblich von denen des Herkunftsortes unterscheiden.

Migration kann unidirektional eine Bewegung von einem Ort zu einem anderen meinen, umfasst aber nicht selten auch Zwischenziele, die häufig dem Erwerb von Mitteln zur Wei-

terreise dienen. Fluktuation, beispielsweise zirkuläre Bewegung oder Rückwanderung, bildete immer ein zentrales Element von Migration. Die dauerhafte Ansiedlung anderenorts stellt also nur eines der möglichen Ergebnisse von Wanderungsbewegungen dar. Um nur ein Beispiel zu nennen: In die Bundesrepublik Deutschland kamen vom Ende der 1950er-Jahre bis 1973 rund 14 Millionen ausländische Arbeitskräfte (‚Gastarbeiter'), mehr als elf Millionen, also 80 %, kehrten wieder in ihre Herkunftsländer zurück (Münz et al. 1997: 35-42).

Der Prozess der Migration bleibt grundsätzlich ergebnisoffen, denn das Wanderungsergebnis entspricht bei weitem nicht immer der Wanderungsintention: Eine geplante Rückkehr wird aufgeschoben, die Ferne schließlich zur Heimat, und die alte Heimat erscheint fern. Räumliche Bewegungen werden abgebrochen, weil bereits ein zunächst nur als Zwischenstation gedachter Ort unverhofft neue Chancen bietet. Umgekehrt kann sich das geplante Ziel als ungeeignet oder wenig attraktiv erweisen, woraus eine Weiterwanderung resultiert. Zudem vermag der Erfolg im Zielgebiet die Rückkehr in die Heimat möglich oder der Misserfolg sie nötig machen.

Migration kann eine Verlagerung des Lebensmittelpunktes bedeuten, ist aber auch häufig durch zeitlich begrenzte Aufenthalte anderenorts gekennzeichnet, die nicht explizit den Lebensmittelpunkt versetzen: Saisonwanderungen, die mehr oder minder regelmäßig zu wochen- oder monatelangen Aufenthalten anderenorts führen, sind beispielsweise darauf ausgerichtet, Geld zu verdienen, um die Existenz der Familie am Ort des Lebensmittelpunktes aufrechterhalten zu können. Zahlreiche Beispiele für solche mitunter über längere Zeit hinweg strukturstabilen Formen zirkulärer Migration finden sich in agrarisch geprägten Herkunftsgesellschaften bzw. Herkunftsregionen, aber auch im Kontext der seit dem 19. Jahrhundert weltweit beschleunigten Urbanisierung: Eine lineare Wanderung vom Land in die Stadt als ‚Einbahnstraße' bietet nur eines unter vielen Mustern jener Migrationen, die das massive Wachstum der städtischen Agglomerationen in aller Welt wesentlich tragen. Ein weiteres Mobilitätsmuster ist der Kreisverkehr von temporären Land-Stadt-Land-Wanderungen, die nach Jahren in dauerhaften Niederlassungen in den Städten enden können, aber nicht notwendigerweise müssen.

2 Motive

Migrationsentscheidungen unterliegen in der Regel multiplen Antrieben. Meist sind wirtschaftliche, soziale, politische, religiöse und persönliche Motive in unterschiedlichen Konstellationen mit je verschiedenem Gewicht eng miteinander verflochten. Hoffnungen und Erwartungen hinsichtlich einer Verbesserung der Situation nach der Abwanderung können dabei immer auch Enttäuschungen über die individuelle Lage in der Herkunftsgesellschaft widerspiegeln.

Sieht man von den Gewaltmigrationen ab (zur Einordnung s. u.), streben Migrantinnen und Migranten danach, durch den temporären oder dauerhaften Aufenthalt anderenorts Erwerbs- oder Siedlungsmöglichkeiten, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Ausbildungs- oder Heiratschancen zu verbessern und sich neue Chancen durch eigene Initiative zu erschließen. Die räumliche Bewegung soll ihnen zu vermehrter Handlungsmacht verhelfen. In diesen Kontext gehören beispielsweise auch die großen interkontinentalen Wanderungen von wahrscheinlich 55 bis 60 Millionen Europäern im ‚langen' 19. Jahrhundert, die überwiegend Nordamerika erreichten. Diese auffällig starke Massenabwanderung aus Europa darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Wanderungsbewegungen ansonsten meist kleinräu-

mig waren und nur zu einem geringeren Teil Grenzen von Herrschaftsräumen oder gar Kontinenten überschritten.

Menschen, die migrieren, weil sie anderenorts Chancen suchen, verfügen über wirtschaftliche und gesellschaftliche Potenziale: Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der finanziellen, sozialen und emotionalen Kosten von Migration sind sie motiviert, ihre Kompetenzen und Kenntnisse, ihre Arbeitskraft und ihre Kreativität dort einzusetzen, wohin sie sich bewegt haben. Dafür sind sie oft bereit, Lebens-, Erwerbs- oder Wohnbedingungen in Kauf zu nehmen, die Einheimische ablehnen. Migration verbindet sich häufig mit biografischen Wendepunkten und Grundsatzentscheidungen wie Wahl von Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplatz, Eintritt in einen Beruf oder Partnerwahl und Familiengründung; der überwiegende Teil der Migrantinnen und Migranten sind folglich Jugendliche und junge Erwachsene. Die migratorische Chancenwahrnehmung bedingen spezifische sozial relevante Merkmale, Attribute und Ressourcen, darunter vor allem Geschlecht, Alter und Position im Familienzyklus, Habitus, Qualifikationen und Kompetenzen, soziale und berufliche Stellung sowie die Zugehörigkeit und Zuweisung zu ‚Ethnien', ‚Kasten', ‚Rassen' oder ‚Nationalitäten', die sich nicht selten mit Privilegien und (Geburts-)Rechten verbinden.

Ein Migrationsprojekt umzusetzen, bildete in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten häufig das Ergebnis eines durch Konflikt oder Kooperation geprägten Aushandlungsprozesses in Familien, in Familienwirtschaften bzw. Haushalten oder in Netzwerken. Die Handlungsmacht derjenigen, die die Migration vollzogen, konnte dabei durchaus gering sein, denn räumliche Bewegungen zur Erschließung oder Ausnutzung von Chancen zielten keineswegs immer auf eine Stabilisierung oder Verbesserung der Lebenssituation der Migrantinnen und Migranten selbst. Familien oder andere Herkunftskollektive sandten vielmehr häufig Angehörige aus, um mit den aus der Ferne eintreffenden ‚Rücküberweisungen' oder anderen Formen des Transfers von Geld die ökonomische und soziale Situation des zurückbleibenden Kollektivs zu konsolidieren oder zu verbessern.

Solche mehr oder minder regelmäßigen Geldüberweisungen durch Migrantinnen und Migranten haben bis in die Gegenwart eine ausgesprochen hohe Bedeutung für einzelne Haushalte, für regionale Ökonomien oder selbst für ganze Volkswirtschaften. Indien empfängt gegenwärtig die weltweit höchsten Transferzahlungen: Über 70 Milliarden US-Dollar, die vornehmlich von indischen Arbeitswanderern in den Golfstaaten stammen, machten im Jahr 2015 mehr als vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts des südasiatischen Staates aus. Eine zentrale Bedingung für das Funktionieren solcher translokaler ökonomischer Strategien bildet die Aufrechterhaltung sozialer Bindungen – Netzwerke – über zum Teil lange Dauer und große Distanzen. Die Abwandernden senden häufig nicht nur Geld in die Herkunftsregion, sondern fungieren auch innerhalb ihrer Netzwerke als Mittler anderer Weltsichten, neuer technischer oder technologischer, ökonomischer oder kultureller Kenntnisse und Kompetenzen. Damit verschaffen sich Migrantinnen und Migranten, aber auch jene, die in den Herkunftsgesellschaften Geld und Wissen empfangen, ein Mehr an Einfluss und Entscheidungskompetenz.

3 Netzwerke

Ob und inwieweit eine temporäre, zirkuläre oder auf einen längerfristigen Aufenthalt anderenorts ausgerichtete Migration als individuelle oder kollektive Chance verstanden wird, hängt entscheidend vom Wissen über Migrationsziele, -pfade und -möglichkeiten ab. Damit Arbeits-, Ausbildungs- oder Siedlungswanderungen einen gewissen Umfang und eine ge-

wisse Dauer erreichen, bedarf es kontinuierlicher und verlässlicher Informationen über das Zielgebiet. Solcherlei Wissen vermitteln mündliche und schriftliche Auskünfte staatlicher, religiöser oder privater Organisationen oder Beratungsstellen. Die Medien verbreiten zudem Informationen, die für den Wanderungsprozess von Belang sein können – von der ‚Auswanderungsliteratur' des 19. Jahrhunderts über Artikel in Zeitungen und Zeitschriften bis hin zu Berichten im Rundfunk, im Fernsehen oder im Internet. Auch die staatliche oder private Anwerbung von Arbeits- oder Siedlungswanderern – zum Beispiel mit Hilfe von Agenten oder Werbern – kann als eine Form des Transfers von Wissen über Chancen der Migration verstanden werden.

Wesentlich bedeutsamer für die Vermittlung von Informationen über Chancen und Gefahren der Ab- oder Zuwanderung, über räumliche Ziele, Verkehrswege sowie psychische, physische und finanzielle Belastungen waren und sind allerdings vorausgewanderte (Pionier-)Migranten, deren Nachrichten aufgrund von verwandtschaftlichen oder bekanntschaftlichen Verbindungen ein hoher Informationswert beigemessen wird. Sie etablieren Kettenwanderungen, bei denen Migrantinnen und Migranten bereits abgewanderten Verwandten und Bekannten folgen. Herkunftsräume und Zielgebiete sind mithin in der Regel über Netzwerke miteinander verbunden. Loyalität und Vertrauen bilden zentrale Bindungskräfte solcher Netzwerke. Die Bedeutung der Informationsvermittlung mit Hilfe verwandtschaftlich-bekanntschaftlicher Netzwerke kann nicht überschätzt werden: Mindestens 100 Millionen private ‚Auswandererbriefe' sind beispielsweise zwischen 1820 und 1914 aus den USA nach Deutschland geschickt worden und kursierten in den Herkunftsgebieten im Verwandten- und Bekanntenkreis (Helbig et al. 1998).

Vertrauenswürdige, zur Genese und Umsetzung des Wanderungsentschlusses zureichende Informationen stehen potenziellen Migranten und Migrantinnen häufig nur für einen Zielort, für einzelne, lokal begrenzte Siedlungsmöglichkeiten oder spezifische Erwerbsbereiche zur Verfügung, so dass realistische Wahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Zielen nicht bestehen. Die migratorische Handlungsmacht des Einzelnen bleibt damit zwar einerseits beschränkt, andererseits aber verfügt das Zielgebiet über ein umfangreiches Netzwerk verwandtschaftlich-bekanntschaftlicher Beziehungen. Je umfangreicher dieses ist und je intensiver soziale Beziehungen innerhalb des Netzwerkes gepflegt werden, desto mehr ökonomische und soziale Chancen bietet es – gerade an der Intensität und Größe des Netzwerkes bemisst sich immer auch die Attraktivität eines Migrationszieles.

Vor diesem Hintergrund erhöht ein Migrantennetzwerk nicht nur die Wahrscheinlichkeit, dass weitere Migration stattfindet. Vielmehr konstituiert es auch Wanderungstraditionen und beeinflusst damit die Dauerhaftigkeit einer Migrationsbewegung zwischen Herkunftsraum und Zielgebiet, die zum Teil über Generationen existiert. 94 % aller Europäer, die um 1900 in Nordamerika eintrafen, suchten zum Beispiel zuerst Verwandte und Bekannte auf, verringerten damit ihre soziale Verwundbarkeit (Hoerder et al. 2010: 35).

Am Zielort garantieren Migrantennetzwerke Schutz und Orientierung im fremden Raum, vermitteln Arbeits- und Unterkunftsmöglichkeiten, helfen bei Kontakten mit Obrigkeiten, staatlichen und kommunalen Institutionen. Die Migrantennetzwerke werden nicht nur durch Kommunikation und durch den Austausch von Leistungen auf Gegenseitigkeit aufrechterhalten, sondern reproduzieren sich durch (nicht selten translokal und transkontinental ausgehandelte) Eheschließungen, die Etablierung von Vereinen und Verbänden, eine spezifische Geselligkeits- oder Festkultur, aber auch gemeinsame ökonomische Aktivitäten.

Migrantennetzwerke bedeuten für den Einzelnen aber immer auch soziale Zwänge und Verpflichtungen. Die Aufrechterhaltung des Netzwerkes, das im Kontext der Migration existenzielle Bedeutung haben kann, fordert Loyalität und die mit Leistung und Gegenleistung verbundene Akzeptanz kollektiver Verantwortung. Migrantinnen und Migranten werden genötigt, spezifische Normen, Handlungsrationalitäten und Handlungsziele zu teilen. Mitglieder der Netzwerke unterliegen wegen der Geschlossenheit der verwandtschaftlich-bekanntschaftlichen Verbindungen enger sozialer Kontrolle, selbst über Tausende von Kilometern Entfernung hinweg. Vertrauen wird erzwungen, Sanktionsmöglichkeiten mit zahlreichen Abstufungen gibt es viele: Verlust von Reputation aufgrund des Schwundes von Vertrauenswürdigkeit, Entzug von Leistungen, soziale Isolation und Exklusion. Im Kontext der Migration erhöhen alle diese Faktoren die soziale Verletzbarkeit sowie die Risiken enorm und minimieren die Möglichkeiten der Chancenwahrnehmung.

4 Erscheinungsformen

In der Moderne lassen sich verschiedene Erscheinungsformen globaler räumlicher Bevölkerungsbewegungen unterscheiden; die folgende Tabelle fasst die wesentlichsten zusammen:

Tab. 1: Migrationsformen

Formen	Merkmale, Teilphänomene und Beispiele
Arbeitswanderung	Migration zur Aufnahme unselbstständiger Erwerbstätigkeit in Gewerbe, Landwirtschaft, Industrie und im Dienstleistungsbereich
Bildungs- und Ausbildungswanderung	Migration zum Erwerb schulischer, akademischer oder beruflicher Qualifikationen (Schülerinnen und Schüler, Studierende, Lehrlinge/Auszubildende)
Dienstmädchen-/ Hausarbeiterinnenwanderung	Migration im Feld der haushaltsnahen Dienstleistungen, häufig gekennzeichnet durch relativ enge Bindungen an eine Arbeitgeberfamilie, ungeregelte Arbeitszeiten und prekäre Lohnverhältnisse
Entsendung	grenzüberschreitende, temporäre Entsendung im Rahmen und im Auftrag von Organisationen/Unternehmen: „Expatriats“/„Expats“; Kaufleute und Händlerwanderungen zur Etablierung/Aufrechterhaltung von Handelsfilialen; Migration im Rahmen eines militärischen Apparates (Söldner, Soldaten, Seeleute), von Beamten oder von Missionaren
Gesellenwanderung	Wissens- und Technologietransfer durch Migration im Handwerk, Steuerungsinstrument in gewerblichen Arbeitsmärkten durch Zünfte
Gewaltmigration	Migration, die sich alternativlos aus einer Nötigung zur Abwanderung aus politischen, ethnonationalen, rassistischen oder religiösen Gründen ergibt (Flucht, Vertreibung, Deportation, Umsiedlung)
Heirats- und Liebeswanderung	Wechsel des geografischen und sozialen Raumes wegen einer Heirat oder einer Liebesbeziehung
Lebensstil-Migration	Migration finanziell weitgehend unabhängiger Personen (nicht selten Senioren) aus vornehmlich kulturellen, klimatischen oder gesundheitlichen Erwägungen
Nomadismus/ Migration als Struktur	Permanente oder wiederholte Bewegung zur Nutzung natürlicher, ökonomischer und sozialer Ressourcen durch Viehzüchter, brandrodende Bauern, Gewerbetreibende oder Dienstleister
Siedlungswanderung	Migration mit dem Ziel des Erwerbs von Bodenbesitz zur landwirtschaftlichen Bearbeitung
Sklaven- und Menschenhandel	Migration (Deportation) zum Zweck der Zwangsarbeit, d. h. jeder Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung von Strafen verlangt wird
Wanderarbeit	Arbeitswanderung im Umherziehen, ortlose Wanderarbeitskräfte finden sich vor allem im Baugewerbe (Eisenbahnbau, Kanalbau, andere Großbaustellen)
Wanderhandel	Handelstätigkeit im Umherziehen, meist Klein- und Kleinsthandel, zum Beispiel Hausierer

Ein Großteil der Migrationen ist auf die Verbesserung von Erwerbsmöglichkeiten (oder die Erschließung von zukünftigen Erwerbsmöglichkeiten durch Bildung oder Ausbildung) ausgerichtet. Nicht auf den Erwerb, sondern auf den Konsum zielen demgegenüber Formen der Lebensstil-Migration (‚lifestyle migration'). Kennzeichnend ist der relative Wohlstand der Migrantinnen und Migranten. Häufig war und ist ihre räumliche Bewegung privilegiert, Probleme des Übertritts von Grenzen, des Zugangs zu Visa und Aufenthaltstiteln bestehen für Lebensstil-Migrantinnen und -Migranten in der Regel nicht. Ihre räumlichen Ziele sind solche, die höhere Lebensqualität und Selbstverwirklichung zu bieten scheinen: Finanziell weitgehend unabhängige Personen verlegen vor allem aus klimatischen, gesundheitlichen oder kulturellen Erwägungen ihren Wohnsitz auf Zeit oder auf Dauer – im späten 19. Jahrhundert zum Beispiel nach Nizza in Südfrankreich, Sotschi am Schwarzen Meer oder Darjeeling in Britisch-Indien, heute nach Mallorca oder in den ‚Sunshine State' Florida.

Im Kontext von Lebensstil-Migrationen können urbane Kultur- und Bildungsräume attraktiv sein, in besonderen Fällen aber auch spezifische kulturelle Rückzugs- oder Experimentierräume, wie sie sich beispielsweise als ‚Künstlerkolonien' vornehmlich im Europa des späten 19. Jahrhunderts ausprägten (z. B. Barbizon südlich von Paris, Worpswede bei Bremen oder Pont-Aven in der Bretagne). Hier zeigt sich, dass Lebensstil-Migration trotz der Orientierung an Konsum mit Erfordernissen des Erwerbs einhergehen kann: Künstlerkolonien als Räume der Selbstvergewisserung und Selbsterfahrung, aber auch der künstlerischen Produktion zur Sicherung der Subsistenz; Bildungs- und Universitätsstädte als kulturelle Zentren, aber auch als Arbeitsmärkte für Akademikerinnen und Akademiker; mehr oder minder geschlossene Siedlungen (‚gated communities') von britischen oder deutschen Altersmigrantinnen und -migranten im Süden Spaniens oder auf Mallorca, die mit einer Infrastruktur britischer oder deutscher Ärzte bzw. Ärztinnen und Geschäftsleute einhergehen.

Entsendungen bilden eine weitere spezifische Migrationsform. Eine Organisation (Handelsfiliale, multinationales Unternehmen, diplomatischer Dienst, Streitkräfte) initiiert und ermöglicht die räumliche Bewegung, in der Regel für einen begrenzten Zeitraum, und erleichtert die Teilhabe am Zielort. Entsendungen sind im ökonomischen Bereich Ausdruck langfristiger Unternehmensstrategien, die auf die konstante Präsenz von Spezialisten bzw. Spezialistinnen in den verschiedensten Unternehmensstandorten zielen. Sie rahmen den Aufenthalt in der Zielgesellschaft durch die Einrichtung oder Unterstützung spezifischer, nicht selten exklusiver Infrastrukturen (Schulen, Clubs, Vereine, Verbände).

Nomadismus bildet eine weitere, traditionsreiche Migrationsform. Die Lebens- und Wirtschaftsweise der Nomaden ist ganz auf die Bewegung im Raum ausgerichtet; dauerhafte Mobilität erschließt natürliche, ökonomische und soziale Ressourcen, die die Sicherung der Subsistenz ermöglichen. Von anderen Wanderungsformen unterscheidet sich Nomadismus insofern, als Nomaden zwar den geografischen, nicht aber unmittelbar zugleich den sozialen Raum wechseln; vielmehr sind größere Kollektive mit festen Sozialstrukturen, also ganze Gesellschaften, mobil – anders als bei den meisten anderen Wanderungsformen, wo Einzelne oder kleinere Gruppen aus einer Gesellschaft in eine andere wechseln.

Die räumliche Bewegung der Nomaden folgt häufig mehr oder minder langen Zyklen und ist geprägt durch zum Teil sehr alte Wanderungstraditionen. Der Wechsel der Wanderungspfade bildet eine der zentralen Strategien der Anpassung an wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche oder umweltbedingte Veränderungen, der Übergang zur Sesshaftigkeit eine andere. Abwechselnde, jeweils längere Phasen von Sesshaftigkeit und von Mobilität kennzeichnen die (Übergangs-)Form des Teilnomadismus. Im Europa der Neuzeit verloren die

ohnehin nur in den Peripherien in größerem Maßstab verbreiteten Formen extensiver Weidewirtschaft fortschreitend an Bedeutung und bildeten seit dem späten 19. Jahrhundert nur noch ein marginales Phänomen. In Asien und Afrika hingegen gestalteten relativ viele und umfangreiche Kollektive mobiler Viehzüchter Wirtschaft und Gesellschaft auch noch im 19. und 20. Jahrhundert. Hirtennomadismus prägt große Teile der Bevölkerung im durch Wüsten, Halbwüsten, Steppen und Savannen gekennzeichneten Trockengürtel von Nordchina und der Mongolei über den Hindukusch, Zentralasien und Anatolien bis nach Arabien und Nordafrika. Das galt – abgesehen von den Küstengebieten – ebenfalls für den Gürtel südlich der tropischen Zone Afrikas. Auch wenn nomadische Lebensweisen aufgrund von Industrialisierung, Urbanisierung, Agrarmodernisierung, der Verkehrsrevolution und der zunehmenden Verdichtung staatlicher Herrschaft an Bedeutung verloren, sind Nomaden dennoch nicht zuletzt aufgrund traditionell sehr flexibler Anpassungsstrategien bis in die Gegenwart ein selbstverständlicher Teil regionaler Ökonomien und Gesellschaften geblieben – von den Samen im skandinavischen Norden über die westsibirischen Nenzen und die ostafrikanischen Massai bis hin zu den südwestafrikanischen Himba.

5 Der Zusammenhang von Gewalt und Migration

Eine weltweit in Vergangenheit und Gegenwart äußerst gewichtige Migrationsform bilden Gewaltmigrationen. Formen von Gewaltmigration zeigen sich dann, wenn staatliche, halb-, quasi- und zum Teil auch nichtstaatliche Akteure das Leben von Einzelnen oder Kollektiven weitreichend beschränken. Da deren (Über-)Lebensmöglichkeiten und körperliche Unversehrtheit, Rechte und Freiheit, politische Partizipationschancen, Souveränität und Sicherheit bedroht werden, sehen sie sich zum Verlassen ihrer Herkunftsorte gezwungen. Gewaltmigration kann dann als eine Nötigung zur räumlichen Bewegung verstanden werden, die keine realistische Handlungsalternative zuzulassen scheint.

Der Begriff der Flucht verweist dabei auf das Ausweichen vor Gewalt, die zumeist aus politischen, ethno-nationalen, rassistischen, genderspezifischen oder religiösen Gründen ausgeübt oder angedroht wird. Im Falle von Vertreibungen, Umsiedlungen oder Deportationen organisieren und legitimieren institutionelle Akteure unter Androhung und Anwendung von Gewalt räumliche Bewegungen. Ziel ist es hierbei meist, (Teile von) Bevölkerungen zur Durchsetzung von Homogenitätsvorstellungen und zur Sicherung bzw. Stabilisierung von Herrschaft zu entfernen, nicht selten aus eroberten oder durch Gewalt erworbenen Territorien.

Durch Androhung oder Anwendung von offener Gewalt bedingte räumliche Bewegungen sind kein Spezifikum der Gegenwart – ebenso wenig wie Krieg, Staatszerfall und Bürgerkrieg als wesentliche Hintergründe von Gewaltmigration. Fluchtbewegungen, Vertreibungen und Deportationen finden sich vielmehr in allen Epochen. Vor allem die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts sowie der ‚Kalte Krieg' bildeten elementare Katalysatoren in der Geschichte der Gewaltmigration in der Neuzeit. Die Zahl der Flüchtlinge, Vertriebenen und Deportierten des Zweiten Weltkriegs allein in Europa wird auf 60 Millionen geschätzt – also auf mehr als 10 % der Bevölkerung des Kontinents. Die Nachkriegszeit beider Weltkriege war zudem durch millionenfache Folgewanderungen gekennzeichnet. Aber auch der langwährende und weitreichende Prozess der Dekolonisation brachte insbesondere von den späten 1940er- bis zu den frühen 1970er-Jahren weltweit umfangreiche Fluchtbewegungen und Vertreibungen mit sich.

Auch nach dem Abschluss des Prozesses der Dekolonisation und nach dem Ende des ‚Kalten Krieges' blieb im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert die globale Flüchtlingsfrage im Kontext der Szenarien von Krieg, Bürgerkrieg und Staatszerfall in vielen Teilen der Welt bestehen – in Europa (Jugoslawien), im Nahen Osten (Libanon, Iran, Irak, Syrien, Jemen), in Ostafrika (Äthiopien, Somalia, Sudan/Südsudan), in Westafrika (Kongo, Elfenbeinküste, Mali, Nigeria), in Süd- und Zentralasien (Afghanistan, Sri Lanka) oder auch in Lateinamerika (Kolumbien).

‚Flüchtlinge' sind laut der im Jahr 1951 verabschiedeten Genfer Flüchtlingskonvention jene Migrantinnen und Migranten, die vor Gewalt über Staatsgrenzen ausweichen, weil ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit, Freiheit und Rechte direkt oder sicher erwartbar bedroht sind. Die von inzwischen 147 Staaten unterzeichnete Genfer Flüchtlingskonvention wurde entwickelt, um einen Rechtsrahmen für den Umgang mit der europäischen Flüchtlingsfrage des Zweiten Weltkriegs zu finden. Sie war deshalb zunächst weder auf globale Fluchtbewegungen ausgerichtet noch auf die Zukunft. Eine Erweiterung der Konvention über europäische Flüchtlinge und über Fluchtbewegungen nach dem Jahr 1949 erfolgte erst im Jahr 1967 im Kontext der weitreichenden Kämpfe um die Ablösung der europäischen Kolonialherrschaft. Das heißt: Europa bildete im 20. Jahrhundert lange das Hauptproblem der globalen Flüchtlingsfrage – Europa als Kriegsschauplatz und Europa als Träger eines weltumspannenden Kolonialismus.

Trotz der Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Etablierung regionaler Schutzregime, wie sie beispielsweise auch in der Europäischen Union entwickelt wurden, entscheiden weiterhin Staaten mit weiten Ermessensspielräumen über die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten und den Status jener, die als schutzberechtigte Flüchtlinge anerkannt werden. Die Bereitschaft, Schutz zu gewähren, ist dabei immer ein Ergebnis vielschichtiger Prozesse des Aushandelns durch Individuen, Kollektive und (staatliche) Institutionen, deren Beziehungen, Interessen, Kategorisierungen und Praktiken sich stets verändern. Mit der permanenten Transformation der politischen, publizistischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Wahrnehmung von Migration verbindet sich ein Wandel im Blick auf die Frage, wer unter welchen Umständen als Flüchtling bezeichnet und wem in welchem Ausmaß und mit welcher Dauer Schutz oder Asyl zugebilligt wird.

Flucht ist selten ein linearer Prozess, vielmehr bewegen sich Flüchtlinge meist in Etappen: Sie brechen häufig überstürzt auf und weichen in einen anderen, als sicher erscheinenden Zufluchtsort in der unmittelbaren Nähe aus. Oft wandern sie dann weiter zu Verwandten und Bekannten in einer benachbarten Region beziehungsweise einem Nachbarstaat oder sie suchen ein informelles oder reguläres Lager auf. Muster von (mehrfacher) Rückkehr und erneuter Flucht finden sich ebenfalls oft. Hintergründe können dabei nicht nur die Dynamik der sich stets verändernden und verschiebenden Konfliktlinien sein, sondern auch die Schwierigkeit, an einem Fluchtort Sicherheit oder Erwerbs- bzw. Versorgungsmöglichkeiten zu finden.

Durch die nicht selten extrem beschränkte Handlungsmacht der Betroffenen ist Flucht oft durch Immobilisierung gekennzeichnet: vor Grenzen oder unüberwindlichen natürlichen Hindernissen, infolge des Mangels an (finanziellen) Ressourcen, aufgrund von migrationspolitischen Maßnahmen oder wegen fehlender Netzwerke. Daher rührt auch das Phänomen der Verstetigung von Lagern mit der Folge einer ‚Camp-Urbanisierung' und der Entwicklung von ‚Camp-Cities' – Städten, die aus Lagern hervorgegangen sind. Ein Großteil der Flüchtlinge weltweit ist immobilisiert, unterliegt in sogenannten ‚protracted refugee situ-

ations‘ einem – nicht selten prekären – Schutz, hat aber zum Teil durch die Unterbindung von Bewegung Handlungsmacht eingebüßt und ist extrem sozial verletzlich, d. h. konkret: prekärer rechtlicher Status, Provisorien als Unterkünfte, kaum Zugang zu legalen Arbeitsmöglichkeiten, eingeschränkte Bildungschancen für die Kinder.

Die Zahl der Flüchtlinge, die der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) für die vergangenen Jahrzehnte ermittelt hat, schwankt in relativ geringem Maße. Für die Zeit nach dem Ende des ‚Kalten Krieges‘ lassen sich zwei Hochphasen im globalen Fluchtgeschehen erkennen: die frühen 1990er-Jahre und die Mitte der 2010er-Jahre. In den Jahren von 1990 bis 1994 erreichten die Flüchtlingszahlen einen Höchststand zwischen 20,5 Millionen (1992) und 18,7 Millionen (1994). Ähnlich hohe Werte wurden Mitte der 2010er-Jahre ermittelt: 19,5 Millionen (2014) und 21,3 Millionen (2016). Rund die Hälfte waren noch keine 18 Jahre alt. Zwischen diesen beiden Hochphasen lagen die Flüchtlingszahlen niedriger und erreichten im Zeitraum von 1997 bis 2012 einen Höchstwert von 15,9 Millionen (2007) und einen Mindestwert von 13,5 Millionen (2004) (www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/search%5C?page=&comid=4148094d4&cid=49aea93aba).

Wesentlich stärker als die Zahl der Flüchtlinge veränderte sich die Zahl der sogenannten Binnenvertriebenen. Weil sie keine Staatsgrenzen überschreiten, fallen sie nicht in den Regelungsbereich der Genfer Flüchtlingskonvention und auch nicht in das Mandat des UNHCR. Deshalb sind die UN-Angaben über die Zahl der Binnenvertriebenen noch deutlich weniger gesichert als über die Zahl der Schutzsuchenden, die Grenzen überschritten haben. Auch bei den Binnenvertriebenen lässt sich ein Schwerpunkt Anfang der 1990er-Jahre feststellen, 1994 zählte der UNHCR 28 Millionen. Während die Zahl der Flüchtlinge Anfang der 2000er-Jahre allerdings für ein Jahrzehnt ein Tief erreichte, steigt die der Binnenvertriebenen seither mehr oder minder kontinuierlich an, von 21,2 Millionen (2000) bis auf 40,3 Millionen (2016).

Größere Fluchtdistanzen sind relativ selten, weil finanzielle Mittel dafür fehlen und Transit- oder Zielländer die Migration behindern. Weil Flüchtlinge zudem nach einer Rückkehr streben, suchen sie ohnehin meist Sicherheit in der Nähe der überwiegend im globalen Süden liegenden Herkunftsregionen. 95 % aller afghanischen Flüchtlinge (2016: 2,6 Millionen) leben in den Nachbarländern Pakistan oder Iran.

Ähnliches gilt für Syrien, das sich seit dem Jahr 2011 im Bürgerkrieg befindet: Der Großteil der syrischen Flüchtlinge, rund 4,8 Millionen, ist in die Nachbarländer Türkei (2016: 2,8 Millionen), Jordanien (650.000), Irak (225.000) und Libanon (1 Millionen) ausgewichen. Die Zahl der Menschen, die vor Gewalt innerhalb Syriens flohen und zu sogenannten Binnenvertriebenen wurden, lag mit 6,3 Millionen noch deutlich höher. Deshalb überrascht es nicht, dass Staaten des globalen Südens im Jahr 2016 nicht weniger als 84 % aller weltweit registrierten Flüchtlinge und 99 % aller Binnenvertriebenen beherbergten – mit seit Jahren steigender Tendenz. Denn im Vergleich zum Anteil des globalen Nordens, lag der Anteil der ärmeren Länder an den Flüchtlingen weltweit im Jahr 2003 lediglich bei 70 % (Oltmer 2017a: 234). Vorwiegend der globale Süden ist also betroffen von der Zunahme der weltweiten Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen seit Anfang der 2010er-Jahre.

Obwohl vor allem der globale Süden Ziel der Fluchtbewegungen der Welt ist, strebten seit dem Jahr 2012, und ganz besonders 2015/Anfang 2016, viele Schutzsuchende explizit nach Deutschland. Aber warum? Grundlegend lassen sich sechs Elemente eines komplexen Zusammenhangs skizzieren, die diesen Wandel hervorriefen. Die Reihenfolge der

Argumente repräsentiert keine Hierarchie, alle genannten Faktoren stehen in einem unmittelbaren Wechselverhältnis zueinander und verstärken sich gegenseitig:

1. Finanzielle Mittel: Viele Studien belegen, dass Armut die Bewegungsfähigkeit massiv einschränkt. Ein Großteil der Menschheit kann sich eine Migration über weite Distanzen nicht leisten. Aber im Jahr 2015 lagen wichtige Herkunftsländer von in der EU registrierten Asylsuchenden in relativer geografischer Nähe zu Europa – das galt vor allem für Syrien, den Irak oder Südosteuropa. Die Kosten für eine Bewegung aus diesen Regionen hielten sich in Grenzen – zumindest im Vergleich zu Migrationen aus anderen globalen Konfliktherden wie etwa West- oder Ostafrika, Südasien oder Lateinamerika, die selten Europa erreichen. Hinzu kam, dass die Türkei als wichtigstes Erstziel des Großteils syrischer Flüchtlinge unmittelbar an EU-Länder grenzt – und zugleich angesichts der hohen Flüchtlingszahl nur geringe Zukunftsperspektiven, einen prekären Aufenthaltsstatus und beschränkte Möglichkeiten des Zugangs zu Bildung und zum regulären Arbeitsmarkt bot.
2. Netzwerke: Migration findet meist in Netzwerken statt, die durch Verwandtschaft und Bekanntschaft geprägt sind. Deutschland war im Jahr 2015 auch deshalb zum wichtigsten europäischen Ziel von Asylsuchenden geworden, weil es hier seit längerem recht umfangreiche Herkunftskollektive gab, die für Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg und Maßnahmen autoritärer Systeme auswichen, eine zentrale Anlaufstation bildeten. Das galt nicht nur für Syrer, sondern auch für Iraker, Afghanen, Eritreer und Südosteuropäer. Und weil migrantische Netzwerke die Wahrscheinlichkeit für weitere Migration erhöhen, hat die Zuwanderung von Asylsuchenden in die Bundesrepublik die 2015/Anfang 2016 zu beobachtende Dynamik gewonnen.
3. Aufnahmeperspektiven: In den frühen 2010er-Jahren und bis weit in das Jahr 2015 hinein ließ sich eine relativ große Bereitschaft zur Aufnahme von Schutzsuchenden in Deutschland beobachten. Verantwortlich dafür war eine vergleichsweise positive Zukunftserwartung in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft aufgrund der günstigen Situation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Die seit Jahren laufende breite Diskussion um Fachkräftemangel und demografische Veränderungen führte ebenso zu einer Öffnung wie die Akzeptanz menschenrechtlicher Standards und die Anerkennung des Erfordernisses des Schutzes vornehmlich syrischer Flüchtlinge. Aus der Vorstellung, Schutz bieten zu müssen, resultierte auch eine große Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement.
4. Aufhebung von Migrationsbarrieren: Seit den 1990er-Jahren hat die EU und haben einzelne Mitgliedsländer ein System zur Abwehr von Fluchtbewegungen aufgebaut. Eine vielfältige europäische migrationspolitische Zusammenarbeit mit Staaten wie Libyen, Ägypten, Tunesien, Marokko, Albanien oder der Ukraine verhinderte lange weitgehend, dass Flüchtlinge die Grenzen der EU erreichen und um Asyl nachsuchen konnten. Diese EU-Vorfeldsicherung ist aufgrund der Destabilisierung diverser Staaten am Rand der EU – etwa im Kontext des sogenannten Arabischen Frühlings und des Ukraine-Konflikts – zusammengebrochen. Der Zerfall der politischen Systeme war eng verbunden mit den tiefgreifenden Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den Jahren 2007/08. Sie verschärfte gesellschaftliche Konflikte in zahlreichen EU-Anrainerstaaten, beschnitt staatliche Handlungsmöglichkeiten und minimierte die Bereitschaft einer Zusammenarbeit mit der EU.
5. Auflösung des ‚Dublin-Systems': Die Weltwirtschaftskrise wirkte nicht nur auf den äußeren Ring der Vorfeldsicherung gegen Flüchtlingszuwanderung jenseits der Grenzen der

EU, sondern auch auf den inneren Ring. Das seit den frühen 1990er-Jahren entwickelte ‚Dublin-System' führte zur Abschließung der EU-Kernstaaten und besonders Deutschlands gegen weltweite Fluchtbewegungen, indem es die Verantwortung für die Durchführung eines Asylverfahrens jenen Staaten überließ, in die Schutzsuchende einreisten. Das konnten nur Staaten an der EU-Außengrenze sein. Lange funktionierte das System, nicht zuletzt deshalb, weil die Zahl der Flüchtlinge, die europäische Grenzen erreichten, seit Mitte der 1990er-Jahre relativ gering war. Aber aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und im Kontext des Anstiegs der Zahl der Asylsuchenden waren diverse europäische Grenzstaaten, vor allem Griechenland und Italien, in den vergangenen Jahren immer weniger bereit und in der Lage, die ungleich verteilten Lasten des Dublin-Systems zu tragen, die Schutzsuchenden zu registrieren und in das jeweilige nationale Asylverfahren zu fügen.

6. Deutschland als ‚Ersatz-Zufluchtsland': Innerhalb der EU führte die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise dazu, dass die Bereitschaft traditionsreicher und sehr gewichtiger Asylländer wie beispielsweise Frankreich oder Großbritannien erheblich sank, Schutz zu gewähren. Damit wurde Deutschland 2015/16 gewissermaßen ein Ersatz-Zufluchtsland und damit zu einem neuen Ziel im globalen Fluchtgeschehen.

Die globale Flüchtlingsfrage ist erst mit der deutlich gestiegenen Zahl von Schutzsuchenden im Jahr 2015/16 Gegenstand intensiver Diskussionen in Deutschland und Europa geworden. Zuvor war das sehr selten der Fall, nicht zuletzt, weil das System der Abwehr von Flüchtlingszuwanderung der EU über viele Jahre zu funktionieren schien. In ihrer Asylpolitik haben sich die EU-Staaten seit den frühen 1990er-Jahren vor allem auf Abwehrinstrumente einigen können. Die Vergemeinschaftung einer Politik des Schutzes von Flüchtlingen ist zwar bereits seit Jahren Teil der EU-Agenda. Einige wesentliche Vereinbarungen konnten vor allem in den Jahren 2004/05 getroffen werden – just in einer Phase geringer Zugangszahlen: Mindeststandards für Aufnahme und Versorgung von Asylsuchenden sowie Verfahrensgarantien und Regelungen zum subsidiären Schutz. Der Rahmen aber muss als fragmentiert bezeichnet werden, gewissermaßen ein in den Anfängen steckengebliebenes Projekt.

Bereits seit dem Ersten Weltkrieg wird die Flüchtlingsfrage als internationale Herausforderung verstanden. Ein Flüchtlingshochkommissar, damals des Völkerbundes, amtiert seit dem Jahr 1921. Aber auch nach beinahe 100 Jahren fehlen einem internationalen Schutzregime weiterhin Regeleinrichtungen, die über ausreichende Etats und Mitarbeiterstäbe verfügen und die nicht ausschließlich in einem Notfallmodus agieren. 2015 wurde zwar ein großer Teil der von den Vereinten Nationen für Nothilfe verausgabten 28 Milliarden US-Dollar für Flüchtlinge verwendet, allerdings blieben die zur Verfügung stehenden Mittel deutlich hinter den benötigten Summen zurück, weil Krisenaufrufe nicht genügend Spenden und Beihilfen einbrachten. 28 Milliarden US-Dollar mag als viel erscheinen, bleibt aber doch ein geringer Betrag angesichts von 14,3 Billionen US-Dollar, die weltweit für das Führen von Kriegen und Bürgerkriegen 2016 aufgewendet worden sind (Global Peace Report 2017: 3).

Zu diskutieren ist, ob nicht gerade eine deutlich bessere Ausstattung des UN-Flüchtlingshochkommissars einen zentralen Beitrag dazu leisten könnte, die Möglichkeiten zur Durchsetzung der Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention zu verbessern, Fluchtkonstellationen im Kontext von Kriegen, Bürgerkriegen und Maßnahmen autoritärer Systeme bereits im Ansatz zu erkennen und frühzeitig – also präventiv und proaktiv – Schutz-

maßnahmen für Flüchtlinge zu ergreifen, um humanitäre Katastrophen zu verhindern – oder zumindest in ihrem Ausmaß erheblich zu reduzieren.

Im Beitrag zitierte sowie weiterführende Literatur

Bade, K. J. (2000): Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München (C. H. Beck).

Bade, K. J.; Emmer, P. C.; Lucassen, L. & Oltmer, J. (Hrsg.) (2010): Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. 3. Aufl. Paderborn (Wilhelm Fink Verlag).

Bendel, P (2015): Flüchtlingspolitik der Europäischen Union. Menschrechte wahren! WISO DISKURS 18/2015 Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung).

Faist, T.; Fauser, M. & Reisenauer, E. (2014): Das Transnationale in der Migration. Eine Einführung. Weinheim (Beltz Juventa).

Helbich, W.; Kamphoefner, W. D. & Sommer, U. (Hrsg.) (1998): Briefe aus Amerika. Deutsche Auswanderer schreiben aus der Neuen Welt 1830-1930. München (C. H. Beck).

Hoerder, D.; Lucassen, J. & Lucassen, L. (2010): Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung. – In: Bade. K. J.; Emmer, P. C.; Lucassen, L. & Oltmer, J. (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. 3. Auflage. Paderborn (Schöningh): 28-53.

Koser, K. (2011): Internationale Migration Stuttgart (Reclam).

Münz, R.; Seifert, W. & Ulrich, R. (1997): Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt/M. (Campus).

Oltmer, J. (2016a): Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. Enzyklopädie deutscher Geschichte 86. 3. Aufl. Berlin/Boston (Oldenbourg).

Oltmer, J. (2016b): Globale Migration. Geschichte und Gegenwart. 3. Aufl. München (C. H. Beck).

Oltmer, J. (2017a): Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart. Darmstadt (Theiss Verlag).

Oltmer, J. (2017b): Gewaltmigration. Hintergründe, Bedingungen und Folgen im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert. – In: Bösling, C.-H.; Führer, U.; Junk, C. & Schneider T. F. (Hrsg.): Menschenbeben. Ursachen, Formen und Folgen der Flucht. Göttingen (V&R Unipress / Universitätsverlag Osnabrück): 31-56.

Pries, L. (2015): Internationale Migration. 4. Aufl. Bielefeld (transkript).

Pries, L. (2016): Migration und Ankommen. Die Chancen der Flüchtlingsbewegung, Frankfurt/M. (Campus).

Treibel, A. (2011): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. 5. Aufl. Weinheim (Juventa).

Biodiversität im globalen Wandel zwischen Evolution, Migration, Kultur und Religion

Wilhelm Barthlott und M. Daud Rafiqpoor

1 Einleitung

Leben mit seiner Vielfalt ist die einzige spezielle Qualität unseres Planeten. Wissenschaftlich beschrieben sind 1,56 Millionen verschiedene Lebewesen (Stork et al. 2015); Hochrechnungen liegen zwischen 8 und über 100 Millionen Spezies. Mit Beginn des Anthropozäns stehen wir anscheinend am Beginn einer Aussterbekatastrophe erdgeschichtlichen Ausmaßes: letztlich die Konsequenz des exponentiellen Bevölkerungsanstiegs und unserer Wachstums-‚Philosophie'. Daraus resultieren die flächige Zerstörung natürlicher Lebensräume, Umweltverschmutzung und aus naturwissenschaftlicher Sicht der weltweite Temperaturanstieg.

Für den Wandel der Biodiversität ist die Migration und Invasion von Arten von fundamentaler Bedeutung (Moony & Hobbs 2000). Deutschland hat heute dadurch eine höhere Artenvielfalt als je zuvor in historischen Zeiträumen. Globalisierung führt immer regional und kurzfristig zur Erhöhung der Vielfalt, weltweit aber langfristig zur Standardisierung und Reduktion. Dies ist vielleicht keine grundsätzliche Bedrohung unserer Lebengrundlagen – aber ihrer Qualität.

Naturwissenschaften liefern nur Daten und Handlungsempfehlungen, aber Gesellschaft, Bildung, Kultur, Politik, Emotionen und weltanschauliche Einstellungen (Religionen) entscheiden, in welcher Welt wir leben werden. Etwa 77 % der Erdbevölkerung gehören den vier großen Welt-Religionen an (Christentum 2,3 Milliarden, Islam 1,6 Milliarden, Hinduismus knapp 1 Milliarde, Buddhismus knapp 0,5 Milliarden). Religionen prägen Wertesysteme und bestimmen die Handlungen der weitaus meisten Menschen. Alle diese Religionen lehren auch den Respekt vor der Schöpfung – und sie rufen zum Erhalt der Natur auf (vgl. Franziskus 2015, Grimm & Tucker 2014, Jenkins et al. 2016, Micksch et al. 2015). Naturwissenschaften und Naturschutz haben dies in der Vergangenheit vielleicht nicht genügend berücksichtigt: Drei Viertel der Weltbevölkerung haben damit ein gemeinsames Ziel. Die Religionsgemeinschaften könnten die mächtigsten Verbündeten des Natur- und damit des Umwelt- und Klimaschutzes sein.

Im Folgenden wird die Relation von Naturschutz und Kultur am Beispiel der beiden größten Weltreligionen Christentum und Islam etwas ausführlicher diskutiert. Als eine Barriere für den Dialog erweisen sich historisch gewachsene, durch fehlendes Wissen bedingte oder ideologisch gesteuerte Wahrnehmungsbarrieren, aber auch der absolute Wahrheitsanspruch der monotheistischen Religionen. Aber gerade der Naturschutz könnte als theologisch-dogmatisch (aber nicht politisch) unbelastete Gemeinsamkeit eine außerordentliche Chance bieten, vielleicht global fünf Milliarden Verbündete für den Erhalt der Natur zu gewinnen. Die zunehmenden Bemühungen um den Dialog der Religionen auch im Kontext mit der Erhaltung der biologischen Vielfalt setzten, wie die überraschende Umwelt-Enzyklika „Laudato si" des Papstes Franziskus von 2015 zeigt, große Hoffnungen frei.

2 Dimensionen und geographische Verteilung der Biodiversität

Carl von Linné kannte und benannte 1768 rund 15.000 Tier- und Pflanzenarten. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ging man davon aus, dass etwa 1,5 Millionen ver-

schiedene Arten unseren Planeten bewohnten. Aber die Arbeiten – vor allem an Insekten – von Terry Erwin (1983) und Edward O. Wilson (1988) enthüllten eine neue Dimension: Die Schätzungen lagen nun bei über 10 Millionen Arten, der Begriff „Biodiversity“ entstand. Gleichzeitig begann man nicht nur die direkte (z. B. Verwertbarkeit: Nahrung, Medikamente), sondern auch die indirekte (ökosystemare) Bedeutung der Biodiversität zu erahnen. 1992 wurde in Rio de Janeiro die Convention on Biological Diversity (CBD) verabschiedet, 2017 hatte die Konvention 196 Vertragspartner und war von 168 Staaten unterzeichnet bzw. ratifiziert.

Die Dimension der Artenzahlen (Abb. 1) ist schwer einzuschätzen: 1,56 Millionen Spezies sind der Wissenschaft bekannt und mit Namen belegt (Stork et al. 2015). Zu der Anzahl noch unentdeckter Arten, die man nur aufgrund von Hochrechnungen und Modellierungen abschätzen kann, liegen unterschiedliche Angaben vor. Für alle Lebewesen gehen sehr konservative Schätzungen davon aus, dass es mindestens 8 Millionen verschiedene Arten gibt (Mora et al. 2011). Aber gerade basierend auf der artenreichsten Gruppe der Insekten kam schon Erwin (1991) auf über 100 Millionen Arten.

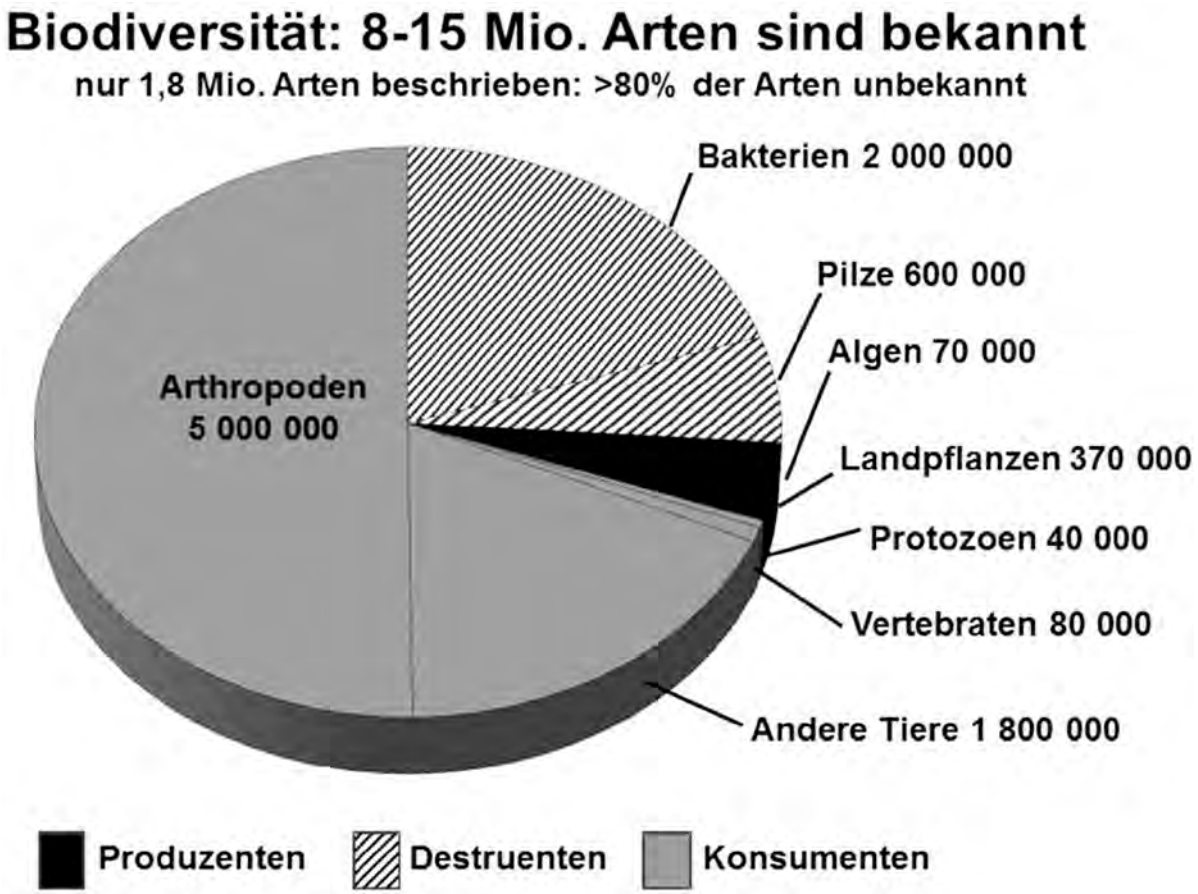

Abb. 1: Verteilung der Biodiversität verändert aus Barthlott et al. 2016 (hier in einer realistischen Schätzung von 10 Mio. existierenden Arten) auf funktionale Gruppen: schwarz die Produzenten (Pflanzen), grau die Konsumenten (Tiere) und schraffiert die abbauenden Mikroorganismen (z. B. Pilze, Bakterien).

Als unbekanntester Lebensraum erweist sich die Tiefsee, deren Diversität nur bruchstückhaft erforscht ist, aber auch die der Mikroorganismen, bei denen allerdings schon das Art-Konzept verschieden ist (Pfenninger 2016). Es sind aktuell die Untersuchungen am

menschlichen Mikrobiom, die für Aufsehen sorgen. Etwa 1,5 kg Mikroorganismen oder deren Derivate sind z. B. integraler Bestandteil jedes einzelnen Menschen. Durch die freiwerdenden Rechnerkapazitäten aus dem weitgehend abgeschlossenen Human Genome-Project wird die Diversität der Mikrobiome gegenwärtig intensiv untersucht. Neueste Hochrechnungen gehen von der unglaublichen Zahl von einer Billiarde verschiedener (!) Mikroorganismen aus (Locey & Lennen 2016). Wir kennen jedenfalls nicht annähernd die Dimension der Artenzahlen – obwohl die „Systematik“ nicht erst seit Carl von Linné eine der ältesten Disziplinen der Biologie ist.

Biodiversität, vor allem durch das Klima bestimmt, ist auf unserem Planeten sehr ungleich verteilt (z. B. Barthlott & Winiger 2001; Mutke & Barthlott 2005; Barthlott et al. 2007, 2014, 2016) (Abb. 2). Der Artenanstieg verläuft, sehr vereinfacht ausgedrückt, in einem steigenden Gradienten von den Polen zum Äquator hin – aber mit vielen Abweichungen und Ausnahmen. Basierend auf Pflanzen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit die gesamte Biodiversität widerspiegeln, kann man etwa 20 globale Diversitätszentren (Barthlott et al. 2005) – vor allem in den Gebirgsräumen der Tropen und Subtropen – umgrenzen. Die global höchste Diversitätsstufe mit mehr als 5.000 Pflanzen-Arten pro 10.000 km² wird nur in den Gebirgsräumen mit kleinräumiger azonaler abiotischer Vielfalt (hohe Geodiversität (Mutke & Barthlott 2005)) erreicht: z. B. von Kolumbien bis Peru, in der Mata Atlantica, auf Borneo und in Papua-Neuguinea. „Hotspots“ sind dabei Gebiete, in denen mit besonders hohen Aussterberaten zu rechnen ist und die seit Myers et al. (2000) in Diskussion sind.

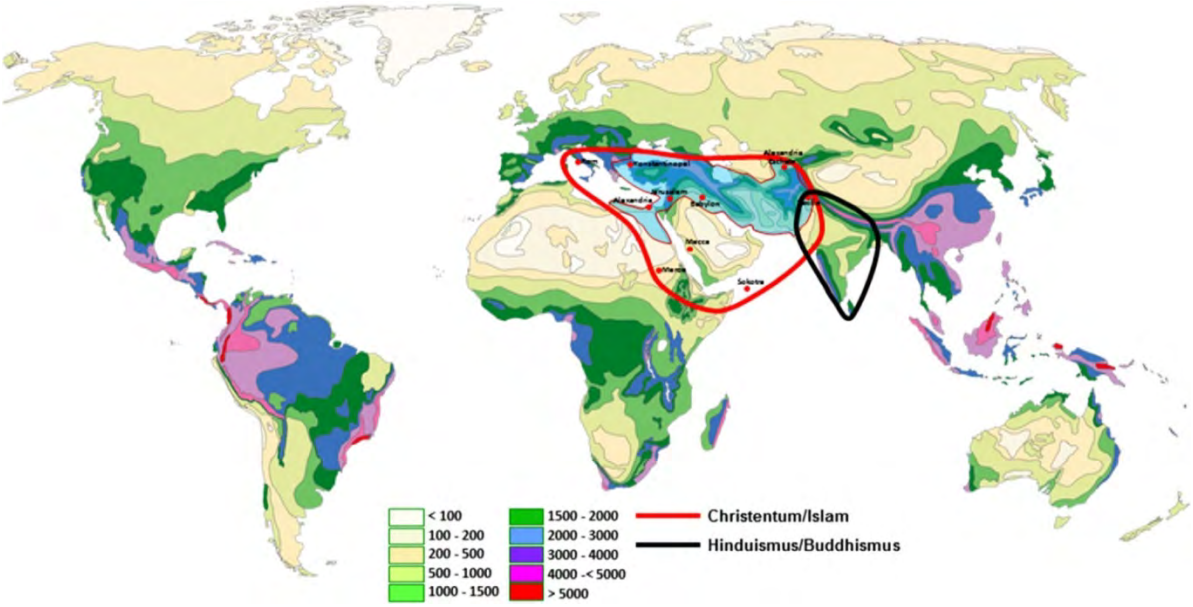

Abb. 2: Die ungleiche globale Verteilung der Biodiversität. Die Farbsignaturen geben die Zahl der Pflanzenarten pro 10.000 km² an und reflektieren (Produzenten-Konsumenten-Relation) recht genau die gesamte globale Biodiversität mit ihren Zentren (weitere Erklärungen im Text). Die Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam haben ihren Ursprung in der geografisch eng umgrenzten Region (in der Karte rot umgrenzt) des Vorderen Orients. Original Barthlott & Rafiqpoor 2018 (basierend auf Barthlott et al. 2007, Erdkunde 61,4 und Barthlott et al. 2016)

3 Evolution und Extinktion

Evolution ist ohne Extinktion langfristig nicht möglich; überholte Modelle verschwinden und bleiben höchstens in Relikten erhalten und machen neuen Platz; aber die Evolution von

Arten ist ein langsamer Prozess. Mehrfach im Verlauf der Erdgeschichte gab es große Extinktionsereignisse – das letzte und gut bekannte am Ende der Kreidezeit; diese zeitliche Dimension wird häufig unterschätzt. Warum sollten wir uns Sorgen machen: Aussterben ist Normalität – die Dinosaurier sind doch auch erloschen! Relevant für heute sind vielleicht die kommenden 100 Jahre – und hier spielt Evolution kaum eine Rolle, umso mehr die Extinktion.

Aussterberaten kann man aus verschiedenen Gründen nur schwer und ungenau abschätzen (Lawton & May 1995; Pimm & Joppa 2015). Es sind vor allem globale Biodiversitätszentren und sensible Inselsysteme mit ihren hohen Anteilen an Endemiten, die äußerst anfällig auf Umweltänderungen oder invasive Arten (z. B. Ziegen, Ratten, Mensch) (Abb. 3)

Abb. 3: Gebietsfremde Arten bestimmen durch Migration und Invasion zunehmend unsere Natur. Der invasive Halsbandsittich (*Psittacula krameri*, rechts) ist eine auffällige Papageienart aus Afrika und Asien, breitet sich seit 1970 im Rheinland und Rhein-Neckar-Raum aus. Eine verwandte noch viel prächtigere Art, der südostasiatische Alexandersittich (*Psittacula eupatria*), kann 60 cm groß werden und brütet inzwischen z. B. in Amsterdam, Brüssel, Köln und Wiesbaden

(Quellen: links: Usien (Wikimedia Commons), CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Halsbandsittich_in_Heidelberg2015-01-26_14-08-40_-_0010.JPG , rechts: Reg Mckenna (Wikimedia Commons) CC BY-SA 3.0 https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en , CC BY 2.0, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:RatStanding.jpg, https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en).

reagieren, und die bei einer Fläche von nur ca. 5 % dennoch 25 % der globalen Pflanzenarten beherbergen (Kreft et al. 2008; Kier et al. 2009; Weigelt et al. 2016). Wenn man von einem realistischen Klimaszenario von 2,5–4,0 °C Temperaturanstieg ausgeht, ergibt sich für das Ende des 21. Jahrhunderts allein ein Meeresspiegelanstieg von 18–59 cm (Rahmstorf & Schellnhuber 2006; Sterr 2007; Rhein et al. 2013; Reise 2016). In der Konsequenz

werden z. B. bestimmte tropische Koralleninseln wie die Malediven am Ende dieses Jahrhunderts kaum mehr existieren. Auch Menschen müssen aus betroffenen Küstengebieten (z. B. geschätzte 12 Millionen im Nildelta, 80 Millionen in Bangladesch) migrieren.

4 Global Change: Bevölkerungswachstum, Migration und Invasion

Klimawandel hat es erdgeschichtlich schon immer gegeben (Mosbrugger & Roller 2016; Lozán et al. 2016). Die heute dominierenden Pflanzen und Tiere in Mitteleuropa sind erst seit etwa 12.000 Jahren mit dem Ende der Vereisungen eingewandert. Keine einzige unserer relevanten Nutzpflanzen ist ursprünglich in Deutschland heimisch. Der Mensch selbst hat sie vor Jahrtausenden aus ihren Ursprungsgebieten im Nahen Osten (z. B. Getreide) mitgebracht. Hinzu kamen Paläophyten, ‚Mitläufer' der Kulturpflanzen. Dies waren langsame Prozesse, die eine Integration der Arten in die bestehenden Systeme ermöglichten: Klatschmohn und Kornblumen, ja unsere meisten Wiesensysteme sind liebenswürdige integrale, aber nicht ursprüngliche Bestandteile unserer Landschaften (Klingenstein & Otto 2008). Mit der Entdeckung Amerikas kamen seit Ende des 15. Jahrhunderts neue Elemente auch aus anderen Kontinenten hinzu (Moony et al. 2000; Ruiz & Carlton 2003; Moony et al. 2005; Nentwig 2010). Neu jedoch ist die Beschleunigung, mit der diese Prozesse einhergehen oder noch ablaufen. Der dramatische Wandel der Biodiversität scheint letztlich die Folge des exponentiellen Bevölkerungswachstums mit seinen Konsequenzen zu sein (Ibisch et al. 2016, 2017): Ressourcenverbrauch, Globalisierung, Umweltverschmutzung, Temperaturerhöhung, Massentransporte und Migration invasiver Arten.

Es gibt in der BRD kaum echte „endemische" Arten, wenn man von den „Kleinarten" mancher Taxonomen absieht: Die Brombeeren (Rubus) sind ein gutes Beispiel. ‚Politische Arten' sind der Elbtunnel-Schierlingswasserfenchel *Oenanthe conoides*, dem die meisten Taxonomen nicht einmal den Rang einer Varietät einer weitverbreiteten Spezies zugestehen, der in der Presse aber gleichsam als nationales Erbe der Biodiversität – verglichen mit dem Pandabären – bezeichnet wurde (www.taz.de/!5468360/). Der Naturschutz sollte ehrlich und realistisch bleiben. Es wäre zwar sehr bedauerlich, wenn wir den Hamster verlören, aber er lebt noch in Millionen von Exemplaren von Osteuropa bis China. Auch Naturwissenschaftler irren: Der weltbedeutende Physiker François Arago versuchte Mitte des 19. Jahrhunderts wegen der gefährlich hohen Geschwindigkeit den Bau von Eisenbahnen in Frankreich zu verhindern: Die Passagiere würden in den Tunnels ersticken.

Die bereits begonnene Temperaturerhöhung der Erdatmosphäre (Schellnhuber 2015, Rahmstorf & Schellnhuber 2012) mit ihren Folgen hat vor allem auf die artenreichen Gebiete der Tropen und Subtropen negative Auswirkungen. Es liegen Berechnungen vor (Sommer et al. 2010), dass die tropischen Diversitätszentren etwa 50 % ihrer Artenvielfalt verlieren, aber z. B. Mitteleuropa mit etwa 20 % Artenzuwachs auf der Seite der ‚Gewinner' stehen wird. Vor allem durch Einwanderung hat sich unsere Biodiversität bereits signifikant erhöht. Die Artenzahlen werden durch gebietsfremde Spezies steigen: Biologische Globalisierung und Vereinheitlichung sind die Konsequenzen. Vereinfacht zählen artenarme Regionen zu den Gewinnern, artenreiche zu den Verlierern. Grönland hat einen rasanten Anstieg seiner Biodiversität (Temperton 2016), im Vergleich dazu verarmt Madagaskar, ein globales Diversitätszentrum, dramatisch (Goodman & Benstead 2005). Alle diese Änderungen sind in Abhängigkeit von der Zeit zu betrachten: Invasive Arten erhöhen zunächst die Biodiversität, langfristig verursachen sie Extinktionen (Groombridge 1992; Baillie et al. 2004) und vermindern die Diversität.

Abb. 4: Weizenfeld, o.O.o.J. Mit Beginn der „Grünen Revolution“ in den 1960er-Jahren wurden weltweit standardisierte und heute meist patentierte Hochertragssorten angebaut, die aber nur unter höchstem Einsatz von Dünger und Pestiziden Hochleistungen erbringen (Quelle: © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode Wikimedia Commons), Raimond Spekking https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wheat_fields_in_Ukraine-5961.jpg

5 Globalisierung trägt zur Vernichtung der Diversität bei

Globalisierung mit all ihren wirtschaftlich kurzfristig positiven, langfristig aber negativen Konsequenzen auf die globale Biodiversität spielt eine zentrale Rolle: Sie erhöht die Diversität und „Lebensqualität“ lokal (höhere Diversität an Arten in Deutschland als je zuvor – höhere Diversität an Sprachen oder Lebensmittelvielfalt in unseren Supermärkten) – global ist das Resultat aber eine bequeme und effiziente ‚Standardisierung‘ und damit Reduktion der Diversität (Abb. 4). Es ist bemerkenswert, dass diese Zusammenhänge kaum diskutiert werden (vgl. Wikipedia-Einträge zum Stichwort „Globalisierung“). In letzter Zeit haben sich allerdings auch renommierte Ökonomen mit den wirtschaftlich-politisch kaum abzuschätzenden Folgen einer Hyperglobalisierung beschäftigt, so z. B. der Harvard-Professor Dani Rodrik in seinem „Globalisierungs-Paradox“ (Rodrik 2011).

Jeder Einkauf an einer Gemüse- und Obsttheke in einem Supermarkt zeigt auch die Vorteile der Globalisierung: Das Angebot ist größer und vielfältiger und die Preise letztlich niedriger als je zuvor. Aber es sind die gleichen Tomaten- und Apfelsorten, die wir in Deutschland, Frankreich und selbst in der Türkei, Afghanistan oder Südafrika auf den Märkten finden. Von den ca. 370.000 bekannten Pflanzenarten haben nur etwa 150 eine wirtschaftliche Bedeutung, davon ernähren die so genannten „Big Five“ (Weizen, Mais, Reis, Hirse und Sojabohnen) 75 % der Weltbevölkerung (Miedaner 2014). Aber seit 1900 sind drei von vier aller bekannten Kultur-Pflanzensorten verloren gegangen. Aus der Massentierhaltung der Legehühner kommen die großen und billigen Eier in so gut wie allen Ländern der Erde heute von exakt den gleichen effizienten, hochgezüchteten, genetisch verarmten uniformen

Sorten, die meistens auch durch Verwendungsrechte aus den USA oder Europa geschützt sind.

6 Zur Rolle von Kultur und Religion, Dialog, Diskriminierung und Achtsamkeit

Kultur bezeichnet, was der Mensch selbst gestaltend schafft, im Gegensatz zu der von ihm nicht geschaffenen oder nicht veränderten Natur. Wir leben in Kultur-Landschaften. Menschen sind historisch und geografisch bedingt unterschiedlich kulturell und religiös geprägt – dies ist ein Teil ihrer Vielfalt. Ob man etwa Christ ist, hat zumeist ursächlich mit Religion nichts zu tun: Der einzige Grund ist beinahe immer die Tatsache, ob man z. B. in Deutschland in einem Elternhaus christlicher Prägung geboren ist. Stünde es in Bagdad, wäre derselbe Mensch ein gläubiger Moslem, in Indien geboren, würde er an die bunte Götterwelt der Hindus glauben, in China wäre sein Denken und Handeln durch die Lehren von Konfuzius, Lao-Tse und Buddha bestimmt.

Die vier größten Religionen der Welt sind in dem zusammenhängenden Gebiet zwischen Nil-Unterlauf, Euphrat und Tigris und dem Indus-Quellgebiet entstanden. Gleichzeitig ist das Gebiet seit 4.000 Jahren das der ältesten Hochkulturen (Euphrat und Tigris: Sumer; Nil: Ägypter; Indus: Harappa) mit einem Austausch von Kulturpflanzen, Informationen, Technologien und religiösen Ideen lange vor Alexander d. Großen. Biogeografisch entspricht es etwa dem natürlichen Vorkommen der Dattelpalme (*Phoenix dactylifera*). Die ursprüngliche Vegetation war schon zu Zeiten des Alten Testamentes stark verändert und gestört (z. B. Sperber 1994). Das Gebiet umfasst nur etwa 3 % der Oberfläche der Erde – aber etwa 77 % der gesamten Erdbevölkerung gehören heute den in dieser Region entstandenen Religionen an.

Religionen waren schon immer ein politischer Faktor. Jede Nachrichtensendung verdeutlicht auch heute, wie Religionen unverändert instrumentalisiert werden. Aber alle Religionen zeigen eine überraschende Gemeinsamkeit: Sie ermahnen zur Erhaltung der Schöpfung und zur Achtsamkeit im Umgang mit der Natur. Naturschutz ist damit auch eine Angelegenheit, die drei Viertel der Weltbevölkerung potenziell verbinden könnte: Religion wäre der mächtigste denkbare Verbündete des Naturschutzgedankens. Das Problem ist aber der absolute Wahrheitsanspruch der beiden größten Religionen Christentum und Islam (etwa 70 % der Weltbevölkerung), der Partnerschaft und einen echten Dialog beinahe ausschließt. Küng und Küschel (1993) forderten einen „Weltethos“ und umrissen das Problem klar: „Kein Weltfriede ohne Religionsfriede. Kein Religionsfriede ohne Religionsdialog“. Mit dem Publizisten Franz Alt (1999) muss man ergänzen: „Kein Weltfrieden ohne Frieden mit der Natur“. Eine übersehene Voraussetzung ergänzen wir: „Kein Dialog ohne Respekt und Achtsamkeit zwischen den Religionen“.

1993 beriet das „Parlament der Religionen der Welt“ in Chicago über transreligiöse Gemeinsamkeiten. Spät hat man die besondere Bedeutung der Religionen für den Naturschutz erkannt – vor allem durch Konferenzserien von Evelyn Tucker und John Grim an der Universität Harvard von 1995 bis 1998 (Übersichten bei Grim & Tucker 2014; Jenkins et al. 2017; Rolston 2012; Pimentel et al. 2010). In der Bundesrepublik hat man sich bereits 1997 mit dem Zusammenhang von Ökologie und Religionen befasst (Pye et al. 1997) und dies neuerdings wieder in einem BfN-Dialogforum erfolgreich aufgegriffen (Micksch et al. 2015).

Die Überraschung kam im Sommer 2015 aus dem Vatikan: die „Umwelt-Enzyklika“ „Laudato si“ von Papst Franziskus. Zum ersten Male in der Geschichte der katholischen Kirche

wurde diese Problematik im Kern angesprochen. Franziskus findet klare Worte zu Umwelt, Klima, Konsumverhalten und dem Verlust der Biodiversität – und fordert zum Umdenken und Dialog auf (Franziskus 2015). Ein Text, der – beraten von Fachwissenschaftlern – auch von naturwissenschaftlicher Seite auf dem aktuellen Stand ist und große Anerkennung gefunden hat (vgl. z. B. das Editorial der Zeitschrift Nature vom 25. Juni 2015).

In der Geschichte der religiösen Ideen (Übersicht bei Eliade 1978–1981) sind die Achtung vor und die Erhaltung der Natur tief verankert. Einige Beispiele: Bäume spielen in allen Kulturen und Religionen eine bedeutende Rolle: der Weltenbaum, die Yggdrasil und Irminsul, Isched und der Baum von Eridu, Banyan-Bäume, in Rom lebten die Dryaden in Bäumen. Grundlegend ist der Baum der Erkenntnis und des Frevels, der in den drei im Nahen Osten entstandenen Religionen zur Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradies führte – die Geschichte wird beinahe gleichlautend und mit gleichen Namen in der Thora, der Bibel und dem Koran erzählt. Der Turmbau von Babel (1. Moses 11 1–9), im Zusammenhang mit Ökologie und Naturschutz viel zu wenig beachtet, gibt außer der theologisch immer bemühten Sprachverwirrung eine grundsätzliche Botschaft: Respektiere die Grenzen des Wachstums – The Limits of Growth in der Botschaft von Denis Meadows im Auftrag des Club of Rome 1972. Das Problem scheint nicht eine fehlende Übereinstimmung im Umgang mit der Natur zu sein, sondern die mangelnde Dialogfähigkeit der monotheistischen Religionen.

„Eadem spectamus astra“, sagte Nicolaus von Kues (1401–1464): „Wir sehen alle die gleichen Sterne“ – aber wir suchen dennoch die Unterschiede und betonen das Trennende. Die abrahamitischen Religionen beharren weitgehend auf ihren dogmatischen Positionen. Die drei monotheistischen Weltreligionen gingen davon aus, dass nur sie jeweils allein die absolute Wahrheit und den einzigen Weg zu Gott vertreten. Eine Folge davon ist, dass gerade die Geschichte der drei abrahamitischen Religionen von gegenseitigen Anschuldigungen, religiösen, aber auch kulturellen Verletzungen, ja von Terror und Kriegen geprägt ist.

Der Wahrheitsanspruch, der Anspruch auf den alleinigen rechten Weg der abrahamitischen Religionen, erschwert oder verhindert den Dialog. Unabdingbare Voraussetzung ist deshalb der Respekt vor dem jeweils Anderen, der damit erst die Vielfalt der Religionen und Kulturen anerkennt. Dies ist angesichts der nicht abreißenden Anschuldigungen und Verletzungen der jeweils Andersgläubigen eine epochale Herausforderung.

Wer den Anderen sehen und verstehen will, muss auch bereit sein, seinen Standort zu wechseln. Unterschiedliche Perspektiven der Realität erschließt man erst, wenn man sich in die Situation des Anderen versetzt. Und man muss bereit sein, Gemeinsamkeiten zu erkennen und verschüttetes Wissen in den Dialog bzw. den gesamtgesellschaftlichen Dialog wieder einzubringen.

7 Beispiel Christentum und Islam: Vier Milliarden Gläubige als potenzielle Verbündete zur Erhaltung der Schöpfung?

Alle drei monotheistischen Religionen beziehen sich auf den gleichen Gott, der sich Abraham offenbarte: die abrahamitischen Religionen. Gott wird hebräisch mit JHWV (Jehowah) oder arabisch mit dem möglicherweise davon abgeleiteten Wort Allah bezeichnet. Arabisch sprechende Christen nennen Gott Allah, römisch-katholische Christen in dem EU-Mitgliedsstaat Malta beten in der Kirche traditionell zu Allah. Aber die meisten deutschsprechenden Muslime nennen Allah im Deutschen einfach Gott.

Abb. 5: Holzschnitt aus der „Cosmographie Universelle“, Paris 1575: Quelle: https://www.vintage-maps.com/de/grafiken/altmeister/de-belleforest-arche-noah-1575::11620

Bibel und Koran erzählen weitgehend die gleichen Geschichten (Thyen 2015; Kermani 2016), loben die Schönheit der Schöpfung und rufen zur Achtung auf. Das Hohelied Salomos (Suleiman im Koran) im Alten Testament und die Sure Al Aném (Koran 6: 99) sind vermutlich die eindrucksvollsten Texte.

Die Geschichte von der Sintflut und der Arche Noah ist wohl das bekannteste Gleichnis, das weitgehend gleichlautend in Thora / Bibel (1. Mose 6–9) und Koran (Sure 11 u. 71) erzählt wird. Noah, im Koran Nuh (نوح), wird vor der Sintflut von Gott gewarnt und baut die Arche nach dessen Angaben. Gott befiehlt nicht nur die reinen, sondern auch die unreinen Tiere, Vögel und alles was fliegen kann, wilde Tiere und Gewürm an Bord zu bringen, um die Vielfalt der Schöpfung zu erhalten (Abb. 5). Es regnet vierzig Tage und Nächte – alles Leben auf der Erde wurde ausgelöscht. Erst nach sieben Monaten kann er die Arche wieder verlassen. Im Koran (Sure 11: 27–49, vgl. Sure 71: 1) hat die Geschichte von Noah/Nuh die gleiche Botschaft: Lade ein von jeder Art zwei (Sure 11: 40) – worunter islamische Theologen auch Pflanzen verstehen, die in der Genesis scheinbar fehlen. Im Koran wird Noah verspottet, als er die Arche baut (Sure 11: 38), die Zeitgenossen glauben ihm die Warnung nicht. Die heutige Diskussion um die Leugnung des Klimawandels scheint hier vorweggenommen: die göttlich begnadete Weissagerin Kassandra war schon in der griechischen Mythologie unglaubwürdig und ist bis heute unbeliebt.

Wenn wir die Metapher Sintflut etwa durch Hochwasser, Tsunami oder gar Meeresspiegelanstieg als die bedeutendsten Folgen des Klimawandels ersetzten, wird die Aktualität überdeutlich. Die Botschaft von Thora, Bibel und Koran ist klar und einfach: Respektiere die

Regeln auf der Erde – sonst wirst du schrecklich bestraft. Im Übrigen ist die Geschichte von Sintflut und Arche viel älter als die Bibel und wird bereits in babylonischen Epen (Atrahasis und Gilgamesch) und der griechischen Mythologie (Deukalion) erzählt und bezieht sich offensichtlich auf eine historische „Umweltkatastrophe“ – auf den Tsunami, der dem Santorin-Vulkanausbruch etwa 1640 v. Chr. folgte (Finkel 2014). Die Botschaften, Erzählungen und Personen in Bibel und Koran – einschließlich der Aussagen bezüglich der Wertschätzung und der Erhaltung der Natur – sind weitgehend gleich. Es scheint, bezogen auf die beiden Heiligen Bücher, nur einen fundamentalen Unterschied zu geben: Jesus Christus wird im Koran und Islam als Prophet und Messias, als Sohn der Jungfrau Maria, aber nicht als der Sohn Gottes anerkannt (z. B. Sure As-Saff: 61: 6); auch der Tod eines Propheten am Kreuz wird nicht akzeptiert. Umgekehrt erkennt das Christentum Mohammad nicht als Propheten an. Die weiteren großen Unterschiede zum späteren Islam entstanden erst Jahrhunderte später: die kirchliche Lehre von der Trinität (Gottvater, Sohn, Heiliger Geist), die sich, wie auch erfahrene Theologen (z. B. Karl Barth) feststellen, nicht aus der Bibel ableiten lässt. Auch der Islam wurde aus der Sicht der Kirchen als christliche „Irrlehre“ verortet (z. B. im Augsburger Bekenntnis von 1530, vgl. auch Kermani 2016).

Viele der von Christen gepflegten Ansichten erweisen sich bei näherer Betrachtung als gegenstandslos. Um nur ein Beispiel aufzugreifen: Im Paradies der Moslems fließt ein Fluss mit Wein (Sure 47: 15), der Koran kennt kein absolutes Alkoholverbot (Sure 5: 90,91; 6: 145), aber die dringende Empfehlung, keinen Alkohol zu trinken (Sure 2: 219) – genau wie die Bibel (3. Mose 10: 9). Das Alkoholverbot wurde aber in späterer islamischer Tradition als Verbot dogmatisch fest verankert.

Ex oriente lux – aus dem Osten kommen unsere Religion, Philosophie, Wissenschaft, Kultur, aber auch die Kulturpflanzen. Das antike Griechenland war der westlichste kleine europäische Ausläufer der alten orientalischen Kulturen. Das Weltreich Alexanders des Großen berührte Europa gerade noch mit einem winzigen Gebiet. Der Heilige Gral an König Artus Tafelrunde war orientalisch; Wolfram von Eschenbach im Parzival verewigte die scheinbar germanisch-nordische Erzählung, die hauptsächlich im Orient spielt: 60 % der Handlung im Irak und Nachbarländern, wie Mircea Eliade (1978–1981) abschätzte.

Arabische Kultur, Wissenschaft, Medizin, Technik und Philosophie waren in Europa lange überlegen. Die Schriften der Antike und der Araber wurden durch die Übersetzerschule im islamischen Toledo bekannt. Der Staufer Friedrich II. residierte, von Rom exkommuniziert, in Palermo, umgeben von arabischen Beratern. Der Krönungsmantel der Deutschen Kaiser (heute bei den Reichskleinodien in der Hofburg Wien) ist eine arabische Arbeit mit Koran-Versen bestickt (Giese 2008).

Die Wurzeln unserer heutigen Wissenschaften kamen aus antiken Quellen, weiterentwickelt durch arabische Gelehrte, vor allem über das islamische Andalusien nach Europa (Sezgin 1967–2010; Hunke 1965; Freeley 2009; Billig 2010). Das islamische Córdoba mit seiner Universität („die helle Zierde der Welt“ nennt die Heilige Roswitha von Gandersheim die Stadt) war die drittgrößte Stadt der Welt. Córdoba hatte um 1000 ca. 450.000 Einwohner, zum Vergleich hatte das Aachen Karls des Großen weniger als 30.000 Einwohner). Zur Relativierung unseres eurozentrischen Weltbildes: die beiden größten Städte waren zu dieser Zeit Angkor Wat (Kambodscha, knapp 1 Million Einwohner) und Kaifeng (China, ca. 500.000 Einwohner).

Das christliche Abendland blieb lange Jahrhunderte in dumpfem Mystizismus versunken. Dass die Erde keine Scheibe, sondern ein Kugel ist, war durch Aristoteles in der Antike und

im islamischen Kulturbereich lebendiges Wissen. Aber die Wissenschaft machte nach 1500 in Europa die größten Fortschritte: Die Entdeckung, dass nicht die Erde, sondern die Sonne im Zentrum unseres Planetensystems steht, verdanken wir 1633 Galileo Galilei – er wurde dafür verurteilt und endlich 1992 durch den Vatikan rehabilitiert.

Die Quellen unserer Kultur liegen zwischen dem Ganges-Tal und dem Nil. Ex oriente lux – dies zeigt sich auch im Christentum. Die Liste der Herkunftsgebiete großer Kirchenlehrer und früher Heiliger liest sich wie ein Katalog der Herkunftsländer heutiger Asylbewerber. Hier nur eine kleine Auswahl: Sie stammten aus Syrien (Aphrahat, Johannes Chrystostomos, Nemsios v. Emesa, Johannes v. Damascus), aus Israel-Palästina (Eusebius v. Caesarea, Kyrill v. Jerusalem), aus Ägypten (Dionysus v. Alexandria, Athansius d. Große, Cyrill v. Alexandria) aus Algerien und Tunesien (Cyprian v. Karthago, Minucius Felix, Arnobius d. Ältere, Lactantius, Gaius Marius Victorinus, Martinus Capellus) und schließlich aus Marokko (Zenon v. Verona). Augustinus von Hippo, der große Kirchenlehrer, war ein arianischer Berber aus Souk-Ahras in Algerien und Hieronymus lehrte in Istanbul und starb in Palästina. Alle frühen Synoden und Konzile bis zum Jahre 300 fanden in Nordafrika statt, sechs davon in Karthago (heute Tunis). Sie alle schufen die Basis unserer heutigen abendländischen Kultur. Aber Kultur und Natur sind nicht unveränderlich: Man muss sie aktiv vor dem Vergessen oder der Zerstörung bewahren.

8 Wandel als Voraussetzung: Religionen als potenzielle Verbündete des Naturschutzes

Die lange Aufzählung vieler Namen zeigt, dass die alten Wurzeln unserer abendländischen Kultur und Religion vor allem im Nahen Osten und in Nordafrika liegen, weniger in Hellas und Rom. Aus diesen Regionen stammen auch die meisten unserer Kulturpflanzen, die uns im biblischen Sinne „unser täglich Brot“ geben. Das sehen wir heute kaum mehr. Der rechtspopulistische Vordenker Götz Kubitschek hat die leider weit verbreitete Fehleinschätzung im Rahmen der Flüchtlingskrise in mehreren Reden auf den Punkt gebracht: „Das ganz und gar Fremde bricht über unser Land herein“ (z. B. Phoenix-TV, 29.6.2017 ab 21:30 Uhr). Sicher gilt eher das Gegenteil: Wir könnten zu unseren kulturellen Wurzeln und Gemeinsamkeiten zurückfinden, die Kirchen, Gläubige und „Ungläubige“ heute kaum mehr kennen.

Die Religionen haben die Rolle des Schutzes der Umwelt und der Biodiversität erkannt. Eadem spectamus astra – die Erhaltung der Natur könnte weitab von theologischen Dogmen eine solche große Gemeinsamkeit der Religionen und Kulturen sein. Es muss aber gelingen, Alleinvertretungsansprüche zu reduzieren, Überheblichkeiten abzubauen, Vorurteile zu überwinden, Achtsamkeit und den Dialog aufzubauen: also von „Integration“ nicht nur zu reden. Alle Religionen haben bei allen Unterschieden zumindest eine Gemeinsamkeit: Sie sprechen sich für die Bewahrung der Natur oder der Schöpfung aus. Wir könnten fünf Milliarden Verbündete für den Erhalt der Natur gewinnen.

Literatur

Alt, F. (1999): Der ökologische Jesus – Vertrauen in die Schöpfung. München (Riemann-Verlag).

Baillie, J. E. M.; Hilton-Taylor, C. & Stuart S. N. (eds.) (2004): 2004 IUCN Red List of threatened species: a global species assessment. Gland (Selbstverlag).

Barthlott, W.; Erdelen, W. R. & Rafiqpoor, M. D. (2014): Biodiversity and technical innovations: bionics. – In: Lanzerath, D. & M. Friele (eds.): Concept and Value in Biodiversity. Routledge Studies in Biodiversity Politics and Management 2014: 300-315.

Barthlott, W.; Hostert, A.; Kier, G.; Küper, W.: Kreft, H.; Mutke, J.; Rafiqpoor, M. D. & Sommer, J. H. (2007): Geographic patterns of vascular plant diversity at continental to global scales. – In: Erdkunde 61 (4): 305-315.

Barthlott, W.; Mutke, J.; Rafiqpoor, M. D.; Kier, G. & Kreft, H. (2005): Global centres of vascular plant diversity. – In: Nova Acta Leopoldina 92 (342): 61-83.

Barthlott, W.; Obholzer, J. & Rafiqpoor, M. D. (2016): Pflanzen der Heiligen Bücher Bibel und Koran - النباتات في الكتب السماوية: الإنجيل و القرآن. BfN-Skripten 449. Bonn. URL: http://www.bfn.de/religionen_und_natur.html (29.12.2017).

Barthlott, W. & Rafiqpoor, M. D. (2016): Biodiversität im Wandel – Globale Muster der Artenvielfalt. – In: Lozán J. L.; Breckle, S.-W.; Müller, R. & Rachor, E. (Hrsg.): Warnsignal Klima: Die Biodiversität. In Kooperation mit GEO-Verlag. Wissenschaftliche Auswertungen. URL: http://www.klima-warnsignale.uni-hamburg.de/biodiversitaet/: 44-50.

Barthlott, W.; Rafiqpoor, M. D. & Erdelen, W. R. (2016): Bionics and Biodiversity – Bio-inspired Technical Innovation for a Sustainable Future. – In: Knippers, J.; Nickel, K. & Speck, T. (eds.): Biomimetic Research for Architecture and Building Construction: Biological Design and Integrative Structures. Berlin (Springer Publishers): 11-55.

Barthlott, W. & Winiger, M. (eds.) (2001): Biodiversity – A Challenge for Development Research and Policy. Berlin (Springer Publishers).

Billig, S. (2017): Die Karte des Piri Re´is – Das vergessene Wissen der Araber. München (C. H. Beck).

Diamond, J. (2012): The World Until Yesterday: What Can We Learn from Traditional Societies? London (Viking) (deutsche Ausgabe: Vermächtnis: Was wir von traditionellen Gesellschaften lernen können. Frankfurt/M. (S. Fischer Verlag)).

Eliade, M. (1978–1981): Geschichte der religiösen Ideen. 4 Bände. Freiburg/Brsg. (Herder) – Originalausgaben: Histoire des croances et des idées religieuses. – 1975–1983, Editions Payot, Paris; zahlreiche Übersetzungen und Neuauflagen, z. B. A history of Religious Ideas, University of Chicago Press

Erwin, T. L. (1983): Tropical forest canopies: the last biotic frontier. – In: Bull. Entomological Soc. America 29: 14-19.

Erwin, T. L. (1991): How many species are there? – In: Revisited Conservative Biology 5: 330-333.

Finkel, I. (2014): The Ark before Noah: decoding the story of the flood. London (Hodder & Stoughton).

(Papst) Franziskus (2015): Enzyklika Laudato Si' über die Sorge für das gemeinsame Haus. Rom (Vatikanische Druckerei); vgl. auch URL: http://bit.ly/1FofNK1

Freeley, J. (2009): Alladin´s Lamp. New York (Knopf) (deutsche Ausgabe: Platon in Bagdad. Stuttgart (Klett-Cotta) 2012).

Giese, M. (2008): Die Tierhaltung am Hof Kaiser Friedrichs II. zwischen Tradition und Innovation. – In: Görich, K.; Keupp, J. & Broekmann, T. (Hrsg.): Herrschaftsräume, Herrschaftspraxis und Kommunikation zur Zeit Friedrichs II. Münchener Beiträge zur Geschichtswissenschaft 2: 121–171.

Goodman, S. M. & Benstead, J. P. (2005): Updated estimates of biotic diversity and endemism of Madagascar. – In: Oryx 39(1): 73-77.

Grim, J. & Tucker, M. E. (2014): Ecology and Religions. Washington D. C. (Island Press).

Groombridge, E. (1992): Global Biodiversity – Status of Earth's Living Resources. London (Chapman & Hall).

Hachmeister, L. & Wäscher, T (2017): Wer beherrscht die Medien? Die 50 größten Medien- und Wissenskonzerne der Welt. Köln (Halem Verlag).

Houben, H. (2008): Kaiser Friedrich II. Stuttgart (Kohlhammer).

Hunke, S. (1965): Allahs Sonne über dem Abendland. Frankfurt/M. (Fischer).

Ibisch, P. L. (2016): Ökologie und Politik: Die Wachstumskrise entfaltet sich weiterhin. – In: Richter, M. & Thunecke, I. (Hrsg.): Paradies now. André Gorz – Utopie als Lebensentwurf und Gesellschaftskritik. Sammlung kritisches Wissen 70. Mössingen (Talheimer Verlag) : 83-102.

Ibisch, P. L.; Hoffmann,M. T.; Kreft,S.; Pe'er, G.; Kati, V.; Biber-Freudenberger, L.; DellaSala, D. A.; Vale, M. M.; Hobson, P. R. & Selva, N. (2017): A global map of roadless areas and their conservation status. – In: Science 354(6318): 1423-1427. URL: http://bit.ly/2uDOnXv.

Jessel, B. & Mues, A. W. (2016): Die ökologische Krise der Welt – eine Herausforderung für die Religionen? – In: Barthlott, W. Obholzer, J. & Rafiqpoor, M. D. (Hrsg.): Pflanzen der Heiligen Bücher Bibel und Koran – النباتات في الكتب السماوية: الإنجيل و القرآن. BfN-Skripten 449. Bonn: 7-10. URL: http://www.bfn.de/religionen_und_natur.html (29.12.2017).

Jenkins, W. J.; Tucker, M. E. & Grim, J. (2017): Routledge Handbook on Religion and Ecology. Abbington (Routledge).

Kermani, N. (2016): Ungläubiges Staunen. Über das Christentum. München (C. H. Beck), 9. Aufl.

Kier, G.; Kreft, H.; Lee, T. M.; Jetz, W.; Ibisch, P. L.; Nowicki, C.; Mutke, J. & Barthlott, W. (2009): A global assessment of endemism and species richness across island and mainland regions. PNAS 106 (23): 9322-9327 [DOI10.1073/pnas.0810306106].

Klingenstein, F. & Otto, C. (2008): Zwischen Aktionismus und Laissez-faire: Stand und Perspektiven eines differenzierten Umgangs mit invasiven Arten in Deutschland. – In: Natur und Landschaft 83 (9-10): 407-411.

Kreft, H.; Jetz, W.; Mutke, J.; Kier, G. & Barthlott, W. (2008): Global diversity of island floras from a macroecological perspective. – In: Ecology Letters 11: 116-127.

Küng, H. & Küschel, K. J. (1993) (Hrsg.): Weltfrieden und Religionsfrieden. München (Piper).

Lawton, J. H. & May, R. M. (1995): Extinction rates. Oxford (Oxford Univ. Press).

Locey, K. J. & Lennon, J. T. (2016): Scaling laws predict global microbial diversity. – In: PNAS 113(21). URL: http://bit.ly/28THhnZ. DOI 10.1073/pnas.1521291113

Lozán J. L.; Breckle, S.-W.; Müller, R. & Rachor, E. (2016) (Hrsg.): Warnsignal Klima: Die Biodiversität. In Kooperation mit GEO-Verlag. Wissenschaftliche Auswertungen, URL: http://www.klima-warnsignale.uni-hamburg.de/biodiversitaet/.

Micksch, J.; Khurshid, J.; Meisinger, H. & Mues, A. (Hrsg.) (2015): Religionen und Naturschutz – Gemeinsam für biologische Vielfalt. BfN-Skripten 426. Bonn (Selbstverlag).

Miedaner, T. (2014): Kulturpflanzen: Botanik – Geschichte – Perspektive. Wiesbaden (Springer).

Moony, H. A. & Hobbs, R. J. (eds.) (2000): Invasive Species in a Changing World. Washington (Island Press).

Moony, H. A.; Mack, R. N.; McNeely J. A.; Neville, L. E.; Schei, P. J. & Waage, J. K. (eds.) (2005): Invasive Alien Species – A New Synthesis. Washington (Island Press).

Mora, C.; Tittensor, D. P.; Adl, S.; Simpson, A. G. B. & Worm, B. (2011): How many species are there on Earth and in the ocean? – In: PLoS Biol 9(8):e1001127.

Mosbrugger, V. & Roller, S. (2016): Biodiversität in der Erdgeschichte und andere prägende Faktoren. In: Lozán J. L.; Breckle, S.-W.; Müller, R. & Rachor, E. (Hrsg.): Warnsignal Klima: Die Biodiversität. In Kooperation mit GEO-Verlag. Wissenschaftliche Auswertungen: 61-67. URL: http://www.klima-warnsignale.uni-hamburg.de/biodiversitaet/.

Mutke, J. & Barthlott, W. (2005): Patterns of vascular plant diversity at continental to global scales. – In: Friis, I. & Balslev, H. (eds.): Plant diversity and complexity patterns – local, regional and global dimensions. The Royal Danish Academy of Sciences and Letters, Copenhagen Biologiske Skrifter 55: 521-537

Myers, N.; Mittermeier, R. A.; Mittermeier, C. G.; da Fonseca, G A. B. & Kent, J. (2000): Biodiversity hotspots for conservation priorities. – In: Nature 403: 853-858. DOI 10.1038/35002501

Nentwig, W. (2010): Invasive Arten. Bern (UTB/ Haupt).

Parliament of the World's Religions: Declaration Toward a Global Ethic, 4 September 1993, Chicago URL: http://bit.ly/2uupjBM.

Pfenninger, M. (2016): Artbegriff im Wandel der Zeit. – In: Lozán J. L., Breckle, S.-W., Müller, R. & Rachor, E. (Hrsg.) (2016): Warnsignal Klima: Die Biodiversität. In Kooperation mit GEO-Verlag. Wissenschaftliche Auswertungen: 26-31, URL: http://www.klima-warnsignale.uni-hamburg.de/biodiversitaet/.

Pimentel, R. B.; Elliot, R. C.; Holton, R.; Lorenzano, P. & Arlt, H. (2010): Religions, Culture and Sustainable Development. Encyclopedia of Life Support Systems II. Oxford (EOLLS/ UNESCO).

Pimm, S. L. & Joppa, L. N. (2015): How many plant species are there, where are they, and at what rate are they going extinct? – In: Ann. Missouri Bot. Gard. 100: 70-176.

Pörksen, B. & Krischke, W. (2013): Die gehetzte Politik – die Neue Macht der Medien und der Märkte. Köln (Halem-Verlag).

Pye, M.; Kleine, C. & Dech, M. (1997): Ökologie und Religionen – eine religionswissenschaftliche Darstellung. – In: Marburg Journal of Religion 2 (1): 1-12.

Rahmstorf, S. & Schellnhuber, H. J. (2006): Der Klimawandel – Diagnose, Prognose, Therapie. München (C. H. Beck).

Reise, K. (2016): Meeresspiegelanstieg bedrängt Biodiversität: Was tun? – In: Lozán J. L., Breckle, S.-W., Müller, R. & Rachor, E. (Hrsg.) (2016): Warnsignal Klima: Die Biodiversität. In Kooperation mit GEO-Verlag. Wissenschaftliche Auswertungen: 314-318, URL: http://www.klima-warnsignale.uni-hamburg.de/biodiversitaet/.

Rhein, M.; Rintoul, S. R.; Aoki, S.; Campos, E.; Chambers, D.; Feely, R. A.; Gulev, S.; Johnson, G. C.; Josey, S. A.; Kostianoy, A.; Mauritzen, C.; Roemmich, D.; Talley, L. D. & Wang, F. (2013): Observations: Ocean. – In: Stocker et al. (eds.): Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge (Cambridge University Press) : 255-315.

Rodrik, D. (2011): Das Globalisierungs-Paradox. München (C.H. Beck).

Ruiz, G. M. & Carlton, J. T. (eds.) (2003): Invasive Species – Vectors and management strategies. Washington (Island Press).

Rolston, H. (2012): A new environmental ethics. Abington (Routledge).

Schellnhuber, H.-J. (2015): Selbstverbrennung – die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff. München (Random House).

Sezgin, F. (1967–2010): Geschichte des arabischen Schrifttums. 15 Bände. Frankfurt/M.

Sommer, J. H.; Kreft, H.; Kier, G.; Jetz, W.; Mutke, J. & Barthlott, W. (2010): Projected impacts of climate change on regional capacities for global plant species richness. – In: Proc. R. Soc. B 277: 2271-2280. DOI: 10.1098/rspb.2010.0120.

Sperber, G. (1994): Bäume der Bibel – eine ökologische Un-Heilgeschichte von Bäumen, Wald, Natur, deren Zerstörung und den gnadenlosen Folgen. – In: Forstw. Cbl. 113: 12-34.

Sterr, H. (2007): Folgen des Klimawandels für Ozeane und Küsten. – In: Endlicher, W. & Gerstengrabe, F.-W. (Hrsg.): Der Klimawandel – Einblicke, Rückblicke und Ausblicke. Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e. V.: 86-97. URL: http://bit.ly/2dFPVa6.

Stork, N. E.; McBroom, J.; Gely, C. & Hamilton, A. J. (2015): New approaches narrow global species estimates for beetles, insects, and terrestrial arthropods. – In: PNAS, 112(24): 7519–7523. URL: http//www.pnas.org/cgi/doi/10.1073/pnas.1502408112.

Temperton, V. M. (2016): Grünland spielt eine wichtige Rolle für die Vielfalt und für das Klima. – In: Lozán J. L., Breckle, S.-W., Müller, R. & Rachor, E. (Hrsg.) (2016): Warnsignal Klima: Die Biodiversität. In Kooperation mit GEO-Verlag. Wissenschaftliche Auswertungen: 170-176 URL: http://www.klima-warnsignale.uni-hamburg.de/biodiversitaet/.

Thyen, J. D. (2015): Bibel und Koran: Eine Synopse gemeinsamer Überlieferungen. Kölner Veröffentlichungen zur Religionsgeschichte. Köln (Böhlau), 4. Aufl.

Weigelt, P.; Steinbauer, M. J.; Cabral, J. S. & Kreft, H. (2016): Late Quaternary climate change shapes island biodiversity. – In: Nature 532: 99-102.

Wilson, E. O. (1988): Biodiversity. Washington (National Academy Press) DOI 10.17226/989. https://www.nap.edu/catalog/989/biodiversity.

Vielheit, Interkultur und Zusammenarbeit. Was hat das alles mit Naturschutz zu tun?

Mark Terkessidis

Seit der Ankunft von Hunderttausenden von Geflüchteten im Jahre 2015 kommt niemand mehr um das Thema Migration herum. Lange hat die Bundesrepublik Deutschland gezögert, sich als Einwanderungsland zu betrachten, wodurch auch heute die Einwanderung häufig als Ausnahme im ‚Normalbetrieb' erscheint. Viele Institutionen, Organisationen und Einrichtungen tun sich schwer damit, sich auf die neue Vielheit der Gesellschaft einzustellen und verharren in hergebrachten Denkschemata von „wir" und „sie". Dabei gibt es oft wenig Kontakt zu „ihnen", aber gleichzeitig starke Annahmen darüber, wie „sie" sind oder wofür „sie" sich interessieren und Einsatz zeigen.

Im Bereich des Natur- und Umweltschutzes existiert historisch ein starkes, aus dem Aktivismus stammendes „wir", das sich stets auch in Abgrenzung gegen einen oftmals weitgehend ignoranten Mainstream der Gesellschaft positionieren musste. Tatsächlich haben die Aktivistinnen und Aktivisten es – siehe den Streit über die Atomenergie – oft genug früher und besser gewusst. Ob die Haltung des ‚Besserwissens' allerdings angesichts der Herausforderung der Vielheit noch angemessen ist, lässt sich bezweifeln. Zum einen ist der Natur- und Umweltschutz ein Anliegen geworden – das zeigen etwa die Befragungen zum „Naturbewusstsein 2015" (BMUB & BfN 2016) –, das von einer satten Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird. Solche Haltungen führen bei den meisten Personen höchstens zu schlechtem Gewissen und kaum zu Verhaltensänderung – dennoch muss das Anliegen nicht mehr in dem Sinne durchgesetzt werden, wie das noch in den 1970er-Jahren der Fall war.

Zum anderen sind derzeit viele Personen auch angesichts der Komplexität der Welt und eines eklatanten Mangels an politischen Erkenntniskategorien sehr an Wissensvermittlung interessiert, nicht aber an Belehrungen. Zumal Personen mit Migrationshintergrund sind in den letzten Jahrzehnten überwiegend als defizitäre Gesellschaftsmitglieder angesprochen worden, denen „wir" etwas vermitteln müssen: Die Sprache, „unsere Lebensverhältnisse", die Gleichheit der Geschlechter, die Rechtsstaatlichkeit, die Leitkultur etc. In diesem Sinne könnte eine „belehrende" Ansprache erhebliche Vorbehalte auslösen.

Ich kann auf den Bereich des Natur- und Umweltschutzes lediglich einen Blick von außen werfen, aus der Perspektive von jemandem, der als Aktivist und Wissenschaftler vor allem im Bereich Migration arbeitet. Primär plädiere ich dafür, die Perspektive zu wechseln, also weniger auf „sie" zu schauen, die sich angeblich nicht genügend einsetzen oder interessieren, sondern auf die Strukturen des eigenen Engagements, die Herkunft und die Haltungen des Personals, die Formen der Ansprache – verbunden mit der Frage, ob diese Strukturen eigentlich ‚fit' sind für die Vielheit der Gesellschaft. Dabei möchte ich aber nicht selbst als „Besserwisser" auftreten, sondern lediglich einige Hinweise formulieren; stets ausgehend von der Relevanz des Anliegens und der zweifellos guten Arbeit, die im Bereich des Natur- und Umweltschutzes geleistet wird.

1 Ein Blick von außen

Für jemanden, der einen Blick von außen formuliert, und der, wie in meinem Fall, auch selbst einen Migrationshintergrund hat, möchte ich zunächst sagen, dass ich in Bezug auf die Geschichte des Natur- und Umweltschutzes im Hinblick auf die Migrationsgesellschaft durchaus eine gewisse Ambivalenz empfinde. In den letzten Jahren konnte man in der

Schweiz erleben, wie Einwanderer in Teilen von Politik und Medien als ökologische Belastung konzipiert wurden – als Gruppe, die für die Verschlechterung der Lebensqualität, den „Dichtestress“ im Verkehr oder die Zersiedlung der Landschaft verantwortlich ist. In Deutschland wird ein solcher Zusammenhang von ökologischen und völkischen Vorstellungen heute nur noch selten hergestellt. Bis in die späten 1990er-Jahre allerdings galt das als legitim. Im sogenannten Heidelberger Manifest bezeichneten namhafte Universitätsprofessoren 1982 das Volk als „(biologisch und kybernetisch) lebendes System höherer Ordnung“ und proklamierten zugleich „ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet“ (Autorenkollektiv 1982). In der Neuen Rechten waren es Zeitschriften wie „Wir selbst“ oder Personen wie Henning Eichberg, die im Grunde eine Art ‚Naturschutz‘ für das deutsche Volk forderten (Terkessidis 1998: 50ff.; Geden 1996). Und noch 1998 meinte Irenäus Eibl-Eibesfeldt (1998: 154), die Einwanderung habe die „Grenze der ökologischen Belastbarkeit unseres Landes“ erreicht.

Verschwunden sind solche Ansätze nicht. Im Hinblick auf Personen mit Migrationshintergrund wird häufig von „Menschen mit fremden Wurzeln“ gesprochen oder von solchen, die noch Wurzeln in anderen Ländern haben (Termeer 2016). Die Metapher scheint im Hinblick auf die Einheimischen einleuchtend: Sie sind quasi in der Scholle verwachsene Geschöpfe. Für jene mit den „Wurzeln in unterschiedlichen Ländern“ gibt es aber kein entsprechend „natürliches“ Bild: Wenn man sich diese Art von Verwurzelung vor Augen führt, dann entstehen seltsame Gestalten aus den Bereichen von Science Fiction oder Horror. Da die Mehrfach-Verwurzelung als Bild nicht funktioniert, wird die neue Wurzel im Einwanderungsland manchmal als perfider Versuch der Expansion gewertet. Auf der Jahrestagung des Deutschen Museumsbundes 2012 zum Thema „Alle Welt im Museum? Museen in der pluralen Gesellschaft“, an der ich mit einem Referat teilnahm, durfte der Direktor des Senckenberg Museums für Naturkunde Görlitz unter dem Titel „Die Begriffe ‚fremd’ und ‚eigen’ in der Natur“ einen „Denkanstoß“ liefern, in dem Verhaltensweisen von Einwanderern mit jenen Pflanzen, Viren und Tieren verglichen wurden, welche sich listig die heimischen Ressourcen und Lebensräume aneignen.

Das Referat sorgte damals für erstaunlich wenig Widerspruch. Im Bereich des Naturschutzes hat man sich mit dieser Problematik intensiver befasst. So wurden bereits 2004 im Rahmen der Sommerakademie des Bundesamtes für Naturschutz die „Vilmer Thesen zu Neobiota und Naturschutz“ verfasst, die beklagen, wie kulturelle Ideen von „Heimat“ und „Fremde“, „natürlichem Lebensraum“ und „Eindringlingen“ in den Bereich der Naturwissenschaft übertragen werden und von da aus dann wieder zurückwirken auf Fragen der Migration bzw. Gesellschaft (Piechocki et al. 2010: 43ff.). Unterdessen ist in vielen Publikationen darauf hingewiesen worden, dass Naturschutz keineswegs ein neutraler Begriff ist, sondern jeweils geklärt werden muss, wie der Begriff Natur und die Frage des Schutzes sich verhalten zur Plastizität der Umwelt, zur demokratischen Gesellschaft, zur Idee der „Heimat“ und zum Wandel, egal wie dieser Wandel jeweils verursacht ist (Heinrich et al. 2015).

Ein anderes Problem, das mir in Bezug auf Naturschutz und Migration in den Sinn kommt, ist die kommerzielle Mainstreamisierung von ökologischen und naturschützerischen Haltungen in der zumeist einheimischen Mittelschicht. Ich wohne in Berlin-Kreuzberg, wo in den letzten Jahren die noch aus den Zeiten der Bewegung stammenden Bioläden von einer unüberschaubaren Menge von Bio-(Super-)Märkten und Slow-Food-Angeboten abgelöst wurden. Die Preise dort sind entsprechend, so dass sich primär eine neubürgerliche Gruppe von Kunden eindeckt. Diese Gruppe ist keineswegs homogen, es gibt auch sehr viele „Expatriates“. Allerdings könnte der Unterschied zum weniger vermögenden Teil der Ein-

wohnerschaft mit Migrationshintergrund kaum größer sein. Im „Foodie“-Treff „Markthalle Neun“ befindet sich auch noch eine Filiale von Aldi – der Unterschied der Kundschaft zwischen den „Bio“-Ständen und dem Discounter ist frappierend.

2 Was ist Vielheit?

Wer im Hinblick auf das Thema Migration eine größere Berücksichtigung der gesellschaftlichen Vielheit einfordert, muss auch erklären, wie diese Vielheit beschaffen ist. Zunächst verwende ich ganz bewusst den Begriff Vielheit – und zwar aus zwei Gründen. Zum einen geht es darum, den verbreiteten normativen Wünschen nach Einheit, die sich auch im Begriff der „Integration“ finden [(Wieder-)Herstellung einer Einheit], eine realistischere Perspektive entgegenzustellen: Es muss handlungsleitend anerkannt werden, dass die deutsche Gesellschaft keine große monoethnische und harmonische Familie mehr wird (wobei sich auch die Frage stellt, wann das eigentlich einmal so gewesen ist). Zum anderen möchte ich die in den letzten Jahren abgenutzte Bezeichnung „Vielfalt“ vermeiden, zumal dieser Begriff eine positiv-verniedlichende Qualität besitzt. So traten die „interkulturellen Wochen“ 2017 unter dem Motto „Vielfalt verbindet“ auf; zuvor hieß es „Vielfalt – Das Beste gegen Einfalt“. Solche Sinnsprüche täuschen darüber hinweg, dass es bei der Vielheit der Gesellschaft um einen teilweise dramatischen Wandel geht, der mental und organisatorisch durchaus eine Herausforderung darstellt. Zudem ist die Vielheit keineswegs immer schön, sie ist nicht einfach „verbindend“, sie kann kurzfristig das Vertrauen in die eigene Umgebung aushöhlen, sie kann allen Beteiligten ungeheuer auf die Nerven gehen ... Kurz gesagt, die Vielheit der Bevölkerung muss weder negativ noch positiv bewertet werden, sie ist eine schlichte Tatsache, die anerkannt werden muss, um dann gestaltet werden zu können.

Da Deutschland erst 1998 offiziell erklärt hat, ein Einwanderungsland zu sein, tut man sich nach knapp 20 Jahren mit der Normalität der Migration noch schwer. Weiterhin erscheinen die „Zu“-Wanderer als Epiphanie und Abweichung. Obwohl aktuell in den Städten der alten Bundesländer bei den unter Sechsjährigen die Kinder mit Migrationshintergrund durchweg in der Mehrheit sind, gab es nach 2015 im Bildungsbereich erneut Diskussionen über die vielen „Quereinsteiger“. Seit den 1970er-Jahren wurde in immer neuen Wellen über die „Gastarbeiterkinder“, die „Ausländerkinder“, die „Flüchtlingskinder“, die „Kinder mit Migrationshintergrund“ und schließlich wieder über die „Kinder mit Fluchtgeschichte“ gesprochen – ohne jemals die Konsequenz zu ziehen, den Schulbetrieb auf ein Modell umzustellen, in dem alle Kinder als „Quereinsteiger“ gelten.

In diesem Sinn erscheinen auch die Zahlen der Neueinwanderer nach Deutschland – trotz der vielen Geflüchteten, die vor allem 2015 nach Deutschland gekommen sind – historisch gesehen nicht als enorme Abweichung. Wenn man die Angaben des statistischen Bundesamtes im Zeitraum von 1965 bis 2014 zusammenrechnet, dann ergibt sich eine Gesamtzahl von 71 Millionen Menschen, die zwischen 1965 und 2014 ihren Wohnsitz wahlweise nach Deutschland oder ins Ausland verlegten, das sind ungefähr eineinhalb Millionen pro Jahr.[1] Vor 1965 wiederum mussten infolge der nationalsozialistischen Herrschaft und des

[1] Eigene Berechnungen nach Zahlen des Statistischen Bundesamts, URL:http://bit.ly/1xB61Fl; https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Wanderungen/Wanderungen2010120107004.pdf?__blob=publicationFile (gesehen am: 26.01.2018).

Zweiten Weltkrieges fast zwölf Millionen „displaced persons“ Deutschland verlassen, während ca. zwölf Millionen Ostvertriebene und Flüchtlinge aus der DDR Aufnahme fanden.[2]

In der Theorie – bei Erol Yildiz, Naika Foroutan oder in meinen eigenen Arbeiten – wird unterdessen der Begriff „postmigrantisch“ verwendet, um diese (nur scheinbar neue) Normalität zu charakterisieren. Die Bedeutung geht in zwei Richtungen. Zum einen soll damit beschrieben werden, dass sich die Gesellschaft immer schon nach der Migration befindet. Das zeigen auch die Zahlen. In manchen Kommunen sind die Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund bereits in der Mehrheit (in Germersheim in Rheinland-Pfalz etwa 54%). Zum anderen bedeutet das „post“ in postmigrantisch das Gleiche wie das „post“ in postmodern: Es verweist auf einen Zustand, in dem es kein gesellschaftliches Feld und keinen Prozess mehr gibt, der nicht von Migration auf die eine oder andere Weise beeinflusst worden ist. Migration ist also kein Rand- oder Sonderthema mehr, sondern beinhaltet zentrale Gestaltungsaufgaben für die Zukunft, welche die ganze Gesellschaft betreffen.

Nun ist Deutschland noch ein recht junges Einwanderungsland, und es wird noch einige Zeit dauern, bis sich der Wandel mental durchsetzen wird. Zumal im medialen Bereich weiterhin eine Sicht auf die Gesellschaft der Vielheit dominiert, die häufig auf Probleme, Abweichungen und Trennungen fixiert bleibt: Das Panorama reicht von Schulschwierigkeiten und „Parallelgesellschaften“ zu Kriminalität und vor allem Terrorismus. Gerade bei letzterem Thema lohnt es sich aber zu fragen: Was genau feinden die fundamentalistischen Täter an? Wenn es heißt, die Anschläge von Paris, Nizza, Berlin oder London seien ein Angriff von „ihnen“ auf „uns“, von „arabischen Männern“ auf die Lebensweise der westlichen Gesellschaft, welches „wir“ ist dann gemeint? Auf der Liste jener, die bei den Anschlägen von Paris im Herbst 2015 ihr Leben lassen mussten, entdeckt man sehr viele arabische Namen: Es wäre auch ein Wunder gewesen, wenn an jenem Abend in den Restaurants, Kneipen und Clubs einer Stadt wie Paris keine Personen arabischer Herkunft unterwegs gewesen wären. Die Täter haben also die Vielheit der französischen Gesellschaft attackiert, und vermutlich haben die Franzosen arabischer Herkunft sich selten mehr der Gesellschaft zugehörig gefühlt als nach jener Mordnacht.

Der alltäglich gelebte Zusammenhalt der Gesellschaft wird nur selten abgebildet. Elijah Anderson, Professor für Soziologie in Yale, hat ein Buch geschrieben über etwas, das er als „cosmopolitan canopy“ bezeichnet, als kosmopolitanen Baldachin der Städte (Anderson 2011). In seiner Heimatstadt Philadelphia hat er ein Netz pluralistischer Treffpunkte erforscht – öffentliche Plätze, Parks, Malls, Märkte, städtische Einrichtungen aller Art. Wo Arbeiter, Beamte, Studenten, Touristen, Pendler, Konsumenten und Hedonisten, also alle Arten von „Fremden“, zusammenkommen, begegnet man sich oft in einem Geist der Zivilität, wenn nicht gar mit Höflichkeit und Wohlwollen. Es existiert ein Ethos des „getting along“, des Miteinanderauskommens. Der überwiegende Teil, zumal der Stadtbewohner, arbeitet also unentwegt an einem kosmopolitanen Baldachin, am angenehmen, kommoden Miteinanderauskommen. Darauf lässt sich aufbauen.

---

[2] http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56359/nach-dem-2-weltkrieg (gesehen am: 26.01.2018)

3 Integration – eine antiquierte Vorstellung

Nun ist es fraglich, ob diesem Miteinanderauskommen die herrschende Auffassung von Integration noch entspricht. Seit den 2000er-Jahren ist Integration zu der paradigmatischen Bezeichnung geworden, um das Vorgehen im Hinblick auf die Einwanderungsgesellschaft zu umschreiben. Der Begriff stammt aus der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre und birgt Annahmen, die mit den derzeitigen Realitäten kaum noch in Übereinstimmung zu bringen sind. Ohne Zweifel wird Integration heute oftmals pragmatisch als Querschnittsaufgabe verstanden, als ein Bündel von Maßnahmen, um mehr Gleichheit und Teilhabe herzustellen. Doch es existiert weiterhin auch ein normativer Kern in diesem Begriff, der besagt, dass es in dieser Gesellschaft immer „uns“ gegeben hat und andere „zugewandert“ sind. Diese „Zuwanderer“, so lautet die verbreitete Annahme, leiden unter verschiedenen Defiziten, insbesondere (und seit Jahrzehnten immer wieder) an Sprachproblemen und patriarchalen Familienverhältnissen („dysfunktionale“ Familien, wie es in den 1970er-Jahren unverhohlen hieß), deren negative Effekte verstärkt werden durch „Ghettobildung“, mittlerweile auch Leben in der Parallelgesellschaft genannt. Diese Defizite müssen dann folgerichtig korrigiert und kompensiert werden – und zwar in Sonderklassen oder Sondermaßnahmen neben dem als angemessen und selbstverständlich geltenden Regelbetrieb der jeweiligen Institutionen, Organisationen und Einrichtungen.

Nun sind diese normativen Haltungen überhaupt nicht mehr realitätskonform. Zum einen hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert: Wenn die Kinder mit Migrationshintergrund in der Mehrheit sind, was wäre dann die Norm und was die Abweichung? Zum anderen hat sich das Einwanderungsgeschehen gewandelt. Während ab den 1960er-Jahren per Anwerbevertrag nach unqualifizierter Industriearbeit verlangt wurde, geht die Einwanderung heute durch alle Segmente: So sind aus den südlichen EU-Staaten in den letzten Jahren hauptsächlich gut gebildete Personen nach Deutschland gekommen. Allerdings wurde bei den Nachkommen der „Gastarbeiter“ der schlechtere Status teilweise „vererbt“. So liegt das Armutsrisiko der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei 27,7 %, im Vergleich zu 12,5 % in der einheimischen Bevölkerung (BBMFI 2016). Gleichzeitig hat es eine Differenzierungsbewegung gegeben, wie die Studie von SINUS-Sociovision gezeigt hat (Sinus 2016), was auch bedeutet, dass es mittlerweile natürlich eine Mittelschicht mit Migrationshintergrund gibt.

Für die Mittelschicht deutscher Herkunft wiederum ist der ganze Komplex Einwanderung dadurch sehr viel näher gekommen. Viele Reaktionen im Rahmen der Debatte über Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ resultierten aus einem Gefühl der Bedrohung (der eigenen Privilegien), eben weil die „Zuwanderer“ nun aus einer Position der Zugehörigkeit sprechen, Sensibilität (etwa für Rassismus) einfordern, Ansprüche formulieren oder als Konkurrenten agieren.

Nun lässt sich in Bezug auf „Integration“ anmerken, dass es ja weniger auf die Begrifflichkeiten ankomme als auf das, was getan wird – und tatsächlich hat sich einiges verändert in der Bundesrepublik, die ja wie oben beschrieben, letztlich noch ein recht junges Einwanderungsland ist. Allerdings bestimmen Begrifflichkeiten sozusagen das Spektrum dessen, was an Maßnahmen überhaupt denkbar erscheint. Wenn ich davon ausgehe, dass der Regelbetrieb „unserer“ Einrichtungen prima funktioniert und nur bestimmte Eigenschaften der „Anderen“ ein Problem darstellen, dann kommen bestimmte Veränderungen erst gar nicht in Frage. Innerhalb dieser Sichtweise ist es kein Wunder, dass die Bemühungen im Hinblick auf „Integration“ sich immer noch seltener auf den Regelbetrieb richten, sondern zumeist in

Sondermaßnahmen auf Projektbasis abgehandelt werden. Ich möchte an drei Punkten erläutern, welche Schwierigkeiten sich in Bezug auf das Freiwilligenengagement generell und den Naturschutz im Besonderen ergeben.

4 Integrationsprobleme

4.1 Wenn Personen in Sachen Ehrenamt ‚normal' angesprochen werden, dann geht es stets um eine bestimmte Sache, die von der jeweiligen Organisation vertreten wird, sei es der Schützenverein oder das Rote Kreuz oder eben der Naturschutz. Wenn es jedoch um Personen mit Migrationshintergrund geht, dann entsteht oft ein doppelter Rahmen, in dem diese Personen nicht nur als Subjekt von Freiwilligenarbeit adressiert werden, sondern auch als Objekt. „Integration" ist nämlich scheinbar selbst ein Thema für Engagement – irgendwo zwischen Lesepatenschaften in Schulen, unterschiedlichen „Lotsen"-Funktionen oder allen Arten von Unterstützungstätigkeiten für Geflüchtete. So betont der BUND Naturschutz in Bayern in einem Positionspapier von 2016, er wolle die „Angebote zur Mitarbeit im gesamten Verband und insbesondere die Mitmachmöglichkeiten im Bereich der Umweltbildung und der Biotoppflege für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Migrantinnen und Migranten weiterentwickeln und damit seinen Beitrag zur Integration leisten".[3] Das klingt eben, als ginge es nicht nur um die notwendige und überlebenswichtigte Weiterentwicklung der Trägerstrukturen im Naturschutz, sondern auch um ein Engagement dieser Träger für „Integration". Eine vollständige „Mitarbeit" wird angesprochen, „insbesondere" geht es aber um „Mitmachmöglichkeiten", was letztlich verdeutlicht, dass das bisherige Personal auch weiterhin die Kontrolle ausüben wird.

Bei der Ansprache von potenziellen Freiwilligen sollte dringend klar gemacht werden, dass Personen als Subjekte zu adressieren sind. Mein Interesse, als Aktiver in ein freiwilliges Engagement einzusteigen, wird erheblich gemindert, wenn ich nicht gleichzeitig als Subjekt gesehen werde, sondern mein Engagement als eine Art Hilfe für „meine Leute" oder am Ende gar als „Integrationsmaßnahme" für mich selbst betrachtet wird. Diese Sichtweise sortiert die Personen mit Migrationshintergrund quasi aus der „Normalität" der Bevölkerung aus. Auch wenn die Situation oft nicht genau verbalisiert werden kann, löst diese doppelte Rahmung emotionale Reaktionen aus. Ambivalenzen werden ebenso gespürt wie der Eindruck, nicht „normal" behandelt oder nicht richtig ernst genommen zu werden. Und niemand setzt sich solchen Reaktionen freiwillig aus – Leute bleiben fern.

4.2 Die Dominanz der Idee von „Integration" vermittelt den Tätigen im Bereich Naturschutz häufig das Gefühl, die Personen mit Migrationshintergrund müssten vor der vollständigen „Mitarbeit" erst einmal mit verschiedenen Sondermaßnahmen die richtigen Voraussetzungen erwerben, also „gebildet" werden. Engagierte im Naturschutz sind Personen, die zumeist aus der Mittelschicht deutscher Herkunft stammen, die oftmals mit erheblichem Spezialwissen und auch mit einem gewissen Sendungsbewusstsein ausgestattet sind. Das bringt die schon angesprochene Tendenz zum Belehrenden mit sich, die sich vor allen Dingen dann negativ auswirkt, wenn die „Zielgruppe" nicht differenziert, sondern lediglich als „Migranten" adressiert wird. Ein Beispiel für diese Ansprache zeigt sich wiederum auf einem Flyer der Ortsgruppe Nürnberg des BUND Naturschutz in Bayern, die den Arbeitskreis

[3] https://www.bund-naturschutz.de/umweltpolitik/migration.html, Punkt 6 (gesehen am: 28.12.2017).

„BN-interkulturell“ gegründet hat.[4] Doch es gibt schon ein logisches Problem bei der Einordnung des Arbeitskreises. Während die anderen Arbeitskreise ein klares Thema wie Biotope, Bäume oder „Nordanbindung“ haben, bleibt völlig unklar, welches Naturschutz-Thema eigentlich „interkulturell“ wäre. Im Flyer wird betont, es gehe um „Umwelt- und Naturschutzfragen MIT und FÜR Migrantinnen und Migranten“. Aber was genau bedeutet das? Stellen sich diese Fragen je nach Personengruppe anders?

Nun bringt die Benennung einer Zielgruppe „Migrantinnen und Migranten“ gewisse Homogenitätsvorstellungen ins Spiel. Gleich der erste Satz des Leporellos lautet: „In Deutschland sind manche Sachen anders geregelt als im Heimatland.“ Auf welche Gruppe bezieht sich dieser Satz? Auf Neueinwanderer? Dann wäre die Frage, ob Deutsch die richtige Sprache ist. Auf „Ausländer“, die in Deutschland leben? Gemäß der Statistik haben die aber eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von fast 20 Jahren, was bedeutet: Dieser Satz ist für sie evident. Oder gar auf Personen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind? Dann macht der Satz nicht den geringsten Sinn, denn deren Heimat ist ein Ort in Deutschland. Es ist anzunehmen, dass letztere Personengruppe von einer solchen Feststellung eher abgeschreckt wird, denn viele Personen mit Migrationshintergrund haben sich bei vielen Gelegenheiten mit besserwisserischem und oft auch beleidigendem Tonfall erklären lassen müssen, dass es „in Deutschland“ nun mal anders zugehe. Schließlich suggeriert der Satz auch, dass alle Deutschen einen Konsens und ein Wissen darüber besitzen, wie es „in Deutschland“ zugeht, was kaum zutreffen dürfte.

Ein Blick auf das Programm von „BN interkulturell“ zeigt Führungen durch den Heilkräutergarten sowie Workshops zu Ernährung, Lebensmittelverschwendung oder zu „umweltfreundlich grillen“.[5] Im Flyer werden die Themen Energiesparen, Mülltrennung und Chemikalien im Haushalt genannt. Auch wenn diese Ansatzpunkte teilweise in Zusammenarbeit etwa mit der Ahmadiyya-Gemeinde erarbeitet wurden, entsteht doch der Eindruck einer hauptsächlich pädagogischen Herangehensweise, als deren Adressaten eher Neueinwanderer erscheinen. Im Rahmen von „Integration“ haben sich auch angesichts der Geflüchtetenzahlen von 2015 die Neueingewanderten als geradezu optimale „Zielgruppe“ für so etwas wie „Umweltbildung“ dargestellt. Zudem bot der Staat für diese Art von Sondermaßnahmen finanzielle Unterstützung an, was selbstverständlich für die Naturschutzträger einen hohen Anreiz bot.

Wirft man einen Blick auf das Infomaterial zu solchen Kursen, etwa auf die Postkartenserie „Gärtnern und Genießen“ des Trägers „ANU Natur- und Umweltbildung“ in Bayern[6], dann sind die Rollen klar verteilt: Stets sind es mutmaßliche Personen deutscher Herkunft, die den deutlich „dunkleren“ Leuten etwas erklären. Wie attraktiv ist dieses Szenario für in Deutschland geborene Personen anderer Herkunft, wenn sie etwa angesprochen werden sollen, sich für den Umweltschutz zu engagieren? Wie attraktiv für Akademiker, Personen aus der Mittelschicht etc.? Ich denke, dass der „Integrations“-Ansatz hier zu einer Bürde

---

[4] https://nuernberg-stadt.bund-naturschutz.de/fileadmin/kreisgruppen/nuernberg-stadt/Bilder_Dateien/Projekte%20%2B%20Aktionen/BN_Interkulturell/BN_Interkulturell.pdf (gesehen am: 28.12.2017).

[5] https://nuernberg-stadt.bund-naturschutz.de/arbeitskreise/bn-interkulturell.html (gesehen am: 28.12.2017).

[6] http://umweltbildung-mit-fluechtlingen.de/blog/detailseite/news/postkarten-zur-umweltbildung-mit-fluechtlingen/ (gesehen am: 28.12.2017).

wird. Wichtig ist es, eine Differenzierung vorzunehmen. Es gibt hochqualifizierte Neueinwanderer und solche, die Analphabeten sind. Selbst Geflüchtete unterscheiden sich dramatisch je nach Ausbildung oder danach, ob sie aus Städten oder ländlichen Gebieten stammen. Neueinwanderer wiederum unterscheiden sich von „Ausländern“, die schon lange ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Und diese wiederum von denen, die schon zwei Generationen hier leben, deren Vorfahren einmal migriert sind, die aber in Deutschland aufgewachsen sind. Die Idee von „Migrantinnen und Migranten“ wirkt im Hinblick auf eine komplexe Situation antiquiert.

Da ich jetzt zwei Beispiele aus dem BUND Naturschutz gebracht habe, möchte ich betonen, dass ich die Initiative hier auf keinen Fall schmälern möchte. Wer im Gegensatz zu vielen anderen etwas anstößt und ausprobiert, riskiert auch vor allen anderen die Kritik, die aber als konstruktiv verstanden werden sollte.

4.3 Es ist von außen schwer zu sagen, wie erfolgreich die Projekte im Einzelnen sind. „Interkulturell“ zu sein, wäre allerdings eine Querschnittsaufgabe, was unter anderem bedeutet, dass jedes Einzelprojekt auch immer im Hinblick auf seine Rückwirkung auf den jeweiligen Träger konzipiert werden sollte. Aber mit der Verankerung der Interkulturalität in den eigenen Abläufen tun sich die Träger im Naturschutz offenbar schwer. Das hat einerseits „mentale“ Gründe, auf die ich unten noch zu sprechen kommen werde, aber auch strukturelle. Interessante Erkenntnisse dazu finden sich im Abschlussbericht des Projektes „Aktivierung von türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten für den Klima-, Umwelt- und Naturschutz“, das der BUND Umwelt und Naturschutz Deutschland in Berlin zusammen mit den Türkischen Gemeinden (TGD) und der TEMA-Stiftung durchgeführt hat (BUND Landesverband Berlin et al. 2013).

Es handelt sich um die Art Bericht, den man sich öfter wünschen würde. Die Schwierigkeiten rund um die Etablierung von „Yeşil Çember“ werden klar benannt. Das Projekt wurde mit zu vielen Bausteinen überladen (Aufbau der Netzwerke, die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, die Ausbildung der Umweltbotschafter und -botschafterinnen, die Etablierung der regionalen Yeşil-Çember-Gruppen), wobei der Zeitaufwand dramatisch unterschätzt wurde. Zudem reichte das Finanzvolumen kaum aus, um das Projekt in Gang zu setzen, und für die Fortsetzung des Projektes ließen sich (wie so oft) keine weiteren Mittel akquirieren. Nur solche Berichte machen es möglich, aus den aufgetretenen Problemen zu lernen.

Als notwendige Voraussetzung für das Gelingen solcher Projekte wird im Bericht der Ausbau von Netzwerken angesprochen. Netzwerke sind für jede Form des Freiwilligenengagements entscheidend. Nun wurde in der Bundesrepublik lange Jahre eine strikte Trennung zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“ aufrecht erhalten, die gleichzeitig auch besagt hat: Die „Ausländer“ gehören nicht zur Bevölkerung und brauchen deshalb nicht berücksichtigt zu werden. Daher reichen heute die meisten Netzwerke von Organisationen und Einrichtungen – egal ob es sich um jene der Lokalzeitung, des Stadttheaters oder des Roten Kreuzes handelt – nicht mehr in die ganze Bevölkerung hinein. Je mehr sich der Anteil an Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund zumal im urbanen Raum erhöht, desto virulenter äußert sich die Begrenztheit der Netzwerke. Damit sind persönliche Kontakte gemeint, also wen „man kennt“ an dem Ort, in dem man tätig ist, aber auch die jeweiligen Kanäle der Kommunikation. Veranstaltungsankündigungen in der Lokalzeitung etwa erreichen weder Jugendliche noch die meisten Personen mit Migrationshintergrund.

Im Abschlussbericht des Aktivierungsprojektes wird betont, dass die Projektförmigkeit selbst ein Hindernis bei der Etablierung der Netzwerke darstellt. „Kernproblem ist“, heißt es

dort, „dass bei der Förderung von Projekten häufig deren Output (Materialien, Infoveranstaltungen, Internet, Medienberichterstattung etc.) mehr Bedeutung zugemessen wird als der den Erfolg dieser Projekte bedingenden Netzwerkarbeit und den thematischen Interessen der ehrenamtlich Aktiven“ (BUND Landesverband Berlin et al. 2013: 45f.). Hier stellt sich auch das Problem der Förderstrukturen, die häufig an einem defizitorientierten Integrationsbegriff und dem entsprechenden „Output“ mehr interessiert sind als an mühsamer struktureller Aufbauarbeit. Daraus ergibt sich für die Träger im Bereich Naturschutz auch die Herausforderung, den Zuschnitt solcher Programme politisch zu kritisieren. Ansonsten lässt sich die Aufbauarbeit kaum bewältigen. Der Bericht spricht allerdings auch die „Mentalitätsprobleme“ beim Personal der Träger an. Es sei festzustellen, „dass von den Verbänden der Aufwand für den Aufbau dieser Netzwerke massiv unterschätzt wird. Ebenso verbesserungsbedürftig ist die interkulturelle Kompetenz innerhalb der Verbände, da es teilweise bemerkenswert ist, mit welchen Klischees türkeistämmige Migrantinnen und Migranten bewusst oder unbewusst konfrontiert werden. So ist festzustellen, dass auch in Umweltverbänden Migrantinnen und Migranten nicht immer selbstverständlich als Teil der deutschen Gesellschaft betrachtet werden“ (BUND Landesverband Berlin et al. 2013: 46f.).

5 Ein Vielheitsplan für den Naturschutz

Rolf und Markus heißen die zwei Personen, die in einem Aufsatz von 2015 über die psychischen „Determinanten umweltschützenden Verhaltens“ als Beispiele dienen (Bamberg 2015: 18). Rolf und Markus sind eigentlich nur Pappkameraden, denn der Autor Sebastian Bamberg möchte an ihnen zeigen, dass das Bewusstsein über die Umwelt nicht notwendig mit einem „ressourcenschonenden Lebensstil“ einhergeht. Rolf und Markus sind beide vollbeschäftigt, leben allein und haben allein finanziell eine ganze Reihe von Optionen, etwa zu reisen (Rolf reist „regelmäßig nach Afrika“, Markus dagegen könnte reisen, geht aber lieber mit seinen Freunden in die „Stammkneipe“ (ebd.)). Rolf und Markus sind offensichtlich Mitglieder der einheimischen Mittelschicht. Der Autor wird ähnliche Personen aus seinem eigenen Umfeld kennen, und es erscheint auch nicht weiter verwunderlich, dass ihm solche Personen als Beispiele in den Sinn kommen. Die Frage jedoch ist, wie relevant und repräsentativ Rolf und Markus sind, wenn es um „psychologische Befunde“ zum Umweltbewusstsein allgemein geht. Wenn es um die Vermittlung der Anliegen des Natur- und Umweltschutzes geht, dann wird die zunehmende Pluralität der Lebensstile zweifellos in Betracht gezogen. Doch an Rolf und Markus zeigt sich auch, wie selbstverständlich und unbemerkt ständig letztlich ohne empirische Grundlage aus dem eigenen Umfeld abstrahiert wird.

Eine Bestandsaufnahme des Deutschen Naturschutzrings hat bereits 2009 gezeigt, wie sehr Rolf und Markus implizit als Paradigma gelten. Mitarbeitende in den Umweltverbänden interpretieren Naturerlebnis und -erfahrung als „bürgerliche (‚deutsche‘) Betätigung“. Daran hätten Personen mit Migrationshintergrund per se weniger Interesse, was auch deren Fernbleiben erkläre (DNR 2009). Überprüfbares Wissen über jene Personen existiert jedoch nicht, das meiste beruht auf bloßen Vermutungen. Dabei sind die Vorstellungen durchaus klischeehaft: „Die“ mit Migrationshintergrund werden als eher „traditionell“ und als Gruppe verstanden, die lieber unter sich bleiben will. Die eigenen Angebote und Herangehensweisen werden auf diese Weise ausgeblendet, denn „Wir machen ja alles richtig!“ Am Ende herrscht eine Art „Gleichgültigkeitsliberalismus“: „Wir“ sind doch „offen“, wenn „sie“ nicht kommen, dann muss es an „ihnen“ liegen.

Solche Haltungen sind auch in anderen Bereichen oft noch vorherrschend. Wenn die betreffenden Kreise dann eine Öffnung versuchen, indem sie etwa Kontakt aufnehmen mit Migrantenorganisationen oder Veranstaltungen für die sogenannte Zielgruppe durchführen, dann stellt sich oft Enttäuschung ein: Die „Anderen“ sind oft gar nicht dankbar für die Einladung, sondern eher skeptisch oder sie „kommen nicht“. Für solche Zurückhaltung gibt es zumal bei älteren Personen aber gute Gründe – bis 1998 wurde die Bevölkerung mit Migrationshintergrund wie bereits erwähnt nicht als zugehörig betrachtet und war im Grunde bloß Objekt von administrativem Handeln vielfältiger Art. Insofern benötigt es auch Zeit, um das nötige Vertrauen herzustellen. Zudem wird häufig die Kapazität und der Professionalisierungsgrad der Einwandererverein überschätzt: Das Forum der Kulturen in Stuttgart, ein Dachverband der Migrantenvereine, hat über Missverständnisse und realistische Herangehensweisen 2010 eine lesenswerte Broschüre veröffentlicht (Forum der Kulturen Stuttgart 2010).

Im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen, die noch wenig bis gar nichts unternommen haben, liegen für den Bereich Naturschutz eine Menge Projekte, Evaluationen und Bestandsaufnahmen vor. Relevant erscheint dabei vor allem, einen Perspektivwechsel durchzusetzen. Für die Zukunft sollte es nicht um die „Integration“ von „Migrantinnen und Migranten“ gehen, von denen man ohnehin äußerst vage Vorstellungen hat, sondern um die Frage, wie der Naturschutz sich strukturell einstellen kann auf die Vielheit der Gesellschaft. Für diese Herangehensweise habe ich jüngst den Begriff „Vielheitsplan“ vorgeschlagen (Terkessidis 2017). Das Ziel ist es, entlang des eigenen Anliegens und der jeweiligen Art der Organisation bzw. einer Organisierung einen Plan aufzustellen, wie man sich auf die Vielheit hin orientiert. Es geht also um Organisationsentwicklung. Es ist für einen Außenstehenden nicht möglich, einen solchen Plan für den Bereich Naturschutz umfassend zu skizzieren – das würde eine intensivere Recherche erfordern. Insofern möchte ich nur einige Punkte ansprechen:

1. Die Träger im Naturschutz basieren auf wenig hauptamtlicher Tätigkeit und viel ehrenamtlichem Engagement. Zunächst wäre es zu begrüßen, wenn der hauptamtliche Bereich personell repräsentativer gestaltet werden könnte, also dort mehr Personen mit Migrationshintergrund selbstverständlich arbeiten würden (und nicht etwa nur zuständig wären für „Integration“ oder „Interkulturelles“ ...). In einem strukturschwachen Umfeld sind Veränderungen der Organisation aber nur dann möglich, wenn alle Beteiligten ein hohes Einsehen in die Notwendigkeit der Veränderung haben. Die in den Berichten erfassten Wissensbestände über „Migrantinnen und Migranten“ sowie die Rationalisierung von deren Fernbleiben machen Veränderung unwahrscheinlich. Die Verbände müssen also den Versuch unternehmen, hier eine Motivation herzustellen. Zunächst sollte verdeutlicht werden, dass es beim Thema Vielheit nicht immer um Helfen und Lehren geht, aber dass Differenzierung wichtig ist und alle Personen in erster Linie als Individuen betrachtet werden müssen und nicht als Repräsentanten eines „Kulturkreises“ oder einer ethnischen Gruppe. Dann sollte bei den Überlegungen zum Vielheitsplan das eigene Anliegen – Naturschutz – interkulturell interpretiert werden; darauf werde ich weiter unten eingehen.

   Dabei könnte das Kennenlernen der „Anderen“ durchaus einen Beweggrund darstellen. Viele Engagierte im Naturschutz verstehen sich als „progressiv“ und leiden oftmals unter dem Gefühl, eigentlich ständig „unter sich“ zu sein. Zum Thema Migration liest und hört man regelmäßig etwas in den Medien, aber auch aus eigener Erfahrung (der Berichterstattung über Umweltschutz) ist man sich durchaus darüber im Klaren, dass vieles da-

von verzerrt dargestellt sein dürfte. Insofern bietet der Vielheitsplan eine Möglichkeit, eigene Erfahrungen zu machen, die eigene Gesellschaft neu kennenzulernen und kulturelles Kapital im Umgang mit Vielheit zu erwerben. Dabei wäre es auch notwendig, dem Thema die Schwere zu nehmen, die es gewöhnlich umgibt. Weder muss man immer die Probleme der gesamten Welt lösen, noch immer mehr zusätzliche Arbeit verrichten. Ein wenig Offenheit, Neugier, Flexibilität und Kreativität bringen möglicherweise einen großen Gewinn an Erlebnissen, Erkenntnissen und Praxis im Learning by Doing.

2. Im Bereich der Kommunikation gibt es in Deutschland häufig immer noch die Vorstellung, dass ein Thema „als Ganzes“ an „die Bevölkerung“ vermittelt werden muss. Wie sich gezeigt hat, wissen die Aktiven im Bereich Naturschutz aber häufig gar nicht so viel über „die Bevölkerung“, so dass manchmal unwillkürlich als Adressat nur die eigene Gruppe oder das eigene Milieu übrig bleibt. Dagegen ist es lohnend, sich stets zwei Voraussetzungen in Erinnerung zu rufen: Ich weiß grundsätzlich nicht mehr genau, wer „die Bevölkerung“ eigentlich ist, und es ist günstiger, von vielen Bevölkerungen auszugehen. Letztlich habe ich es immer mit Individuen zu tun, Individuen mit unterschiedlichen Voraussetzungen, Hintergründen und Referenzrahmen. Aber je nach diesen Kriterien teilen Individuen natürlich etwas mit anderen, wie beispielsweise die bereits erwähnten Naturbewusstseinsstudien gezeigt haben, die ja mit dem SINUS-Konzept der Milieus arbeiten.

   Wenn ich also ein Thema vermitteln möchte, dann ist es wichtig zu bedenken, wie ein solches Thema multiperspektivisch kommuniziert werden kann. Wenn Menschen unterschiedliche Wissenshintergründe haben, dann muss ich auf diese Hintergründe eingehen, um mit meiner Geschichte verstanden zu werden. Möglicherweise muss ich mein Anliegen auch in verschiedenen Versionen in verschiedene Bevölkerungen einspeisen. Nur um ein Beispiel zu nennen: Wenn man heute eine Schrebergartensiedlung besucht, dann ist die Vielheit dort klar erkennbar. Nun existiert da tatsächlich häufig ein Unterschied zwischen den Gärtnern und Gärtnerinnen ohne und mit Migrationshintergrund: Erstere betreiben häufig Dekoration zur Entspannung, Letztere pflanzen zur Subsistenz an. Kann ich beiden die gleiche Geschichte darüber erzählen, warum Naturschutz relevant ist? Überhaupt ist das Gärtnern zwischen den „interkulturellen Gärten“ und dem „urban gardening“ ein guter Ansatzpunkt, um den Naturschutz als konviviale, erfreuliche und auch „coole“ Aktivität zu etablieren. Für viele Personen ist das „Machen“ (und nicht nur das „Mit-Machen“, s. o.) weitaus attraktiver als das unter den Aktiven der Mittelschicht verbreitete Analysieren und Diskutieren – dass das ebenfalls wichtig ist, sei natürlich nicht in Frage gestellt.

3. Der Vielheitsplan sollte, wie der Name schon sagt, aus einem Plan bestehen; einem Plan, der auch die Ressourcen (Geld, Arbeitskraft etc.) für Veränderung genau bedenkt. Der Plan hat jedoch Grenzen: Moderne Gesellschaften sind komplex, d. h. sie sind nicht komplett aufschlüsselbar. Überall in Politik und Wirtschaft stellt sich das Problem einer gewissen Unvorhersagbarkeit, was im Umkehrschluss aber bedeutet: Das Experiment ist kein „Notnagel“, sondern ein essentieller Bestandteil der Realisierung eines Plans. Es muss notwendig experimentiert werden und Projekte wären eine Möglichkeit, Dinge einmal auszuprobieren. Das bringt nur dann Nutzen, wenn die Fehler, die beim Experimentieren gemacht werden, als Lernanlass genutzt werden. Wenn „die“ wieder einmal nicht kommen, Gespräche falsch gelaufen sind, plötzlich Konflikte entstehen oder Ansätze nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben, dann ist es nicht zielführend, wenn Schuldige gesucht werden – nicht Rolf oder Markus oder „die Migrantinnen und Migranten“. Es ist wichtig, genau zu überlegen, was falsch gelaufen sein könnte, um daraus

Rückschlüsse zu ziehen in Bezug auf die Organisation und die Kommunikation. Dabei ist auch notwendig, sich Zeit zu lassen. Die Naturschutz-Träger können nicht innerhalb kürzester Zeit die Probleme bewältigen, die Jahrzehnte kontrafaktischer Einwanderungspolitik in Deutschland hinterlassen haben. Die Etablierung von Netzwerken, die Veränderung der Organisation, das Kennenlernen der Bevölkerung, all das erfordert einen langen Atem. Misserfolge gehören dazu. Aber Plan bedeutet, klar zu sehen, was man eigentlich vorhat.

4. Eine Orientierung an der Vielheit der Gesellschaft erfordert ein Ethos der Kollaboration, also der Zusammenarbeit (Terkessidis 2016). In der momentanen Situation geht es auch darum, so viel Austausch wie möglich zu pflegen – mit Aktiven, mit Migrantenselbstorganisationen, mit interessierten Individuen. Die Engagierten werden dabei auch lernen, dass die Personen mit Migrationshintergrund dazugehören und in der Zusammenarbeit ernst genommen werden müssen. Tauchen sie nur als Objekte von „Integration“ und „Umweltbildung“ auf, dann werden die Maßnahmen gerade in Bezug auf die längst „Integrierten“ kaum nachhaltig sein können. Natürlich muss man die eigenen Wissensbestände und auch -vorsprünge keineswegs verleugnen. Dass die Kommunikation „auf Augenhöhe“ stattfindet, bleibt oft eine Worthülse. Es ist gut, realistisch einzuschätzen, was vermittelt werden soll, was die Partner an spezifischem Wissen einbringen können, wie ein gegenseitiges Lernen möglich sein kann und wie je nachdem gemeinsam Entscheidungen gefällt werden können. Aber noch einmal: Nur wenn Leute sich ernstgenommen fühlen, sind sie auch bereit, sich zu engagieren.

Ich bin etwas skeptisch, ob der oben ins Spiel gebrachte Begriff der „interkulturellen Kompetenz“ tatsächlich weiterhilft, weil er eine Art technologische Kraft suggeriert, mit der man „die Sache“ unter Kontrolle bringt. Ich glaube, dass im Zuge der Kollaboration ein differenzierendes Kontextwissen über die Milieus, die Geschichte der Einwanderung, die Lebensumstände etc. erworben werden kann. Die meisten „Einheimischen“ wissen sehr wenig über die Migration nach Deutschland – es gibt kaum ein Thema, bei der das Wissen der Expertenschaft und jenes der Bevölkerung so weit auseinanderklaffen wie bei diesem. Daher lohnt es sich, nachzufragen, etwas zu erfahren über die Geschichte und die Geschichten, wenngleich das erst einmal nichts mit Naturschutz zu tun zu haben scheint.

Die Veränderung einer strukturschwachen Organisation erfolgt durch die Lernprozesse der Aktiven – und die bedarf der Anstöße aus dem professionellen Bereich. Aber um den Bogen zum eingangs festgestellten Interesse zu schlagen: Die Relevanz von Umwelt- und Naturschutz wird in der gesamten Bevölkerung klar gesehen. Insofern geht es darum, diese Bevölkerung in all ihrer Pluralität zu erreichen. Dass man dabei auch einmal aus der eigenen Komfortzone heraus muss, die eigenen Annahmen über die Welt in Frage stellen muss, das könnte ja auch einer der schönen Aspekte dieser Herausforderung sein: Hat der Naturschutz nicht immer von Kreativität gelebt?

Literatur

Anderson, E. (2011): The Cosmopolitan Canopy. Race and Civility in Everyday Life. New York (W.W. Norton & Co.).

Autorenkollektiv (1982): Heidelberger Manifest. – In: Die ZEIT Nr. 06/1982; URL: http://www.zeit.de/1982/06/heidelberger-manifest (gesehen am: 28.12.2017).

Bamberg, S. (2015): Determinanten umweltschützenden Verhaltens – Zusammenfassung psychologischer Befunde. – In: Reese, G.; Fritsche, I., Wiersbinski, N.; Mues, A. & Römpke, A.-E. (Hrsg.): Psychologie in der Naturschutzkommunikation. BfN-Skripten 423. Bonn (Selbstverlag) (URL: https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/Skript423.pdf.

BBMFI (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) (2016): Teilhabe, Chancengleichheit und Rechtsentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, 11. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2016. URL: http://bit.ly/2lG8te6 (gesehen am: 28.12.2017).

BMUB & BfN (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit & Bundesamt für Naturschutz) (Hrsg.) (2016): Naturbewusstsein 2015. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt, Berlin (Selbstverlag); URL: http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pools/Broschueren/naturbewusstseinsstudie_2015_bf.pdf (gesehen am: 28.12.2017).

BUND Landesverband Berlin e.V.; Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. (TGD) & TEMA-Stiftung für den Naturschutz (TEMA-Stiftung) (2013): Aktivierung von türkeistämmigen MigrantInnen für den Klima-, Umwelt- und Naturschutz, Abschlussbericht, Berlin; URL: https://www.dbu.de/OPAC/ab/DBU-Abschlussbericht-AZ-27493.pdf.

DNR (Deutscher Naturschutzring) (2009): Abschlussbericht zum DNR-Projekt Biodiversität – (Er)Leben und Gestalten in Vielfalt. Bonn. URL: http://docplayer.org/19182434-Abschlussbericht-zum-dnr-projekt-biodiversitaet-er-leben-und-gestalten-in-vielfalt.html (gesehen am: 28.12.2017).

Eibl-Eibesfeldt, I. (1998): In der Falle des Kurzzeitdenkens. München (Piper).

Forum der Kulturen Stuttgart e. V. (Hrsg.) (2010): Auf gleicher Augen- und Herzhöhe – Über die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen. Stuttgart; URL: http://bit.ly/2fyXQrQ (gesehen am: 28.12.2017).

Geden, O. (1996): Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Berlin (Elefanten Press).

Heinrich, G.; Kaiser, K.-D. & Wiersbinski, N. (Hrsg.) (2015): Naturschutz und Rechtsradikalismus. BfN-Skripten 394. Bonn (Selbstverlag); URL: https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/skript394.pdf (gesehen am: 29.12.2017).

Piechocki, R.; Potthast, T.; Ott, K. & Wiersbinski, N. (2010): Vilmer Thesen zu Neobiota und Naturschutz. – In: Piechocki, R.; Ott, K.; Potthast, T. & Wersbinski, N. (Hrsg.): Vilmer Thesen zu Grundsatzfragen des Naturschutzes. Vilmer Sommerakademien 2001-2010. BfN-Skripten 281. Bonn (Selbstverlag): 43-52.

Sinus Markt- und Sozialforschung (2016): SINUS-Studie zu den Migranten-Lebenswelten in Deutschland 2016. – URL: http://www.sinus-institut.de/sinus-loesungen/sinus-migrantenmilieus/ (gesehen am: 28.12.2017).

Terkessidis, M. (1998): Kulturkampf – Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte. Köln (Kiepenheuer & Witsch).

Terkessidis, M. (2016): Kollaboration. Berlin (edition suhrkamp).

Terkessidis, M. (2017): Nach der Flucht. Neue Ideen für die Einwanderungsgesellschaft. Stuttgart (Reclam).

Termeer, M. (2016): Menschen mit fremden Wurzeln in hybriden Stadtlandschaften. Berlin (Neofelis Verlag).

Yeşil Çember – ökologisch interkulturell gGmbH

Gülcan Nitsch

Yeşil Çember (gesprochen: Jeschil Tschember, Türkisch für Grüner Kreis) setzt sich für eine ‚barrierefreie' Umweltbildung ein, die für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zugänglich ist.

Die mehrfach ausgezeichnete Organisation sensibilisiert und aktiviert vor allem türkischsprachige Menschen in Deutschland für Umweltthemen und verbreitet nachhaltige Lebensstile in der türkischen Kultur. Sie übersetzt, modifiziert und erstellt türkische bzw. zweisprachige Informationsmaterialien über verschiedene Umweltthemen, organisiert Veranstaltungen und Workshops in Migrantenverbänden, Schulen, Begegnungszentren, Unternehmen etc. Sie veranstaltet in mehreren Städten in Zusammenarbeit mit Migranten- und Umweltorganisationen sowie der Politik vor Ort Türkisch-Deutsche Umwelttage.

Darüber hinaus entwickelte Yeşil Çember ein 30-stündiges Schulungsprogramm. Die bisher in zehn Städten ausgebildeten Umweltbotschafterinnen und -botschafter setzen ihr Wissen in ihrem Alltag um und engagieren sich als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bzw. mobilisieren weitere türkischsprachige Menschen. Des Weiteren baut Yeşil Çember ein interkulturell-ökologisches Netzwerk mit Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Medien und Politik auf (bisher über 100 Partner, u. a. Migrantenverbände, deutsche Umweltverbände, Landesumweltministerien, Unternehmerverbände). Dabei werden nicht nur die deutschen Umweltverbände bei ihrer interkulturellen Öffnung unterstützt, sondern auch ökologisch orientierte deutsche Firmen, z. B. Ökobanken, Ökostromanbieter. Sie werden von Yeşil Çember beraten, damit diese die türkische Zielgruppe erreichen können.

Die gemeinnützige Organisation stellt nicht nur in Deutschland eine Brücke zwischen den deutschen und den türkischen Akteuren dar, sondern vernetzt auch Deutschland und die Türkei, indem sie z. B. das Ökoinstitut bei der Organisation des Blauer-Engel-Workshops in İstanbul beriet und unterstützte.

Abb. 1: Luftballon-Aktion Hacı-Bayram, 6. Juli 2015; © Yeşil Çember.

Auch eine intensive Medienarbeit gehört zu den Kompetenzen von Yeşil Çember, z. B. schreibt die Gründerin Nitsch Umwelt-Kolumnen in türkischen Medien. Weitere Angebote für die türkische Community sind Aktionen (z. B. im Rahmen der Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit, Langer Tag der Stadtnatur), Exkursionen, Baumpflanzungen, die Anlage von Gemüsegärten (z. B. Ackerhelden, Meine Ernte).

Yeşil Çember ist Mitglied beim Berlin 21 e. V. und bei der KlimaAllianz Deutschland.

Aktuelle Projekte:

- „Türkisch-Grüne Unternehmerinnen“
- Kampagne „Grün Heiraten“
- „Umweltbündnis in Berlin-Mariannenkiez“
- „Grüne Moscheen“
- „Brandenburgische Natur à la Turka“
- Klimaschutzkampagne in der türkisch-deutschen Europaschule Berlin

Weitere Informationen: www.yesilcember.eu/de/projekte

Mikroprojekte zur Förderung der Arbeit mit Geflüchteten in Umwelt- und Naturschutz

Benjamin Vrucak, NABU

Der NABU legte Anfang 2016 ein von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördertes Schwerpunktprogramm „Umwelt und Flüchtlinge“ auf. Bis Ende August 2016 konnten sich Ortsgruppen des NABU für eines von fünfzehn Mikroprojekten bewerben. Ziel des Programms war es, die NABU-Gruppen in ihrem ehrenamtlichen Engagement zu unterstützen und zudem den Geflüchteten den gesellschaftlichen Stellenwert von Natur- und Umweltschutz zu vermitteln.

Die Themenfelder der Projekte konnten verschiedenste Bereiche in der Umweltbildung und im Naturschutz abdecken. Die Bandbreite reichte von Projekten zur Müllvermeidung bis hin zu aktiven Landschaftspflegeprogrammen. Sämtliche Projekte mussten in Kooperation mit einem Sozialverband stattfinden, bevorzugt war dabei der NABU-Projektpartner Arbeiterwohlfahrt (AWO). Wichtige Kriterien für die Bewilligung der Projekte stellten der Umweltaspekt, die Teilhabeperspektive (Integration) und die Sprachförderung dar. Weiterhin war es wichtig, dass die Gruppen etwas Neues entwickeln sollten, was von ihrem eigentlichen Tagesgeschäft abwich, um zu vermeiden, dass „alter Wein in neue Schläuche gefüllt“ werde.

Abb. 1: Pflanzaktion des NABU Frankenberg im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Umwelt und Flüchtlinge“; Foto und © Frank Seumer.

Anfang September 2016 starteten die ersten Projekte im gesamten Bundesgebiet. In Bremervörde arbeiteten Einheimische und Geflüchtete Hand in Hand auf Streuobstwiesen und kümmerten sich um die Verwertung der Apfelernte. In Kranenburg wurden Geflüchtete als Gänseführer und -führerinnen ausgebildet und zeigten anderen Geflüchteten bzw. Touristinnen und Touristen die Schätze des Niederrheins. Während in Berlin Teilnehmende geführter

Fahrradtouren die Früchte der Stadt pflückten, um sie später gemeinsam zu verarbeiten, entstand in Freiberg ein Begegnungsgarten, der das Zusammenleben zwischen Neubürgerinnen und Neubürgern und Alteingesessenen bereichert.

Das Programm rundeten gemeinsame Workshops und Aktivitäten (wie z. B. ein Kalender mit allen Veranstaltungen) ab. Ziel war es, die einzelnen Projekte durch eine gute Vernetzung zu „Leuchttürmen“ zu machen, die viele Nachahmer im Umwelt- und Naturschutz finden sollten.

Weitere Informationen:
www.nabu-netz.de/verbandslben/facharbeit/fluechtlingsarbeit/laufende-umweltprojekte-mit-gefluechteten.html

Perspektive Natur – Berufsorientierung für benachteiligte Jugendliche und Geflüchtete

Karin Siegmund, Stiftung WaldWelten Eberswalde

Das Projekt „Perspektive Natur“ soll benachteiligten Jugendlichen aus Deutschland und Flüchtlingen berufliche Perspektiven eröffnen, die sich auf den Lebens- und Arbeitsraum Wald beziehen. Über den Zeitraum von einem Jahr lernen junge Erwachsene ohne Schul- oder Berufsabschluss „grüne“ Berufe kennen und probieren sich in der Forstwirtschaft, der Zimmerei und Tischlerei sowie im Garten- und Landschaftsbau aus.

Vom Oktober 2015 bis September 2016 waren neun junge Männer und eine Frau im Stiftungswald, dem Historischen Forstschreiberhaus und dem Forstbotanischen Garten Eberswalde aktiv. Die Teilnehmenden trainierten neben handwerklichen Fertigkeiten auch soziale Kompetenzen, die ihnen den Berufseinstieg erleichtern sollten. Dabei wurden sie von erfahrenen Handwerkern, Forstwirten und einem Sozialpädagogen in ihrer fachlichen und persönlichen Entwicklung begleitet.

„Perspektive Natur“ nahm selbst eine ungewöhnliche Ausrichtung: Auf Grund der hohen Zahl geflüchteter Menschen wurde das Projekt erweitert und auch für Geflüchtete angeboten. So lernten und arbeiteten junge Erwachsene aus Deutschland, Somalia und Eritrea zusammen. Beim ersten „Tag der offenen Tür“ im Mai 2016 zeigten die Teilnehmerin und die Teilnehmer bei Zimmerer- und Tischlerarbeiten auf dem Gelände des historischen Forstschreiberhauses und bei der Kulturpflege im Stiftungswald, welche Fertigkeiten sie in den letzten Monaten erwarben. Die Anleiter lobten die hohe Motivation der Teilnehmerin und der Teilnehmer und ihre gute Zusammenarbeit im Team.

Abb. 1: Teilnehmende des Projekts „Perspektive Natur“ bauen ein Schleppdach, Historisches Forstschreiberhaus Eberswalde, Frühjahr 2016; © Stiftung WaldWelten, Eberswalde.

„Perspektive Natur“ wird von der Allianz Umweltstiftung gefördert. Diese möchte gemeinsam mit der Stiftung WaldWelten mit diesem Projekt neue Wege in der Umweltbildung beschreiten, so Dr. Lutz Spandau, Vorstand der Allianz Umweltstiftung. Der Umgang mit und das Erleben in der Natur sollen den Teilnehmenden Perspektiven für eine eigene, verantwortungsvolle Lebensgestaltung aufzeigen. Daher verbindet das Projekt praktische Naturschutzarbeit, soziales, persönlichkeitsorientiertes, handwerkliches Lernen und Umweltbildung.

Das Projekt startete im Oktober 2015. Von 2015 bis 2019 finden vier jeweils einjährige Durchgänge statt. Die Teilnehmenden des ersten Durchgangs wurden im September 2016 feierlich verabschiedet und nahmen eine schulische oder berufliche Weiterbildung auf. Im Oktober 2016 begann der zweite Durchgang.

Einer der Erfolgsfaktoren des Projekts ist die unkomplizierte und lösungsorientierte Zusammenarbeit mit vielen Partnern. Neben der Kooperation mit der Allianz Umweltstiftung wird das Projekt durch eine Steuerungsgruppe in enger Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Barnim, dem Landkreis Barnim sowie Unternehmensverbänden weiterentwickelt. Bei der Vermittlung der Teilnehmenden in Ausbildung und Beruf wird die Stiftung WaldWelten von lokalen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Bildungseinrichtungen unterstützt. Besondere Herausforderungen sind die schulischen Kenntnisse und sprachlichen Hürden, die während des wöchentlichen Unterrichts und durch zusätzliches Sprachtraining adressiert werden.

Weitere Informationen: www.waldwelten.de/pages/projekte/berufsorientierung/perspektive-natur.html

„Der Wald versteht alle Sprachen!“
Natur erleben mit Flüchtlingen im Nationalpark Eifel

Karin Burger, Nationalparkforstamt Eifel

Im Norden der Eifel schneiden die Rur und ihre Nebenbäche tiefe Täler ein, deren Hänge von Schluchtwäldern überzogenen sind und Stauseen einrahmen. Dort schützt seit 2004 der Nationalpark Eifel unter dem Motto „Wald Wasser Wildnis“ Buchen- und Eichenwälder, Talwiesen und Mittelgebirgsbäche. Am Rand des Nationalparks liegt der Ort Schleiden-Gemünd. Weitab vom Ortskern des 4.000-Einwohner-Kurorts, im Grünen mit Blick ins Tal, jedoch ohne Nachbarn oder Anschluss an Nahverkehr, befindet sich in einem früheren Schullandheim die „Zentrale Unterbringungseinrichtung Schleiden I“. Nach ihrer Ankunft in Deutschland warten hier Flüchtlinge auf die Aufnahme ihrer Anträge und ihre Zuweisung in die Kommunen Nordrhein-Westfalens. Im Herbst 2015 bot das Nationalparkforstamt Eifel als Teil von Wald und Holz NRW erfolgreich erste geführte Kurzwanderungen für Flüchtlinge durch das Schutzgebiet an. Seit Juni 2016 erfolgen regelmäßig Angebote für die Flüchtlinge in dieser Einrichtung.

In der Einrichtung leben bis zu 200 Menschen, viele Syrer, irakische Jesiden und iranische Kurden. Bei voller Belegung teilen sich mehrere Familien ein Zimmer; die allein reisenden Männer schlafen in der Turnhalle. Frisch angekommen haben die Geflüchteten keine Möglichkeit zur Arbeit und die Kinder unterliegen nicht der Schulpflicht. Die Kinder dürfen in die Schule gehen, tun das aber wegen der abgelegenen Lage der Unterkunft meist nicht. Gerade in diesem Schwebezustand, der viele Monate dauern kann, sind Angebote dringend notwendig. Nach Absprache des Bedarfs mit den Mitarbeitern des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Euskirchen, Betreiber der Unterkunft, koordiniert das Fachgebiet „Umweltbildung für Kinder und Jugendliche“ der Nationalparkverwaltung Eifel zwei Formate: „Sonntags-Ausflüge“ und „Natur-Nachmittage“.

Die „Sonntags-Ausflüge“ richten sich an alle Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunft. Einmal im Monat sorgt das DRK für den Transport zu einem Treffpunkt im Nationalpark. Zertifizierte Nationalpark-Waldführerinnen und -Waldführer wandern mit Kindern und Erwachsenen durch die Wälder, genießen die Eifel-Blicke und regen zum Erkunden der entstehenden Wildnis an.

Für die „Natur-Nachmittage“ kommen Ranger und Waldpädagogen bzw. -pädagoginnen des Nationalparks alle zwei Wochen an einem Werktag in die Unterkunft. Die Programme sind für Kinder und Jugendliche konzipiert, jedoch dürfen Eltern und andere Interessierte gerne mitkommen, wenn sich die Gruppe mit dem waldbestandenen Hanggrundstück der Einrichtung oder den umgebenden Wäldern vertraut macht.

Die niedrigschwelligen Angebote werden sehr gerne angenommen. Mit bis zu 30 Teilnehmenden herrscht eine konstruktive und von Vertrauen geprägte Atmosphäre. Dies war von Anfang an möglich, weil der Umgang mit den Bewohnerinnen und Bewohnern in der Unterkunft von Respekt geprägt ist und die Angebote des Nationalparkforstamtes willkommen sind.

Wenn möglich stellt das DRK einen Übersetzer zur Verfügung. Jedoch sind die Aktivitäten nicht auf Sprache angewiesen. Mit einer Extra-Dosis Theater kann man beispielsweise ‚Bäume tasten und wiedererkennen‘ pantomimisch begreiflich machen. Bilder zeigen besser als Worte, ob Eichhörnchen, Maus oder Specht einen Fichtenzapfen bearbeitet haben. Für die „Natur-Nachmittage“ gilt als Grundprinzip außerdem, dass ein Team aus einer Frau und einem Mann die Gruppe begleitet.

Viele Methoden der Umweltbildung bauen darauf auf, ohne Worte alle Sinne anzusprechen: Geschicklichkeitsspiele und Kunst mit Materialien aus der Natur, Suchaufträge, Spiele zum Austoben und für die Sinne, Sprachlernspiele, Stockbrot am Feuer, Wald-Picknicks mit Streuobst – man muss nur aus dem bekannten Repertoire die passenden Aktivitäten auswählen. Bei einem Besuch mit Kindern aus dem Junior-Ranger-Programm der Nationalparkverwaltung erwies sich Cross-Boule als ideal, um sofort eine Gemeinschaft herzustellen.

Die Kinder und Jugendlichen genießen es, durch die Waldwildnis zu streifen. Ein besonderes Highlight ist das Erforschen von Krabbeltieren und Gewürm. Der eindrückliche Anblick, den eine Lupe auf die Lebewesen verschafft, motiviert ganz besonders, deutsche Bezeichnungen zu lernen und deren Aussprache zu üben. Und man muss gar nicht fordern, dass die Tiere nach Betrachtung an ihren Platz zurückgebracht werden: Gerade wegen des Mangels an gemeinsamer Sprache beobachten die Kinder ganz genau, was man macht, und ahmen es nach, ob man nun Regenwürmer wieder in das morsche Holz zurücksetzt oder Müll sammelt.

Gute Erlebnisse und aktiv sein, Zuwendung und Verlässlichkeit, auf dieser Grundlage entsteht Vertrauen und man kann mit einem unkomplizierten Angebot einen Beitrag zum Ankommen, zur Gesundheitsförderung und zum Spracherwerb leisten und im Sinne einer Willkommenskultur positive Kontakte aufbauen.

Abb. 1: Walderkundung ohne Sprache; Foto: C. Reuter, © Nationalparkverwaltung Eifel.

Auf dem Weg zu einem inklusiven Miteinander: Natur gemeinsam schützen und erleben

Beate Jessel

1 Hintergrund

Naturschutz und Inklusion zusammen zu denken, ist notwendig und sinnvoll, denn es ist wichtig, dass sich der Naturschutz nicht nur auf die eigenen Belange, auf seine diversen Schutzanliegen bezieht, sondern dabei stets auch im Blick behält, was er über seine Angebote und Möglichkeiten für Beiträge zu wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen und Anliegen leisten kann. Das wird auch in verschiedenen Strategien und rechtlichen Regelungen, die den Hintergrund für die Beschäftigung mit diesem Thema bilden, sehr deutlich.

Die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) etwa, vor zehn Jahren 2007 vom Bundeskabinett beschlossen, weist darauf hin, dass Naturerlebnisse für alle Menschen von elementarer Bedeutung sind. Naturerfahrung und -erlebnisse, so heißt es darin, bilden wichtige Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung, positive Naturerfahrungen stärken das Lebensgefühl. Betont wird auch, dass die Nähe zur Natur zentral für die Lebensqualität ist, und dass Naturerlebnisse für Kinder wie Erwachsene zur Freizeitgestaltung und Erholung unverzichtbar sind (BMU 2007: 13).

Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen weist ihrerseits darauf hin, „dass Behinderung aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren entsteht. Diese Barrieren hindern sie „an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft“ (Vereinte Nationen 2008: 1420). Die Konvention unterstreicht ferner, „wie wichtig es ist, dass Menschen mit Behinderungen vollen Zugang zur physischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Umwelt, zu Gesundheit und Bildung sowie zu Information und Kommunikation haben, damit sie alle Menschenrechte und Grundfreiheiten voll genießen können“ (Vereinte Nationen 2008: 1422).

Im Kontext von naturnaher Erholung und Tourismus formuliert die NBS in diesem Sinne als Ziel, dass bis 2020 eine ausreichende Zahl an barrierefreien und gut erreichbaren Erholungsgebieten geschaffen werden soll (BMU 2007: 52). Das 2017 vom Bundesumweltministerium veröffentlichte Weißbuch Stadtgrün fordert, Barrierefreiheit in Grünräumen städtischer Gebiete herzustellen. Konkret heißt es dort, „öffentliche Grün- und Freiräume [sollen] für alle möglichst uneingeschränkt zugänglich und nutzbar sein“ (BMUB 2017: 24).

Das sind nur einige Beispiele – ähnliche Überlegungen sind in anderen Strategien und Zielvereinbarungen zu finden, wie zum Beispiel in den 2015 verabschiedeten Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen. Eines der Ziele für die nachhaltige Gestaltung von Städten und Siedlungen lautet darin, „[b]is 2030 den allgemeinen Zugang zu sicheren, inklusiven und zugänglichen Grünflächen und öffentlichen Räumen [zu] gewährleisten“ (United Nations General Assembly 2015: 24).

2 Die praktische Umsetzung barrierefreien Naturerlebens

Ein gutes Beispiel, wie Barrierefreiheit im Naturschutz in die Praxis umgesetzt werden kann, zeigt der Verband Deutscher Naturparke (VDN). Dieser hat 2012 gemeinsam mit anerkannten Verbänden der Menschen mit Behinderungen eine Rahmen-Zielvereinbarung zum barrierefreien Naturerleben in den Naturparken in Deutschland getroffen. Danach erhalten die Naturparke von den Behindertenverbänden Unterstützung bei der Entwicklung geeigneter barrierefreier Angebote und der zugehörigen Kommunikation (Verband Deutscher Naturparke & Behindertenverbände 2012).

Spätestens wenn die konkrete Umsetzung von Maßnahmen geplant wird, kommt bei einigen die Frage auf, welche Eingriffe in die Natur dabei vertretbar sind und erfolgen sollen. Dazu hat das Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit klargestellt, dass die Herstellung von Barrierefreiheit nicht vorrangig bedeutet, Natur und Landschaft umzugestalten. Vielmehr geht es darum, die von Menschen gestalteten Elemente – also Wegeführungen, Aussichtspunkte und Ähnliches – barrierefrei zu denken, zu planen und zu realisieren (Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit 2010).

Die Maßnahmen zur Verbesserung des inklusiven Naturerlebens sind vielfältig: Sie können von barrierefrei gestalteten Wegen und Informationstafeln über Publikationen und Anbindungen an den ÖPNV bis hin zu Weiterbildungen für die Beschäftigten reichen.

3 Gerechtigkeit im Naturschutz: Engagement ermöglichen

Wenn es um Inklusion geht, dann spielt auch das Thema Gerechtigkeit eine bedeutende Rolle – Gerechtigkeitsfragen gehören zu den zentralen sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Trotz der eben genannten Beispiele, der Strategien und ihrer Ziele steht die Auseinandersetzung hiermit im Naturschutz nach wie vor in ihren Anfängen. Sie muss intensiviert werden und in konkrete Handlungen münden.

Warum ist diese Auseinandersetzung für alle Beteiligten – für den Naturschutz, für die Akteure im Inklusionsbereich und für die Menschen mit Behinderungen selbst – wichtig? Zwei Themen sollen dies verdeutlichen: ehrenamtliches Engagement und der Zugang zur Natur.

Naturschutz lebt in besonderem Maße von ehrenamtlichem Engagement. Diese Mitwirkung gibt es selbstverständlich auch von Menschen mit Behinderungen. Wie in anderen Gesellschaftsbereichen existieren jedoch Barrieren, die den Zugang, also eine soziale Teilhabe, erschweren. Hierzu formuliert die Bundesregierung in der Nationalen Engagementstrategie: „Wir wollen das Engagement von allen Bevölkerungsgruppen fördern und uns dabei einzelnen Gruppen und Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, in besonderer Weise widmen“ (Bundesregierung 2010: 11). Denn das eigene freiwillige Engagement dient nicht nur der Sache, sondern stärkt auch die Menschen in ihren Fähigkeiten und Kompetenzen. Es trägt über die so erwirkte Teilhabe zu einer inklusiveren Gesellschaft bei (BMAS 2011: 81). Daher ist es eine Frage der Gerechtigkeit, den Naturschutz umfassend auch für Menschen mit Behinderung zu öffnen.

Hierbei ist nicht nur an das Engagement beispielsweise in Naturschutzvereinen zu denken. Zur sozialen Teilhabe gehört auch die Möglichkeit einer gleichberechtigten Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen an Entscheidungsprozessen, wie sie beispielsweise im Rahmen der Freiraumplanung in Städten oder der Ausweisung von Nationalparken vorgesehen sind: Hier ist zu hinterfragen, für wen Beteiligungsverfahren üblicherweise konzipiert sind und wer ohne größere Hürden daran teilnehmen kann.

4 Gerechtigkeit im Naturschutz: Gerechter Zugang

Naturschutz leistet in vielen Bereichen einen grundlegenden Beitrag zur Lebensqualität. Fast 80 Prozent der deutschen Bevölkerung lebt in dicht und mittelstark besiedelten Gebieten (Statistisches Bundesamt 2017: 29). Gerade für Menschen aus städtischen Wohngebieten – und damit natürlich auch für diejenigen mit Beeinträchtigungen – ist der Zugang zur Natur, zu Wäldern, Parkanlagen und Gewässern außerordentlich wichtig für die Erholung und Entspannung. Städtische Grünflächen leisten somit einen Beitrag zur Gesunderhaltung der Bevölkerung. Sie ermöglichen aber auch auf emotionaler Ebene einen Zugang zur Natur. Zudem prägen sie das unmittelbare Lebensumfeld von Menschen und eröffnen Möglichkeiten für soziale Kontakte, die sich positiv auf das soziale Klima im Wohnumfeld auswirken kön-

nen. Statistische Analysen zeigen, dass eine Verringerung der Distanz zu städtischem Grün und ebenso eine Erhöhung des Grünflächenanteils das Wohlbefinden der Anwohner und Anwohnerinnen steigern können (Krekel et al. 2015). Von Relevanz sind aber auch die ökologischen Leistungen dieser Naturräume, beispielsweise für die Luftreinhaltung und die Regulation des lokalen Klimas. Städtische Grünflächen zu erhalten und zu schaffen und sie dabei barrierearm zu entwickeln, muss deshalb Bestandteil zeitgemäßer Stadtplanung sein.

Kurz gesagt: Naturerfahrung ist eng verbunden mit sozialer Gerechtigkeit und mit gesundheitlicher Chancengleichheit. Dies heißt, ein für alle Bürgerinnen und Bürger gerecht gestalteter Zugang zu diesen „Leistungen der Natur“ ist sowohl im Sinne der Naturschutzakteure als auch der Akteure im Inklusionsbereich.

5 Inklusiver Naturschutz: Sensibilität für individuelle Bedürfnisse

Was bedeutet nun Gerechtigkeit im Naturschutz für die konkrete Naturschutzarbeit? Die Mitglieder einer Gesellschaft haben unterschiedlichste Bedürfnisse zur Verwirklichung eines guten Lebens. In Anlehnung an den Fähigkeitenansatz von Martha Nussbaum sind der Staat bzw. die Gesellschaft grundsätzlich verpflichtet, jedes Individuum gleichermaßen zu einem guten Leben zu befähigen und hierfür die notwendigen Güter und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen (Nussbaum 1999). Gerecht ist nach diesem Verständnis, persönliche Verwirklichungschancen zu erhöhen, und zwar abhängig von individuellen Bedürfnissen. Es liegt am Individuum, an seinen Bedürfnissen und Befindlichkeiten, inwieweit es von diesen Chancen Gebrauch macht – dazu aber müssen diese Chancen und Möglichkeiten erst einmal bereitgestellt werden.

Mitunter wird pauschal darauf verwiesen, dass Menschen mit erheblichen Beeinträchtigungen in jedem Fall auf Hilfe anderer angewiesen seien. Dies verdeckt allerdings, welche zusätzlichen Möglichkeiten der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ihnen offenstehen, wenn die Umwelt in geeigneter Weise gestaltet ist und wird. Denn vermeintlich natürliche Hindernisse sind häufig lediglich sozial bedingt (Nussbaum 2014: 262f.) – es gibt nicht nur natürliche, sondern auch soziale und gedankliche Barrieren. Möglichkeiten und Grenzen, verschiedenste persönliche Voraussetzungen, aktiv in der Naturschutzarbeit zu berücksichtigen, werden immer Gegenstand von Aushandlungen in der sozialen Gemeinschaft sein.

Für eine inklusive Naturschutzarbeit sind Empathie und ein Perspektivwechsel elementar. Bedürfnisse müssen erkannt und als relevant bewertet werden, um dazu passende Möglichkeiten zu schaffen. Dies bedeutet auch: Es bedarf einer Offenheit der Naturschutzakteure für Überlegungen, Konzepte und Methoden aus dem Inklusionsbereich. Nur dann lassen sich diese in Naturschutzstrategien und in die konkrete Gestaltung von Aktivitäten integrieren. Projekte sollten sich dabei möglichst nicht nur exklusiv an Menschen mit Behinderungen richten. Vorrangig sind Ansätze, die zu einer Anpassung bzw. Öffnung von Projekten für Menschen mit unterschiedlichsten persönlichen Voraussetzungen führen.

Als Querschnittsaufgabe spielt Inklusion dabei in allen Feldern des Naturschutzes eine Rolle. Wenn Naturschutzverbände und -initiativen mit Akteuren sozialer Einrichtungen hier eng zusammenarbeiten, dann ist ein zielführender Weg für eine erfolgreiche Realisierung inklusiver Maßnahmen und Projekte beschritten.

Ein inklusiver Naturschutz ist aus Sicht des Bundesamtes für Naturschutz jedoch nicht nur Verpflichtung, sondern bietet außerdem die Chance, den Naturschutz auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen. Denn für einen erfolgreichen Schutz und die Erhaltung der Natur ist das Handeln, das Engagement möglichst vieler Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen entscheidend.

6 Menschen mit Behinderung im Bundesamt für Naturschutz

Nicht nur in den vom Bundesamt für Naturschutz betreuten Forschungsvorhaben und Projekten ist das Thema Inklusion wichtig. Auch ein Blick auf die Verhältnisse in der eigenen Organisation ist essenziell, um dem Thema möglichst umfassend gerecht zu werden. Daher legt das BfN im eigenen Haus Wert auf eine Entwicklung hin zu einem möglichst hohen Maß an Inklusivität.

„Die Integration von Menschen mit Behinderungen wird von uns aktiv gefördert." Diese Aussage ist Teil des BfN-Selbstverständnisses nach innen und auch so in unserem Leitbild festgehalten (BfN 2004: 4). Etwa sieben Prozent der Beschäftigten des BfN sind schwerbehinderte Menschen oder ihnen Gleichgestellte.

Im gesamten Umweltressort auf Bundesebene gilt zudem eine Integrationsvereinbarung für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Diese Vereinbarung regelt Maßnahmen und Möglichkeiten, die auf eine Verbesserung der beruflichen Chancen und der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten mit Behinderung[1] abzielen und geht dabei über gesetzliche und tarifvertragliche Vorschriften hinaus. Sie umfasst Regelungen zur barrierefreien und behindertengerechten Gestaltung der Dienstgebäude und der Arbeitsplätze, Regelungen zur Förderung der sozialen Integration, zur Rolle der Vertrauensperson für die schwerbehinderten Menschen in den Behörden – auch im BfN – und etliches mehr.

Das BfN bietet seine Internetseiten[2], den Bestimmungen des Behindertengleichstellungsgesetzes[3] und der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik[4] folgend, barrierefrei an. So sind sie auch für Menschen mit Behinderungen grundsätzlich zugänglich. Die Barrierefreiheit gilt für alle seit März 2012 auf der BfN-Website veröffentlichten Publikationen. Die Aufgaben des BfN sind auf der Website zudem in Gebärdensprache und leichter Sprache erläutert.

Ein Teil des BfN-Gebäudekomplexes in Bonn wurde im Zuge einer Neugestaltung zwischen 2004 und 2006 barrierearm nachgerüstet, andere Bereiche werden schrittweise angepasst. All diese Rahmenbedingungen gilt es natürlich auch kontinuierlich weiter zu verbessern. So besteht beispielsweise bei der BfN-Außenstelle auf der Insel Vilm bei Rügen noch erheblicher Handlungsbedarf. Dies betrifft sowohl die Anreise per Schiff wie auch die Unterkünfte in der dortigen Internationalen Naturschutzakademie.

7 Aktivitäten des Bundesamtes für Naturschutz

Das BfN führt gemeinsam mit Partnern aus der Wissenschaft und der Praxis Projekte im Kontext eines inklusiveren Miteinanders durch. Im Bereich der Grundlagenerarbeitung kann das BfN inzwischen eine Reihe von Gutachten und Veranstaltungen zu Gerechtigkeitsfragen im Naturschutz vorweisen (e. g. Eser 2017; Eser et al. 2011; Eser et al. 2013 sowie die BfN-

---

[1] Die Integrationsvereinbarung gilt für schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, im Umweltbundesamt, im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, im Bundesamt für Strahlenschutz, im Bundesamt für Naturschutz und im Bundesamt für kerntechnische Entsorgung.

[2] http://www.bfn.de

[3] Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz BGG), ausgefertigt 27. April 2002, zuletzt geändert 23. Dezember 2016, § 11

[4] Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung BITV 2.0), ausgefertigt 12. September 2011, zuletzt geändert 25. November 2016.

Fachtagung „Naturschutz heute - eine Frage der Gerechtigkeit?“ am 29. und 30. April 2013 in Berlin). Die Erkenntnisse hieraus fließen in die Arbeit unseres Arbeitsschwerpunktes „Naturschutz und soziale Fragen“ ein. Sie dienen unter anderem der fundierten Bearbeitung bzw. Betreuung der Umsetzungsprojekte, wie zum Beispiel des Verbändevorhabens „Naturerleben für Blinde und Sehbehinderte“[5]. In diesem Projekt wurden für mehrere Seen geeignete Angebote sowie 3D-Informationskarten mit Braille-Schrift und den Umrissen der Seen entwickelt. Zusätzlich erhielten Naturpädagoginnen und Naturpädagogen spezielle Ausbildungen, um Menschen mit Sehbehinderungen mehr Naturerlebnisse zu ermöglichen.

Inklusion war auch Thema auf der Tagung „Ehrensache Natur“ zum gleichnamigen Freiwilligenprogramm von EUROPARC Deutschland. Ende März/Anfang April 2017 ging es dort um freiwilliges Engagement von Menschen mit Behinderungen in den Nationalen Naturlandschaften und darum, wie barrierefreies Naturerleben in der Praxis aussehen kann.

Ein weiteres gelungenes Beispiel ist das Projekt „Kinder-Garten im Kindergarten – Gemeinsam Vielfalt entdecken“[6]. 200 Kindergärten tauschten hier in einem bundesweiten Netzwerk Wissen und Erfahrungen rund um das Thema Garten, Natur und Vielfalt aus. Dabei sind integrative Kindergärten bewusst mit einbezogen. Das Projekt wurde durch das Bundesprogramm Biologische Vielfalt gefördert, welches Aktivitäten zur Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie unterstützt. Das BfN würde sich hierfür noch mehr Initiativen wünschen, die den Inklusionsgedanken aktiv aufgreifen.

Und schließlich ist der Bereich „Wissenstransfer und Vernetzung“ nicht zu unterschätzen, denn über die Erkenntnisse und Ideen aus den theoretischen Überlegungen und aus den Projekten sollte ein reger Austausch stattfinden. Zum einen lernen die unterschiedlichen Akteure auf diese Weise voneinander, zum anderen sollen fruchtbare Konzepte natürlich auch weitergetragen werden. In diesem Sinne widmete sich 2016 die Tagung „Naturschutz: einladend – sozial – integrativ. Naturerleben für alle“ der Frage, wie Naturerfahrungen für alle Menschen zugänglich sein können – unabhängig von eingeschränkter Mobilität oder anderen Behinderungen (dokumentiert in Biendarra et al. 2017).

Bestandteil des Wissenstransfers und der Vernetzung ist natürlich auch die Dialogveranstaltung „Bonner Gespräche zur Zukunft des Naturschutzes – Zukunft hat (auch) Vergangenheit.“ Sie bietet Raum für den interdisziplinären Diskurs. Hier berieten Akteure aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Naturschutzfragen für eine Neujustierung von Naturschutzkonzepten.

Das BfN erhofft sich zukünftig eine verstärkte Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern des Handlungsfeldes Inklusion. Denkbar wäre beispielsweise die Vernetzung laufender Projekte oder aber die Entwicklung gemeinsamer neuer Aktivitäten. Gemeinsam sollen die Chancen und Herausforderungen eines inklusiv gedachten Naturschutzes identifiziert und diskutiert werden. Das BfN möchte damit zu einem Naturschutz beitragen, der sich als in die Gesellschaft eingebettet versteht.

---

[5] Laufzeit 2015-2016: Zuwendungsempfänger waren die Bodensee-Stiftung und der Global Nature Fund.

[6] Laufzeit 2013-2017: Zuwendungsempfänger war FiBL Deutschland e.V., Forschungsinstitut für biologischen Landbau, vgl. http://www.kinder-garten.de/kiga-startseite.html und http://biologischevielfalt.bfn.de/bp_pj_kinder-garten.html

Literatur

BfN (Bundesamt für Naturschutz) (2004): Leitbild des Bundesamtes für Naturschutz. Bonn. URL: http://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/leitbild_bfn.pdf (gesehen am 27.12.2017).

Biendarra, A., Hein, G., Hövelmann, T., Linnemann, B., Menke, N., & Wiersbinski, N. (Hrsg.) (2017). Naturschutz: einladend – sozial – integrativ: Angebote für Menschen mit Einschränkungen. BfN-Skripten 474. Bonn (Selbstverlag).

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (Hrsg.) (2011): Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft: Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Berlin (Selbstverlag).

BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (Hrsg.). (2007): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Berlin (Selbstverlag).

BMUB (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) (Hrsg.) (2017): Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft: Weißbuch Stadtgrün. Berlin (Selbstverlag).

Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit (Hrsg.) (2010): Mindestanforderungen zum barrierefreien Naturerleben – Vorschlag für einen Forderungskatalog zum Abschluss von Zielvereinbarungen in 5 Modulen und 35 Bausteinen. Berlin (Selbstverlag).

Bundesregierung (2010): Nationale Engagementstrategie. Berlin (Selbstverlag).

Eser, U. (Hrsg.) (2017): Naturschutz und soziale Gerechtigkeit. BfN-Skripten 469. Bonn (Selbstverlag).

Eser, U.; Benzing, B. & Müller, A. (2013). Gerechtigkeitsfragen im Naturschutz: Was sie bedeuten und warum sie wichtig sind. Naturschutz und Biologische Vielfalt 130. Münster (Landwirtschaftsverlag).

Eser, U.; Neureuther, A.-K. &. Müller, A. (2011). Klugheit, Glück, Gerechtigkeit: Ethische Argumentationslinien in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Naturschutz und Biologische Vielfalt 107. Münster (Landwirtschaftsverlag).

Krekel, C.; Kolbe, J. &. Wüstemann, H. (2015): The greener, the happier? The effect of urban land use on residential well-being. – In: Ecological Economics 121: 117-127.

Nussbaum, M. C. (1999): Gerechtigkeit oder das gute Leben. Frankfurt/M. (Suhrkamp).

Nussbaum, M. C. (2014). Die Grenzen der Gerechtigkeit: Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit. Berlin (Suhrkamp).

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017): Statistisches Jahrbuch 2017. Wiesbaden.

United Nations General Assembly (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. URL: http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf (gesehen am 27.12.2017).

Verband Deutscher Naturparke & Behindertenverbände (Hrsg.) (2012): Rahmen-Zielvereinbarung zum barrierefreien Naturerleben in den Naturparken in Deutschland. Berlin (Selbstverlag).

Vereinte Nationen (Hrsg.) (2008): Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Bundesgesetzblatt 2 (35): 1420–1457.

Naturschutz: natürlich barrierefrei und inklusiv
Wo stehen wir, wohin wollen wir?

Rüdiger Leidner

1 Die Ausgangslage

Untersuchungen haben gezeigt, dass sich die Reisewünsche und Motive von Menschen mit Behinderung nicht grundsätzlich von denen der übrigen Bevölkerung unterscheiden. Diese Aussage, die auf einer Meinungsumfrage im Rahmen eines vom Bundeswirtschaftsministerium finanzierten Projekts beruht (BMWA 2004), ist keine bloße Statistik, sondern lässt sich durchaus mit Einzelbeispielen wie meinem schon lange gehegten Wunsch nach einem Wanderurlaub in der Hohen Tatra 2017 veranschaulichen (Abb. 1). Dieses Bild wirft bei manchen Lesern bzw. Leserinnen sicherlich weitere Fragen auf, die so weit wie möglich im Rahmen dieses Beitrags thematisiert werden. An dieser Stelle soll es lediglich veranschaulichen, dass sich die Reisewünsche behinderter und nicht behinderter Menschen nicht grundsätzlich unterscheiden.

Abb. 1: Das Bild zeigt Rüdiger Leidner in Begleitung seiner Ehefrau auf einem mit Steinen und Felsplatten übersäten Wanderweg in der Hohen Tatra; Juli 2017.

Unterschiede bestehen laut dieser Untersuchung in der Reisehäufigkeit bzw. Intensität und der Wahl der Reiseziele. Hinsichtlich der Reiseziele spielt der Deutschlandtourismus bei Reisen von behinderten Menschen eine noch größere Rolle als im Durchschnitt der Reisenden. Es ist daher davon auszugehen, dass der Freizeit-, Erholungs- und Bildungswert von Schutzgebieten bzw. Naturlandschaften allgemein für Menschen mit Behinderung von besonderer Bedeutung ist.

1.1 Wo stehen wir, wer ist am weitesten?

Diese beiden Fragen gehören zu den am häufigsten gestellten Fragen, wenn es um Fortschritte im Bereich Barrierefreiheit geht. Die Antwort auf die zweite Frage ist aufgrund ihrer Kürze und Eindeutigkeit für viele vielleicht überraschend: Ich weiß es nicht! Genau genommen, kann derzeit niemand auf einer empirisch gesicherten Grundlage sagen, ob ein Bundesland, eine Destination oder ein Schutzgebiet hinsichtlich seiner Barrierefreiheit weiter ist als ein anderes.

Es gibt viele Initiativen, die ein barrierefreieres Naturerleben möglich machen. Das hat nicht zuletzt der von der NatKo (Tourismus für Alle Deutschland e. V.) zusammen mit dem Verband deutscher Naturparke (VDN) 2009 herausgegebene Überblick gezeigt (VDN & NatKo 2009). Die Welt ist seitdem nicht stehen geblieben. Das zeigt auch die Übersicht der 23 zertifizierten Naturerlebnisangebote in Deutschland (s. 3.3, S. 126f.).

Welches Schutzgebiet oder welche Naturlandschaft hinsichtlich Barrierefreiheit den fortschrittlichsten Stand vorzuweisen hat, lässt sich kaum ermitteln, da es damals – und überwiegend auch heute noch – kaum von Dritten überprüfte Informationen diesbezüglich gibt. In

der genannten Broschüre wird zu Beginn ausdrücklich darauf hingewiesen, dass alle Angaben auf Selbstauskünften der Betreiber beruhen. Aber dieses Problem nähert sich seiner Lösung. Im Rahmen des neuen, bundeseinheitlichen Informations- und Kennzeichnungssystems „Reisen für Alle“ (s. Kapitel 3) wurden in der Kategorie „Naturparke und Naturerlebnisangebote“ inzwischen immerhin 23 Angebote auf ihre Barrierefreiheit überprüft.

Hinzu kommt, dass die Bewertung der Barrierefreiheit komplexer Einrichtungen, wozu auch Naturlandschaften zählen, ausgesprochen schwierig ist. Bewertung hängt zwangsläufig mit Gewichtungen zusammen. Was ist aber wichtiger: die barrierefreie Gestaltung eines möglichst großen Bereichs eines Schutzgebiets, auch wenn dies vielleicht nur für wenige Zielgruppen möglich ist, oder die Herstellung von Barrierefreiheit für möglichst viele Zielgruppen im Sinne der Inklusion, auch wenn dies zu Lasten der barrierefrei gestaltbaren Fläche bzw. der Zahl der Angebote geht?

Die Beantwortung der Frage, wer am weitesten ist, hängt zudem davon ab, ob nur die Barrierefreiheit des Naturerlebnisangebots selbst in Betracht gezogen wird oder auch seine Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem PKW oder das Vorhandensein einer geeigneten Übernachtungsmöglichkeit in der Nähe. Nimmt man die 2012 zwischen dem Verband Deutscher Naturparke e. V. und mehreren Behindertenverbänden abgeschlossene Zielvereinbarung (VDN & BV 2012a) als Maßstab, so sind die Erreichbarkeit eines Naturerlebnisangebots und Leistungen Dritter einzubeziehen.[1]

2 Wann ist ein Schutzgebiet barrierefrei?

Legt man die im Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) des Bundes verwendete Definition von Barrierefreiheit zugrunde, die im Wesentlichen in die entsprechenden Ländergesetze übernommen wurde, dann sind „bauliche und sonstige Anlagen […] sowie andere gestaltete Lebensbereiche“ barrierefrei, „wenn sie für Menschen mit Behinderungen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind“ (§ 4).

Als Zielformulierung klingt diese Definition plausibel und fast selbstverständlich. Will man aber diese Definition in der Praxis als Planungsgrundlage zur barrierefreien Gestaltung anwenden, stößt man insbesondere in Bereichen, in denen die Bewahrung des Bestehenden von Bedeutung ist, mehr oder weniger schnell auf Zielkonflikte. Das gilt nicht nur bei der Gestaltung von Schutzgebieten, sondern beispielsweise auch im Denkmalschutz. Es stellt sich meist die Frage, welches Gesetz Vorrang hat: das Behindertengleichstellungsgesetz oder die Denkmal- bzw. Naturschutzgesetze. Schließlich soll die Herstellung von Barrierefreiheit den Charakter des Objektes nicht zerstören. Das wäre z. B. bei einem Bannwald der Fall oder bei Gebieten, die sich nach industrieller Nutzung ohne menschliches Eingreifen natürlich entwickeln sollen.

Das heißt jedoch nicht, dass in diesen Bereichen die Erreichung von Barrierefreiheit grundsätzlich ausgeschlossen ist. Manchmal werden bestehende Handlungsspielräume nicht genutzt. Einige Leser oder Leserinnen haben vielleicht den Eindruck, dass es sich bei dem in Abbildung 2 gezeigten Ausschnitt aus dem Nationalpark Hohe Tatra um einen naturbelassenen Weg handeln müsse. Wie aber der Bergführer bestätigte, wurden die Steine und Platten auf die Wege gelegt, um Verschlammung zu vermeiden und die Wege auch bei schlechtem Wetter ‚begehbar‘ zu halten.

---

[1] vgl. Baustein 3.1 und Modul 5 in Anlage 1 der Rahmen-Zielvereinbarung zum barrierefreien Naturerleben in den Naturparken in Deutschland vom 08.03.2012; VDN & BV 2012b.

Abb. 2: Das Bild zeigt einen mit Steinen und Felsplatten übersäten Wanderweg in der Hohen Tatra; Juli 2017 (Foto: Silka Leidner).

Wenn man aber auf diese Weise in die Natur eingreift, dann sollte man sich als Planer bzw. Planerin die Frage stellen, welche Zielgruppen man berücksichtigen will: nur den sportlich aktiven Teil der Bevölkerung oder auch diejenigen, die beim Naturerleben mit Einschränkungen zu kämpfen haben? Zwischen dieser Art einer nur scheinbar naturbelassenen Umgebung und einem völlig ebenen Weg besteht eine fast unendliche Anzahl ungenutzter Gestaltungsmöglichkeiten.

Da die erwähnte Zielvereinbarung über barrierefreies Naturerleben seit 2012 in Kraft ist, liegt es nahe, ein Naturerlebnisangebot dann als barrierefrei zu bezeichnen, wenn die in Anlage 1 dieser Zielvereinbarung genannten Mindestanforderungen erfüllt sind. Zum einen sind diese Anforderungen jedoch nicht operational genug definiert, um ihre Erfüllung in jedem Einzelfall intersubjektiv einheitlich messen zu können, und zum anderen bleibt offen, ob die Informationen auf Selbstauskunft oder Prüfungen Dritter beruhen.[2]

Lösungsräume tun sich oft auf, wenn Kommunikationsprobleme gelöst werden. Dazu kann z. B. die Frage gehören, ob und inwieweit behinderte Besucher und Besucherinnen eines Schutzgebietes trotz gleicher Zieldefinition im Gesetz an dessen Barrierefreiheit dieselben Erwartungen haben wie an die eines Bahnhofs, eines Kaufhauses oder eines Freibads (Mehr zu diesem Aspekt folgt in Kapitel 3.3). Wenn sich solche Kommunikationsprobleme lösen lassen, dann entstehen auch Handlungsspielräume für kreative Lösungen, die die Vorschriften des Denkmal- und des Naturschutzes hinsichtlich der Schaffung von Barrierefreiheit in besonderem Maße erfordern, die aber dann Vorbildcharakter für andere Bereiche haben können.

Ziel- bzw. Interessenkonflikte dieser Art bestehen auch in anderen Bereichen, wo sie Außenstehende nicht ohne weiteres erwarten würden. Für viele blinde Museumsbesucherinnen und -besucher ist beispielsweise eine Ausstellung nur dann barrierefrei, wenn möglichst viele Exponate abgetastet werden dürfen. Dieser Wunsch führt durchaus zu Diskussionen zwischen Kuratorinnen bzw. Kuratoren und dem pädagogischen Personal des Museums über die Auswahl von Exponaten. Während bei wertvollen Originalen die Zurückhaltung der Kuratorinnen bzw. Kuratoren in dieser Frage vielleicht noch nachvollziehbar erscheinen mag, gibt es ähnliche Diskussionen in Museen aber auch bei der Informationsvermittlung. Kuratorinnen und Kuratoren neigen mehr zu einer wissenschaftlich exakten Information, die museumspädagogischen Kräfte sind hingegen an einer leicht verständlichen Information der Besucher-

[2] Da das unter 3. beschriebene Projekt zum Aufbau des bundeseinheitlichen Informations- und Kennzeichnungssystems „Reisen für Alle“, in dem Methoden zur Bereitstellung verlässlicher Informationen über Barrierefreiheit erarbeitet wurden, erst Ende 2011 vom Bundeswirtschaftsministerium bewilligt wurde, konnte die Zielvereinbarung auf diese Frage noch nicht eingehen.

schaft interessiert und haben daher auch mehr Verständnis für die Forderung nach Leichter Sprache als Merkmal barrierefreier Kommunikation. Diese Beispiele sollen verdeutlichen, dass beim Abbau von Barrieren Hürden unterschiedlichster Art zu überwinden sind.

Hinzu kommt, dass aus der Sicht von Besucherinnen und Besuchern mit Behinderung das ins Auge gefasste Ziel nur dann wirklich zugänglich und nutzbar ist, wenn auch der Weg zum Ziel barrierefrei ist. Der Betreiber eines Schutzgebiets könnte bei einer Zielgruppenanalyse theoretisch zu dem Ergebnis kommen, dass seine Besucherschaft nur aus der unmittelbaren Umgebung stammt, also Spaziergänger oder Gruppen, die einen Tagesausflug unternehmen. In diesem Fall könnte er die touristische Infrastruktur in der Umgebung – zumindest das Vorhandensein von Beherbergungsbetrieben – weitgehend vernachlässigen. Haben er oder die Region aber auch Übernachtungsgäste im Blick, weil z. B. Seminare oder Führungen am frühen Morgen oder in der Nacht durchgeführt werden sollen, dann sind Gastronomie und Hotellerie in der Umgebung wichtige Elemente des Gesamtkonzepts.

Manch ein Betreiber wird sich bei der Frage, wie er in ein solches Gesamtkonzept Barrierefreiheit integrieren kann, sagen, dass er zwar Wege und Fördermöglichkeiten kennt, um seinen Nationalpark bis zu einem bestimmten Grad bzw. für bestimmte Besuchergruppen barrierefrei zu machen, aber nicht auch noch dafür sorgen kann, dass Hotels und Restaurants in der Umgebung barrierefrei sind und dass er auch kaum deren Auskünfte über ihre Barrierefreiheit in sein eigenes Informationsmaterial aufnehmen kann.

Spätestens hier wird deutlich, dass ein Informations- und Kennzeichnungssystem, das auf überprüften Daten beruht, nicht nur für Reisende mit Behinderung Planungssicherheit bedeutet, sondern auch für die Anbieter bzw. die Destination als Ganzes von Vorteil ist. Denn nur dann kann sich jeder Betreiber auf die Informationen anderer Anbieter verlassen, die für die Realisierung seines Gesamtkonzepts wichtig sind. Ein solches Informations- und Kennzeichnungssystem entsteht derzeit in Deutschland und wird daher nachfolgend vorgestellt.

3 Das neue, bundeseinheitliche Informations- und Kennzeichnungssystem „Reisen für Alle“

2011 beauftragte das Bundeswirtschaftsministerium das Deutsche Seminar für Tourismus Berlin (DSFT) in Kooperation mit der NatKo, ein bundeseinheitliches Informations- und Kennzeichnungssystem für barrierefreie touristische Angebote zu entwickeln.

Die NatKo wurde 1999 von sieben bundesweit aktiven Behindertenverbänden als „Nationale Koordinationsstelle Tourismus für Alle“ gegründet. 2014 wurde der Name in „Tourismus für Alle Deutschland“ geändert. Die NatKo versteht sich als Schnittstelle zwischen Behindertenselbsthilfe, Tourismuswirtschaft und -politik. Der Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bezeichnet die NatKo als „zentrale Anlaufstelle für die Belange des barrierefreien Tourismus“ (BMAS 2011: 82). Förderer der NatKo sind u. a. die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) und die Stiftung Gesundheit.

Hauptziel der NatKo ist es, als wesentliches Element gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Behinderung ihre Teilnahme am allgemeinen Tourismus zu ermöglichen. Über ihr Projektbüro in Düsseldorf führt die NatKo regelmäßig Projekte zur barrierefreien Gestaltung touristischer Angebote in Deutschland durch. Der Schwerpunkt liegt dabei im Bereich des Naturerlebens und des Kulturtourismus.

Daneben führt die NatKo zusammen mit der DZT jedes Jahr auf der Internationalen Tourismus-Börse Berlin (ITB) den Tag des barrierefreien Tourismus durch. Am ersten Tag des barrierefreien Tourismus, dem 8. März 2012, wurde auch die erwähnte Rahmen-Zielvereinbarung zwischen dem VDN und zahlreichen Behindertenverbänden unterzeichnet.

3.1 Ziele von „Reisen für Alle“

Bisher gibt es in Deutschland kein flächendeckendes einheitliches Kennzeichnungssystem für barrierefreie touristische Angebote. Es sind aber nicht nur die Piktogramme, die sich von Bundesland zu Bundesland unterscheiden können, sondern auch die dahinterliegenden Barrierefreiheitskriterien und die Frage, ob die Informationen auf Selbstauskunft beruhen oder von Dritten geprüft wurden. Durch die Vereinheitlichung der Kennzeichnung, der Kriterien und der Erfassungsmethode wird mehr Transparenz erreicht, so dass sich Angebot und Nachfrage besser aufeinander einstellen können. Damit wird eine wichtige Voraussetzung zur Erleichterung der Reiseplanung und Erhöhung der Reiseintensität und somit für mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben geschaffen.

3.2 Der Aufbau des neuen Kennzeichnungssystems

Das neue Kennzeichnungssystem „Reisen für Alle“ beruht auf folgenden Grundelementen:

- Es handelt sich um ein insgesamt dreistufiges System, beginnend mit einer „Informationsstufe“, gefolgt von den Stufen „teilweise barrierefrei“ und „barrierefrei“.
- Es beschränkt sich nicht auf den Hotel- und Gaststättenbereich, sondern ist für Angebote entlang der gesamten touristischen Leistungskette geeignet, also z. B. auch für Museen, Beförderungsmittel, Freizeitangebote unterschiedlichster Art und somit auch Naturerlebnisangebote.
- Die Erfüllung der festgelegten Barrierefreiheitskriterien wird von externer Seite – Erheberinnen und Erhebern, die von DSFT und NatKo geschult werden – überprüft. Denn nur wenn die Reisenden auf die Angaben zur Barrierefreiheit vertrauen können und wenn grundsätzlich die gesamte Reisekette abgedeckt wird, wird die Teilnahme am allgemeinen Tourismus erst möglich.

Im Projektbeirat, in dem u. a. bundesweit aktive Behindertenverbände, das Bundeswirtschaftsministerium, Verbände der Tourismuswirtschaft sowie die Tourismusmarketingorganisationen der Bundesländer, die DZT und der ADAC vertreten sind, wurden in den Jahren 2011 bis 2014 die Kriterien für barrierefreie touristische Angebote erarbeitet. Deren nachgeprüfte Erfüllung ist die Grundlage der Verleihung eines drei Jahre geltenden Zertifikats.

Dabei wurde auf Widerspruchsfreiheit zu den beiden in diesem Zusammenhang wichtigsten Zielvereinbarungen – der „Zielvereinbarung zur Kategorisierung barrierefreier Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe in Deutschland“ (DEHOGA, IHA & BV 2005[3]) und der Rahmen-Zielvereinbarung zum barrierefreien Naturerleben (VDN & BV 2012a) – geachtet. Die Vergleichbarkeit der Kriterien dieser Zielvereinbarungen mit den Kriterien von „Reisen für Alle“ ist jedoch nicht einfach, da zur Ermöglichung der Überprüfung durch Dritte die Kriterien von „Reisen für Alle“ sehr viel konkreter definiert wurden und das System modular aufgebaut ist. D. h. es wird nicht speziell nach Hotels oder Naturparken gefragt, sondern nach Angebotselementen wie z. B. „Tür“, „Weg außen“ oder „Exponat“.

Um ein solches Zertifikat zu erhalten, meldet eine touristische Einrichtung, also z. B. auch ein Nationalpark, ihren Wunsch normalerweise bei der regional zuständigen Tourismusmarketingorganisation. Von dort werden die Erheberinnen und Erheber entsandt, die die Erfüllung der festgelegten Kriterien überprüfen. Ihr Datensatz wird vom DSFT ausgewertet und festgestellt, ob und für welche Gästegruppe die Kriterien erfüllt sind.

---

[3] abgeschlossen zwischen dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband e. V., dem Hotelverband Deutschland e. V. und fünf Behindertenverbänden am 12.03.2005, ergänzt 2010; DEHOGA, IHA & BV 2010.

Es wurden sieben Gästegruppen gebildet, für deren behinderungsspezifische Anforderungen Kriterien entwickelt wurden, nämlich

1. Reisende mit einer Gehbehinderung,
2. Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer,
3. sehbehinderte Reisende,
4. blinde Reisende,
5. schwerhörige Reisende,
6. gehörlose Reisende sowie
7. Reisende mit kognitiven Beeinträchtigungen.

Derzeit (September 2017) wird diskutiert, in die Kommunikation auch die Bedürfnisse von Senioren und Seniorinnen einzubeziehen.

Ein mehrstufiges Kennzeichnungssystem wurde gewählt, um die Erlangung eines Zertifikats zu erleichtern und sichtbare Anreize zu setzen, die Angebotsqualität hinsichtlich Barrierefreiheit zu verbessern.

Für die Erreichung der Stufe „teilweise barrierefrei“ müssen bei jeder der sieben Gästegruppen nur bestimmte Mindestanforderungen erfüllt werden. Sowohl diese Mindestanforderungen als auch die Kriterien der nächsten Stufe für eine höherwertige Barrierefreiheit sind auf der Website www.reisen-fuer-alle.de einsehbar.

Abb. 3: Piktogramm der Informationsstufe „geprüfte Informationen über Barrierefreiheit liegen vor“.

Eine touristische Einrichtung, der das entsprechende Zertifikat verliehen wurde, kann ihr Angebot durch spezielle, im Rahmen des Projekts entwickelte Piktogramme kennzeichnen. Das Symbol „Barrierefreiheit geprüft“ ist dabei als Grundaussage Bestandteil jeder Kennzeichnung.

Beispielhaft sind hier die Piktogramme „teilweise barrierefrei“ für blinde und sehbehinderte Reisende sowie „barrierefrei“ für Reisende mit einer Gehbehinderung sowie Rollstuhlfahrer und -fahrerinnen dargestellt (Abb. 4 und 5). Das „i“ in den Piktogrammen der Stufe „teilweise barrierefrei“ deutet darauf hin, dass nicht alle Anforderungen der nächsthöheren Stufe erfüllt sind. Reisende, die ein so gekennzeichnetes Angebot auswählen, müssen sich vor der Buchung über die Erfüllung weiterer für sie wichtiger Anforderungen selbst informieren, z. B. im „Bericht für den Gast“, der als Ergebnis der Prüfung erstellt wird (Abb. 3).

Abb. 4: Piktogramme für Angebote, die als „barrierefrei“ für gehbehinderte Reisende und rollstuhlfahrende Reisende bewertet wurden.

Da bei der Prüfung eines Angebots immer die Kriterien für alle sieben Gästegruppen erfasst werden, bedeutet die Kennzeichnung mit einem dieser Piktogramme nicht, dass nur für diese

Gästegruppen ein geeignetes Angebot vorhanden ist. Vielmehr zeigt es an, dass für diese Gästegruppen die gestellten Anforderungen teilweise oder ganz erfüllt werden, die Eignung des Angebots für andere Reisende mit Behinderung von diesen jedoch selbst geprüft werden muss.

Abb. 5: Piktogramme für Angebote, die für blinde und sehbehinderte Reisende als „teilweise barrierefrei“ bewertet wurden.

Aber auch eine Einrichtung, die nach Auswertung der Datenerhebung keine dieser beiden Stufen erreicht, stellt für behinderte Reisende verlässliche Informationen bereit. Denn die bei der Prüfung erhobenen Angaben werden trotzdem in der Datenbank des Kennzeichnungssystems erfasst und können recherchiert werden. Für diese Einrichtungen gibt es ein „Informationssymbol“ ohne Zuordnung zu einer der genannten Gästekategorien (Abb. 3). Es signalisiert den Reisenden, dass geprüfte Informationen vorliegen, sie aber selbst – und noch mehr als bei Verleihung des Zertifikats für die Stufe „teilweise barrierefrei“ – genau prüfen müssen, ob das Angebot geeignet ist.

Neben der Erfüllung bestimmter Kriterien ist Voraussetzung für die Verleihung eines Reisen-für-Alle-Zertifikats, dass mindestens eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der Einrichtung an einer von DSFT und NatKo entwickelten Online- oder Präsenzschulung teilgenommen hat. Auch in dieser Hinsicht besteht insofern Zielkompatibilität mit der Rahmen-Zielvereinbarung über barrierefreies Naturerleben.[4]

Die Bedeutung der „Informationsstufe“ wird oft unterschätzt. Einrichtungen, deren Prüfung zu diesem Ergebnis geführt hat, wird damit zwar bestätigt, dass sie die gestellten Mindestanforderungen an Barrierefreiheit nicht erfüllen. Das muss jedoch nicht bedeuten, dass Reisende mit einer Behinderung dort nicht zurechtkommen. Zu den Barrierefreiheitsanforderungen für die Gruppe der Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer gehören z. B. bestimmte Türbreiten und Bewegungsflächen. Die Breite von Rollstühlen und damit die im Einzelfall benötigten Mindestbreiten und -bewegungsflächen sind aber sehr unterschiedlich. So kann ein Gebäude, das die festgelegten Mindestanforderungen für Rollstuhlfahrende nicht erfüllt beispielsweise für eine Familie mit einem Kind im Rollstuhl aufgrund seiner sonstigen Gegebenheiten trotzdem geeignet sein. Ähnliches kann für eine blinde Besucherin bzw. einen blinden Besucher ohne Führhund gelten, wenn das Zertifikat „barrierefrei für blinde Gäste“ nur deswegen nicht vergeben wurde, weil das Mitbringen eines Blindenführhunds nicht erlaubt ist.

Wenngleich es unbestreitbar vorzuziehen und anzustreben ist, dass möglichst viele Einrichtungen die Anforderungen der Stufe 2 („barrierefrei“) erfüllen, ist bis zur flächendeckenden Erreichung dieses Ziels die Informationsstufe für behinderte Reisende ein wichtiges Element des Informations- und Kennzeichnungssystems. Sie bietet schließlich verlässliche Informationen, um selbst und ungefiltert durch Mindestanforderungen entscheiden zu können, ob ein bestimmtes Angebot für die eigenen Bedürfnisse geeignet ist. Zudem ist diese Stufe gerade für komplexe Einrichtungen oft die einzige Möglichkeit, in das System aufgenommen zu werden und signalisieren zu können, dass verlässliche Informationen zur Barrierefreiheit verfüg-

[4] vgl. Baustein 1.6 in Anlage 1 der Rahmen-Zielvereinbarung.

bar sind. Beispiel hierfür kann z. B. ein Flughafen sein, dessen Terminals nicht alle Mindestanforderungen an Barrierefreiheit erfüllen, so dass dem Flughafen als Ganzes kein Zertifikat der Stufe 2 oder 1 verliehen werden kann.

Mit dem Symbol für die Informationsstufe wird aber signalisiert, dass geprüfte Informationen zur Barrierefreiheit vorliegen, so dass Reisende, die diesen Flughafen nutzen wollen, den Hinweis bekommen, dass sie verlässliche Informationen erhalten können.

Die Informationsstufe ist auch für Schutzgebiete, die – wie oben erläutert – aufgrund anderer gesetzlicher Anforderungen besonderen Restriktionen unterliegen, von besonderer Bedeutung, um – gerade in einer nicht barrierefreien Welt – deutlich zu machen, dass überprüfte Informationen zur Barrierefreiheit vorliegen.[5] Schließlich beinhaltet auch die Lebensmittelkennzeichnung keine Aussage des Herstellers darüber, ob das Produkt der Gesundheit des Käufers oder der Käuferin zuträglich ist, sondern ermöglicht ihnen durch Bereitstellung von Information eine eigenständige Entscheidung.

Zur Verdeutlichung dieses Denkansatzes bei Naturlandschaften sei die deutsche Ostsee-Insel Vilm angeführt. Sie beherbergt einerseits die Internationale Naturschutzakademie, in der regelmäßig Tagungen stattfinden, und verfügt andererseits mit einem Bannwald über ein Angebot, das nicht barrierefrei gestaltet werden kann, ohne es zu zerstören (Abb. 6). In Frage käme hier nach einer Prüfung im Rahmen von „Reisen für Alle“ für das Gesamtangebot vermutlich „nur“ die Informationsstufe.

Abb. 6: Der Bannwald auf der Ostseeinsel Vilm mit einem quer über dem Weg liegenden Baum; 2016 (Foto: Norbert Menke).

Was würde ein Besucher bzw. eine Besucherin mit einer Behinderung dadurch erfahren können? Sie könnten in Erfahrung bringen, inwieweit die Tagungs- und Schlafräume für einen Aufenthalt geeignet sind. Sie würden auch feststellen, dass auf dem Rundweg durch den Bannwald nach einer kurzen Strecke ein Baum quer über dem Weg liegt. Die gehbehin-

[5] Wie die Liste zertifizierter Naturerlebnisangebote auf S. 124f. zeigt, wurden bisher aber nicht Naturparke als Ganzes, sondern ihre einzelnen Angebote zertifiziert.

derte Besucherschaft könnte mit dieser Vorinformation dann selbst entscheiden, ob sich die Teilnahme an einem Spaziergang unter diesen Umständen lohnt oder man diese Zeit lieber bei einer Tasse Kaffee oder mit Lektüre verbringt. Da Bestandteil einer Prüfung auf Barrierefreiheit auch die Erreichbarkeit der Einrichtung von der nächstgelegenen ÖPNV-Haltestelle bzw. dem Parkplatz ist, würde die Informationsstufe auch ausweisen, dass die vom Bund für die Überfahrt zur Insel seit fast 30 Jahren verwendete Fähre in keiner Weise barrierefrei ist und auf einen Rollstuhl angewiesene Tagungsteilnehmer und -teilnehmerinnen auf das Boot getragen werden müssen. Das macht deutlich, dass verlässliche Information auch Transparenz schafft – in diesem Fall eine Transparenz, die nach 27 Jahren deutscher Einheit und acht Jahre nach Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Bundesregierung eine Bundesbehörde möglicherweise unangenehme Fragen befürchten lässt.

3.3 Der aktuelle Stand des Projekts im Herbst 2017

Nachdem die definitorischen Grundlagen des Kennzeichnungssystems und die Checklisten für die Prüfung der Angebote erarbeitet waren, wurde zum einen mit der technischen Optimierung der Datenerfassung begonnen, damit die Daten vor Ort direkt elektronisch erfasst werden können. Zum anderen wurden die Anforderungen an die zukünftige Datenbank festgelegt. Diese Datenbank, auf die Partner wie die Tourismusmarketingorganisationen der Bundesländer, aber auch DZT und ADAC zugreifen können, ermöglicht dann den betroffenen Reisenden, (voraussichtlich ab Mitte 2018) umfassend im Internet zu recherchieren.

Während bei der Entwicklung der Kriterien zu Projektbeginn in erster Linie an konkrete Objekte wie Hotels, Museen und Tourismusinformationen gedacht wurde, äußerte man im Laufe des Projekts von Seiten der Tourismuswirtschaft bzw. der Tourismusdestinationen den Wunsch, auch für komplexe Angebote wie Wander- und Radwege und zuletzt auch für ganze Orte und Destinationen Barrierefreiheitskriterien zu entwickeln. Im Interesse der Bereitstellung verlässlicher Informationen über Barrierefreiheit haben DSFT und NatKo diese Anregungen aufgegriffen und begonnen, das Kennzeichnungssystem weiterzuentwickeln. Damit werden auch die Voraussetzungen geschaffen, um ein Schutzgebiet bzw. eine Naturlandschaft als Ganzes in das Informationssystem aufzunehmen.

Insbesondere bei der Diskussion über Wanderwege wurde intensiv die Frage erörtert, ob es sinnvoll ist, die bisher für die Klassifizierung der Angebote – z. B. für Zugangswege zu Gebäuden – entwickelten Kriterien schematisch auf Wanderwege anzuwenden. Es hätte vermutlich dazu geführt, dass kein längerer Wanderweg als „barrierefrei“ oder „teilweise barrierefrei“ eingestuft würde.

Vertreterinnen und Vertreter von Behindertenselbsthilfeverbänden selbst waren es, die darauf hinwiesen, dass ein Reisender oder eine Reisende mit einer Behinderung, der bzw. die sich auf einen Wanderweg begibt, nicht erwartet, dass er bzw. sie auf der ganzen Strecke gut berollbar, mit einem Blindenleitsystem versehen oder kontrastreich gestaltet ist. Unverzichtbar sind aber verlässliche Informationen darüber, wie der Weg in welchen Abschnitten gestaltet ist, um eine informierte Entscheidung treffen zu können. Die bei Wanderwegen erfassten Informationen wurden im Vergleich zu anderen Wegen daher reduziert.

Im Mai 2017 waren in den 11 Bundesländern, die das neue Informations- und Kennzeichnungssystem anwenden,[6] etwa 1.900 touristische Angebote auf die Erfüllung der Reisen-für-Alle-Kriterien überprüft oder befanden sich im Zertifizierungsprozess. Die Verteilung nach

[6] Noch nicht beteiligt waren im September 2017 Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Saarland und Sachsen.

Bundesländern und anderen Lizenznehmern[7] stellte sich im Mai 2017 wie in Tabelle 1 aufgeführt dar.

Tab. 1: Verteilung geprüfter Einrichtungen und Naturerlebnisangebote nach Bundesländern und anderen Lizenznehmern

Lizenznehmer	Anzahl geprüfter Einrichtungen insgesamt	geprüfte Naturerlebnisangebote
Bayern	313	5
Berlin	70	-
Hamburg	74	-
Hessen	42	-
Mecklenburg-Vorpommern	15	-
Niedersachsen	164	5
Nordrhein-Westfalen	142	9
Rheinland-Pfalz	319	2
Sachsen-Anhalt	72	1
Schleswig-Holstein	34	1
Thüringen	609	-
Embrace-Hotelkooperation	35	-

Die hohe Zahl geprüfter Naturerlebnisangebote in Nordrhein-Westfalen hängt nicht mit der Größe des Bundeslandes zusammen, sondern mit der Erhebungssystematik. Natur- und Nationalparke werden nicht als Ganzes ausgewiesen, sondern ihre barrierefreien Angebote einzeln. Der Nationalpark Eifel z. B. ist – wie Tabelle 2 zeigt – mit insgesamt sechs Angeboten vertreten, die sich zum Teil an unterschiedliche Zielgruppen richten oder der Informationsstufe zugeordnet wurden.

Die meisten der für Stufe 1 (teilweise barrierefrei) und Stufe 2 (barrierefrei) erteilten Zertifikate beziehen sich auf Reisende mit Gehbehinderung und Rollstuhlfahrende. Mit einem Anteil von etwa 40 % an den insgesamt überprüften 1.900 Einrichtungen liegt der Schwerpunkt der Einrichtungen derzeit eindeutig auf Beherbergungsbetrieben.

Tab. 2: Zertifizierte Naturerlebnisangebote nach Bedürfniskategorien (Stand: Juli 2017)

Angebot	Ort/Region	erteilte Zertifikate
Bayerwald Tierpark	93470 Lohberg	G1
Kurpark Bischofsmais	94253 Bischofsmais	G2 R2
Wildpark Schwarze Berge	21224 Rosengarten	G2
LBV Umweltstation Rothsee	91161 Hilpolstein	G1
Aussichtsturm Vogelinsel im Altmühlsee	91735 Muhr am See	I
LBV Umweltstation Altmühlsee	91735 Muhr am See	G2
Barnstorfer Umwelterlebniszentrum	49406 Barnstorf	G1
Naturschutzstation Dümmer	49448 Hüde	G1
Informationszentrum Naturpark Saar-Hunsrück	54411 Hermeskeil	G1

[7] Neben den Tourismusmarketingorganisationen der Bundesländer können auch überregional tätige Anbieter Lizenznehmer werden.

Angebot	Ort/Region	erteilte Zertifikate
Hunsrückhaus	54411 Deuselbach	G1
Europa-Rosarium Sangerhausen	06526 Sangerhausen	G2 R2
Naturschutz- und Informationszentrum Niz Goldenstedt	49424 Goldenstedt	G1
Moorwelten – Europäisches Fachzentrum für Moor und Klima Ströhen	49419 Wagenfeld	G2 R1 S1
Ostsee Info-Center Eckernförde	24340 Eckernförde	G1
Nationalpark-Tor Nideggen	im Nationalpark Eifel	G1 H2 T2 S2 B2
Nationalpark-Tor Heimbach	im Nationalpark Eifel	G1 H2 T2
Nationalpark-Tor Höfen	im Nationalpark Eifel	G2 H2 T2 S1 B2
Rothirschaussichtsempore	im Nationalpark Eifel	G2
Bird Watching Station	im Nationalpark Eifel	I
Nationalpark-Tor Gemünd	im Nationalpark Eifel	G1 H2 T2
Nationalpark-Tor Rurberg	im Nationalpark Eifel	G2 H2 T2
Naturparkzentrum Wachtendonk Haus Püllen	47669 Wachtendonk	G1
Natur-Erlebnisraum Wilder Kermeter	im Nationalpark Eifel	G2 R2 S2 B2 K2

G = Gehbehinderung, R = Rollstuhl, H = Hörbehinderung, T = gehörlos, S = Sehbehinderung, B = blind,
K = kognitive Behinderung, 1 = teilweise barrierefrei, 2 = barrierefrei, I = Informationsstufe

Der Nationalpark Eifel ragt in dieser Darstellung nicht nur durch die Zahl seiner barrierefreien Angebote heraus, sondern auch dadurch, dass so weit wie möglich versucht wird, in einem Angebot die Bedürfnisse mehrerer Zielgruppen zu erfüllen. Das kennzeichnet die inklusive Strategie, die im Nationalpark Eifel offensichtlich verfolgt wird. Sie war mit ein Grund für die Verleihung des 1. Preises beim Wettbewerb „Tourismus für Alle“ der Deutschen Bahn 2016.

4 Ausblick

Die Tatsache, dass bis 2017 knapp 2.000 touristische Angebote überprüft bzw. zertifiziert wurden, macht zwar deutlich, dass „Reisen für Alle“ die Startlöcher verlassen hat, zeigt aber auch, dass im Vergleich zum gesamten touristischen Angebot in Deutschland derzeit nur ein verschwindend kleiner Bruchteil von dem neuen Kennzeichnungssystem erfasst ist. Denn die etwa 800 überprüften Beherbergungsbetriebe stellen nur einen Bruchteil der vielen tausend Betriebe in Deutschland dar. Damit „Reisen für Alle“ in der deutschen Tourismuswirtschaft für alle sichtbar ankommt und in nennenswertem Umfang barrierefreie touristische Serviceketten entstehen, bleibt daher noch sehr viel zu tun.

Darüber hinaus ist aber auch die Politik gefordert, die Verbreitung verlässlicher Informationen über Barrierefreiheit im Tourismus sicherzustellen, um die mit Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Teilhabe aller Menschen an Kultur- und Freizeitangeboten in die Tat umzusetzen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat erste Konsequenzen gezogen und die NatKo Mitte 2017 beauftragt, die Einführungsphase des Informations- und Kennzeichnungssystems zu flankieren. Damit ist auch gewährleistet, dass der mit der ersten Zielvereinbarung 2005 in Gang gekommene Dialog zwischen Tourismuswirtschaft und Behindertenverbänden fortgesetzt werden kann.

Dieser Dialog, der nicht nur zur Kompromissfindung zwischen Anbietern und Nachfragern hinsichtlich der anzuwendenden Barrierefreiheitskriterien führte, sondern auch die Meinungsbildung innerhalb der Behindertenselbsthilfe schärfte, ist aus Sicht des Autors einer

der wichtigsten Nebeneffekte dieser formalen Vereinbarungen und Grundlage für die Weiterentwicklung in Richtung einer inklusiven Gesellschaft. Umso unverständlicher erscheint es aber, wenn das Ministerium gleichzeitig ein Tourismuskompetenzzentrum des Bundes einrichtet, in dem die Kompetenz und Leistungen der NatKo unberücksichtigt bleiben sollen. Dieser Ansatz ist, um auf den Titel des Beitrags zurückzukommen, „natürlich nicht inklusiv" und trägt damit auch nicht zur Erhöhung der Geschwindigkeit auf dem Weg zur Barrierefreiheit bei.

Literatur

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (Hrsg.) (2011): Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft: Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Berlin.

BMWA (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) (Hrsg.) (2004): Ökonomische Impulse eines barrierefreien Tourismus für alle. Berlin.

DEHOGA, IHA & BV (Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, Hotelverband Deutschland & Behindertenverbände) (2005): Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz (BGG). Berlin. URL: http://www.dehogabundesverband.de/fileadmin/Startseite/05_Themen/Barrierefreiheit/zielvereinbarung_endfassung_050312.pdf (gesehen am 11.01.2018)

DEHOGA, IHA & BV (Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, Hotelverband Deutschland & Behindertenverbände) (2010): Ergänzung der Zielvereinbarung vom 12. März 2005 zu Mindeststandards für die Kategorisierung barrierefreier Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe in Deutschland durch Vereinbarung vom 01. Juli 2010 zur Einführung einer Informationskategorie A-i. Berlin. URL: http://www.dehoga-bundesverband.de/fileadmin/Startseite/05_Themen/Barrierefreiheit/Zielvereinbarung_Barrierefreiheit_Erweiterung_A-i_Juli_2010.pdf (gesehen am 11.01.2018)

VDN & BV (Verband Deutscher Naturparke & Behindertenverbände) (2012a): Module zum barrierefreien Naturerleben in Naturparken. Berlin. URL: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Zielvereinbarungen/zielvereinbarung-verband-deutscher-naturparke-module.pdf (gesehen am 10.01.2018)

VDN & BV (Verband Deutscher Naturparke & Behindertenverbände) (2012b): Rahmen-Zielvereinbarung zum barrierefreien Naturerleben in den Naturparken in Deutschland. Berlin. URL: http://www.barrierefreiheit.de/tl_files/bkb-downloads/Projekte/barrierefreies_naturerleben/rahmen_zv_barrierefreies_naturerleben.pdf (gesehen am 10.01.2018)

VDN & NatKo (Verband deutscher Naturparke & Nationale Koordinationsstelle Tourismus für Alle Deutschland) (2009): Naturparke für Alle – Barrierefreies Naturerleben in Deutschland. Bonn.

Natur erleben und Inklusion – eine tägliche Herausforderung

Laura Gehlhaar

Reisen plane ich sehr sorgsam und intensiv. Ich bin Rollstuhlfahrerin. Verlasse ich meine gewohnte und an meine Bedürfnisse angepasste Umgebung, in der ich mich ungehindert bewegen kann, bedarf es eines höheren Organisationsaufwands, um mir meine Selbständigkeit weiterhin zu bewahren. Ich buche barrierefreie Unterkünfte und orientiere mein Freizeitprogramm an barrierefreien Angeboten. Aber wie verhält es sich in natürlichen Lebensräumen? In der freien Natur, in der Barrierefreiheit nicht einheitlich definierbar ist? Kann die Natur für Menschen mit Behinderungen zugänglich bzw. erlebbar gemacht werden und gleichzeitig möglichst unberührt bzw. naturbelassen bleiben? Und wie kann eine Balance geschaffen werden zwischen einer für Menschen mit Behinderungen erlebbaren und gleichzeitig möglichst unberührten Natur?

1 Was bedeutet „erlebbar“?

Laut Duden muss eine Sache so geartet sein, dass sie innerlich empfunden werden kann, um erlebbar zu sein. In Bezug auf die Natur setze ich dafür die Anwesenheit darin voraus. In einem Wald zu stehen und eine Naturdokumentation im Fernsehen zu sehen, sind aufgrund der jeweiligen Unmittelbarkeit bzw. Mittelbarkeit zwei grundverschiedene Erlebnisse. In Bezug auf Menschen mit Behinderungen gehe ich deshalb davon aus, dass „erlebbare Natur“ vor Ort mit mindestens durch einen von fünf Sinnen erfahrbar sein sollte, um erlebbar zu sein. Wenn ich also die Natur erleben möchte, muss ich sie unmittelbar entweder riechen, schmecken, fühlen, sehen oder hören können.

Unterschiedlichste natürliche Gegebenheiten und unterschiedlichste Formen von Behinderungen ergeben unterschiedlichste Anforderungen und Voraussetzungen für die Zugänglichkeit von erlebbarer Natur. Kurz gesagt: Je unberührter die Natur, desto weniger barrierefrei ist sie. Umgekehrt wird eine Umwelt zugänglicher, je stärker der Mensch in sie eingreift. Im Folgenden stelle ich einige Beispiele für Angebote von Naturerlebnissen vor, in denen die Balance aus beidem ausgehandelt wird.

2 Angebote erlebbarer Natur für behinderte Menschen

Die Vielfalt der Anforderungen an die Natur, um für Menschen mit Behinderungen erlebbar zu sein, spiegelt sich in der Vielfalt kreativer Maßnahmen und Angebote wider. Beispielsweise können kontrastreiche Markierungen an Wald- und Wanderwegen eine Orientierungshilfe für Sehbehinderte sein. Führungen durch die Natur oder naturbezogene Ausstellungen in Leichter Sprache ermöglichen Naturerlebnisse für Menschen mit Lernbehinderung. Die Selbsthilfevereinigung Lebenshilfe wiederum unterhält Partnerschaften mit Nationalparks in Deutschland; hier können sich Menschen mit Assistenzbedarf in verschiedenen Projekten engagieren.

2.1 Die Initiative „Eifel barrierefrei“

Angebote der Initiative „Eifel barrierefrei“ (www.eifel-barrierefrei.de), unterstützt durch die NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat und Kulturpflege, ermöglichen behinderten Menschen, sich frei und unabhängig in der Natur zu bewegen. Bei Bedarf begleiten Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetscher Touren durch das Schutzgebiet „Nationalpark Eifel“ und/oder Schwerhörige erhalten mobile Hörverstärker. Auf den verschiedenen Wanderrouten, wie z. B. der Rangertour „Hirschley-Route“, zieht sich ein Blindenleitsystem über die gesamte Wegstrecke. Auch hier haben schwerhörige Besucherinnen und Besucher die Mög-

lichkeit, im Vorfeld von Führungen und Umweltbildungsprogrammen kostenfrei mobile Hörverstärker bei der Nationalparkverwaltung zu buchen.

2.2 Südtirol für alle

Das Reiseportal „Südtirol für alle“ stellt auf seiner Website www.altoadigepertutti.it und per App ausgewählte und geprüfte Orte in Südtirol zusammen, die für Menschen mit Behinderung erlebbar sind. Für die verschiedenen Regionen werden entsprechende Wanderrouten vorgeschlagen und im Detail beschrieben. Meist findet man bei den Routen breite Wege mit gleichmäßigem Bodenbelag und moderaten Steigungen vor. Ausgewaschene Abschnitte nicht befestigter Waldwege, steiniger Untergrund, lockerer Kies und Wurzeln können das Antreiben von Rollstühlen allerdings stellenweise erschweren. Entsprechende Hinweise sind nach Möglichkeit in den Wegbeschreibungen enthalten. Die Wegbeschreibungen informieren zudem über Einkehrmöglichkeiten mit rollstuhlgerechten Toiletten.

2.3 Angebote für Menschen mit Behinderung der Schwarzwald Tourismus GmbH

Das Online-Portal der Schwarzwald Tourismus GmbH www.schwarzwald-tourismus.info informiert über regionale Angebote für Menschen mit Behinderung. Grundlage dafür ist eine ab 2009 in 30 Gemeinden durchgeführte Bestandsaufnahme bezüglich Barrierefreiheit. Infolgedessen werden auf der Website Ausflugsziele, Wanderrouten und generelle Tipps für Touristinnen und Touristen mit Behinderung vorgestellt. Besonders interessant an diesem Portal ist folgendes Zugeständnis der Betreiberinnen und Betreiber: „Eine Region wie den Schwarzwald kann man natürlich nicht ‚barrierefrei‘ machen. Es wird […] in der Naturlandschaft immer Hindernisse geben für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind“ (Schwarzwald Tourismus GmbH o. J.: Abs. 1). Auf dieser Grundlage weist die Schwarzwald Tourismus GmbH auf ihrer Website auf ‚barrierefreie‘ und ‚barrierearme‘ Reiseangebote hin, die laut Eigenaussage gemeinsam mit ‚Betroffenen‘ erarbeitet wurden und werden.

3 Meine persönliche Ausgangslage

Ich bin Rollstuhlfahrerin und in meiner Mobilität eingeschränkt. Meine Wohnung liegt im Erdgeschoss; für die Fahrt zur Arbeit bin ich auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, die für mich als Rollstuhlfahrerin barrierefrei zugänglich sind. Auf den Straßen und Gehwegen im Großstadtdschungel freue ich mich über eine ebenerdige Bepflasterung mit geringem Rollwiderstand und wenigen Schlaglöchern – und mein Rücken auch. Wenn ich mit meinem Rollstuhl in meiner Heimatstadt Berlin auf weitestgehend barrierefreien Strecken unterwegs bin und die starrenden Menschen erfolgreich ausblende, vergesse ich sehr schnell und sehr oft, dass ich das Merkmal Behinderung überhaupt besitze. Dass ich jedoch grundsätzlich zu den Menschen gehöre, die gesellschaftlich, strukturell und von ihrer bebauten Umwelt behindert werden, wird mir spätestens dann wieder klar, wenn ich zum Beispiel dringend einen Brief bei der Post abgeben muss und sich zwischen mir und dem Postschalter am Filialeingang eine Stufe befindet, die mich vom Abgeben meines dringenden Briefes abhält.

Eine umfassende, vereinfachte Definition von Barrierefreiheit gibt das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) von 2002 in § 4:

„Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Fahrzeuge, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen, sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie unabhängig von der Form der Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsächlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind.“

Der Gesetzgeber spricht ausdrücklich von „gestalteten Lebensbereichen“. Umgekehrt, in Bezug auf Natur, bedeutet das logischerweise, dass ihre Zugänglichkeit nur auf Kosten ihrer

Unberührtheit erfolgen kann. Anhand der genannten Beispiele wird deutlich, dass dies grundsätzlich individuelle Lösungen und Regelungen erfordert – in Abhängigkeit verschiedenster natürlicher Gegebenheiten und menschlicher Anforderungen.

4 Wie natürlich kann die Natur eigentlich sein, wenn wir alle hinein wollen?

Ich halte die Gleichzeitigkeit von erlebbarer und unberührter Natur grundsätzlich für eine Illusion. Allein die beiden Begriffe schließen sich gegenseitig aus. Ob behindert oder nicht, Natur ist nur so lange unberührt, bis der/die Erste durchlatscht, um sie zu erleben. Auch der schmalste Trampelpfad ist das Ergebnis menschlichen Eingreifens in die Natur; insofern hinterlässt ihr Erleben immer Spuren. Viel interessanter finde ich vor diesem Hintergrund die Aushandlungen der Norm, bis zu welchem Punkt in die Natur eingegriffen werden kann, damit sie noch als natürlich erlebbar empfunden und eingestuft wird. Oder anders gefragt: Wie viel Eingriff auf Kosten der Natur nimmt der Mensch zugunsten seines persönlichen Erlebnisgewinns in Kauf? Und von welcher körperlichen Norm geht dieser Mensch dabei aus?

5 Bin ich behindert oder werde ich behindert? Das Soziale Modell

Als Rollstuhlfahrerin bin ich grundsätzlich, ob in der Stadt oder in der Natur, auf Angebote angewiesen, die mir das Leben und Fortbewegen ermöglichen. Menschen ohne Rollstuhl sind das auch. Der Unterschied ist, dass ich nicht Teil der grundsätzlich für allgemeingültig gehaltenen Norm bin. Es überrascht nicht, dass der Mensch von sich ausgehend Normen schafft. Das Problem daran ist aber, dass sie für diejenigen, für die sie gelten, erst selbstverständlich und dann unsichtbar werden. Vor diesem Hintergrund geht das Soziale Modell davon aus, dass Menschen nicht von sich aus behindert sind, sondern von ihrer Umwelt behindert werden. Es wäre insofern relativ leicht, aus Ihnen Menschen mit Behinderungen zu machen. Dafür würde es schon reichen, die Sitzflächen von Stühlen, oder noch besser von Toiletten, auf 1,80 Meter zu erhöhen. Oder man könnte Türen künftig nur noch 25 cm breit bauen. Das würde sie nicht weniger benutzbar machen, nur Sie kämen eben nicht mehr hinein. Bereits kleine Veränderungen der Norm können also eine Menge Menschen von Teilhabe ausschließen oder genauso umgekehrt, Teilnahme erst ermöglichen. Und warum sollte ich als Rollstuhlfahrerin darauf verzichten, meinen Alltag und meine Arbeit genauso frei von Hindernissen erledigen zu können, wie ein Mensch, der von seiner Umwelt weniger behindert wird als ich?

Das Soziale Modell ließe sich ohne weiteres auch auf die Natur anwenden. Die einzige Frage lautet, wie viele Bagger und Kettensägen es braucht, um einen Wald so zu gestalten, dass er niemanden mehr behindert. Klar, der Wald könnte dann am Ende unter Beton verschwinden … Es steht für mich außer Frage, dass in der Stadt und in der Natur unterschiedliche Grundsätze gelten. Die Stadt muss möglichst barrierefrei gestaltet sein, damit möglichst viele Menschen ungehinderten Zugang zu ihr haben. Die bebaute Umwelt ist in erster Linie die Sphäre der Arbeit. Für mich ist umgekehrt die Natur die Sphäre der Freizeit und Erholung, von daher sollte sie möglichst vielen Menschen möglichst unverändert erlebbar zur Verfügung stehen. Hier stelle ich m i r also die Frage, was ich tun kann, damit andere sie noch genießen können, nachdem ich durchgerollt bin.

Aber: Wenn ohnehin Natur erlebbar gemacht wird, indem gepflasterte Wege angelegt, Besucherzentren eingerichtet und Aussichtspunkte mit Parkplätzen gebaut werden, dann finde ich es – wie in der Stadt – befremdlich, diese nicht so zu bauen, dass von ihnen niemand behindert wird.

6 Wie möchte ich selbst die Natur erleben und was ‚erwarte' ich von ihr?

Wie gesagt, halte ich es für selbstverständlich, Angebote wie den öffentlichen Nah- und Fernverkehr, Kulturinstitutionen oder Arztpraxen – um nur wenige Beispiele zu nennen – im Sinne des Sozialen Modells barrierefrei zu gestalten. Unabhängig davon möchte ich aber für mich selbst keine Natur mit angeschlossenem Museumsshop, Behinderten-WCs oder gar Tieren in Käfigen. Wenn ich ‚raus in die Natur' gehe, dann nicht auf betonierten Pfaden durch Wälder, in denen ich in regelmäßigen Abständen mit Schildern konfrontiert bin, auf denen die nächste Gaststätte mit Behinderten-WC ausgewiesen ist. Diese Art Schilder begegnen mir ja noch nicht mal in Berlin, warum sollte man ausgerechnet im Wald damit anfangen?

Mein Verständnis vom Sein in der Natur definiere ich mit einer gewissen Art von ausgeliefert sein. Hier will ich mich der Umwelt anpassen. Ich will den Dreck unter meinen Fingernägeln! Keine Plüschtiere! Dabei ist mir allerdings klar, dass mich das durchaus vor größere Hindernisse stellen kann, als es der bestufte Eingang einer Postfiliale jemals könnte.

7 Natur erleben und Rollstuhl fahren, wie passt das zusammen?

Im Sommer 2017 packte mein Freund seinen Rucksack und reiste für zwei Monate durch die USA: von den Rocky Mountains in Montana über die Cascade Mountains in Washington und Oregon an die Pazifikküste und durch den Yellowstone und Glacier Nationalpark wieder zurück nach Montana. Im Rucksack befanden sich unter anderem Zelt, Luftmatratze, Schlafsack, Wasserfilter und Bärenspray. Im Laufe der Reise probierte er Wanderwege, Campingplätze sowie Pack- und Tragetechniken aus, las über die Orientierung mit Kompass und Landkarte, lernte, wie man Feuer macht, und kehrte braungebrannt und behaarter als ein Grizzlybär nach Hause zurück. Seitdem sind Wandern und Zelten ein relativ großes, nicht immer für alle Beteiligten interessantes Gesprächsthema. Als er sich vor kurzem sein erstes Zweipersonenzelt kaufte und ich fragte: „Och, wer soll denn da noch mit rein?", sagte er zu meiner großen Überraschung: „Na du!"

Nachdem sich der erste Schock gelegt hatte, tauchten relativ bald diverse Fragen auf. Die drängendste davon lautete: Wie komme ich mit meinem Rollstuhl nicht nur auf, sondern auch durch einen Waldweg? Im Sinne des Sozialen Modells wird hier recht schnell die Norm sichtbar, dass Wald- und Wanderwege doch eher für Menschen an- und ausgelegt sind, die keine körperliche Behinderung haben. Trotzdem muss ich festhalten, dass es sich auch hierbei um gestaltete und nicht um unberührte Natur handelt, der die Norm des nicht behinderten Menschen zugrunde liegt. Mir ist das Dilemma bewusst, dass sich Natur nicht für alle Menschen mit allen Formen von Behinderungen zugänglich machen lässt, ohne die Natur dabei nachhaltig zu verdrängen. Wie gesagt, finde ich das in diesem Zusammenhang auch überhaupt nicht weiter schlimm. Oder anders gesagt: Mir ist jeder schmale Trampelpfad, den ich nicht begehen kann, lieber als jedes Spa-Hotel im Naturschutzgebiet mit barrierefreier Wohlfühl-Suite. Die Natur ist dann doch größer als mein Ego.

Wenn mein Freund und ich trotzdem gemeinsam ‚raus ins Grüne' bzw. unsere bevorzugte Form des Grünen wollen, gilt es aufgrund dieser Tatsachen im Vorfeld einen etwas höheren Planungsaufwand zu bewältigen. Wir haben einen deutlich erhöhten Informationsbedarf, müssen je nach Ziel und Route höhere Sicherheitsvorkehrungen treffen und grundsätzlich unseren Reiseverlauf an eine nicht für unsere Bedürfnisse normierte bzw. uns behindernde Umwelt anpassen. So ganz nebenbei: Leider gilt das in 2017 auch noch für unsere Unternehmungen in der Stadt. Aber das ist ein anderer Vortrag. An dieser Stelle stellt sich mir viel mehr die Frage: Wie kann ich die Natur mit meinem Gesicht erleben, ohne sie gleichzeitig mit meinen Füßen bzw. Hintern platt zu machen?

Ich bin nicht die erste, die sich diese Frage stellt. Mitte des 20. Jahrhunderts begann in den USA ein Paradigmenwechsel. Ausgehend von einem zunehmenden Wildnis-Tourismus, der durch Erfindungen wie Gaskocher und Luftmatratzen möglich wurde, entstand hier besonders in den 1960er- und 1970er-Jahren die Idee, möglichst wenig Spuren in der besuchten Natur zu hinterlassen. Daraus entwickelten sich im Laufe der Zeit die Grundprinzipien des „Leave No Trace“ – eine Reihe von Verhaltensregeln, welche die Einflüsse auf die Umwelt durch den Menschen möglichst gering halten sollen (vgl. Marion & Reid 2001; Turner 2002).

8 Die Grundprinzipien von „Leave No Trace“

Laut Rick Curtis, Autor des Buches „The Backpacker’s Field Manual“ (2005), ist „Leave No Trace“ eine Haltung, die jede Wanderin bzw. jeder Wanderer (auch, aber nicht nur) auf der Reise durch die Natur begleiten sollte – ab dem Aufschlagen des Reiseführers über die Zusammenstellung von Lebensmitteln und Ausrüstung bis hin zum Zeltaufbau und anschließenden Verlassen des Campingplatzes. Die Wanderin bzw. der Wanderer ist sich bewusst, in welchem Ökosystem sie bzw. er unterwegs ist und begegnet diesem respektvoll und verantwortungsbewusst. „Leave No Trace“ basiert auf sieben Prinzipien, die für Aufenthalte in jeglichen Ökosystemen angewendet werden. Die spezifischen Techniken zur Anwendung dieser Prinzipien variieren je nach bereister Umgebung. Von daher ist es notwendig, die Details zu verstehen, wie man die jeweiligen Prinzipien dort anwendet, wo man hinreist. Dies sind die Prinzipien, die für jeden Aufenthalt in der Wildnis gelten (vgl. Leave No Trace Center for Outdoor Ethics o. J.):

1. planen und vorbereiten
2. reisen und lagern auf dauerhaften Oberflächen
3. ordnungsgemäß entsorgen
4. Lassen Sie die Natur da, wo sie ist (nichts mitnehmen)!
5. Auswirkungen von Lagerfeuer minimieren
6. Lebensraum der Wildtiere respektieren
7. Rücksicht auf andere Besucher

Für mich dienen die Prinzipien vor allem als Orientierungshilfe für mein Auftreten in der Natur und sie appellieren an meine Kreativität und individuellen Erfindungsreichtum, wenn ich die Prinzipien an meine Bedürfnisse adaptiere. Wenn ich in der Natur unterwegs bin, möchte ich die Möglichkeit auftretender Reibungspunkte zwischen der „Leave No Trace“-Haltung und meiner Behinderung minimieren. Wie ich mich als Rollstuhlfahrerin auf mein eigenes Naturerlebnis vorbereite, möchte ich anhand von zwei der sieben Prinzipien aufzeigen.

8.1 Planen und vorbereiten

Wie ich schon erwähnte, bedarf es eines höheren Planungsaufwands, wenn mein Freund und ich den gemeinsamen Ausflug in die Natur für uns erlebbar gestalten wollen. Für seinen nächsten und meinen ersten Campingausflug informieren wir uns vorab über Routen und Übernachtungsziele, um darauffolgend unsere Ausrüstung anzupassen. Zu berücksichtigen ist, dass ich, sobald ich die ebenerdige Bepflasterung verlasse, mich ebenfalls von meiner selbständigen Fortbewegung verabschiede und ab diesem Zeitpunkt in vielerlei Hinsicht abhängig von meinem Freund bin. Da ich eine große Freundin der offenen und ehrlichen Kommunikation bin, ist es mir wichtig – und generell unabdingbar –, darüber zu sprechen, wie diese Abhängigkeit aussieht und welche Konsequenzen sie für uns beide hat. Für mich bedeutet das eine knallharte Konfrontation mit meiner Behinderung und ihren Auswirkungen. Z. B. verliere ich beim Verlassen meines Rollstuhls auch den größten Teil meiner Mobilität.

Sitze ich im Zelt, sitze ich solange im Zelt, bis mich jemand rausholt und zurück in meinen Rollstuhl hebt. Und wo ich gerade vom Zelt spreche: Helfen, das Zelt aufzubauen, kann ich auch nicht. Es muss also allen Beteiligten schon bei der Planung klar sein, dass die meiste Arbeit an meinem nichtbehinderten Freund hängen bleibt. Und bevor sich der ganze Trip für ihn als Hardcore-Survival-Camp entpuppt, während ich gemütlich am Feuer sitze, finde ich es wichtig, all die Dinge herauszukristallisieren, die ich eigenständig erledigen kann und wo ich meinem Camping-Partner unter die Arme greifen kann. Ein Streichholz anzünden, also Feuer machen, kann ich.

Zur Planung und Vorbereitung gehört auch die Fragestellung, wie ich mein Gepäck optimiere und wer was trägt? Bin ich längerfristig auf unebenen Flächen unterwegs, befestige ich an meinem Rollstuhl mit ein paar geübten Handgriffen ein Extra-Rad, so dass ich nur noch drei Berührungspunkte mit dem Boden unter mir habe. Das befestigte Lenkrad vorne ermöglicht dem Schieber bzw. der Schieberin eine leichte Handhabung, und es verfügt über eine Fläche, auf der leicht ein Zelt, zwei Schlafsäcke, Proviant und Wasservorräte Platz haben.

8.2 Ordnungsgemäß entsorgen

Wenn ich an eine Übernachtung in der freien Natur denke, kombiniert mit meinem Anspruch, weder mit Gaststätten, noch mit Behinderten-WCs konfrontiert zu werden, muss ich natürlich darüber nachdenken, wie ich bequem und umweltschonend mehrmals am Tag den imaginären mobilen Toilettenstuhl besuche. Da ich weder stehen kann, noch ein Mann bin, fällt der sporadische Weg zum nächsten Busch schon einmal flach. Auf den Boden möchte ich mich auch nicht hocken, da die Umfallgefahr zu groß und in ihrer Konsequenz zu eklig ist.

Im Internet bin ich auf das „Go Anywhere Toilet Kit“ gestoßen. Dieses Kit beinhaltet einen aus Plastik zusammenfaltbaren Toilettenstuhl sowie sich mit der Zeit selbstauflösende Beutel und Toilettenpapier. Ich hätte mit diesem Kit die Möglichkeit, selbständig und bequem meine Notdurft zu verrichten.

9 Fazit: die Natur zuerst

Dass sich die Natur nicht für alle Menschen mit allen Formen von Behinderungen zugänglich machen lässt, ohne sie dabei nachhaltig zu verdrängen, scheint mir ein unüberwindbares Dilemma. Eine Möglichkeit, wie eine Balance geschaffen werden kann zwischen für Menschen mit Behinderungen erlebbarer und gleichzeitig möglichst unberührter Natur, ist wohl eine Aushandlung mit der persönlichen Haltung gegenüber der Natur und des individuellen Anspruchs inwieweit ich als Rollstuhlfahrerin mein Naturerlebnis definiere und bereit bin, Kompromisse einzugehen. Und sei es, dass ich komplett auf mein Naturerlebnis verzichten muss.

Ich möchte die Natur auch in Zukunft über mein Ego stellen und will ihr im Falle eines Besuches mit Kreativität und Einfallsreichtum begegnen. Es soll in meiner Verantwortung liegen, entscheiden zu können, wie viel ich mir selbst zutraue – immer berücksichtigend, das Eingreifen in die Natur minimal zu halten.

Linktipps

Südtirol für alle – http://suedtirolfueralle.it

ADAC Camping – http://campingfuehrer.adac.de/freizeitmobil/campingplatztipps/barrierefreiheit-auf-campingplaetzen.php

Leave No Trace Center for Outdoor Ethics – http://leavenotrace.org

Literatur

Curtis, R. (2005): The Backpacker's Field Manual, Revised and Updated: A Comprehensive Guide to Mastering Backcountry Skills. New York (Three Rivers Press).

Leave No Trace Center for Outdoor Ethics (o. J.): The Leave No Trace Seven Principles. URL: https://lnt.org/learn/7-principles (gesehen am: 12.01.2018)

Marion, J. L. & Reid, S. (2001): Development of the United States Leave No Trace programme: A historical perspective. – In: Usher, M. B. (Hrsg.): Enjoyment and Understanding of the Natural Heritage. Edinburgh (Stationery Office Ltd.): 81-92.

Schwarzwald Tourismus GmbH (o. J.): Barrierefreies Reisen im Schwarzwald. URL: https://www.schwarzwald-tourismus.info/service/Barrierefreier-Schwarzwald (gesehen am:11.01.2018).

Turner, J. M. (2002): From Woodcraft to 'Leave No Trace': Wilderness, Consumerism, and Environmentalism in Twentieth-Century America. In: Environmental History 7 (3): 462-484.

Natur erleben für Alle – der „barrierefreie Nationalpark Eifel“

Michael Lammertz, Nationalparkforstamt Eifel, Wald und Holz NRW

Im Januar des Jahres 2004 wies die Landesregierung NRW ein rund 11.000 Hektar großes Gebiet als Nationalpark aus. Entsprechend dem Motto „Natur Natur sein lassen“ sollen im Nationalpark Eifel in erster Linie die dort heimischen Buchenmischwälder ihren Lebensraum vollständig zurückerobern.

Bereits zur Gründung des Nationalparks Eifel stellte sich die Verwaltung die Frage, für wen das Großschutzgebiet erlebbar gemacht werden soll. Die einzig richtige Antwort konnte in diesem Fall nur sein: Für alle, d. h. für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung. Dies wurde als Grundsatz festgelegt und sogleich im Leitbild sowie im Nationalparkplan verankert. Mittlerweile ist das Thema Barrierefreiheit in der Nationalparkverwaltung personell als Querschnittsaufgabe aufgestellt.

Auf dem Weg, den Nationalpark Eifel für alle Menschen erlebbar zu machen, verfolgt die Nationalparkverwaltung das Ziel der Inklusion: Zahlreiche Umweltbildungsprogramme, Führungen und Ausstellungen werden für die gemeinsame Nutzung für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung angeboten. Dabei wurde eine zweistufige Vorgehensweise gewählt. In einem ersten Schritt kam es zum Abbau kommunikativer Barrieren, was nicht ausschließlich auf Marketingmaßnahmen bezogen wurde. Stattdessen wurden zudem die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Partner zum Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigung geschult und sensibilisiert. In einem zweiten Schritt wurden dann bauliche Barrieren abgebaut und konkrete Naturerlebnisangebote geschaffen.

Insgesamt gibt es im Nationalpark Eifel eine große Bandbreite an barrierefreien Angeboten, die sowohl indoor als auch outdoor zu finden sind. Die Ranger sind beispielsweise bei ihren kostenfreien Touren nicht nur auf den Besuch von Rollstuhlfahrenden, blinden Gästen, Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen oder mit Demenz eingestellt und geschult, vielmehr bieten sie zu bestimmten Terminen auch Führungen mit gebärdensprachlicher Begleitung an. Für Anfragen zu individuellen Gruppenführungen durch den Nationalpark stehen insgesamt über 170 zertifizierte Nationalpark-Waldführer und -Waldführerinnen bereit. Diese wurden ebenfalls für den Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen geschult.

Die beiden Tierbeobachtungsstationen zu Vögeln und Rothirschen wurden ebenfalls barrierefrei gestaltet. Stufenlose Zugänge, Fernrohre in unterschiedlichen Höhen oder Tastmodelle sind hier Beispiele der Umsetzung. Rund um den Nationalpark Eifel wurden insgesamt fünf sogenannte Nationalpark-Tore eingerichtet. Hierbei handelt es sich um Häuser, die jeweils eine Nationalparkausstellung mit einer Touristeninformation kombinieren. Die Themen der einzelnen Ausstellungen zum Nationalpark Eifel sind vollkommen unterschiedlich und greifen die Natur- und Landschaftsphänomene der jeweiligen Umgebung auf. Nationalpark-Tore sollen die Gäste auf ihren Besuch im Nationalpark vorbereiten und sie über Aufgaben und Ziele des Großschutzgebietes aufklären. Menschen mit Mobilitätseinschränkung finden in jedem dieser Häuser für sie passende und nutzbare Angebote (Stufenlosigkeit, Behindertentoilette, Exponate unterfahrbar etc.). Sinneseinschränkungen werden in vier der fünf Nationalpark-Tore berücksichtigt (Vermittlung über 2-Kanal-Prinzip, Mehrsprachigkeit, taktiles Blindenleitsystem, Gebärdensprach-Videos etc.).

Die insgesamt über 2.000 m² große Ausstellung „Wildnis(t)räume“ des Nationalpark-Zentrums Eifel ist so konzipiert, dass alle Gäste – ob mit oder ohne Beeinträchtigung – sie problemlos nutzen können. Die sehr umfangreiche Planung schaffte hier eine deutschlandweit vielleicht einmalige Ausstellung im Bereich Barrierefreiheit.

Abb.1: Barrierefreie Führung durch den Nationalpark Eifel; Foto: H.-D. Budde; © Nationalparkverwaltung Eifel.

Gleiches gilt für das Angebot im sogenannten „Barrierefreien Naturerlebnisraum Wilder Kermeter“ mit dem Naturerkundungspfad „Der Wilde Weg“. Hierbei handelt es sich um ein Wanderwegenetz mitten im Wald mit taktilem Blindenleitsystem, Behinderten-Parkplätzen und -Bushaltestelle sowie Behindertentoilette.

„Der Wilde Weg“ ist ein 1,5 Kilometer langer Pfad, an dem zehn, meist interaktive Stationen die Gäste über Wald- und Wildnisentwicklung und die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt im Nationalpark Eifel informieren. Auf den ersten 210 Metern ermöglicht ein Holzsteg durch die entstehende Waldwildnis besondere Einblicke in die Natur. „Der Wilde Weg“ schließt direkt an das oben beschriebene Wegenetz an. Alle Besucherinnen und Besucher kommen hier zurecht – egal ob mit oder ohne Beeinträchtigung.

Kutschfahrten für Rollstuhlfahrende, geführte Touren mit elektrisch betriebenen Krankenrollstühlen und von Rangern begleitete Schiffstouren runden das barrierefreie Angebot im Nationalpark Eifel vorerst ab.

Weitere Informationen: www.nationalpark-eifel.de/barrierefrei

Wald statt Ritalin?
Die positiven Wirkungen der Natur auf den Menschen

Gertrud Hein, Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes Nordrhein-Westfalen

Beim Aufenthalt im Wald spüren die meisten Menschen intuitiv, dass sie sich hier entspannen können und Erholung finden. Mittlerweile belegen zahlreiche Studien, dass in der Natur die Sinne stimuliert werden und insbesondere Kinder sowie Jugendliche von der wohltuenden Wirkung des „Draußenseins“ profitieren. In der Natur haben Kinder und Jugendliche oftmals einen anderen Zugang zum Lernen und zur Kommunikation als im Klassenraum oder in der Kita. Waldpädagogische Aktionen helfen, den Teamgeist zu stärken und stellen Kinder und Jugendliche vor viele neue Herausforderungen. Mittlerweile werden entsprechende Angebote von Kindertagesstätten bzw. Schulen verstärkt nachgefragt, wobei der Zeitrahmen von Halbtagsveranstaltungen bis zu mehrtägigen Klassenfahrten bzw. Freizeiten reicht. Lehrer und Lehrerinnen machen die Beobachtung, dass sich das „Draußensein“ positiv auf die Konzentrationsfähigkeit auswirkt und die Mathestunde nach einer Waldaktion besser verläuft als bei normalem Stundenplan.

2010 startete in Bochum das Projekt „Wald statt Ritalin“. Projektpartner waren die Walderlebnisschule Bochum, die Evangelische Fachhochschule Bochum, die Cruismann-Förderschule Bochum und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband NRW (SDW NRW, Pressemitteilung 24.09.2010: Wald statt Ritalin? http://www.sdw-nrw.de/cms/upload/NRW_Pressemeldungen/PM_Wald_statt_Ritalin.pdf).

Bei dem Projekt ging es darum, durch gezielte waldpädagogische Maßnahmen mit Kindern, die unter dem „Aufmerksamkeitsdefizit- und Hyperaktivitätssyndrom“ (ADHS) leiden, positive Wirkungen zu erzielen und die Einnahme von Ritalin, einem Medikament zur Behandlung spezifischer Symptome von ADHS, möglicherweise zu reduzieren. Es wurden Wahrnehmungs- und Konzentrationstests vor und nach waldpädagogischen Aktionen durchgeführt.

Abb. 1: Kinder und Jugendliche bei der Walderkundung; Foto und ©: Gertrud Hein.

Bei der Auswertung konnte ein deutlich verbessertes Sozialverhalten der Probanden im Wald im Vergleich zur Kontrollgruppe beobachtet werden. Die Studie ist insgesamt positiv zu bewerten und ist ein starkes Argument dafür, dass weiterhin mit Kindern und Jugendlichen, die unter ADHS leiden, waldpädagogische Aktivitäten unternommen werden sollten, um ihnen helfen zu können.

Durch das Waldpädagogische Forum 2013 zum Thema „Wald statt Ritalin!?“ wurden seitens der Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes Nordrhein-Westfalen (NUA) Kontakte zur LWL-Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Marl (Träger: Landschaftsverband Westfalen-Lippe) geknüpft. Folgend hat die NUA vier mehrtägige Waldpädagogik-Lehrgänge für Klinikmitarbeiter und -mitarbeiterinnen (Therapeuten und Therapeutinnen, Pfleger und Pflegerinnen) angeboten. Mittlerweile gehören an der Klinik, die mitten in einem ausgedehnten Waldgebiet am nördlichen Rand des Ruhrgebiets liegt, waldpädagogische Aktionen zum festen Therapieangebot. Im Klinikmagazin zum 50-jährigen Bestehen der LWL-Klinik (Juli 2016) beschreibt der Therapeut Konrad Staschenuk die Waldpädagogik als Therapieform mit der Überschrift „Heilkräfte der Natur“. Die jungen Patientinnen und Patienten würden vom Waldaufenthalt profitieren, da sie lernen, ihre Sinneswahrnehmungen zu schärfen, sich zu öffnen und zu konzentrieren. Die Kinder und Jugendlichen hätten Spaß an der körperlichen und geistigen Betätigung unter freiem Himmel. Sie hätten die Möglichkeit, sich zu entspannen und zur Ruhe zu kommen, sie könnten aber auch gestalten und kreativ sein, sich bewegen und austoben, neue Eindrücke wahrnehmen und in Kontakt kommen mit sich selbst und anderen. Im Wald haben Therapeuten wie Konrad Staschenuk einen idealen Lern- und Therapieraum gefunden.

Die Begegnung mit der Natur, verbunden mit einem schönen, den Gemeinschaftssinn fördernden Gruppenerlebnis bleibt den Kindern bzw. Jugendlichen mit und ohne Behinderung unvergesslich in Erinnerung und kann vielen von ihnen auch helfen, ihren Alltag in Schule, Familie und Freizeit stressfreier zu bewältigen. Zum Wohle von Kindern bzw. Jugendlichen aber auch von Erwachsenen müssen entsprechende Natur-/ Walderlebnisangebote wesentlich stärker ausgeweitet werden, was allerdings voraussetzt, dass Lehrkräfte bzw. Begleiterinnen und Begleiter sowie Therapeutinnen und Therapeuten im Vorfeld entsprechend gut geschult werden, wie z. B. durch den bundesweit anerkannten Zertifikatlehrgang Waldpädagogik (www.wald-und-holz.nrw.de/wald-erleben/umweltbildung).

„Ungehindert engagiert im Naturpark Drömling“ – Eine Kooperation mit der Lebenshilfe Altmark West GmbH, dem Diakoniewerk Wilhelmshof und dem Kinderhof Merzen im Rahmen von „Ehrensache Natur“

Sabine Wieter, Naturpark Drömling

Menschen mit geistiger Behinderung engagieren sich in ihrer Freizeit gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Junior-Rangern und Freiwilligen des Naturparks Drömling, lernen dabei die Tier- und Pflanzenwelt und die Lebensräume sowie Schutzmaßnahmen kennen und schätzen. Durch gemeinsame Aktionen, Exkursionen, Veranstaltungen und Camps wird das Zusammengehörigkeitsgefühl gefördert sowie das Selbstbewusstsein gestärkt. Außerdem werden die Rehabilitation und die Vorbereitung auf den ersten Arbeitsmarkt gefördert. Es sind in den vielen Jahren intensive Freundschaften entstanden. Egal, ob Kinder oder Erwachsene, ob Menschen mit oder ohne Einschränkungen, die Treffen sind jedes Mal ein Höhepunkt in unserer Umweltbildungsarbeit. Alle achten und respektieren sich gegenseitig und haben gemeinsam viel Spaß und immer ein gutes Gefühl, gemeinsam etwas Sinnvolles getan zu haben.

Bisherige Projekte waren:

- Pflege von Streuobstwiese/-Allee mit späterer Nutzung bzw. Vermarktung des Obstes, Nachpflanzungen von Obstgehölzen an Alleen
- Kopfweidenpflege
- Verbesserung bzw. Aufwertung von Biberlebensräumen durch Weichholzpflanzungen und Schutzmaßnahmen der Gehölze vor Biberfraß
- Pflege von Kleingewässern bzw. Bodensenken als Biotope
- Betreuung des Krötenzaunes
- Anbringen von Nistmöglichkeiten für Vögel, Fledermäuse usw. mit regelmäßiger Kontrolle und Pflege
- Zaunbau aus Weidenruten nach durchgeführter Kopfbaumpflege
- Aufstellen von Schildern
- Einzäunung von Bäumen gegen Wildverbiss.

Bei jedem Projekt sind Schulungen, Aktionen, Exkursionen, Veranstaltungen, Naturcamps o. Ä. für die Menschen mit geistiger Behinderung gemeinsam mit Freiwilligen des Naturparks Drömling enthalten.

Schulungen:

- Naturpark Drömling allgemein
- Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen

Aktionsfelder waren:

- Arbeitseinsätze
  - Verschönerung des Außengeländes des Infohauses
  - Schredderprodukte auf Wegen verteilen
  - Gartenarbeit, Hecke schneiden
  - Reparaturarbeiten

Abb. 1: Teilnehmende von „Ungehindert engagiert im Naturpark Drömling“; © Naturparkverwaltung Drömling.

- Bau, Aufhängung, Säuberungen und Kontrollen von Nistmöglichkeiten
- Baumpflanzaktionen
- Gewinnung von Weidenruten, Stecken von Weidenruten
- Einzäunung von Bäumen
- Gewässeruntersuchungen
- Auf- und Abbau Krötenzaun, regelmäßige Kontrolle und Arterfassung
- gemeinsame Übernachtungen/Umweltcamp mit Versorgung, gemeinsamem Singen, Tanzen und Geschichtenerzählen
- Treffen mit Freiwilligen aus/in anderen Schutzgebieten
- Teilnahme am Dialogforum „Ehrensache Natur“ im Nationalpark Hainich im März 2017

Exkursionen:

- Wanderungen und Nachtwanderungen
- Naturcamps mit gemeinsamem Kochen bzw. Zubereiten von Speisen
- Kremserfahrten

Folgende Effekte stellten sich ein:

- Durch Naturschutzprojekte Kennenlernen der Natur und Stärkung der Heimatverbundenheit

- Stärkung des Selbstwert- und Gemeinschaftsgefühls
- Sinnvolle Freizeitgestaltung, Stärkung des Gleichheitsgefühls
- Nutzung des Baumschnittes, Obstes usw., Selbstversorgung
- Aus- und Weiterbildung
- Daseinsvorsorge (Erhalt der Kulturlandschaft, Förderung des Tourismus)
- Regionale und überregionale Vernetzung verschiedener Akteure
- Gelungene Inklusion (Jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – kann überall dabei sein)

Weitere Informationen: www.naturpark-droemling.de/de/umweltbildung.html

Umweltbildung im Team – „ausgezeichnete“ Inklusion bei Naturerlebnisführungen

Christine Wosnitza, Biologische Station Oberberg

Seit 2013 unterstützen Menschen mit Behinderung Veranstaltungen der Natur- und Umweltbildung der Biologischen Station Oberberg (BSO) und der Bergischen Agentur für Kulturlandschaft (BAK), die viele der Programme der Biologischen Station Oberberg umsetzt. Sieben Mitarbeitende der Behinderten Werkstätten Oberberg (BWO) erfuhren im Rahmen eines vom LVR-Netzwerk Kulturlandschaft geförderten Projektes eine Qualifikation als Umweltassistenten bzw. -assistentinnen. Sie sind in der Lage, mit geringer Unterstützung andere Gruppen von Menschen mit Behinderungen zu den erlernten Themen in den Lebensraum Wald zu führen. Sie vermitteln die Themen in anschaulicher Art und Weise und damit für die Zuhörer gut verständlich.

Die Idee entstammt einem von der Lebenshilfe und dem NABU Bremervörde entwickelten und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderten Projekt „Umweltbildung für Menschen mit Beeinträchtigungen – Zur Nachahmung empfohlen“. Die Qualifizierung von Umweltassistenten fand im Rahmen der Kooperation des LVR-Netzwerkes in drei weiteren Biologischen Stationen statt. Zusätzlich unterstützen die hier Ausgebildeten auch Pflegemaßnahmen des ehrenamtlichen Naturschutzes.

Während der Fortbildung bearbeiteten die Teilnehmenden die Themen des Unterrichtsmoduls „Lebensnetz Wald“. Bei der Fotosafari ging es darum, den Lebensraum, Nahrung und Spuren von Buntspecht, Eichhörnchen, Waldmaus und Bodentieren zu erkunden. Mit einer Collage wurden die einzelnen Tiere zueinander sowie zu weiteren Waldtieren in Beziehung gesetzt. Zum Abschluss der Qualifizierung fand eine Prüfung statt. Die Teilnehmenden erhielten eine Urkunde und ein T-Shirt, welches als Arbeitskleidung während der Einsätze getragen wird.

Einsatz der Umweltassistenten

In erster Linie begleiten die Umweltassistenten bzw. -assistentinnen die regelmäßigen Veranstaltungen für die Senioren aus der Tagesbetreuung des HBW (Haus für Menschen mit Behinderung) und Schulkassen der Förderschulen. Neben den Waldthemen (Spechte, Tiere im Winter u.a.) sind mittlerweile weitere Naturthemen (Streuobstwiese, Kräuter) hinzugekommen.

Jeweils zwei Umweltassistenten bzw. -assistentinnen werden vor der Veranstaltung inhaltlich nachgeschult, da die wechselnden Themen oft aufgefrischt werden müssen. Vor jeder Führung stellen sich die Umweltassistenten bzw. -assistentinnen Materialien zusammen. Dazu gehören Ferngläser, Fotoapparate, Bildtafeln von Fraßspuren an Nüssen und Zapfen, Abbildungen der Tiere, gegebenenfalls Präparate und eine aufklappbare Spechthöhle. Mit den Materialien fällt es zum einen den Umweltassistenten bzw. -assistentinnen leichter, die Themen anschaulich vorzustellen, zum anderen den Zuhörerinnen und Zuhörern die Sachverhalte zu begreifen.

Ihre Arbeit macht den Umweltassistentinnen und -assistenten Spaß, sie fördert ihr Selbstbewusstsein und bietet zudem eine gute Abwechslung zu der Arbeit in der Werkstatt. An ihren Einsatztagen sind sie Teil des Teams der Biologischen Station Oberberg. Das Zitat einer Mitarbeiterin des HBW Haus Konradsberg (Haus für Menschen mit Behinderung) bestätigt den Erfolg der Umweltassistenten: „Die Mitarbeit der Umweltassistenten bereichert die Treffen bei der Biologischen Station. Die offene, hilfsbereite und kompetente Art der Umwelta-

sistenten kommt bei unseren Menschen mit Behinderung sehr gut an. Wir freuen uns jeden Monat auf die Zusammenarbeit."

Abb. 1: Ein Umweltassistent bei einer Führung zum Thema Bäume. Der geschmückte Birkenast dient zur Erläuterung der Maibaumtradition; © Biologische Station Oberberg.

Die Exkursionen der Biologischen Station mit den Umweltassistenten bzw. -assistentinnen werden in der Broschüre „Natur für alle" angeboten und können von Gruppen gebucht werden.

Zum Gelingen des Projektes hat die gute Kooperation der BSO und der BWO beigetragen. Die Umweltassistenten bzw. -assistentinnen wurden sowohl in der Qualifizierungsphase als auch für ihre Einsätze von der Arbeit in der Werkstatt freigestellt. Die BWO übernimmt auch den Transport der Umweltassistenten bzw. -assistentinnen zur Biologischen Station Oberberg.

Bei der Biologischen Station boten langjährige Erfahrungen mit Veranstaltungen, die sich auch an Menschen mit kognitiven Einschränkungen richten, eine gute Voraussetzung für die gelungene Zusammenarbeit.

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald zeichnete das Projekt der Umweltassistentinnen und -assistenten der Biologischen Station Oberberg im Jahr 2016 mit dem Deutschen Waldpädagogikpreis aus. In der Begründung für den Preis hieß es u. a.: „Nach Ansicht der Jury wurde das Schwerpunktthema ‚Inklusion' von der Biologischen Station Oberberg gemeinsam mit ihrem Kooperationspartner, den Behinderten Werkstätten Oberberg (BWO) am besten umgesetzt. Menschen mit Behinderung sind in diesem Projekt nicht nur eine Zielgruppe, sondern arbeiten aktiv mit – und zwar als qualifizierte Multiplikatoren in Form von sogenannten Umweltassistenten. Dieser wirklich innovative Ansatz hebt die Preisträger aus den anderen Bewerbern heraus."

Weitere Informationen: www.biostationoberberg.de/umweltassistenten.html